

Angriffsziel Libyen S. 28

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 269, 7. 4. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Das andere Bayern

80.000 in Wackersdorf





Die große Beteiligung von 80.000 am Ostermarsch in Wackersdorf hat wohl alle überrascht. Ein kaum erwarteteter Höhepunkt im Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage in der Oberpfalz. Dies um so mehr, als die CSU-Landesregierung im Vorfeld der Demonstration alle denkbaren Register zog, eine Teilnahme ins kriminelle Zwielicht zu rücken.
Bei den vielen, die dennoch kamen, war dies zu einem großen Teil Trotz und die CSU, die geglaubt hatte, in gewohnter selbstherrlicher Manier ihren Kurs durchsetzen zu können, hat in Teilen der Oberpfalz einen schweren Stand. Sie hat sich in der Hartnäckigkeit der WAA-Ablehnung ebenso verschätzt, wie in der Annahme, gerade in Bayern sei das Auseinandersortieren guter und schlechter Demonstranten an der Gewaltfrage kein Problem.

Fortsetzung auf Seite 4

USA gegen Libyen

Rambo go home!

Kaum ist das spanische NATO-Referendum erfolgreich über die Bühne gebracht, da zeigt die NATO-Führungsmacht USA im Mittelmeer, zu dessen Anrainern auch Spanien gehört, wieder ihr wahres kriegstreiberisches Gesicht.

Gegenüber Libyen wird exemplarisch demonstriert, daß die Weltmacht USA und die NATO keine Hoheitsgewässer, Staatsgrenzen und keine zu akzeptierende Souveränität kennt.

Zur militärischen Provokation gegen Libyen heißt es lapidar aus Washington: Die USA hätten das Recht, vor der Küste Libyens militärische Manöver zu veranstalten. Daß US- und NATO-Manöver immer auch die Möglichkeit des Übergangs zum Krieg implizieren, zeigen einmal mehr die Vorfälle in der Großen Syrte.

Ob in der Karibik oder im Mittelmeer: Immer geht es darum, Staaten, die sich nicht dem Weltherrschafts-Anspruch von USA und NATO unterwerfen wollen, die einen selbständigen Weg einzuschlagen gedenken, einzuschüchtern und militärisch zu provozieren.

Da der vietnamgeschädigte RAMBO wohl noch nicht so recht seinen wiedergewonnen Fähigkeiten traut, sucht er sich für derartige Stärkebeweise vorzugsweise „staatliche Zwerge" aus: Grenada, Nicaragua, Libyen. Gegenüber Grenada bedeutet Libyen allerdings schon eine beträchtliche Steigerung.

Wie aber steht es um die westeuropäischen NATO-Staaten?

Wo bleibt der von SOZIALDEMOKRATEN so oft beschworene „mäßigende Einfluß auf die USA"?

Fortsetzung auf Seite 3

"Kriminelle Vereinigung" löst sich auf

Na endlich! Der rechtsradikale CDU-Innensenator Lummer wird sein Amt bereits niedergelegt haben, wenn diese Zeitung erscheint. Und mit ihm stehen mindestens zwei weitere Senatoren der Westberliner CDU/FDP-Koalition auf der Abschußliste.

Die ersten Opfergaben werden fällig, weil die hausgemachten Bestechungs- und Schmiergeldaffären in dieser Stadt nicht einfach ausgesessen werden konnten — dafür ist der Westberliner Sumpf zu tief, und dem Regierenden Bürgermeister Diepgen gelang es nicht, ihn trockenzulegen — weil er selbst zu tief in ihn versunken ist.

Die Westberliner Kripo stöberte in der Unterwelt herum, um einen Mord aufzuklären — und entblößte dabei mehr durch Zufall den größten Parteispenden- und Schmiergeldskandal in der Westberliner Nachkriegsgeschichte. Scheibchenweise mußten der Regierende Bürgermeister, einige Senatoren und Baustadträte zugeben, daß sie von Bau-Mafiosi und Bordellbesitzern schnöden Mammon erhielten. Die Parteikassen hatten sich gefüllt, die Konten einiger CDU-Größen waren angeschwollen. Im Gegenzug — eine Hand wäscht die andere — tätigte die Bau-Mafia äußerst lukrative Geschäfte, erhielten senatseigene Häuser für'n Appel und 'n Ei — und Bordellbesitzer krönten diese ehrenwerte Gesellschaft, gaben ihr erst die richtige Würze. Die Sache schien sich wieder zu beruhigen, Diepgen versprach, hart gegen dieses Milieu vorzugehen und sich zu bessern. Und die ermittelnde Staatsanwaltschaft stellte schnell — allzu schnell — die meisten Verfahren gegen die CDU-Prominenz ein. Auch die Mehrheit der Bevölkerung gab diesem Senat eine Gnadenfrist — schließlich hat man sich in diesem Lande schon an Flick und Lambsdorff gewöhnt. Die Alternative Liste diskutierte zwar, ein Volksbegehren zwecks Neuwahlen einzuleiten, stellte im Parlament Mißtrauensanträge gegen einige Senatoren, ließ aber die Finger davon, nachdem sie die Stimmungslage erforscht und auf einem „Großen Ratschlag" in der Diskussion mit anderen oppositionellen Kräften in der Stadt zum Ergebnis kommen mußte, daß zwar der Lack des erst seit einem Jahr amtierenden Senats kräftig abgeblättert, aber die Gesamtsituation noch nicht „reif" war, daraus größere politische Konsequenzen zu ziehen.

Dies änderte sich erst um Ostern herum, als neue Enthüllungen die Runde machten.

Vor allem Innensenator Lummer geriet in die Schußlinie — und er selbst ins Stammeln. Ihm wurde zunächst vorgeworfen, einem Autohändler namens Putsch ein lukratives Baugeschäft vermittelt zu haben. Diesen Herren wollte Lummer jedoch nur sehr „flüchtig" gekannt haben. In der Fernsehsendung „Monitor" wurde Lummer widerlegt: er kannte Putsch — auch aus gemeinsamen Aufenthalten im Libanon — mehr als flüchtig.

Außerdem wurde Lummer nunmehr beschuldigt, das Baugeschäft nicht nur vermittelt zu haben. Schließlich wollte die CDU für diese Vermittlungsdienste satte 5 Millionen DM Schmiergelder kassieren. Putsch selbst — derzeit im Knast — versicherte in einer eidesstattlichen Erklärung, daß Lummer sehr wohl in diese Affäre verstrickt war.

Fortsetzung auf Seite 3

Stammheim: "Ich zweifle, also bin ich"

Hierzulande habe *„der maoistische Arbeiterkampf"*, schrieb „Die Zeit" am 6.1.78, Behauptungen verbreitet, wonach die RAF-Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim möglicherweise ermordet worden seien. Jenseits der BRD-Grenzen, in Paris, Madrid oder Rom, in New York und „von Griechenland bis England" seien es aber nicht nur Ultralinke, die das Wort Selbstmord in Gänsefüßchen setzen würden, gab die Hamburger Wochenzeitung zu bedenken, die mittlerweile vom damaligen Bundeskanzler betreut wird. Logisch, daß der AK Wert auf diesen seinen Ruf legt. Anläßlich des Aust-Buchs über die RAF-Gründer und des Hauff-Films über das Stammheimer Justizverfahren kommen wir zum dritten Mal hintereinander auf das Thema zurück, weil wir weder begreifen noch akzeptieren können, warum in diesen sich kritisch verstehenden Produktionen das Ende dieses Prozesses ausgeblendet wird, das eben nicht im Gerichtssaal gesprochen, sondern in den Zellen des Hochsicherheitstrakts vollstreckt wurde.

Rechtsanwalt Weidenhammer, der im Auftrag der Mutter Baaders immer noch um eine Wiederaufnahme des Todesermittlungsverfahrens kämpft, hat eine aktuelle Liste von Argumenten zusammengestellt, die die offizielle Version des Geschehens nachhaltig erschüttern. Sie enthält bisher unbekannte Informationen über die organisierte Schlamperei, die in jenem Verfahren herrschte, von dem Helmut Schmidt ankündigte, es werde *„über jeden Zweifel"* erhaben sein.

Nach solchen Kanzler-Worten machten sich notorische Zweifler nicht gerade beliebt. Und heute stören sie den Trend zur Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols — ein Begriff übrigens, der im Zusammenhang Stammheims seinen NS-Geruch einfach nicht loswird. Für manche, die ihre Ruhe haben wollen, sind es „abstruse" Zweifel aus „abartigen" Hirnen. Wendezeit-Ideologen gilt der Zweifel gar als solcher schon als verdammenswert. Einer der Begründer der Aufklärung allerdings, der Philosoph Descartes, schrieb: „Ich zweifle, also bin ich." So gesehen sind unsere Vorwürfe, Unterstellungen oder bösartigen Verdächtigungen gegen den sog. freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte noch viel zu schüchtern.

„Stammheim und der Rest demokratischer Selbstachtung" — Gespräch mit Rechtsanwalt Weidenhammer u.a. ab S. 13

Aus dem Inhalt

Ein Interview mit Wau Hol-



Kuddl ist tot

geb. 4.5.1927 gest. 30.3.86

Am Ostersonntag ist unser Hamburger Genosse Kuddl gestorben. Wir trauern um einen Genossen, der seit den Anfangszeiten des KB mit uns zusammen gekämpft hat.
Unter verschiedenen Flaggen zur See gefahren, trat er in den jeweiligen Ländern den Seeleutegewerkschaften bei. Hier in der BRD hatte er Kontakte zur KPD.
Nach einem schweren Arbeitsunfall machte er Mitte der sechziger Jahre noch eine Umschulung und arbeitete danach in Hamburger Metallbetrieben.
Mit dem Entstehen des SDS und der APO wurde er wieder politisch aktiv und sah seine Hoffnung in dem Aufbau einer schlagkräftigen revolutionären Organisation. Als einer der ganz wenigen dem Studentenalter entwachsenen Mitglieder in unserer Organisation hatte er sicherlich nicht immer einen leichten Stand. Schnell aufeinanderfolgende Kampagnen, Schulungen und Termine waren ja oft auch von Jüngeren kaum zu bewältigen. Aber trotz dieser Schwierigkeiten schwamm er nicht einfach mit, sondern beteiligte sich aktiv an den Auseinandersetzungen. Bei allen großen Aktionen, die die siebziger Jahre für die Linke so bekannt gemacht haben, ob Brokdorf, Grohnde oder Malville war er zu sehen. Kaum eine antifaschistische Aktion ist denkbar, bei der nicht auch Kuddl mitgemischt hätte. Und bis zuletzt wissen alle Genossinnen und Genossen, mit denen er zusammengearbeitet hat, seinen praktischen Einsatz für die Organisation auch in ,,kleinen Dingen'' zu schätzen.
Der zunehmende Zerfall der revolutionären Linken, die Spaltung des KB und das Abwandern in reformistische Organisationen war für ihn nur sehr schwer zu ertragen.
1985 wurde er aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen arbeitslos und wegen seines stark angegriffenen Gesundheitszustandes Frührentner.

Der letzte Schrei: Polizei propagiert ''Kultur der inneren Sicherheit''

Unglaublich, aber wahr, die BRD soll kultiviert werden. Wer's nicht glaubt, frage die Polizei: ,,Was wir dringend brauchen, ist die Verständigung auf eine Kultur der inneren Sicherheit. Dies stimmt aber nur, wenn Staat und Gesellschaft sich selbst als ein Kulturgut der eigenen demokratischen Kreativität erkennen. Freiräume darf es dabei nicht geben.'' So zu lesen im neuesten Schwerpunktheft der Polizeiführungsakademie zum Thema: ,,Die Bundesrepublik Deutschland in den späten 80er Jahren — Erwartungen und Perspektiven.''

Man zeigt sich bei diesem neuesten Prognoseversuch zufrieden mit der Situation wie selten zuvor: ,,Die heutige Sicherheitslage bei uns ist gekennzeichnet durch inneren und äußeren Frieden'', konstatiert Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff stellvertretend für die Innenministerrunde der Länder (IMK). Die äußere Sicherheit werde wirksam durch Abschreckung erhalten. Die innere Sicherheit sei ebenso gewährleistet. Arbeitslosigkeit, ,,Ausländerfrage'', Datenschutz, rückläufige Bevölkerungsentwicklung u.a. seien zwar schwere Probleme, hätten aber bisher nicht zu ernsthaften Unruhen führen können. Polizei und sonstige Sicherheitsorgane seien sowohl personell als auch materiell, jedenfalls im Schnitt, zureichend ausgestattet. Die technische Ausrüstung werde ständig an neuere Entwicklungen angepaßt. Die Kriminalität stagniere seit zwei Jahren. Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen führten zwar immer wieder zu örtlichen Beeinträchtigungen der inneren Sicherheit, könnten sie jedoch bisher nicht ernsthaft gefährden. Dasselbe gelte auch für den Terrorismus. Die Kaperung der ,,Achille Lauro'' durch US-Truppen habe eindrucksvoll die ,,internationale Gesamtsolidarität'' gegen den Terrorismus bewiesen. Summa summarum: Die von der SPD/FDP-Regierung entwickelten und von der CDU/CSU/FDP-Regierung fortgeführte differenzierte Konfliktdämpfungsstrategie der Inneren Sicherheit hat sich bewährt und soll fortgeführt werden. Man darf sich die Hände reiben.

Aber dies, erfahren wir nun, reicht selbstverständlich nicht aus. Man weiß ja nie, meint Möcklinghoff, es könnte ja sein, ,,daß der demokratische Konsens schwindet, daß die Bereitschaft zunimmt, politische Fragen mit Gewalt lösen zu wollen und andererseits sich eine Verweigerungshaltung verbreitet ... Wir werden als Gemeinschaft und Staat nur überleben, wenn wir in den die Gemeinschaft bestimmenden Fragen einen breiten Mehrheitskonsens finden ... Die Bürger müssen problembewußt gemacht werden.''

Vor allem sei ,,natürlich ein Konsens über das Gewaltmonopol wichtig'', der gegen eine zunehmend verbreitete Neigung in der Bevölkerung erhalten, bzw. auch wiederaufgebaut werden müsse, dem Prinzip der repräsentativen parlamentarischen und der wehrhaften Demokratie Forderungen nach direkter Demokratie durch Volksbefragung und Volksinitiativen entgegenzustellen. Basisdemokratische und rätedemokratische Modelle gewönnen an Anziehungskraft. Imperatives Mandat und Rotationsprinzip stammten aus diesen Überlegungen.

Ein Herr Dr. jur. Bernd Rebe, Präsident der TU Braunschweig liefert zu Möcklinghoffs Konsenswünschen in einem ansonsten schwatzschweifigen Aufsatz unter dem Titel ,,Gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Konsens und Anomie'' (Gesetzwidrigkeit — AK) das entsprechende ,,wissenschaftliche'' Vokabular: Er unterscheidet zwischen ,,individualabhängiger Kriminalität'' und ,,gesellschaftsabhängiger Kriminalität', wobei er gleich ,,dem Mißverständnis vorbeugen'' möchte, daß etwa die Gesellschaft diese Kriminalität provoziere. Beileibe, nein! Er möchte doch sehr deutlich machen, ,,daß auch dann, wenn eine gesellschaftliche *Verführungslage* oder eine Notlage für den einzelnen da ist, wir weiter darauf bestehen müssen, daß er dennoch die Möglichkeiten hat, sich selbst für oder gegen rechtstreues Verhalten zu entscheiden.''

Unter dem Stichwort einer solchen gesellschaftsabhängigen *Kriminalität* handelt der Herr Polizeiwissenschaftler sodann *sämtliche* Aspekte der Gesellschaftskritik und des sozialen und politischen Protestes vom ,,neuen Freiheitsbedürfnis'' bis hin zur ,,subkulturellen Identifikation'' ab. Ein bemerkenswerter Konsens, der da angestrebt wird!

Solche Beiträge sind der Rahmen, in dem der sozialdemokratische Polizeipräsidenten Hübner, West-Berlin, seinen Aufruf zur Entwicklung einer ,,Kultur der Inneren Sicherheit'' gestellt hat. Auch er garniert sich selbstverständlich mit wissenschaftlich klingenden Worten. Die Elemente der ,,Kulturfindung'' seien ,,ein Verständnis der Verfassung als Vertrag im Sinne eines immer neuen ,,Sich-Vertragens und Sich-Ertragens aller Bürger und Gruppen, Vertrag verstanden als Konsensbasis und -rahmen für die Formulierung von Erziehungszielen und Orientierungswerten.'' usw. usf. Was aber mit seiner ,,Kultur der Inneren Sicherheit'' gemeint ist, wird — unisono mit den Herren Möcklinghoff und wissenschaftlichem Troß — da mehr als eindeutig, wo er mit eigenen Worten reden muß. Gemeint ist: ,, ... den Weg der Gewaltabschöpfung unbeirrbar fortzugehen. Auch in den kommenden Jahren wird es Aufgabe der inneren Sicherheit sein, daß Politik vollzogen werden kann, ohne daß die Gewalt auf der Straße das Geschehen diktiert ... Um es nicht in Zweifel geraten zu lassen. Diese moderne Gesellschaft kann ohne Konflikte nicht bestehen. Es wäre deshalb falsch, wenn man die Rolle der inneren Sicherheit so verstehen wollte, daß sie auf Konfliktvermeidung angelegt sein müßte. Richtig ist vielmehr, daß wir einen Freiraum zur gewaltfreien Konfliktbewältigung zu garantieren haben.''

Bleibt zu hoffen, daß auch dies verlockende Kulturangebot der Hübner und Co. an der bekannten kulturellen Genügsamkeit der von den Initiatoren umworbenen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung scheitert.

F.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

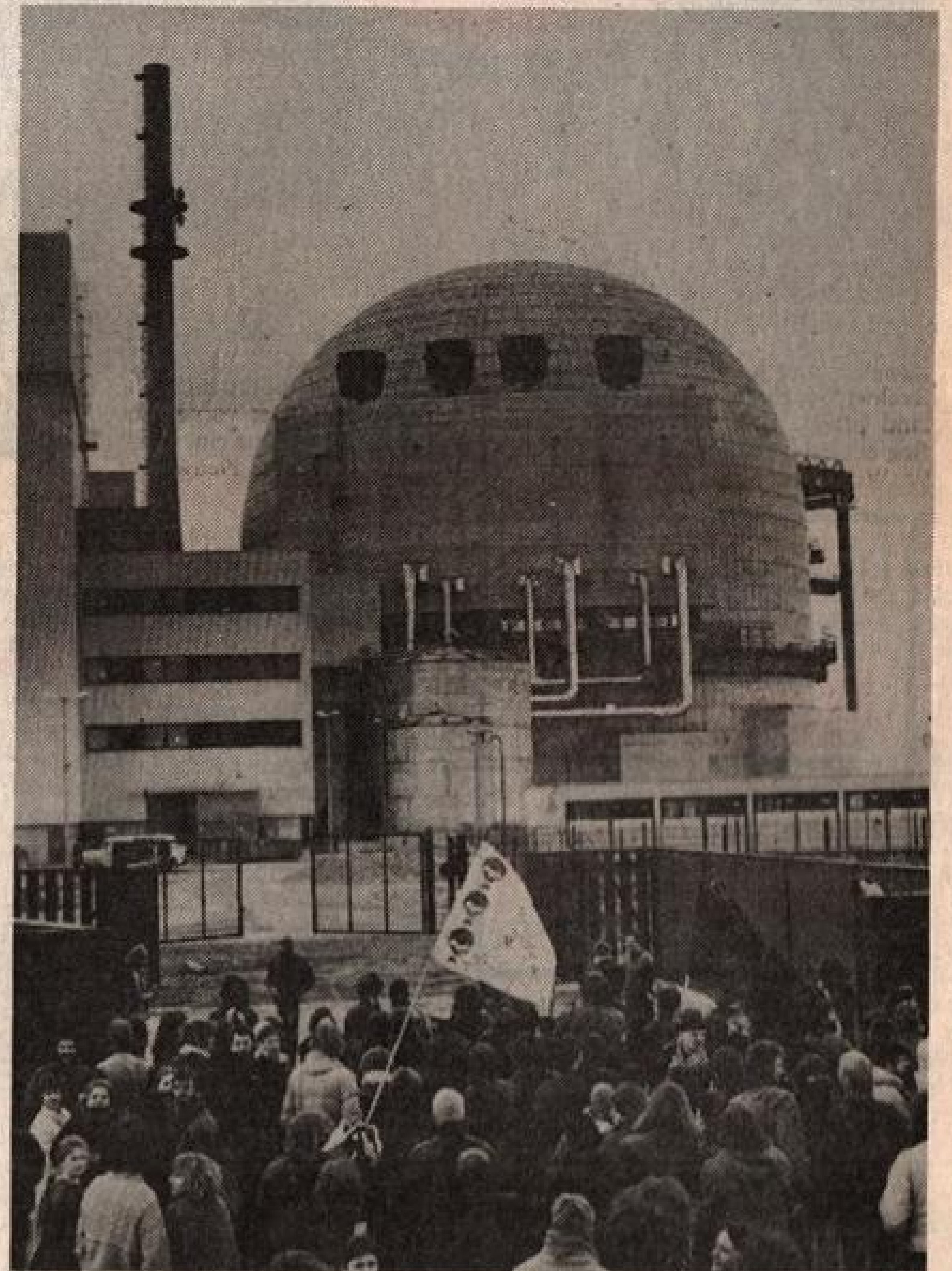


Bild und Text: PAN-Foto

Demonstration gegen Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brokdorf am 5.4.86

Die GRÜNEN hatten am 5.4.86 zu einem „Spaziergang" um das fertiggestellte Atomkraftwerk Brokdorf aufgerufen, um damit gegen die Inbetriebnahme des inzwischen überflüssig gewordenen Atomkraftwerkes zu demonstrieren. Da die Energiebedarfsprognosen in der Planungsphase von Brokdorf falsch waren, ist das Werk inzwischen überflüssig geworden. Es wäre billiger das Werk zu verschenken als es in Betrieb zu nehmen. Ein entsprechender Antrag der GRÜNEN (GAL) in der Hamburger Bürgerschaft wurde von den anderen Parteien abgelehnt, da sich niemend finden lassen wird, der das Werk geschenkt haben will. (Nachzulesen im Bürgerschaftsprotokoll).

Rund 500 Personen nahmen an dem „Spaziergang" ums Werk teil. Eine kleine Gruppe von ca. 50, teilweise vermummten Personen stürmte gegen 15.30 Uhr überraschend und unter dem Beifall der restlichen Demonstrationsteilnehmer ein Tor mit 14 cm dicken Stahlträgern. In wenigen Minuten war das Tor geöffnet. Auch die weiteren drei Tore wurden ohne große Schwierigkeiten „geknackt". Werkschutz und einige Polizeibeamte, die hinter den Toren standen, flüchteten in Panik zu ihrem Unterstand im Werksgelände. Nach einem kurzen Inspektionsgang verließen die Demonstranten das Werksgelände wieder und machten die Niederlage der Wachtruppen komplett, indem sie diese mit herumliegenden schweren Stahltrossen im Gelände einsperrten. Erst als die Demonstranten längst weitergezogen waren, kamen ein Wasserwerfer und eine Hundertschaft Polizei an den Ort des Geschehens. Ein Bauer, der das Geschehen vom Deich aus beobachtete, kommentierte knapp: „Da ist ja mein Dachboden besser gesichert. Hoffentlich haben die im Werk nicht auch so einen Mist gebaut."

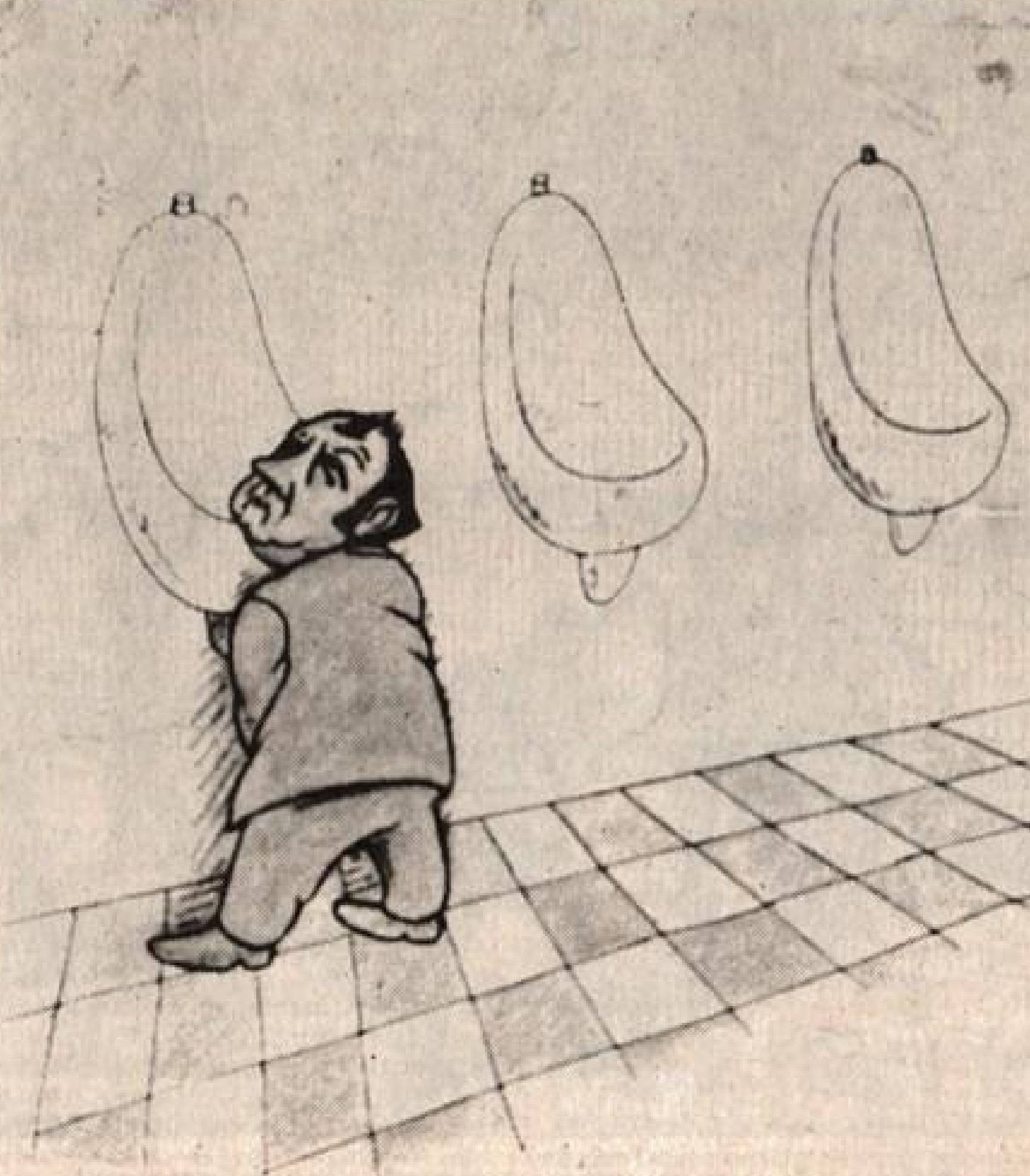
Was macht Lummer im Libanon?

Heiteres Berufe-Raten. „Bitte machen Sie eine typische Handbewegung". Herr Lummer bewegt die Hände, als wolle er etwas einölen. „Gehe ich recht in der Annahme, daß Sie schmieren?" — Herr Lummer nickt widerwillig. Aber was ist es, was Herr Lummer schmiert? Sind es bloß Politikerkollegen? Kleine rechtsradikale Ganoven? Oder Motoren gebrauchter LKWs? Mitunter auch schon mal ein paar Maschinenpistolen?

„Sind Sie Mitglied einer kriminellen Vereinigung?". — Nach kurzem Zögern schüttelt Herr Lummer heftig den Kopf. Diesmal wandert ein Fünfer in das Schweindl. Herr Lummer nimmt wirklich mit, was er kriegen kann.

17mal war Herr Lummer nach eigenen Angaben seit 1966 im Libanon. Wenn man die Herren vom Grenzschutz fragen würde und wenn die Herren ehrlich antworten würden, käme vielleicht noch eine eindrucksvollere Zahl heraus. Vielleicht müßte man auch noch ein paar Libanon-Trips hinzuzählen, bei denen Herr Lummer womöglich gar nicht offiziell durch den bundesdeutschen Zoll gegangen ist.

Was macht so einer, der weder Diplomat noch Geschäftsmann ist, der weder der PLO noch der RAF angehört, derart häufig im Libanon? Der „Spiegel" hat anscheinend einen begründeten Verdacht oder sogar mehr, auf dem er seit mindestens fünf Jahren diskret schweigend hockt. Oder was sollte der geheimnisvolle Seitenhieb im „Spiegel" Nr.4/1981: **„Immer öfter wählen bestimmte Reisende das vom Frankfurter Blatt (FAZ)beschwärmte Fahrtenziel** (Libanon). **Viele Kaufleute, ausländische Politiker, auch solche von der CDU, die dann Falange-Aufmärsche abnehmen oder, wie der Berliner Heinrich Lummer nebst Delegation, Zeuge der 'Beschießung der christlichen Viertel von Beirut' (Reiseprogramm) werden möchten."**



Scheinbar völlig unmotiviert und unverständlich war dieser Absatz in einen Artikel montiert worden, der sich ansonsten mit nichts anderem beschäftigte als mit rätselhaften Vorgängen bei Hoffmanns Nazi-Terroristen, die zu dieser Zeit gerade ihr Quartier im Libanon hatten. Es drängt sich der Gedanke auf, daß der „Spiegel' den *„bestimmten Reisenden"* auf neckische Art einen kleinen Schreck einjagen wollte, indem er Informationen, die er für nicht publizierbar hielt, für die Betroffenen unübersehbar andeutete.

Daß Herr Lummer 17mal in den Libanon gereist ist, bloß um die Beschießung christlicher Viertel von Beirut durch den Feldstecher zu beobachten, wird mensch wohl nicht annehmen wollen.

Es steht fest, daß Herr Lummer 1971 der rechtsradikalen Berliner „Aktionsgemeinschaft 17.Juni" 2000 DM eigenhändig bar auszahlte. Herr Lummer bestreitet den Sachverhalt nicht, behauptet aber, die Spende sei in edelster Absicht erfolgt: er habe die Leute von einer Kandidatur zu den Berliner Wahlen abhalten wollen. Daß die Leute Lummers Geld dann dazu mißbrauchten, SPD-Plakate zu überkle-

von einer Kandidatur zu den Berliner Wahlen abhalten wollen. Daß die Leute Lummers Geld dann dazu mißbrauchten, SPD-Plakate zu überkle-

ben, sei schließlich nicht vorauszusehen gewesen. Peinlich jedoch, daß die Übergabe des Geldes nur wenige Tage vor Ende der Anmeldefrist zur Wahl stattfand. Die „Aktionsgemeinschaft 17.Juni" hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal als Partei konstituiert. Zweifelsfrei hätte sie auch ohne Lummers Spende nie und nimmer zur Wahl antreten wollen und können.

Nun sichern sich Personen wie der Herr Lummer normalerweise ein bißchen ab, wenn sie krumme Dinger drehen. Wenn trotzdem eine Geschichte wie die mit der „Aktionsgemeinschaft 17.Juni" durch eine Verkettung unglücklicher Zufälle auffliegt, sollte mensch also nicht ausschließen, daß im gleichen Keller noch ein paar weitere, unentdeckte Leichen herumliegen. Warum soll die „Aktionsgemeinschaft 17.Juni" die einzige rechtsradikale Stelle gewesen sein, die in den Genuß von Lummer-Geldern gekommen ist? Könnte sich der Herr Lummer nicht beispielsweise im Libanon mit Nazi-Chef Hoffmann getroffen haben, um ihn davon abzubringen, zu den libanesischen Präsidentschaftswahlen zu kandidieren? Für den Mißbrauch eventueller Spendengelder wäre auch in diesem Fall Herr Lummer selbstverständlich nicht verantwortlich zu machen. Zu denken wäre da beispielsweise an die Bombe beim Oktoberfest, 26.September 1980.

Ein Spitzenpolitiker wie Lummer und eine schlicht kriminelle Figur wie der Nazi-Terrorist Hoffmann — ist da irgendeine Verbindung überhaupt vorstellbar? Doch, sie ist. Beispielsweise so: Eine der Hauptfiguren im Berliner Skandalsumpf ist Herr Putsch, Autohändler aus Wuppertal. Dem Herrn Lummer hat Putsch 1973 *„auf Wunsch einer Bonner Dienststelle"* eine Reise in den Libanon bezahlt. Was das für eine Dienststelle war, mag Putsch nicht sagen. Was Herr Lummer damals im Libanon wollte und sollte, hat Putsch angeblich vergessen. Möglich, daß er sich demnächst doch wieder erinnert. Herr Lummer jedenfalls spekuliert schon ungeniert über die Libanon-Geschäfte des Herrn Putsch: *„Es würde ihn ‚gar nicht wundern', bekannte Lummer dem SPIEGEL, wenn Putsch damals seine gebrauchten LKWs ‚auch zu Militärzwecken' verkauft hätte."*(„Spiegel" Nr.14/86)

Ein hochinteressantes Stichwort: Bekanntester Organisator der Überführung von Gebraucht-LKWs in den Libanon war um 1980 ausgerechnet Nazi-Terrorist Hoffmann. Zu seinen Kunden gehörte die PLO offenbar ebenso wie die rechtsradikale Falange. Hoffmann sorgte mit seiner Bande dafür, daß die LKWs — insbesondere ausgemusterte Bundeswehrfahrzeuge — zu Konvoys zusammengestellt und durch Österreich, Jugoslawien usw. ans Ziel geschleust wurden. Hoffmanns Vorgänger im Geschäft war der Nazi Udo Albrecht, eine selbst für diese Szene außerordentlich undurchschaubare Figur. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ein Wanderer zwischen den Geheimdien-

Albrecht, eine selbst für diese Szene außerordentlich undurchschaubare Figur. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ein Wanderer zwischen den Geheimdien-

sten in Ost und West.

Daß das Auto-Geschäft, dem wahrscheinlich noch ein paar andere Geschäfte angegliedert waren, für Hoffmann eigentlich etwas zu groß war und daß er vielleicht nur der oberste Chauffeur des Unternehmens war, lag als Verdacht schon immer nahe. Lummers Hinweis auf den Auto-Großhändler Putsch stellt das fehlende Glied sehr einleuchtend her. Daß Herr Lummer diesen Hinweis anscheinend von sich aus dem „Spiegel" nahegebracht hat, könnte mensch natürlich so interpretieren, daß er selbst mit diesen Geschäften nichts zu tun hatte. Zwingend ist diese Schlußfolgerung aber nicht. Die Überlegung könnte auch sein, Andere mit Dingen zu belasten, deren Bekanntwerden in nächster Zeit ohnehin kaum noch vermeidbar wäre.

Kommen wir auf die „Bonner Dienststelle" zurück, in deren Auftrag Herr Putsch dem Herrn Lummer mindestens eine seiner Libanon-Reisen finanzierte. Würde eine Regierungsstelle einen Aufenthalt des Herrn Lummer im Nahen Osten für zweckmäßig gehalten haben, so hätte sie ihm diese Reise wohl auch selbst finanzieren müssen. Es gibt allerdings eine „Dienststelle", von der bekannt ist, daß sie solche Dinge lieber durch Vermittlung Dritter abwickelt: der Bundesnachrichtendienst, BND. Schon gibt es Presseberichte, daß Putsch, ebenso wie Lummers damaliger Reisegefährte, ein Beamter vom Bundespresseamt, Mitarbeiter des BND (gewesen) sei. Weitere Informationen über diese Seite der Angelegenheit wären sicher hochinteressant. Wahrscheinlich ist aber bereits die äußerste Grenze erreicht, an der im Staatsinteresse dem neugierigen Volk die Tür vor der Nase zugeschlagen wird.

Fortsetzung von Seite 1

Hinzu kam eine weitere Enthüllung im „Spiegel": Anläßlich der Wahlen von 1971 habe Lummer persönlich 2.000 DM an eine rechtsradikale Organisation namens „Aktionsgemeinschaft 17. Juni" übergeben. Der „Spiegel" zitiert eine eidesstattliche Versicherung des bisherigen FDP-Sprechers Axel Lutze, der bei seiner früheren Tätigkeit als VS-Spitzel in eben dieser „Aktionsgemeinschaft" Zeuge dieser Transaktion war. Laut Lutze war dieses Geld ausdrücklich dazu bestimmt, daß Rechtsradikale von diesem Geld Aufkleber druckten und damit SPD-Plakate überklebten.

Abgesehen von diesem Einzelfall, der Lummer den Rest geben sollte, ist nur allzu bekannt, daß er seit Jahren „zweifelhafte Kontakte zur äußersten Rechten" („Spiegel") im In- und Ausland pflegt. Erst vor einigen Jahren flog ein Briefwechsel Lummers mit der (in Westberlin verbotenen) NPD auf.

Außerdem stand Lummer für eine Politik, die sich des Beifalls von Faschisten sicher sein konnte. Er war am 22.9.1981 für einen Polizeieinsatz gegen eine Hausbesetzerdemonstration verantwortlich, in deren Folge ein Besetzer — Klaus Jürgen Rattay — verstarb. Der Türke Cemal Altun stürzte sich während einer Gerichtsverhandlung, bei der es um die Abschiebung in die Türkei ging, aus dem Fenster — Lummers Ausländer- und Asylpolitik ist so berüchtigt, daß selbst seine Senatskollegen öffentlich von ihm abrücken mußten.

Der „Stern" liftete einige Bankenkonten des CDU-Bausenators Franke; diese werden in Verbindung gebracht

rücken mußten.

Der „Stern" liftete einige Bankenkonten des CDU-Bausenators Franke; diese werden in Verbindung gebracht

mit einem weiteren Baugeschäft, in dem der Verkaufspreis von Franke selbst in die Höhe getrieben wurde. Und ihm wurde nachgesagt, einen Teil davon für sich abgezwackt zu haben.

Und zu allem Überdruß stützte der Regierende Bürgermeister Diepgen die ins Zwielicht geratenen Senatoren und kanzelte die Vorwürfe als pure „Banalitäten" ab. Eine Krähe hackt der anderen ...?

Diese hausgemachten Skandale hatten nunmehr jedoch politische Folgen. Die öffentlichen Medien, von der „FAZ" bis zur „TAZ", forderten den Abtritt Lummers und Diepgens. Westberlin müsse wieder aus den negativen Schlagzeilen heraus, forderten die Springer-Medien. Und auch die Stimmungslage in der Bevölkerung schlug nun um; die Galgenfrist scheint abgelaufen zu sein, da wurde dem Volk denn doch zuviel zugemutet.

Am 2. April mußte Diepgen zum Kanzler, der so einen Sumpf vor den wichtigen Wahlen nicht duldet. Und prompt hieß es nun, daß mit einer Senatsumbildung zu rechnen sei. Diese Westberliner „kriminelle Vereinigung", wie sie im Westberliner Parlament von der Opposition qualifiziert wurde, wird wohl einige ihrer Figuren vorerst aus dem Verkehr ziehen müssen, um dem Wahlvolk ausnahmsweise einmal wieder Biedermänner anstelle der vielen Brandstifter vorführen zu können. Denn ohne Zweifel ist der Senat in eine politische Legitimationskrise hineingeschlittert, handlungsunfähig, weil derzeit alle Senatsmitglieder damit beschäftigt sind zu verhindern, daß weitere „Skandale" an die Öffentlichkeit dringen. Aber ebenso zweifellos wird das nicht lange anhalten, weil das grundsätzliche Problem dabei nicht angetastet wird: Westberlin hält Steuergelder in Milliardenhöhe bereit für all die, die in dieser Stadt investieren oder spekulieren wollen. Investoren können die Lohnkosten aus ihren Bilanzen streichen, weil diese bei Neuansiedlung de facto subventioniert werden — und im Westberliner Baugeschäft läßt sich allemal eine goldene Nase verdienen. Dabei geht es dann halt zu wie in der wöchentlichen „Dallas"-Show.

Und was macht die Opposition? Das Senats-Revirement soll ihr die Luft aus den Segeln nehmen — und zumindest die Sozialdemokratie, in diesen Dingen sehr erfahren und 1981 gestürzt, wird sich mit dieser vorgetäuschten „Selbstreinigung" zufrieden geben.

Gleich nach Ostern meldete sich die AL mit einer „Politischen Erklärung" zu Wort und fordert Neuwahlen. Wenn die Opfergaben der CDU allzu dürftig ausfallen, könnte der AL durchaus ein politischer Erfolg beschieden sein. Der vorgesehene Startschuß zur Einleitung eines Volksbegehrens für vorzeitige Neuwahlen ist immerhin der 1. Mai — falls die turbulenten Ereignisse sich nicht überschlagen und eine Mitgliederversammlung der AL anders entscheiden sollte.

Derzeit besteht noch das Manko, daß Skandale und Affären die politischen Auseinandersetzungen bestimmen — nicht jedoch die Inhalte konservativer Senatspolitik. Der Senat ist schwer diskreditiert — und hierbei noch ein wenig nachzuhelfen, lohnt allemal.

D./Westberlin, 3.4.86

Presseerklärung des

Presseerklärung des Geschäftsführenden Ausschusses der Alternativen Liste

Das Maß ist voll
AL-Delegiertenrat fordert Neuwahlen

Der Delegiertenrat der Alternativen Liste (zweithöchstes Beschlußgremium) hat am 2. April auf Empfehlung des Geschäftsführenden Ausschusses beschlossen, daß den Bürgern/innen die Gelegenheit gegeben werden muß, diesen Senat durch Neuwahlen abzulösen und sich für eine neue Politik zu entscheiden, deren Maßstab die Bedürfnisse der Bevölkerung sein müssen. Die wechselseitige Begünstigung und Abhängigkeit von Wirtschaftskriminellen müssen umgehend beendet werden.

Die Alternative Liste ist der festen Überzeugung, daß ein Auswechseln von einzelnen Personen nicht die Form der korrupten und kriminellen Politik ändern wird. Auch der Regierende Bürgermeister Diepgen hat sich mit der unverschämten Verharmlosung der erhobenen Vorwürfe als „Banalitäten" ins politische Aus manövriert.

Da die Alternative Liste davon ausgeht, daß ihr Antrag auf Selbstauflösung des Parlaments (Paragraph 39 Abs. 2, VVB) nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit erhalten wird, unternimmt die AL alle erforderlichen Schritte, um am 1. Mai mit der Stimmensammlung für ein Volksbegehren zu beginnen.

Die Berlinerinnen und Berliner dürfen nicht von einem Bürgermeister und von Senatoren regiert werden, die ihre Zeit damit verbringen müssen, sich immer neue Lügen auf immer neue Enthüllungen und Anschuldigungen auszudenken.

In dieser Situation sind alle Kräfte der Stadt dazu aufgerufen, den quälenden Prozeß der Selbstzersetzung dieses „Diepgen-Teams" so schnell wie möglich zu beenden.

Geschäftsführender Ausschuß der Alternativen Liste

USA gegen Libyen

Fortsetzung von Seite 1

Der spanische Ministerpräsident Gonzales gewissermaßen der südeuropäische Enkel von Willy Brandt, hat mit diesem Anspruch seine Landsleute für den NATO-Beitritt agitiert. Die vorgeblich intendierte Wirkung ist offensichtlich ausgeblieben, genauer: Der Schuß ging nach hinten los!

RAMBO fühlt sich so stark wie seit Grenada nicht mehr, zählt er doch ein Land mehr — und dazu noch einen Mittelmeeranrainer — im Bündnis.

Die moderaten und lernfähig anmutenden Töne des GENFER GIPFELS gehören der Vergangenheit an. Stattdessen faselt Caspar Weinberger — sicherlich nicht zufällig zeitgleich mit der militärischen Provokation im Mittelmeer — über ein angeblich stetig wachsendes militärisches Gewicht der SU und läutet bereits die nächste „Nachrüstungsrunde" ein. Wen wundert's?

Militärbündnisse werden nicht dazu geschaffen, um die jeweiligen militärischen Fähigkeiten der Partner zu neutralisieren, sondern um sie zu verstärken und zur Erhöhung der Abschreckungskraft gegenüber gemeinsamen Gegnern durch Addition von militärischen Potenzen und zur Bewältigung von Herausforderungen, die die Fähigkeiten eines einzelnen Staates überschreiten durch gemeinsames arbeitsteiliges Vorgehen.

Würden sich die USA vor Libyens Küste so dreist gebärden, wenn sie nicht das NATO-Bündnis im Rücken wüßten? Und hätten die Briten seinerzeit im Malvinen-Krieg auch dann eine Armada in den Südatlantik entsandt, wenn sie sich nicht der materiellen und logistischen Unterstützung der europäischen Flanke durch die BRD und andere hätten sichern können?

Somit haben die westeuropäischen NATO-Staaten sehr wohl etwas mit dem zu tun, was sich zur Zeit im Mittelmeer ereignet. Allein schon ihre Mitgliedschaft im NATO-Bündnis stellt eine Ermutigung für das aggressive Agieren der USA dar. Ganz abgesehen davon dürften einige dieser Staaten der USA ganz praktisch zur Seite stehen.

Wir erinnern uns an den FRANKFURTER FLUGHAFEN, der in derartigen Fällen den US-Interventionsstreitkräften bereits wiederholt als Dreh-

Wir erinnern uns an den FRANKFURTER FLUGHAFEN, der in derartigen Fällen den US-Interventionsstreitkräften bereits wiederholt als Dreh-

scheibe diente. Als sicher darf gelten, daß die US-Basen im NATO-Neumitgliedsstaat Spanien in irgendeiner Weise in die kriegerische Provokation mit involviert sind.

Da die westeuropäischen NATO-Staaten somit mitverantwortlich für den aggressiven Kriegskurs gegenüber der Dritten Welt sind, dürfen sie sich wohl nicht wundern, wenn der Krieg gegen die Dritte Welt möglicherweise auf ihr eigenes Territorium zurückschlägt, horizontal eskaliert und in die globale Konfrontation mündet. Die NATO hat dies in Stabsmanövern wiederholt durchexerziert.

Für die friedlich bewegte Öffentlichkeit in der BRD ist das Grund genug, den Inhalt der diesjährigen Ostermärsche umzugestalten. Denn die Fixierung auf das Weltall verstellt den Blick auf das, was zu Lande, zu Wasser und zu Luft geschieht. Also:

GEGEN DEN AGGRESSIVEN KRIEGSKURS VON USA UND NATO!
GEGEN DIE MITGLIEDSCHAFT DER BRD IN EINEM MILITÄRBÜNDNIS!
DAS MITTELMEER DEN MITTELMEERLÄNDERN,
RAMBO GO HOME!

Diese Stellungnahme wurde beim Ostermarsch in Frankfurt von der dortigen KB-Gruppe und in Münster von der örtlichen Initiative „Kein Frieden mit der NATO — BRD raus aus der NATO" verteilt.

Über die Hintergründe des Angriffs auf Libyen siehe den Artikel „Angriffsziel Libyen" auf S. 28 in dieser Ausgabe.

Wackersdorf — Das Brokdorf des Südens



Ostermarsch gegen die WAA wurde zum großen Erfolg

Fortsetzung von Seite 1

In der Presse häufen sich Klagen der Polizei, die Einheimischen verhielten sich duldsam passiv gegenüber Gewalttätern und würden diese decken. Bei den üblich gewordenen Sonntagsspaziergängen zur WAA hat Polizeieinsatzleiter Friker zunehmend festgestellt, daß Einheimische die *,,Tätigkeiten von Autonomen und Vermummten mit einer gewissen Genugtuung verfolgen''*.

Die SPD hat sich trotz einiger Windungen zur Teilnahme durchgerungen und dürfte dabei einiges an Boden im Spektrum der WAA-Gegner gewonnen haben. Sie konnte andererseits nicht in gewünschter Weise die Spaltungslinie Marke Itzehoe ziehen. Entgegen allen Warnungen zog die Mehrzahl aller Demonstranten am 500 Meter unterhalb gelegenen Kundgebungsplatz vorbei zum WAA-Baugelände. Es waren vielleicht einige Hunderte, die am Bauzaun der WAA rüttelten, aber Zigtausende, die teils trotzig entschlossen, teils neugierig ran ans Baugelände zogen. Und es waren nicht wenige, die den ,,mutigen jungen Leuten'' bei ihren Aktionen gegen Zaun und Wasserwerfer Beifall spendeten. Dies bei der Masse als bewußtes Hinwegsetzen über SPD-Warnungen zu werten, dürfte verfehlt sein. Wahrscheinlicher ist, daß die maßlose CSU-Hetze diesen Effekt in einer insgesamt wenig organisierten Bewegung gegen die WAA bewirkt hat.

Die Opfer

Die Negativseite der Wackersdorfer Ostertage: Der zweite Tote im Zusammenhang mit Anti-WAA-Aktivitäten, der mit großer Wahrscheinlichkeit auf das Konto des wahnwitzigen Einsatzes von CS-Gas geht, was aber, wie meist in solchen Fällen, kaum Folgen haben wird. Sicher ist Alois H. an einem Asthmaanfall gestorben, doch daß dieser wahrscheinlich durch CS-Gas ausgelöst und so schwer wurde, wird am Ende ebenso wahrscheinlich juristisch für die Staatssseite folgenlos bleiben.

Weitere 400 WAA-Gegner wurden festgenommen. 279 bereits am Samstagfrüh, als 1000 Polizisten das Osterzeltlager umstellten und mal wieder den ,,dringenden Verdacht'' hatten, daß ,,Waffen und Werkzeuge'' versteckt würden. Klar, daß anschließend auch das übliche Camping-Arsenal von Waffen plus einiger Krähenfüße und Steinschleudern präsentiert wurde. Allerdings gelang es der Polizei nicht, die Festgenommenen bis zur Demo am Montag in Schutzhaft zu halten. 43 Leute wurden am Montagfrüh in der Scheune eines Bauern festgenommen und den Tag über wegen ,,Gefahrenabwehr'' festgehalten. Insgesamt 68 Festnahmen erfolgten im Anmarsch zur Demonstration, meist im Wald.

Die Polizei

Sie hatte aufgrund der veränderten Lage ein verändertes Konzept. Polizeieinsätze laufen jetzt aus der Distanz hinter dem Sicherheitszaun, der in den letzten Monaten auch in den eigenen Reihen zersetzend wirkende unmittelbare Kontakt mit den Demonstranten aus der heimischen Bevölkerung fällt so erst einmal weg. Der noch nicht ganz fertiggestellte Bauzaun ist nach bekannten Beispielen anderer AKW-Baustellen errichtet worden und wurde extra für Ostern an einigen Stellen provisorisch geschlossen. Um ein besseres Operationsfeld und mehr Übersicht über Handlungen am Bauzaun zu haben, wurden noch weitere Bäume gefällt. Mehr als 3000 Polizisten befanden sich im Einsatz. Mit 41 an der Zahl wurde die größte Wasserwerfer-Armada aller Zeiten zusammengezogen, dabei auch ,,rot-grüne'' aus Hessen. Ob auch diesmal wie bei der Hüttendorfräumung — damals anfänglich bestritten — die GSG 9 im Einsatz war, ist nicht bekannt. Justizminister Lang hatte vor der Demo ihre Bereitstellung nicht ausgeschlossen.



Casus Belli: Pax Christi. Die Friedensstifter wurden von den Wasserwerfern nicht geschont.





CSU-Kampagne gegen WAA-Gegner ''Chaoten'' und ''Mörder''

Wie so einiges, was derzeit in Bayern abläuft, erinnert die Hetze im Zusammenhang mit der Osterdemonstration an die Vorfeldhetze zu Brokdorf 1977. Was dem Peter Boenisch damals seine zu Papier gebrachten Sexualphantasien von der ,,Jungfrau von Brokdorf'', das sind in den heutigen Phantasien die RAF oder vor Bullenfüße scheißende Chaoten. Ansonsten läuft da tatsächlich alles nach dem bewährten Muster der Spaltung an der Gewaltfrage und der (im konkreten nicht sehr erfolgreichen) Mobilisierung von Bürgerängsten. Und zwar in einem Ausmaß, das vielen außerhalb Bayerns kaum bekannt sein dürfte.

Was eignet sich besser, als die RAF, um zu warnen? Mitte März tagte der ,,Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft'' (BSW). Auf dieser Tagung hielt Regierungsdirektor Wingerten aus dem Landesamt für Verfassungsschutz ein Referat, in dem er den Bogen von der WAA zur RAF zog. Diese habe die WAA als Teil des *,,militärisch-industriellen Komplexes''* entdeckt, *,,gegen den sich die meisten Anschläge von RAF und Revolutionären Zellen gerichtet haben''*. Gegenwärtig finde noch eine Abstimmung zwischen der militärischen und der militanten Ebene der Terroristen über mögliche Aktionen gegen die WAA statt. Erwogen würden Anschläge nicht nur gegen die WAA. Beleg dafür seien ,,schwarze Listen'' am WAA-Bau beteiligter Firmen, die in Terroristen-Kreisen kursieren (Nürnberger Zeitung, 14.3.86) — Firmenlisten übrigens, die in 'Radi Aktiv'', der Zeitung der bayerischen Anti-AKW-BIs abgedruckt wurden. Auf der gleichen Tagung zog der neue Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Pfahl, den Bogen gleich noch weiter zu den Russen. WAA, ,,Schneller Brüter'' und Techniken zur Beseitigung radioaktiven Abfalls seien Hauptziele östlicher Spionage. Man kann ziemlich sicher annehmen, daß mit dieser Tagung die Stichworte für die Kampagne, die 14 Tage vor Ostern voll anlief, gegeben wurden.

Mörder im Anmarsch

In täglich erscheinenden, zweifarbigen Anzeigen trat die bayerische Staatsregierung gegen den ,,Terrorismus'' an. Gewalt sei geplant, ein ,,überdimensionales Bild'' von Ulrike Meinhof sei im Hüttendorf erspäht worden, Sabotageaktionen werden zu schwerwiegenden Anschlägen hochgespielt. Ziel aller Aktionen sei es, *,,mit der Verhinderung der WAA die gesamte Stromversorgung in Deutschland zu stören''*. Gipfel der Unverschämtheit: *,,Um die Polizei zu provozieren, verrichteten im Hüttendorf Frauen und Männer ihre Notdurft vor den Füßen der Polizeiposten''*, heißt es empört in einer Anzeige. Die örtliche Presse wiederholte wortwörtlich übernommen die Regierungswarnungen und Anschlagshysterie in redaktionellen Artikeln am Ostersamstag. Auch wir vom KB kriegen unser Fett ab. Die Pläne autonomer Gruppen sowie Anleitungen zu Angriffen auf den Bauzaun *,,seien in der Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB), dem 'Arbeiterkampf', abgedruckt worden''* (FAZ, 25.3.86). Kurz vor Ostern geistern durch die Presse dann noch einmal ,,Erkenntnisse'' über den Zusammenhang von RAF, Autonomen und WAA, die der Verfassungsschutz zum besten gibt.

Bundesinnenminister Zimmermann meldete sich zu Wort: es sei mit der *,,Teilnahme von Personen zu rechnen, die auch politischen Mord befürworten''*, Gruppen, *,,die sich aus aus dem Umfeld der RAF, der Revolutionären Zellen sowie aus gegen die Demokratie kämpfenden, reisenden Chaoten zusammensetzten''* (Nürnberger Nachrichten, 29.3.86). Aus gefundenen Gegenständen bei festgenommenen Demonstranten macht den auch die BILD-Zeitung vom 1. April nicht scherzhaft gemeinte ,,Mordwerkzeuge''. Nach Ostern dann das bekannte Spiel: Außer dem brutalen Angriff mit CS-Gas ist an diesem Wochenende nicht viel geschehen. ,,Durch den vorbildlichen Einsatz der Polizei'' natürlich, wie die Staatsregierung am 2.4. in Anzeigen erklären läßt. Und: *,,Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn die von der Polizei verhafteten Gewalttäter im Schutz der Massen ihre Waffen eingesetzt hätten.''* Dennoch klagt die CSU auch: Die vielen friedlichen Demonstranten am Baugelände hätten es der Polizei nicht ermöglicht, die ,,Chaoten'' zu greifen.



RAF-Terroristin Ulrike Meinhof auf einem Transparent im Hüttendorf.

WÖLFE IM SCHAFSPELZ?

WACKERSDORF. – Unter den WAA-Gegnern gibt es auch einen harten Kern, der aus politischen Gründen die Bevölkerung aufwiegelt. Ziel dieser Leute ist es, mit der Verhinderung der WAA die gesamte Stromversorgung in Deutschland zu stören – und damit dem Staat zu schaden. Es sind Gewalttäter, die schon in Gorleben Rabbatz gemacht haben, dann in Brokdorf, dann an der Startbahn West – und jetzt in der Oberpfalz. Der äußere Eindruck dieser Leute und das scheinbar friedliche Hüttendorf täuschen – die Wirklichkeit sieht leider anders aus:

- Im Hüttendorf fand die Polizei ein überdimensionales Bild von der Terroristin Ulrike Meinhof.
- Auf der Bahnstrecke Regensburg-Schwandorf wurden in letzter Minute Felsbrocken und Baumstämme entdeckt, mit denen man den Zug entgleisen lassen wollte.
- Straßenbäume wurden angesägt, damit sie auf die Straße stürzen. Auf der Kreisstraße bei Schwandorf fuhren zwei Autos in einen umgestürzten Baum – gottseidank gab es nur Sachschaden.
- Anschläge auch auf Bahnwaggons, die mit gerodeten Holzstämmen beladen waren. Zwischen dem Holz fand die Polizei Gaskartuschen. Unbekannte hatten sie dort versteckt und dann das Holz angezündet – in der Hoffnung, daß die in der Hitze explodierenden Gaskartuschen Polizei und Feuerwehrleute bei den Löscharbeiten verletzen. Nur weil das Holz zu naß war, konnte das Feuer rechtzeitig eingedämmt werden.
- Mit Astwerk verdeckte Fallgruben wurden rund um die WAA ausgehoben.
- Bei „friedlichen" Demonstranten wurden „eiserne Krähenfüße", Nagelbretter, Fahrradketten und andere Schlagwerkzeuge gefunden.
- Polizeibeamte und -hubschrauber wurden mit Leuchtraketen beschossen.
- Polizeibeamte wurden von Vermummten angegriffen, mit Knüppeln und Äxten bedroht und mit Steinen beworfen.
- Unbekannte schlagen lange Nägel in Baumstämme, damit die Ketten der Motorsägen reißen – eine lebensgefährliche Situation für die Waldarbeiter.
- Um die Polizei zu provozieren, verrichteten im Hüttendorf Frauen und Männer ihre Notdurft vor den Füßen der Polizeiposten.

Die Bayerische Staatsregierung bittet daher die Oberpfälzer um Vorsicht im Umgang mit den „Wölfen im Schafspelz". Es ist wichtig, daß jeder einzelne einen klaren Trennstrich ziehe zwischen sich und den politischen Rädelsführern, die zu Gewalttaten aufrufen.

So unabhängig ist die Presse: Am letzten Erscheinungstag vor der Demonstration wird eine vier Tage vorher erschienene Hetz-Anzeige der Staatsregierung mit unwesentlichen Änderungen als redaktioneller Artikel nachgebetet. (Aus: „Der neue Tag" — Zeitung für den Großlandkreis Schwandorf, 29.3.86)

"Betroffene geraten in Atemnot"

Ein Toter bei der bundesdeutschen Premiere von CS-Gas

Bayern, März 1981: Staatssekreträr Dr. Neubauer aus dem Innenministerium begrüßt die von der großen Brokdorf- Demonstration heimkehrenden Polizeieinheiten. Der Augenblick verlangte nach markigen Worten: *„Es ist an der Zeit, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit durch pseudointellektuelles Gefasel nicht überzustrapazieren."* Die dumpfe Drohung hatte einen durchaus erfreulichen Hintergrund, denn die winterlichen Temperaturen in der Wilstermarsch hatten die Wirkung des Tränengases CN gewaltig abgeschwächt, so daß der Polizeieinsatz vor dem AKW-Bauzaun nicht so recht in Schwung kam.

Zwei Monate später setzten militante Kriegsgegner den Auftakt der Friedensbewegung: Vor dem Bremer Weserstadion lieferten sie der Polizei stundenlange Straßenschlachten. Drinnen im Stadionrund verhüllten Rauchschwaden die groß angekündigte Rekrutenvereidigung vor Bundespräsident Carl Carstens. Aufgebrachte Sicherheitsfanatiker von SPD bis CSU verfielen in schrille Töne: Neue Waffen braucht das Land, her mit Distanzmitteln!

Gesagt, getan: Im Sommer 1981 kam es zu jener denkwürdigen Waffenschau auf dem Gelände der ehemaligen Dachauer SS-Schule, in der Adolf Eichmann ausgebildet worden war, und wo heute eine Abteilung der bayerischen Bereitschaftspolizei kaserniert ist. Vor den Augen Innenminister Gerold Tandlers und seiner Gang führten abkommandierte Polizeifreiwillige Scheinangriffe auf Wasserwerfer. Dichte CS-Wolken trieben sie zurück, einige brachen im Nebel zusammen. „Das Arrangement war doch vorzüglich!", befand ihr Minister anschließend tränenden Auges, die Vorführung hatte ihn überzeugt: Als erstes Bundesland führte der Freistaat im August 1981 daraufhin das von der Genfer Konvention geächtete „Kotzgas" CS ein. Die anderen christlich regierten Bundesländer folgten mit einigen Monaten Abstand; nur die sozialdemokratischen Innenminister und ihre FDP-Kollegen in Bund und Ländern wollten sich mit dem vorhandenen Arsenal zufrieden geben, um den Burgfrieden mit der Anti-Raketen-Bewegung nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Deeskalation hieß das Rezept.

Die Wirkung von CS (Ortho-Chlorbenzylidenmalondinitril) und die Vorteile gegenüber dem jahrzehntelang benutzten Tränengas CN hatten sich die Innenminister durch ein Gutachten des halboffiziellen Fraunhofer-Instituts bescheinigen lassen: Bereits 1979 war dort die Bitte der Innenministerkonferenz eingetroffen zu klären, *„ob die Verwendung von CS in Reizstoffsprühgeräten unbedenklich ist."* Die Antwort des maßgeblich durch Aufträge des Innen- und Verteidigungsministeriums finanzierten Institutes lautete wie erwünscht: *„CS ist zur Zeit ... das wichtigste und sicherste Mittel der sog. 'incapacitating agents', d.h. der handlungs-/kampfunfähigmachenden Stoffe."*

Das klang vielversprechend, und erst recht die Aufzählung der Wirkungen im einzelnen: *„Im Augenbereich in wenigen Sekunden heftiges Brennen, Schmerzen, Tränenfluß und eine Bindehautentzündung. (...) In den oberen Luftwegen stellen sich Husten, Zungenbrennen ein und — im Sinne einer durchaus erwünschten Zunahme der unerträglichen, demoralisierenden Wirkung - ein brennendes Gefühl der Brustbeklemmung."* Dies *„ist typisch für CS: Das damit verbundene Angstgefühl verstärkt die Reizstoff-Gesamtwirkung. Betroffene unterdrücken Ein- und Ausatmung und geraten damit in Atemnot..."*. Als weitere Effekte nannte die Studie Hautrötungen und -schmerz sowie Übelkeit und Erbrechen.

Bis auf den Kotzeffekt und die ausgeprägte Atembeeinträchtigung waren die genannten Wirkungen zwar auch vom CN bekannt, aber das klassische Tränengas hatte zwei Nachteile: Erfahrene Demonstranten zeigten einen gewissen Gewöhnungseffekt, und niedrige Temperaturen schwächen den Einsatzerfolg. Überdies tritt die CS-Wirkung weitaus schneller ein und geht in der Regel auch eher zurück — in den Augen von Polizeitaktikern ein enormer Vorteil.

Mit Taschenspielertricks und methodischen Fehlern gelang der Fraunhofer-Studie der Nachweis einer weitaus höheren Giftigkeit von CN gegenüber CS: *„In den USA kam es während einer 40-jährigen Verwendung von CN im Polizei-Einsatz zu einem Verlust von über 100 Augen"*, enthüllten die Untersucher ihren Auftraggebern und folgerten, daß CS deshalb eine *„ungleich höhere Sicherheit"* besitzt und *„allein schon aus diesem Grunde favorisiert werden sollte."* Die Wissenschaftler sicherten ihre Beweisführung um die gesundheitliche Ungefährlichkeit des CS durch falsche Maßeinheiten, Nichtbeachtung kritischer Quellen und gezielte Auswahl vorhandener Meßwerte aus überdies wenig aussagekräftigen Tierversuchen ab. Fazit: *„Aus medizinisch-toxikologischer Sicht und nach dem heutigen Stand des Wissens ist die Verwendung von CS in Reizstoffsprühgeräten unbedenklich."*

Unabhängige Wissenschaftler mochten sich dieser Empfehlung nicht anschließen. Sie machten ihre kritische Beurteilung des „Gefälligkeitsgutachtens" — so der C-Waffen-Experte und Chemiker Dr. Alfred Schrempf — insbesondere an dem grundlegenden Widerspruch fest, daß CS laut Regierungsgutachten *„in wenigen Sekunden zur Handlungsunfähigkeit führt"*, aber trotzdem *„in der Regel durch sofortige Flucht eine Selbstlimitierung"* erfolgen solle.

Daß *„authentische Berichte über Todesfälle nach CS beim Menschen ... nicht bekannt"* seien, hielt einer Überprüfung in der Fachliteratur nicht stand. Der CS-Einsatz der US-Army gegen südvietnamesische Dörfer und Tunnelsysteme forderte mindestens 689 Todesopfer, dokumentierte das Russel-Tribunal. Einzelne Todesfälle wurden auch aus Nordirland, den USA und Frankreich gemeldet.

Der Kieler Toxikologe Prof. Ottmar Wassermann bemängelte außerdem die fast ausschließliche Auswahl der Testpersonen aus Militär- und Polizeieinheiten: *„Nicht repräsentativ für den Durchschnitt der bei einem CS-Einsatz betoffenen Bevölkerungsgruppe."*, beispielsweise hinsichtlich der *„individuellen Empfindlichkeit"* von Bronchitis- oder Asthmakranken. Gerade dieser Personenkreis wird auch in britischen und niederländischen Regierungsgutachten als „Risikogruppe" genannt.

Doch die Bedingungen für tödliche Konzentrationen *„sind in der Praxis des Reizstoff-Einsatzes nicht erreichbar"*, behauptete die Fraunhofer-Studie und schloß mit der Rückversicherung: *„Die letzte Sicherheitsgarantie obliegt damit der Sorgfalt des Anwenders."*

Umgehend zogen die Polizeitechniker nach: Für das gesamte Arsenal der bisherigen CN-Kampfstoffträger legten sie Nachfolgeuntersuchungen vor. Mehrere hundert „Freiwillige" der Polizei mußten sich bundesweit den CS-Dämpfen aus Chemischen Keulen, werf- und abschießbaren Tränengaskörpern und großen Sprühgeräten aussetzen. Allein 200 Beamte ließen Polizeiführer von April bis Dezember 1981 gegen das Wasser-CS-Gemisch aus Wasserwerfern anrennen, dann war alles klar: *„.... keine technischen Schwierigkeiten ... völlig unbedenklich ... In der Regel sollte eine Konzentration von 300 mg CS/l im Mittel verwendet werden, es sei denn, daß taktische Gegebenheiten ein Abweichen von diesen Mischungsverhältnissen erforderlich machen."*

Der vertrauliche Wasserwerfer-Bericht war kaum über die dienstinternen Verteiler gelaufen, da passierte eine tödliche Panne: Ein kerngesunder 19-jähriger Polizeibeamter ertrank im Mai 1982 beim Baden. Tags zuvor hatte er sich als Versuchskaninchen völlig ungeschützt zweimal einem Wasserwerferregen mit ansteigenden CS-Konzentrationen aussetzen müssen und war dabei kurzfristig zu Boden gegangen. Ein unter fragwürdigen Umständen durchgeführtes gerichtsmedizinisches Gutachten konnte die Behauptung nicht schlüssig widerlegen, daß sein Tod auf die CS-Einwirkung zurückzuführen war. Die Umrüstung in den schwarz regierten Bundesländern lief ungehindert weiter.

Sanigruppe Hamburg

Der 2. Tote in Wackersdorf

„In keinem Zusammenhang" stehe, ließ der Polizeibericht eilfertig wissen, der Tod des 38jährigen Alois H. am 31.3. mit dem erstmaligen Einsatz von CS bei einer Demonstration in der BRD.

Am 2.4. lag das Ergebnis der Obduktion vor: Ersticken nach Asthma-Anfall. Doch die für die Risikogruppe der Asthmatiker typische CS-Komplikation durfte mit dem Polizeieinsatz nicht in Verbindung stehen: Alois H. sei nicht bei der Kundgebung gewesen. Einen Tag später: Zwar sei er (doch) dabeigewesen, „mit Sicherheit" könne aber ein Einwirken der CS-Wolken ausgeschlossen werden, da der Wind in entgegengesetzter Richtung gestanden habe. Aus den Aufzeichnungen der nahegelegenen Wetterstation geht jedoch hervor, daß am Ostermontag böige Winde bis Windstärke sieben herrschten, die an den Abbruchkanten der Rodungsflächen des Taxöldenerforstes sehr wohl ihre Richtung ändern können. Mehrere Augenzeugen berichteten, daß bis zu einer Entfernung von 600 Metern vom WAA-Bauplatz und auch am Kundgebungsort die Wirkung des CN-CS-Gemisches zu verspüren war. Die Staatsanwaltschaft hingegen verweist auf die noch austehenden Ergebnisse der toxikologischen Gewebeanalysen und auf die Untersuchung der Kleidung des Toten auf Kompfstoffreste. CS-Abbauprodukte in Blut und Harn lassen sich jedoch nur feststellen, wenn die betroffene Person einer hohen CS-Konzentration über längere Zeit ausgesetzt war.

Die Vertuschung hat Methode: Am 2. März starb, ebenfalls am WAA-Baugelände, die 61jährige Erna Sielka an einem Herzinfarkt. Sie war zuvor von einem Polizisten angerempelt worden. BGS-Sanitäter reagierten erst nach mehrmaliger Aufforderung; den Einsatz eines Rettungshubschraubers lehnte die Polizei trotz vorhandener Landefläche ab. Ein Polizeisprecher verbreitete, Frau Sielka sei schwer herzkrank gewesen und habe bereits einen Infarkt erlitten. „Meine Mutter", weiß jedoch die Tochter der Verstorbenen, „hatte nie zuvor einen Herzinfarkt."

hg

SPD betreibt Spaltung mit dem Mittel der Gewaltdebatte

Was macht eine Partei, die in Bonn regierungsbereit und in Bayern erfolgreich oppositionsfähig sein muß, wenn sie sich mit dem Bürgerprotest gegen die WWA beschäftigt? Sie entschließt sich zum Doppelspiel, einer uralten sozialdemokratischen Einrichtung. *„Nach Auffassung der SPD (ist) eine Wiederaufbereitung wirtschaftlich, politisch und auch wegen der damit verbundenen Risiken nicht verantwortbar"*, schreibt Kanzlerkandidat Johannes Rau in einem persönlichen Brief an Bayerns SPD-Spitze Hiersemann (Radi Aktiv, 7/86). Die Antwort ist regierungsfähig, weil sie zwar eine Meinung ausdrückt, aber sich nicht festlegt, zumal sie nur Bestandteil eines Briefes ist. Denn, so Erhard Eppler zu Kritikern der sozialdemokratischen Atompolitik, bei einem Regierenden wie Rau in NRW bestünde *„eine gewisse Schwierigkeit"*. Er sei beispielsweise in seiner Entscheidung zum Kalkarer „Schnellen Brüter" *„nicht so frei, wie er gerne möchte"*. Das soll ja nicht bestritten werden. Aber folgt daraus nicht für die Zukunft, was die bayerische Anti-AKW-Zeitung „Radi Aktiv" schreibt: es bestünde *„eine gewisse Schwierigkeit darin, daß er Rau, Bundeskanzler der BRD ist, und wegen der WAA nicht so frei sein kann, wie er gern möchte?"*

Bayern ist nicht Bonn

Solche Probleme hat Hiersemann nicht. *„Die SPD ist ohne wenn und aber gegen die WAA, weil sie wirtschaftlich unsinnig und umweltschädlich ist"*, läßt er in Anzeigen verkünden („Der Neue Tag", 28.3.86). Mit der SPD meint der bayerische Oppositionsführer mit Langzeitperspektive seine Landespartei, weil die absehbar gar nicht in die Gefahr käme, mehr als Worte gegen die WAA zu verlieren. Das ist die Basis, auf der sich die Landespartei in den Bürgerwiderstand gegen die WAA einmischt.

Selbstverständlich ist dies stark vom bevorstehenden Landtagswahlkampf beeinflußt. Der SPD-Eiertanz, einerseits gegen die WAA, andererseits die Hüterin der Staatsloyalität der Bürger zu sein, wird voll in die Bewegung gegen die WAA weitergegeben. Mit ihrer Hetzkampagne gegen die „Gewalt" hat die CSU den Nerv der Sozialdemokratie getroffen. Die Gewaltdiskussion ist dabei nur vorgeschoben, gemeint ist der gegenseitige Vorwurf, nicht in genügender Weise für Ordnung im Regierungsgeschäft zu sorgen, den notwendigen „sozialen Frieden" zu bewahren. In geradezu klassischer Weise hat die Wackersdorf-Auseinandersetzung diese Rolle der SPD in politischen und sozialen Oppositionsbewegungen verdeutlicht.

Die Sorge um die Regierungsfähigkeit der SPD gegenüber den ordnungsliebenden Wählern dürfte SPD-Innenpolitiker Wernitz in Bonn getrieben haben, als er eine Woche vor dem Ostermarsch öffentlich warnte, das könne *„schlimmer als in Brokdorf oder an der Startbahn-West"* werden, und seinen Parteifreunden den wohlmeinenden Rat gab, die Demo müsse mehrere Kilometer vom Bauzaun entfernt stattfinden oder abgeblasen werden. Gut gemeint hat er's ja. Dennoch war sein Vorschlag unrealistisch. Für ein direktes Itzehoe war es zu spät, die Zeit, dieses im WAA-Widerstand zu verankern zu kurz. Ausstieg aber, so die SPD-Befürchtung, wäre eine noch größere Niederlage für die Partei geworden, als der Redeabbruch Hiersemanns am 12.10.85 in München, nachdem er gellend ausgepfiffen wurde. Und auch größer als die Pleite nach der großspurigen SPD-Ankündigung im Anschluß daran, den Widerstand unter sozialdemokratischer Führung neu zu organisieren. Die dann vor Weihnachten erfolgte Platzbesetzung und Errichtung des Hüttendorfs, beides gegen den Widerstand und Parteibeschlüsse der SPD, waren damit eigentlich nicht gemeint. Noch einmal so eine Niederlage durfte nicht passieren, wenn sich die Partei nicht offensichtlich zwischen alle Stühle setzen wollte und am Ende keinen mehr unterm Hintern hat.

Ostern ist die SPD aus dieser Situation glimpflich, ja sogar erfolgreich rausgekommen. Glimpflich, weil einfach nicht viel passiert ist und ein asthmakrankes mögliches Opfer der Staatsgewalt regt in SPD-Führungskreisen nicht sonderlich auf. Erfolgreich, weil man sich selbstverständlich den Gesamterfolg der Aktion an die Brust heften wird. Dabei dürften CSU und FDP behilflich sein, die vorher nicht oft genug betonen konnten, daß die SPD für den Demoausgang mithaftet. Der kleine Schönheitsfehler, daß die große Mehrheit der Leute der SPD-Empfehlung, zum Baugelände zu gehen nicht gefolgt ist, dürfte zu verschmerzen sein, zumal der Grund dafür bei vielen eher im trotzigen Aufbegehren gegen CSU-Selbstherrlichkeit, als im bewußten Bruch mit SPD-Spaltungsversuchen zu finden sein dürfte.

Ein „Itzehoe" organisiert

Was Wernitz nicht wissen konnte: Mit dem Ostermarsch hatten die SPD und Bündnispartner bereits ihr indirektes Itzehoe. Im Bündnis mit den DKP-nahen Friedenskräften war mehr Raum für Manipulationen, als bei den bis dahin üblichen Demo-Planungen unter gleichberechtigter Einbeziehung der verschiedenen Anti-WAA-Bürgerinitiativen. Eine Erfahrung, die in der Friedensbewegung ja bereits zur Genüge gemacht worden ist. Die BIs — insbesondere die Linken — waren bei den Vorbereitungen Statisten, ja, sie durften nicht einmal einen Redner stellen. Die Schlüsselstellung hatte der couragierte Landrat Schuierer (SPD), Hauptredner auf der Kundgebung. Er steht wegen seiner konsequenten Anti-WAA-Haltung im Kreuzfeuer der vereinigten Reaktionäre Bayerns. Man darf annehmen, daß er ebenfalls unter starken Druck seiner Partei, der SPD, geraten ist. Die SPD sprach nämlich schon von einer Kundgebung in 500 Meter Entfernung vom Bauzaun, ca. 15 Minuten Fußmarsch entfernt, als niemandem hierüber etwas bekannt war. So *„kann es eine Vermischung von unterschiedlichen Aktionen nicht geben"*, jubilierte sie. Zu diesem Zeitpunkt war die Demo aber noch am Bauzaun angemeldet. Des Rätsels Lösung: sie wußte (oder wollte?), daß das zuständige Landratsamt (Schuierer) nicht diesen, sondern den 500-Meter-Platz genehmigen würde. Im Eifer des Gefechts vergaß Veranstaltungsleiter Franz Schindler, seines Zeichens SPD-Bundestagsabgeordneter, die abgesprochene Klage gegen die Verweigerung des Demo-Orts einzureichen. Als alle diese Manipulationen erfolgreich abgeschlossen waren, da meldete sich Hiersemann per Anzeige in der Öffentlichkeit zu Wort: *„Unsere Partei ist gegen jede Form der Gewalt.* ***Das Prinzip der Gewaltlosigkeit ist für uns ein Pfeiler des WAA-Widerstandes. Wer dieses Prinzip verletzt, spielt der CSU und den WAA-Betreibern in die Hände. Meine Bitte ...: Bekennen Sie sich offen zur Gewaltlosigkeit. Helfen Sie mit, eine Atmosphäre zu schaffen, die Gewalt nicht zuläßt.*** *Ich richte an alle den Appell, nach der Kundgebung nicht zum Bauzaun zu ziehen."* Der Neue Tag, 29.3.86).

Ins Bild paßt weiter der Kundgebungsablauf. Ordnertruppen sorgten dafür, daß ja kein falscher Mensch das richtige Wort an der falschen Stelle sagt. Auch BI-Vertreter wurden nicht vorgelassen. Kein Wort über Lautsprecher zu den Vorgängen am Bauzaun, zu Wasserwerfer- und Tränengaseinsätzen. Allein ein nicht eingeplanter Kulturschaffender sorgte für Aufregung, als er zum Baugelände aufrief, was hektische SPD-Aktivitäten und die Distanzierung des nächsten Redners, Landrat Schuierer, verursachte (ganz entgegen seiner bisherigen Praxis).

Peinlich vor diesem Hintergrund ist die Rolle führender bayerischer Grüner, die ganz im Gegensatz zu ihrem Bundesvorstand, unter gewaltfreier Aktion Friede, Freude, Eierkuchen verstehen und vorab durch ihren Sprecher Daniels verkünden ließen, daß bei Aktionen am Bauzaun *„Provokateure"* von der Polizei eingesetzt werden könnten. *„Denn sonst stünden Polizei und Staat enttäuscht da, wenn alles gewaltfrei verläuft"* (Daniels auf einer Pressekonferenz vor Ort). Die Gewaltdiskussion, so kommentiert beispielsweise Harald Schumacher in der „taz" (1.4.86), lenke vom eigentlichen Ziel des CSU-Waansinns ab: Den Marsch in den Plutoniumstaat. Das ist so weit sicher richtig. Doch dann die Sozialdemokraten zu kritisieren, sie hätten statt über Entfernungen der Kundgebung zum Bauplatz zu debattieren dieses *„Ablenkungsmanöver durch inhaltliche Stellungnahmen zum Kern der Debatte stören"* sollen, zeugt von einer politischen Entwicklung in Teilen der Linken und der Grünen, die den sozialdemokratischen Spaltungsmanövern zum Wohle „unseres Staates" nichts mehr entgegensetzen kann.

BRD/USA: Geheimabkommen geschlossen

SDI Zusammenarbeit auf zivilem und militärischem Gebiet unter Dach und Fach

Rechtzeitig zu Beginn der Ostermärsche unterzeichneten in Washington Wirtschaftsminister Bangemann und US-Kriegsminister Weinberger ein Geheimabkommen zur Zusammenarbeit im „Krieg der Sterne"-Programm SDI. Eine weitere, die allgemeine Verbesserung des Technologietransfers betreffende Vereinbarung wurde ebenfalls beschlossen. Nach monatelangem Tauziehen zwischen den Bonner Koalitionsparteien und den Verhandlungspartnern beiderseits des Atlantiks endete das Spektakel, soweit es der Öffentlichkeit bereits bekannt wurde, mit einem fast vollständigen Erfolg der schärfsten Rüstungsbefürworter.

Insbesondere hinsichtlich des SDI-Abkommens ist die FDP bemüht, es als ein ausschließlich zivil-technologische Bereiche der SDI-Forschung darzustellen. Daß es sich dabei um parteispezifisch motivierte Wahlkampfpropaganda handelt, liegt in der Natur des Verhandlungsgegenstandes: *„Da SDI ein Verteidigungsprojekt sei, bewerte er die deutsch-amerikanische Übereinkunft zu SDI folglich auch als ein Militärabkommen"*, erklärte US-Minister Weinberger auf Nachfragen und erhielt Unterstützung von Kriegsminister Wörner, der zurecht darauf hinwies, daß SDI in erster Linie ein militärisches Programm sei.

Eine Betrachtung der Zielsetzungen, mit denen die Bundesregierung erklärtermaßen in die Verhandlungen ging —

1. freier Austausch der Erkenntnisse;
2. technologische Zweibahnstraße;
3. möglichst Sicherung eines abgeschlossenen Forschungsgebietes;
4. Einfluß auf das Gesamtprogramm;

— und der weitere Verlauf der Gesprächsrunden lassen, soweit einsehbar, den Schluß zu, daß sich die US-Administration in allen wesentlichen Punkten durchgesetzt hat. Von einem Austausch der Erkenntnisse ist jedenfalls in der Schlußphase der Verhandlungen nicht mehr die Rede gewesen; im Gegenteil gestand das Pentagon nur noch zu, *„daß deutsche Firmen nicht von der Aushandlung von Abkommen ausgeschlossen werden, die die kommerzielle Auswertung von ihnen ent-*
von der Aushandlung von Abkommen ausgeschlossen werden, die die kommerzielle Auswertung von ihnen ent-
wickelter Technologien erlaubt". Dagegen soll die Bundeswehr Teilergebnisse westdeutscher Firmen, z.B. über den Einsatz von Hochgeschwindigkeits-Projektilen und Laserstrahlen, frühzeitig für die konventionelle Rüstung nutzen dürfen. Ein besonderes Forschungsgebiet scheint den BRD-Firmen ebensowenig vorbehalten zu sein wie der Bundesregierung ein politischer Einfluß auf das Gesamtprogramm. Während FDP-Politiker es als Erfolg zu verkaufen suchen, daß im Abkommen ein Hinweis auf die Gültigkeit des ABM-Vertrages enthalten sein solle, unterstrich Weinberger vor der Nuklearen Planungsgruppe, daß SDI höchste Priorität genieße und zugunsten keiner Rüstungskontrollvereinbarung zur Disposition gestellt werde.

Während von westdeutscher Regierungsseite zwei Verbindungsstellen für die Zusammenarbeit eingerichtet werden sollen, beim Kriegs- und beim Wirtschaftsministerium, besage *„die praktische Realität, daß Beamte des US-Verteidigungsministeriums mit dem Bundesverteidigungsministerium Absprachen von Tag zu Tag treffen"*, erklärte ein Pentagon-Beamter, der auch gleich erläuterte, weshalb die USA auf der Geheimhaltung der Abkommen beharrten: Die bisherigen Vereinbarungen zwischen den USA mit Großbritannien und mit der BRD würden sich in wichtigen Punkten unterscheiden. Außerdem will das Pentagon für kommende Verhandlungen mit Italien, Japan und Israel freie Hand. Ob dies tatsächlich die einzigen Gründe sind oder ob das SDI-Abkommen mit der BRD bereits Details über die Verbesserung der westeuropäischen Luftabwehr („Europäische Verteidigungsinitiative") enthält, kann zum jetzigen Zeitpunkt nur spekuliert werden.

Obgleich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die SDI-Vereinbarung prompt begrüßte, scheint gerade von der ursprünglichen Absicht, beste Beteiligungsbedingungen für die westdeutschen Konzerne zu sichern, kaum etwas geblieben. Ein Mindestbetrag über das Auftragsvolumen für die Firmen wurde nicht zugesichert; letzte Schätzungen gehen davon aus, daß die BRD-Konzerne in den kommenden sechs Jahren gerade mal Aufträge in Höhe von 100 Millionen Dollar erhalten könnten.

Die militärtechnische Verwirklichung von SDI muß weiterhin größten Zweifeln ausgesetzt sein. In einer neuen „Spiegel"-Serie beschrieb der bürgerliche SDI-Kritiker Wilhelm Bittorf detailliert, daß alle Vorzeige-Experimente, die in den letzten Monaten die angebliche Realisierbarkeit von SDI beweisen sollten, entweder gar nicht stattgefunden haben oder unter
die angebliche Realisierbarkeit von SDI beweisen sollten, entweder gar nicht stattgefunden haben oder unter
Voraussetzungen, die von der waffentechnischen Umsetzung weiter entfernt sind als die Erde von der Sonne. Die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem militärischen Geheimabkommen zwischen der BRD und den USA wird dadurch nicht geringer, verweist aber einmal mehr darauf, daß der Kampf gegen die Kriegsgefahr heute nicht durch nun ad absurdum geführte Unterschriftenlisten gegen SDI organisiert werden muß, sondern die wirklichen Kriegshandlungen im Mittelmeer und Zentralamerika in den Mittelpunkt stellen müßte.

fo.

Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung; Süddeutsche Zeitung; Handelsblatt; Der Spiegel; lfd. Ausgaben im März.

SPD will Konsens mit Reagan

Die SPD bereitet sich schon jetzt auf die Anerkennung des SDI-Abkommens vor

Gert Bastian kehrt heim. Seine Rückkehr in die grüne Fraktion im März 1986 begründet er u.a. damit, daß die SPD in der „Friedenspolitik" wieder zur Schmidt-Linie zurückgefunden habe. In unmittelbarem Zusammenhang mit Bastians Schritt steht der Leitantrag „Sicherheitspolitik" der SPD-Spitze für den Parteitag im Herbst, der wenige Tage vorher veröffentlicht worden war (1). Dort wird im Schmidt-Stil jede Kritik an den USA ausgespart und auch in Einzelpunkten jeder Dissens mit den NATO-„Falken" tunlichst vermieden.

Bülow gibt nach

Damit sind die Vorschläge von Bülows erstmal vom Tisch, die dieser im Oktober 1985 öffentlichkeitswirksam ins Spiel gebracht hatte. Die „Kommission Sicherheitspolitik des SPD-Vorstandes, der neben den Kanalarbeitern Horn und Pawelczyk auch Bülow angehört, würdigte dessen *„konstruktive Rolle"*. Er habe sich *„allen Vorschlägen gegenüber offen gezeigt"* (FR, 15.3.86). Um nicht falsch verstanden zu werden: Selbstverständlich haben sich auch die Vorschläge von Bülows und erst recht die SPD-Parteitagsbeschlüsse von Köln (1983) und Essen (1984) voll im Rahmen der NATO-Militärlogik bewegt und Anlehen bei der Friedensbewegung lediglich zum Zweck verbaler Dekoration benutzt. Allerdings waren diese Vorstöße in Einzelpunkten durchaus verschieden von der US-Linie: sie strebten NATO-Kriegsführungsfähigkeit zwar ebenso an wie die Reagan-Administration, jedoch mit anderen Methoden. Diese „europäische" NATO-Variante war Resultat der front-näheren Lage und der kritischeren Öffentlichkeit der BRD.

Der neue Leitantrag vom März 1986 geht hier anders vor und setzt das Motto von Raus Wahlkampfstrategie — „versöhnen statt spalten" — auch im Verhältnis zu den USA um.

„Antiamerikanismus-Unfug erledigt"

Rau hatte vor seiner US-Reise Anfang Februar betont, daß er für seinen Stimmenfang beim bisherigen CDU-Klientel keinen Ärger mit den USA brauchen kann, selbst wenn dieser sich nur in publizistischen Scheingefechten — bei grundsätzlicher Interessenidentität — äußere. Die „Süddeutsche" zi-
nur in publizistischen Scheingefechten — bei grundsätzlicher Interessenidentität — äußere. Die „Süddeutsche" zi-
tiert Rau am 3.2. zum Verhältnis BRD-USA, wie es „Birne" nicht schöner formulieren könnte: *„Diese Partnerschaft beruht nicht nur auf der Vernunft, sie beruht auf gemeinsamen Werten, sie beruht auf Freundschaft. (...) Ich rate meiner Partei, auf solche Signale aufgeschlossen zu reagieren. (...) Ich halte diesen Anti-Amerikanismus-Unfug ohnedies für erledigt. Das führt zu gar nichts."*

Ganz in diesem Sinne läßt der neue „Sicherheitspolitische Antrag" der SPD-Spitze selbst die schüchterne US-Kritik des Essener Parteitages einfach weg, bzw. ersetzt sie durch devote Zustimmung.

— Die Essener Kritik („große Besorgnis") an Airland-Battle und Airland-Battle 2000 wird deutlich relativiert. Statt der klaren Kennzeichnung als *„offensive Militärdoktrin"* heißt es jetzt nur noch, dies seien Strategien, *„die offensiv erscheinen können"*. Die weitergehende Kritik von Bülows am Rogers-Plan (FOFA) fehlt gänzlich.

— Die simple Feststellung, „daß das Sicherheitsinteresse Westeuropas ... nicht deckungsgleich mit dem der atlantischen Partner sein kann", ist offenbar zu antiamerikanisch und wird im neuen Entwurf ersetzt durch das markige Bekenntnis: *„Es dient dem Bündnis, wenn ... die Westeuropäer eine eigenständige Rolle im Bündnis übernehmen."* Auch die Floskel von der *„grundsätzlichen Umorientierung der Sicherheitspolitik"* muß weichen. Was könnte da der Leser denken?

— Eine wichtige militärtaktische Differenz war bisher die Essener Beschlußlage, eine *„deutliche Trennung"* zwischen der nuklearen und der konventionellen Ebene der NATO-Kriegsführung anzustreben, ebenso ein Abkommen über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Bekanntlich halten sich die US-Strategen ja die Optionen offen, im Kriegsfall sofort und gleichzeitig konventionell **und** mit ABC-Waffen vorzugehen (s. Airland-Battle-Doktrin). **Diese Dissenspunkte tauchen im neuen Entwurf nicht mehr auf!**

— Es wird nicht nur wie bisher die Beibehaltung der „multinationalen Vorneverteidigung" gefordert, sondern sogar noch deren Verstärkung (*„Betonung der grenznahen Verteidigung"*. Die Bundeswehr *„muß den Erfordernissen der Vorneverteidigung wieder gerecht werden"*). Dazu gehört auch die Vorverlegung der US-Truppen Richtung DDR-Grenze.

— Bezüglich der Genfer Verhandlungen wird keinerlei Kritik mehr an den US-Positionen geäußert. Lapidar und ausgewogen wird an beide Großmächte appelliert, daß sie *„nicht bei symbolischen Vereinbarungen stehen bleiben, sondern (...) tiefe Einschnitte in den Umfang ihrer Kernwaffenarsenale ver-*
schen Vereinbarungen stehen bleiben, sondern (...) tiefe Einschnitte in den Umfang ihrer Kernwaffenarsenale ver-
einbaren und tatsächlich vornehmen." Das könnte auch von Ronnie stammen ... Die Forderung nach Einbeziehung der französischen und britischen Atompotentiale, **die** Differenz in Genf, wird nirgends erhoben.

Einseitige Abrüstung — bei den anderen anfangen

Von einseitiger Abrüstung ist in dem Antrag nur als Forderung an die SU die Rede. Karsten Voigt hatte dies kurz zuvor so begründet: *„Bisher sind einseitige Rüstungsbeschränkungen kaum als Einladung zur Nachahmung empfunden worden."* Die BRD könne deshalb *„das Ziel einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit nur erreichen, wenn auch die Sowjetunion ihre Verteidigung entsprechend defensiv umstrukturiert."* Den schwarzen Peter hat also mal wieder die UdSSR, wenn der Leitantrag postuliert: *„Wir erstreben eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten der Blockgrenze."*

Bundeswehr-Aufrüstung

Neu hinzugekommen im „Leitantrag" im Vergleich zu den Essener Beschlüssen ist ein Teil zur Bundeswehr. Er trieft vor Lobhudeleien und enthält nirgends einen konkreten Hinweis auf Rüstungsabbau oder Rüßstungsbegrenzung.

* Die Anregung von Bülows zur stärkeren Kaderung der Bundeswehr wird aufgegriffen, ohne die anstößige Formulierung einer Senkung der Präsenz-Stärke der Armee oder der Verkürzung des Grundwehrdienstes zu erwähnen.

Stattdessen heißt es — und dies ist voll als *„Legitimation für eine neue gigantische Rüstungs- und Streitkräfteplanung in den kommenden Jahren"*(3) zu interpretieren: *„Der personelle Friedensumfang muß*

— eine grenznahe Deckung ermöglichen, welche die Schaffung vollendeter Tatsachen ausschließt;

— ausreichen, um in einer Krise die Heranführung alliierter Streitkräfte zu sichern;

— bündnispolitische Vereinbarungen und deutsche Zusagen im Rahmen der Vorneverteidigung entsprechen."

* Eine Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate und die Heranziehung von Frauen wird zwar abgelehnt. Nicht erwähnt aber werden Vorschläge der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1979, über eine „Euro-Wehrpflicht" auch Ausländerkinder in die Bundeswehr zu ziehen.

* Einerseits wird die „schrittweise" Senkung der Rüstungsausgaben als Zielvorstellung benannt. Andererseits aber wird nirgends gesagt, an welchen Projekten des Rüstungsetats denn nun Einsparungen vorgenommen werden sollen. Die gleichzeitig geforderte *„Verbesserung der Luftverteidigung"* und die Wiederverstärkung der *„Vorneverteidigung"* legen jedenfalls nahe, daß es mit der „Kostendämpfung" nicht allzu ernst gemeint sein kann.

Pershings bleiben hier!

Pershings bleiben hier!

Der Leitantrag räumt auch mit der Hofnung auf, eine SPD-geführte Bundesregierung würde die Pershing-II-Raketen rausschmeißen oder auch nur „wegverhandeln".

Der Pershing-Abzug wird deutlicher als im Essener Beschluß von *„gleichzeitigen"* Gegenleistungen der UdSSR abhängig gemacht. Weitergehender als in Essen wird dabei nicht nur die *„drastische Reduzierung"* der SS 20 in Europa verlangt, sondern gleich *„weltweit"*. Für Europa allein wird der *„vollständige"* Abzug zur Bedingung gemacht.

Fortsetzung nächste Seite

SPD-Linke: Friede mit der NATO? — Unbedingt!

Muß die NATO bangen um die Bündnistreue der SPD? Bilden sich im Schoße der SPD gefährliche Anti-NATO-Tendenzen heraus? Dies konnte der leichtgläubige Beobachter am 21. Februar 1986 durchaus denken, als die „Frankfurter Rundschau" verkündete, die SPD-Linke habe „*das Konzept einer ‚neuen Friedens- und Sicherheitspolitik' beschlossen, die auf eine totale Absage an die bisherige Bündnis- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik einschließlich der sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen hinausläuft.*"

Kurz zuvor war von dem wichtigsten SPD-Linken, dem Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges, sogar ein Buch mit dem Titel „*Friede ohne NATO*" erschienen.

Rufer in der Wüste

Tatsächlich spielt Konrad Gilges seit dem Hinauswurf von Hansen und Coppik in der SPD-Fraktion deren Rolle auf dem linken Flügel. Bis 1979 Bundesvorsitzender der „Falken" ist er heute ein Vordenker in der Friedens-AG des „Frankfurter Kreises", dem Fraktionstreff der SPD-Linken (mit und ohne Anführungszeichen).

In seinem oben erwähnten Buch (1) kommt er zu Schlußfolgerungen, die zweifellos für einen Sozialdemokraten erstaunlich sind.

An der hochgelobten SPD-Sprechblase von der „konventionellen Nichtangriffsfähigkeit" kritisiert er zurecht, daß es hier „*mehr um sprachliche Definitionen als um inhaltliche Aussagen*" geht (S.48). Insbesondere meint er damit Versuche, „*strukturelle Nichtangriffsfähigkeit als eine Variante der alten NATO-Strategie zu interpretieren*" (S.123). Hierunter verberge sich — so Gilges in einem anderen Aufsatz (2) — „*die Legitimation für eine neue, gigantische Rüstungs- und Streitkräfteplanung in den kommenden Jahren.*" An gleicher Stelle zieht er aus den **Analysen** von Bülows, dessen **Vorschläge** er ansonsten ablehnt, den Schluß, „*daß die Sowjetunion heute der ‚strukturellen Nichtangriffsfähigkeit' näher ist als das westliche Büßndnis*" und faßt seine NATO-Betrachtungen mit dem Satz zusammen: **„In der Konsequenz bedeutet dies, daß eine ‚strukturelle Nichtangriffsfähigkeit' nicht mit dem Bündnis hergestellt werden kann."** Oder noch kürzer: **„Bündniszugehörigkeit und Frieden in Europa schließen einander aus."**(3)

Kleine Sünden straft der liebe Voigt sofort

Daß diese Gedankengänge an vielen anderen Stellen verwässert und relativiert werden, schützte Gilges nicht vor einer Strafpredigt durch den außenpolitischen Kronprinzen der SPD, Karsten Voigt. Im „Vorwärts" fragt der sich entsetzt: „*Warum ist Konrad Gilges ... für den Austritt aus der NATO?*", obwohl Gilges dies in den oben erwähnten Ausführungen zwar immer impliziert, aber niemals offen ausgesprochen hat! Weiterhin paßt Voigt nicht, daß der Linksabweichler „*Krieg für ein Wesenselement des Kapitalismus*" hält, bei der Sowjetunion dagegen „*per se friedliches Wesen*" voraussetzt.

Aber auch die Prominenten vom „linken Flügel" der SPD haben sich von Gilges distanziert. Deutlichstes Beispiel ist Katrin Fuchs, ebenfalls MdB und ebenfalls in der Friedens-AG des „Frankfurter Kreises", die — indirekt auf Gilges gemünzt — ausführt: „*Erstmalig seit Jahren wird gegenwärtig — auch in den Reihen der SPD — wieder die Frage diskutiert, ob die Bundesrepublik aus der NATO austreten soll ... Es ist ... ein verständlicher Impuls, aus der NATOP austreten zu wollen. ... Natürlich würden wir eine Welt ohne Militärblöcke vorziehen, doch unter den heutigen Bedingungen sind sie auch ein Element der Stabilität. Ein NATO-Austritt der Bundesrepublik würde die internationale Lage ... eher destabilisieren als festigen.*"(5)

Am besten wird die völlige Isolierung von Gilges dann sichtbar, wenn

tät. Ein NATO-Austritt der Bundesrepublik würde die internationale Lage ... eher destabilisieren als festigen."(5)
Am besten wird die völlige Isolierung von Gilges dann sichtbar, wenn

mensch die Veränderung der Beschlußlage der SPD-Linken/Frankfurter Kreis in den letzten Monaten verfolgt.

Steter Oertzen höhlt den Stein

Dieser Prozeß vollzog sich in drei Etappen. Zunächst gab es ein Thesen-Papier von Gilges (6), das dann von der AG Frieden des Frankfurter Kreises verändert wurde (7), um schließlich von Peter von Oertzen völlig verhunzt um so auf einer Konferenz der „Frankfurter" verabschiedet zu werden (8). Diese Verhunzung sei an einigen Punkten exemplarisch nachgezeichnet.

NATO-Frage

Gilges-Papier: „*Die NATO-Politik und die NATO-Militärstrategien sind seit jeher (!) aggressiv ... Es kann also nicht um eine ‚neue Strategie des Bündnisses' gehen, sondern nur um eine alternative Strategie zum Bündnis ... Bündniszugehörigkeit und Friede in Europa schließen einander aus.*"
AG Frieden: Auf der gleichen sachlichen Grundlage (Kritik an ALB, FoFa, Rogers-Plan) wird hier nur noch „*die Einführung von Kriegsführungsstrategien*", nicht mehr die NATO insgesamt in Frage gestellt. Wesentlich unverbindlicher und philosophischer als bei Gilges ist die Formulierung: „*Waffenloser Friede und Bündniszugehörigkeit schließen einander aus.*" Doch selbst dieser wachsweiche Nonsens wurde von Oertzen weggekürzt.

Beschlossene Fassung: Sie beginnt mit langatmigen Ausführungen zur aktuellen Beschlußlage der SPD (Essener Parteitag: „*.... findet das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern ...*") Statt „*Alternative Strategien zum Bündnis*" (Gilges) zu suchen, wird ausführlich der SPD-Schlager von einer „*Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Militärblöcke*" intoniert.

SDI

Gilges: „*Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um eine Beteiligung bundesdeutscher Firmen an der Erforschung und Entwicklung einer Raketenabwehr zu verhindern,*"
Beschlossene Fassung: Von Oertzen verlangt nur noch, daß Firmen, die sich an SDI beteiligen, „*alle Fördermittel*" entzogen werden.

Eureka

Gilges: „*Die SPD wird in Opposition und Regierung Eureka ablehnen.*"
AG Frieden: ähnlich
Beschlossene Fassung: „*.... wird eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sich an einem europäischen Forschungsprogramm beteiligen, das allein zivilen Zwecken dient ... Das derzeitige Eureka-Programm entspricht diesen Anforderungen nicht.*" Man beachte das Wörtchen „*derzeitig*" ...

Pershing 2

Gilges: „*Ein sofortiger Abbau ... Kurzfristiges Ziel sozialdemokratischer Politik in Regierung und Opposition ist der Abzug aller Pershing II und Cruise missiles.*"
AG Frieden: Präzisiert diese Vorgabe sogar noch: „*Innerhalb der ersten sechs Monate nach Regierungsantritt*" soll eine SPD-geführte Bundesregierung den Stationierungsbeschluß aufheben.
Beschlossene Fassung: Von Oertzen hat hier eine Meisterleistung in integrationistischer Formulierungskunst vollbracht, indem er als Köder den obigen

heben.
Beschlossene Fassung: Von Oertzen hat hier eine Meisterleistung in integrationistischer Formulierungskunst vollbracht, indem er als Köder den obigen

6-Monate-Passus der Friedens-AG schlicht abschrieb, ihn aber zusätzlich verband mit der Forderung an die Adresse der UdSSR nach dem „*vollständigen Abzug der SS 21-23 und SS 20*" Hier werden einerseits die bisherigen Beschlüsse der SPD rechts überholt, die „lediglich" eine „*drastische Verminderung*" der SS 20 vorsahen. Zum anderen bleibt bei der Formulierung offen, ob der Pershing-Abzug an den vorherigen/gleichzeitigen Abzug der sowjetischen Raketen gekoppelt sein soll (Junktim). Es ist vom guten oder bösen Willen des Lesers — bzw. dann eines SPD-Kanzlers — abhängig, ob er eine derartige Verbindung in den Beschluß hineininterpretieren will ...

Die Faust in der Tasche

Inzwischen hat der „Frankfurter Kreis" nicht nur inhaltlich Goldene Brücken zu Johannes Rau gebaut, sondern sich noch darüberhinaus in die Tasche stecken lassen.

Bei der Konferenz der „Frankfurter" am 15./16.2.86 markierte Johannes Rau den großen Zampano — und hatte Erfolg. „*Handlungsdirektiven, das machte er von Anfang an deutlich, gibt es für ihn nicht. Vor allem in der Raketenfrage machte Rau keine Kompromisse. Eine einseitige Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses werde es mit ihm nicht geben.*" (taz, 18.2.86) Schützenhilfe bekam er auf dem Treffen dudch Erhard Eppler, der die Forderung nach Abzug der Pershings innerhalb von 6 Monaten „*vom Tisch wischte*", weil er verhindern wolle, „*daß sich beide Seiten auf Formeln festschwören*". (ebenda)

Ohne Widerstand schluckte die Versammlung diesen Affront von Rau. „*Die Diskussionsdisziplin, die der Kandidat für den Wahlkampf reklamiert, hat ihr einnehmendes Wesen bereits auf dieser Veranstaltung zu einem guten Teil erreicht (...) So blieben die Mitglieder der AG Friedenspolitik mit ihrer Enttäuschung allein.*" Diese „*machte sich eher in Zwiegesprächen Luft.*" (taz, 18.2.86)

Fortsetzung nächste Seite

Heiße Luft aus Saarbrücken

Lafontaine zur westdeutschen NATO-Mitgliedschaft



„*Die Diskussion zur NATO-Mitgliedschaft ist eine in der SPD schwierig zu führende Diskussion, weil sie vielfach bestimmt wird von emotionalen und irrationalen Elementen*", schrieb kürzlich Konrad Gilges, sozialdemokratischer Bundestagabgeordneter und Mitglied des linken „Frankfurter Kreises". Eine wirkliche Diskussion um Lafontaines Äußerungen zur Rolle der BRD in der NATO, die der saarländische Ministerpräsident anläßlich des Saar-Parteitages der SPD machte, hat es nicht einmal gegeben, sondern nur Klarstellungen aus dem SPD-Präsidium.

Stein des Anstoßes war vor allem Lafontaines Aussage „Politische Zugehörigkeit zur NATO ja, militärisch aber nicht integriert und atomwaffenfrei". Vorbildlich sei dafür die Politik der spanischen Sozialisten („genau meine Position"), die sich mit einer solchen Linie bei der Volksbefragung vom 12. März durchsetzten. Für scharfe Zurückweisungen aus dem Regierungslager sorgte zusätzlich die Bemerkung Lafontaines, „*für den Fall der Regierungsübernahme durch die deutsche Sozialdemokratie wird der Beschluß vollzogen, daß die Mittelstreckenraketen, die neu aufgestellt*

kung Lafontaines, „für den Fall der Regierungsübernahme durch die deutsche Sozialdemokratie wird der Beschluß vollzogen, daß die Mittelstreckenraketen, die neu aufgestellt

worden sind, wieder zurückgezogen werden". Der gültige sozialdemokratische Kurs in der NATO-Frage wurde von SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr klargestellt: Für Sozialdemokraten stehe „*die Stellung der Bundesrepublik in der militärischen Integration des westlichen Bündnisses nicht zur Disposition*". Ehmke gestand zu, daß eine Minderheit Lafontaines Auffassungen teile, aber die SPD-Mehrheit verfolge eine andere Politik, die sich auch im sicherheitspolitischen Antrag für den Bundesparteitag wiederfinde.

Genau auf diesen Antrag hat sich Lafontaine in seiner Rede ebenfalls positv bezogen, denn der entspreche „exakt den Positionen, die wir über Jahre hier vertreten haben." Genausowenig fortschrittlich ist seine Kommentierung des spanischen Referendumsergebnisses, das im spanischen Kontext eine eindeutige Niederlage der Friedensbewegung darstellt; eine Niederlage übrigens, die auch diejenigen in der SPD, die eine Politik der militärischen Desintegration der NATO ernsthaft anstreben wollen, schwächt. Diese Ernsthaftigkeit darf mensch beim saarländischen Ministerpräsidenten wohl in Zweifel ziehen, denn mindestens kritische Worte über den realen Status von Spanien innerhalb der NATO wären dann notwendig gewesen, weil spanische Militärs in verschiedenen NATO-Gremien mitarbeiten und an NATO-Waffensystemen ausgebildet werden.

Wohlwollendere Kritiker mögen einwenden, daß Lafontaine und seine politischen Freunde innerhalb der SPD trotz der gemachten Einschränkungen allemal auf der linken Seite ständen. Das ist man schnell.

fo.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Selbst die im Antrag enthaltene Ablehnung von SDI und EVI erfährt ihre Relativierung. So wird zwar betonmt, es sei „*vernünftiger, Raketen durch Verträge abzubauen, als eine Raketenabwehr aufzubauen*". Was aber passiert, wenn Verträge nicht abgeschlossen werden können, weil — siehe oben — von der UdSSR völlig unzumutbare Vorleistungen gefordert werden?

In diesem Sinne ist interessant, daß der Leitantrag zwar eine **Regierungs**beteiligung an SDI/EVI ablehnt, aber kein Wörtchen zu der brisanten Frage enthält, wie sich die SPD gegenüber **Firmen** verhalten würde, die sich bei diesen Projekten einklinken.

Last not least

läßt aufhorchen, daß das im Essener Beschluß noch enthaltene „Nein zur Stationierung von Neutronenwaffen" im neuen Entwurf fehlt.

Hier werden Goldene Brücken nicht nur Reagan, sondern auch zu Chirac gebaut, die beide entsprechende Rüstungsprojekte forcieren wollen. Das neue Wir-Gefühl in der NATO läßt offenbar auch für die SPD jede Schweinerei akzeptabel erscheinen.

Jürgen/Stuttgart

Anmerkungen
(1) Kommission Sicherheitspolitik des Vorstandes der SPD: Entwurf für einen Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik, 13.3.86
(2) Karsten Voigt, Neubestimmung einer Sicherheitspolitik der Linken, in: SOZIALISMUS 2-86
(3) so die Kritik des linken SPD-MdB Konrad Gilges an entsprechenden Tendenzen in der SPD-Fraktion



Die Broschüre im einzelnen:
SPD und »Europäisierung« der NATO+++ Von Bülow und die »struk-

Spanien bleibt in der NATO

NATO-Gegner verlieren Volksabstimmung

Vor dem NATO-Referendum ließen die Präsidenten der großen spanischen Banken erklären, ,,ein Sieg der NATO-Gegner würde unermeßliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsperspektiven des Landes haben". Nach dem Referendum erlebten die spanischen Börsen einen neuen Boom. ,,Die Bourgeoisie deckte sich mit Wertpapieren ein. Das Volk hatte ihren Besitz sicherer gemacht", berichtete süffisant der ,,Spiegel". Die großen Gewinner der Volksbefragung über Spaniens Verbleib in der NATO waren sich ihres Erfolges bewußt: Am 12. März 1986 stimmten — bei einer Wahlbeteiligung von 59,7 Prozent — 52,5 Prozent der Urnengänger für die weitere NATO-Mitgliedschaft, 39,8 Prozent dagegen.



Wie alles anfing

Erst seit dem Frühjahr 1982 gehört Spanien der NATO an. Es war die damalige Zentrumsregierung unter Calvo Sotelo, die gegen den Widerstand der Linksparteien einschließlich der spanischen Reformsozialisten aus der PSOE den NATO-Beitritt betrieb. Im Oktober 1982 kamen eben diese ,,Sozialisten" an die Regierung. Mit Felipe Gonzales an der Spitze und dem Geld der westdeutschen Sozialdemokratie im Rücken errang die PSOE einen grandiosen Wahlerfolg, der nicht zuletzt auf der Ablehnung der spanischen NATO-Mitgliedschaft beruhte. Im Wahlkampf hatte die PSOE zugesagt, eine Volksbefragung über die NATO-Mitgliedschaft durchzuführen. Die Einlösung dieses Versprechens wurde beharrlich hinausgezögert. In der verbleibenden Zeit gelang es der PSOE-Führung, die Mehrheit der Partei auf einen neuen Kurs, den Verbleib Spaniens in der NATO, zu verpflichten. Wo politische Überzeugungstätigkeit nicht ausreichte, halfen Parteiausschlüsse und die Manipulation von Parteizusammensetzungen nach; auf dem entscheidenden PSOE-Parteitag im Dezember 1984 bestand das Gros der Delegierten aus Mitgliedern, die zugleich Posten in der spanischen Staatsbürokratie bekleideten.

Parteitaktische Überlegungen lagen der Kampagne für Stimmenthaltung durch die rechte Allianza Popular unter dem ehemaligen Franco-Minister Fraga Iribarne zugrunde. Die AP hatte immer energisch den Beitritt und später den Verbleib in der NATO verfochten und hielt das Referendum für ,,sinnlos und riskant"; da die AP zugleich dem populären Gonzales eine innenpolitische Niederlage beibringen wollte, rief die AP ihre Wähler/innen zur ,,aktiven Enthaltung" bei der Volksbefragung auf.

Diesem bürgerlichen Block gegenüber stand das große Lager der spanischen Anti-NATO-Bewegung: Pazifisten, autonome und organisierte Linksradikale (MC, LCR), die frei Nachfolgeorganisationen der gespaltenen KP, die Gewerkschaftsorganisation Comisiones Obreros und Teile der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. Dieses Lager blickte dem Referendum mit berechtigtem Optimismus entgegen, denn fast ausnahmslos zeigten die Meinungsumfragen einen Vorsprung der NATO-Gegner/innen an, die auf große Demonstrationen und gutbesuchte Mobilisierungsveranstaltungen bauen konnten. Die Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft konnte und kann sich auf jenen großen Teil der Bevölkerung stützen, der die seinerzeitige Hilfe der USA für das frankistische Regime nicht vergessen hat und dessen
kann sich auf jenen großen Teil der Bevölkerung stützen, der die seinerzeitige Hilfe der USA für das frankistische Regime nicht vergessen hat und dessen
Anti-Amerikanismus heute gegen die NATO gerichtet ist.

Bei dieser Konstellation versuchte die PSOE, ihre Pro-NATO-Kampagne mit einigen Bonbons zu versüßen. Die Spanier sollten dem Verbleib in der NATO unter der Voraussetzung: Nicht-Eingliederung in die militärische NATO-Struktur, Atomwaffenfreiheit und Reduzierung der US-Präsenz zustimmen.

Die militärische Integration hatte Spanien bereits kurz nach dem PSOE-Regierungsantritt offiziell aufgegeben. Spanische Vertreter arbeiten jedoch in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, im Verteidigungs-Planungsausschuß und der Besonderen Konsultationsgruppe mit und nehmen
der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, im Verteidigungs-Planungsausschuß und der Besonderen Konsultationsgruppe mit und nehmen
als Beobachter an den Sitzungen der Nuklearen Planungsgruppe teil. Bilateral wurde die rüstungs- und militärpolitische Zusammenarbeit mit der BRD und Italien intensiviert.

Die Atomwaffenfreiheit ist ebenfalls in Frage gestellt, da die USA sich im Kriegsfalle kaum von der spanischen Regierung die Art des Kriegsgerätes auf den US-Basen vorschreiben lassen wird: Geheimpläne des Pentagon für den Einsatz von Nuklearbombern von Spanien aus wurden kürzlich bekannt. Eien verringerte US-Präsenz in Spanien ist zunächst nicht mehr als ein ungedecktes Versprechen auf zukünftige Verhandlungen, die selbst im Falle eines Rückzuges von Teilen der US-Truppen nur von geringem Wert sein werden, weil danach die spanische Armee deren Funktionen übernehmen wird.

Einmischung von außen

Die PSOE hatte bei der Durchführung ihrer Pro-NATO-Kampagne die Unterstützung zahlreicher Politiker aus EG- und NATO-Staaten. Christdemokratische Politiker wie Strauß oder Piccoli (Italien) nahmen sich vor allem die Alianza Popular und ihren Vorsitzenden Fraga vor, deren enge parteipolitische Herangehensweise sie schärfstens kritisierten und die AP bis zuletzt zur Änderung ihrer Haltung aufforderten. In der BRD nutzten Politiker aller staatstragenden Parteien während des Besuches von Spaniens König Juan Carlos die Gelegenheit, ,,mit Nachdruck und unüblicher Deutlichkeit" (,,El Pais") auf den notwendigen Verbleib Spaniens in der NATO hinzuweisen. — Sicherlich nicht die unwichtigste Unterstützung für die PSOE kam aus den Reihen der Sozialistischen Internationale: Brandt, Craxi und Soares wandten sich in Interviews des spanischen Fernsehens an die Bevölkerung und forderten sie auf, beim Referendum mit Ja zu stimmen. Auch Oskar Lafontaine unterstütze während eines Spanienbesuches die Politik ,,von unserem Freund Felipe Gonzales.

Daneben gab es auch noch diskrete Hinweise, daß 75 Prozent der ausländischen Investitionen in Spanien aus der NATO-Mitgliedsländern stammten. Bei einem negativen Referendumsausgang könne sich mancher Konzern seine weiteren Geschäftsbeziehungen mit der spanischen Wirtschaft neu überlegen.

Innen- und außenpolitische Wirkungen des Ergebnisses

Bezogen auf die Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten stimmten 31,3 Prozent für, 23,7 Prozent gegen den NATO-Verbleib. Dieser deutliche Erfolg der NATO-Befürworter wird allgemein als Erfolg der PSOE und von Gonzales bewertet, denen es gelungen ist, Popularität und politische Hegemonie zu nutzen, auch schwankende Kräfte für die Zustimmung zur NATO zu gewinnen. So gab es in Andalusien, einem regionalen Zentrum der Reform-Sozialisten, auch die meisten Ja-Stimmen bei der Volksbefragung, die nur in vier Regionen — im Baskenland, in Navarra, in Katalonien und auf den Kanarischen Inseln — eine Mehrheit der Nein-Stimmen erbrachte. Die Bedeutung parteipolitischer Anbindungen wird dadurch unterstrichen, daß es die meisten Enthaltungen in der stärksten Region der AP, in Galizien, gab.

Mit diesem Ergebnis ist die Stellung der PSOE im Parteienspektrum ziemlich unangefochten. Bei den Parlamentswahlen im Oktober ist trotz der vielen wirtschaftlichen Einschnitte erneut mit einem Wahlsieg der PSOE zu rechnen. Staatsmännisch bot Gonzales der geschwächten Rechtsopposition inzwischen die außenpolitische Zusammenarbeit an.

Die Wirkungen auf die Anti-NATO-Bewegung sind derzeit nicht abzusehen. Es gab bereits vor dem Referendum Bestrebungen, ausgehend von der Anti-NATO-Bewegung ein Linksbündnis zu den Parlamentswahlen aufzubauen; ein Vorhaben, das mindestens ein KP-Flügel wieder in die Diskussion brachte.

Außenpolitisch sind drei Gesichtspunkte bedeutsam:

— Spanien wird nun nicht nur die Integration in die NATO und die EG vorantreiben können, sondern hat mehr Spielraum erhalten, eine Aufnahme in die Westeuropäische Union (WEU) anzustreben.

— Gemeinsam mit der dänischen Volksbefragung über die Anerkennung der EG-Reformen und dem Ergebnis der Wahlen in Frankreich haben diese drei Abstimmungen in kurzer Zeit unterstrichen, daß die revolutionäre Linke gegenwärtig in keinem westeuropäischen Staat vor Durchbrüchen steht und ein Abwirtschaften der Sozialdemokratie eher Tendenzen nach rechts die Bahn bricht.

— Für die weitaus bescheideneren Anti-NATO-Bestrebungen in anderen westeuropäischen Staaten ist das spanische Ergebnis ein Rückschlag, weil der herrschende sicherheitspolitische Konsens von Volkes Stimme bestätigt wurde. Darauf werden Sozialdemokraten wie grüne und DKP-kommunistische Wasserträger sich berufen.

fo.



Fortsetzung von vorheriger Seite

Und nun ?

Eine grundsätzliche NATO-Kritik und die Bereitschaft zu einseitiger Abrüstung ist offensichtlich nicht nur in der Gesamt-SPD, sondern auch in der SPD-,,Linken" nicht im entferntesten mehrheitsfähig. Entsprechende Vorstöße werden — siehe oben — zerredet und finden nur noch als Garnierung der rau(h)en NATO-Vorstellungen Verwendung. Bleibt abzuwarten, ob Konrad Gilges oder Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen/Frankfurter Kreis) sich ebenfalls verepplern lassen, oder wenigstens ihre Auffassungen in einem offenen Clinch verteidigen. Schon das wäre — legt man bisherige Erfahrungen mit SPD-,,Linken" zugrunde — eine positive Überraschung.

Jürgen/Stuttgart

Anmerkungen
(1) Konrad Gilges, Friede ohne NATO, VSA-Verlag 1985
(2) Konrad Gilges, Essener Parteitag und wie weiter, in: Fuchs/Hoffmann/Klaus, Konzepte zum Frieden, spw-Verlag 1985
(3) Konrad Gilges in VORWÄRTS, 21.9.85
(4) Karsten Voigt in VORWÄRTS, 15.2.86
(5) Katrin Fuchs, Frieden ist möglich, in: Fuchs/Hoffmann/Klaus, Konzepte zum Frieden, spw-Verlag 1985
(6) Abgedruckt in seinem Buch, s.(1)
(7) AG Frieden des Frankfurter Kreises, Wider die abgrundtiefe Denkfaulheit
(8) Frankfurter Kreis, Was eine sozialdemokratische Bundesregierung tun sollte, dokumentiert in der FR vom 21.2.86

OTAN NO! — BASES FUERA!

Aus Anlaß der Volksabstimmung über den Verbleib Spaniens in der NATO wurde von Westberlin und der Comisión Anti-OTAN de Madrid eine Rundreise von zwei bzw. einem Vertreter der CAO organisiert.

Nimmt man den ersten Teil (6 Veranstaltungen) und den zweiten Teil der Rundreise zusammen, ergibt es, daß es im Ganzen 19 Veranstaltungen, 9 vor und 10 nach dem Referendum waren.

Von Städten, wo der KB als solcher nicht auftrat (Karlsruhe) über Orte, wo der KB Alleinveranstalter war (Baden Baden) bis hin zu äußerst breiten Bündnissen (Westberlin) gab es so ziemlich alles, vorrangig waren es aber eher kleine Bündnisse mit Dritte Welt Gruppen, grüne Bezirksgruppen, DFG-VK usw. ...

Teilnehmer/innenzahlen lagen zwischen 190 und 12, durchschnittlich waren es aber 30 bis 50 Personen. Vielerorts ist es gelungen, das Spektrum, auf das man Wert legte (linke Grüne, Umfeld der eigenen Gruppe, unabhängiges Friedensspektrum usw.), anzusprechen.

Die Osterferien und Semesterferien haben bisweilen die Zahlen erheblich gedrückt.

Folgende Punkte sind durchgängig in der Diskussion aufgetaucht:

— Zusammensetzung der Bewegung und Verhältnis der verschiedenen Strömungen der spanischen Anti-NATO Bewegung
— Wahlbeteiligung der Anti-OTAN Bewegung
— Zusammenhang der EG-Frage und des NATO-Beitritts, inwiefern wurde der EG-Beitritt von der Anti-NATO Bewegung problematisiert?

Nach dem 12.3. ging es hauptsächlich darum, auf die Gründe, die dieses Ergebnis herbeigeführt haben, einzugehen.

Die Veranstaltungen waren meistens in zwei Teile gegliedert:
1) Information über Spanien und Verständnisfragen
2) BRD und NATO

Der Eindruck, der bisweilen entstand, war, daß die Diskussion in der Form den Leuten als aufgesetzt erschien. Obwohl in einigen Orten die Thesen gut aufgenommen wurden und mensch auch auf die Inhalte einging, verlief die Diskussion öfters eher schleppend. In diesen Fällen wirkten Einwände von grüner oder autonomer Seite z.T. sogar anregend.

Der Kölner Anti-NATO-Kongress, auf dem auch die spanische Anti-NATO Bewegung vorgestellt werden soll, ist überall ausführlich angekündigt worden.

Comisión Anti-OTAN de Madrid

Frankreich rechts um



Eins steht nach den Wahlen vom 16. März fest: In Frankreich hat die Rechte wieder die Mehrheit. Die selige „Union de la Gauche", das heißt KPF und PS zusammen, erreichte 41,54%. Die Koalition RPR plus UDF erhielt 42,09% der Stimmen. Allerdings: Mit der Front National zusammen zählt die gesamte Rechte komfortable 55%.

Die PS, die sich als doppeltes Ziel einerseits die Verhinderung einer absoluten rechten Mehrheit, andererseits die Überwindung der „psychologischen Schwelle" 30% gesetzt hatte, erreichte das zweite und das erste nicht.

Die Front National (FN) liegt unter ihren eigenen Erwartungen (15%), aber über den Vorhersagen der Umfragen. Mit 9,8%, das heißt 35 Abgeordneten, blidet sie eine eigene Fraktion in der Nationalversammlung. Darüberhinaus verfügt die FN über 135 Regionalberater. Wie im Juni 1984 (Europaparlamentswahlen) erzielte die FN ihre besten Ergebnisse in Südfrankreich. Mittlerweile verfügt sie ganz offensichtlich über solide Bastionen in städtischen Ballungsgebieten. In dem Département Bouches-du-Rhône (um Marseille) verbessert sie sich sogar um 3,4% gegenüber 1984 und weist ein Ergebnis von 22,53% auf. In Marseille selber gewinnt sie 2,9% dazu und bekommt 22,37% der Stimmen. Ähnlich verhält es sich in mehreren anderen südlichen Départements, beispielsweise in den Pyrenäen. Dafür ging sie in Paris leicht zurück: 10,99% (weniger 4,25%) — allerdings zugunsten der RPR.

In insgesamt fünf Regionen waren RPR und UDF auf die Stimmen der FN „angewiesen", um die Vorsitzposten in den Regionalräten zu bestücken: in der Aquitaine, Franche-Comté, Languedoc, Roussillon, Haute-Normandie. Das heißt: In diesen fünf Regionalregierungen ist jeweils ein RPRler oder ein UDFler Präsident derselben und ein FNler Vizepräsident.

Die KPF konnte ihren persönlichen Trend nicht umkehren: mit 9,81% der Stimmen wiederholt sie ihr Ergebnis von den Parlamentswahlen 1932. Böse Ironie des Schicksals: Ihre Fraktion in der Nationalversammlung ist zahlenmäßig mit der der FN identisch: 35 Abgeordnete. In nur drei Departements — gegenüber 45 1978 — liegt sie über 20%; in 58 liegt sie unter 10%.

Wie mittlerweile zur Sitte geworden, ist in den KPF-Reihen wieder eine rege Petitionstätigkeit in Gang gesetzt worden. Die „rénovateurs" (Erneuerer), mit dem ehemaligen Parteisprecher und nach wievor ZK-Mitglied Pierre Juquin als Gallionsfigur, fordern einen außerordentlichen Kongreß.

Das ehemalige ZK-Mitglied Henri Fizbin, früher auch Verantwortlicher der Pariser KPF-Föderation, Präsident von „Recontres Communistes" (Zusammenschluß von ehemaligen KPFlern) gibt dem wenig Hoffnung: *„Die Chance, die KPF zu erneuern, ist vorbei ... dazu braucht man ein bestimmtes Kräfteverhältnis innerhalb der Partei ... das ist nicht vorhanden"* (23.3., Le Monde).

Detail am Rande, das nur bescheidenste Herzen erfreuen kann: mit 1,53% der Stimmen liegt die geballte Kraft der extremen Linken (das bedeutet: LCR/IV. Internationale; Lutte Ouvrière/LO; MPTT/„Massenorganisation" der PCI, eine ebenfalls trotzkistische Organisation; PAC/mehr sogenannter „maoistischer" Provenienz) und der ALT (ein Wahlzusammenschluß von LCRlern, PSUlern, Ökologisten, Pazifisten und PSU) über dem Ergebnis der „Verts", der französischen Grünen. Diese erreichten jetzt 1,21%, nach 3,37% bei den Europawahlen 1984. Im Unterelsaß erhielten die Grünen 5,7%, im Oberelsaß 6,5% bei den Regionalwahlen und konnten somit in die Regionalversammlung zwei Vertreter entsenden. In der Haute-Normandie sitzt ebenfalls ein Vertreter der Grünen im Regionalrat.

Zurück zur Rechten: Abgesehen von ihrem, alles in allem, bescheidenem Parlamentswahlergebnis, siegten sie aber bei den Wahlen zu den Regionalräten: in 20 von 22 Regionen haben sie das Wort. Die PS selber frohlockte über ihr Ergebnis — abgesehen von Michel Rocard, der die Instabilität des Wählerverhaltens unterstrich.

So oder so soll jetzt das Ziel sein, an die 40% ranzukommen, um sich von der Eventualität eines Bündnisses mit der KPF endgültig freizumachen. Die interne Debatte ist auch hier eröffnet: soll die Partei sozial-demokratisch, schlicht und einfach nur demokratisch oder sozialistisch bleiben, bzw, werden.

Jetzt wird allerdings erstmal cohabitiert (d.h ein sozialistischer Präsident muß mit einer XXregierung zusammenarbeiten). Mit Chirac als Premierminister, Charles Pasqua (RPR), ehemaliger Präsident der berüchtigten Parallelpolizeien SAC (Bürgerwehrdienst) und in dieser Eigenschaft mit besten Verbindungen zur ehemaligen OAS (faschistische Parallelarmee während des Algerienkriegs) als Innenminister, mit Madelin, ehemaliges Mitglied der Neonaziorganisation Occident als Postminister, mit Pierre de Villiers, der sich bester Beziehungen zu den rechtsradikalen katholischen Kreisen erfreut, als Staatssekretär, um hier nur einige Namen zu nennen, mit einem 83jährigen FN-Mitglied als Ehrenvorsitzenden der Nationalversammlung ist die mittlerweile hier landläufige harmlose Bezeichnung einer „bürgerlichen" Regierung leicht daneben.

Die „gerissenste Wählerschaft der Welt" (O-Ton Serge July, Libération) ist sich ihrer Sache allerdings noch nicht ganz sicher — glaubte man einer Umfrage vom 25. März 1986: eine eindeutige Mehrheit nimmt dort Stellung gegen eine Vielzahl von Projekten der Rechten (unter anderem Aufhebung der Sondersteuern für Großverdiener, Aufhebung des Kündigungsschutzes etc.) und nach wie vor solle Mitterrand das Sagen in der großen Weltpolitik haben. Interessanterweise erklären sich dort mehr PS-Wähler (64%) als RPR-UDF-Wähler (59%) für eine Cohabitation ... Allerdings sind sich alle wieder ziemlich einig, wenn es um die „Ermunterung zur Rückkehr ins Heimatland" der ausländischen Arbeiter in Frankreich oder wenn es um die Förderung der Geburtenpolitik (die in Frankreich von der PS-Regierung unter dem Namen „Unterstützung für ein drittes Kind" initiiert worden ist) geht. (Umfrage, Le Monde, 25.3.86).

Open end?

Frankreich-Kommission



Mit Realpolitik zum „Erfolg": Satte rechte Mehrheit

„Die Chance, die KPF zu erneuern, ist vorbei ... dazu braucht man ein bestimmtes Kräfteverhältnis innerhalb der Partei ... das ist nicht vorhanden" (23.3., Le Monde).

Detail am Rande, das nur bescheidenste Herzen erfreuen kann: mit 1,53% der Stimmen liegt die geballte Kraft der extremen Linken (das bedeutet: LCR/IV. Internationale; Lutte Ouvrière/LO; MPTT/„Massenorganisation" der PCI, eine ebenfalls trotzkistische Organisation; PAC/mehr sogenannter „maoistischer" Provenienz)


Mit Realpolitik zum „Erfolg": Satte rechte Mehrheit

Wahlen zur Nationalversammlung 1986

KPF	9,81%
PS	32,00%
UDF/RPR	42,09%
Radikale Linke	1,53%
Verts (Grüne)	1,21%
Front National	9,80%

Wahlen Europaparlament 1984

KPF	11,20%
PS	20,75%
UDF/RPR	43,02%

Wahlen zur Nationalversammlung 1986

KPF	9,81%
PS	32,00%
UDF/RPR	42,09%
Radikale Linke	1,53%
Verts (Grüne)	1,21%
Front National	9,80%

Wahlen Europaparlament 1984

KPF	11,20%
PS	20,75%
UDF/RPR	43,02%
PCI	0,90%
LO	2,06%
PSU	0,72%
ERE (Grüne)	3,32%
Verts (Grüne)	3,36%
Front National	10,95%

Wahlen Präsidentschaft 1981

KPF (Marchais)	15,34%
PSU (Bouchardeau)	1,10%
PS (Mitterrand)	25,84%
UDF (Giscard)	28,31%
RPR (Chirac)	17,99%
Grüne (Lalonde)	3,87%
LO (Laguiller)	2,30%

Wahl-Ergebnisse

Unabhängige Konservative	16 Sitze
Giscardistische UDF	128 Sitze
Neogaullistische RPR	147 Sitze
Kommunisten PCF	35 Sitze
Rechtsextreme FN	33 Sitze
Sozialisten PS	202 Sitze
die Grünen	kein Sitz

Die absolute Mehrheit liegt bei 289 Sitzen, RPR und UDF haben also mit den Unabhängigen Konservativen zusammen einen relativ schwachen Überhang von zwei Mandaten.



Etienne Balibar

Solidarität mit den Kritikern der KPF

Vor 25 Jahren schloß ich mich zum erstenmal einer Organisation der KPF an. Mitten im Kolonialkrieg, nach der Einführung des Präsidialsystems in Frankreich, ging es für viele Intellektuelle meiner Generation um einen Wiederaufbau der Linken. Als Gefan- schuld. Wiederherstellen, was gewesen ist, hat keinen Sinn. *„Aber diese Kraft ist nicht ersetzt worden"*, und nichts weist darauf hin, daß sie es in absehbarer Zeit sein könnte. Das trägt in großem Maße zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, zur Vorherr-

Etienne Balibar

Solidarität mit den Kritikern der KPF

Vor 25 Jahren schloß ich mich zum erstenmal einer Organisation der KPF an. Mitten im Kolonialkrieg, nach der Einführung des Präsidialsystems in Frankreich, ging es für viele Intellektuelle meiner Generation um einen Wiederaufbau der Linken. Als Gefangene ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem sowjetischen Modell — was in keiner Weise ein Gegengewicht zu ihrem eigenen Nationalismus darstellte — war die KPF den Erfordernissen der revolutionären Aktion häufiger hinterhergehinkt als voraus gewesen. Aber sie stellte dennoch eine große Klassenkraft dar.

Ihre Existenz machte die Anstrengung von Millionen Männern und Frauen glaubwürdig, den Kampf gegen die Ausbeutung und die Behauptung des Rechts aller Bürger auf Kultur und politische Entscheidung zu vereinigen. Und selbst wenn die „rechtsabweichlerischen" oder „linksabweichlerischen" Strömungen sich durch die mangelnde innere Demokratie der Partei gezwungen sahen, sich gegen sie zu konstituieren, auf die Gefahr, in Sektenvoluntarismus zu fallen, so stützten sie sich immer noch auf diese historische Kraft.

Der Marxismus, dessen Wesen gerade in dem gleichberechtigten Bündnis der Werktätigen (besonders der Arbeiter) mit den Intellektuellen liegt, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, anstatt sich den Marktgesetzen zu unterwerfen, konnte, nach einem Wort Sartres, als der „unüberschreitbare Horizont unserer Zeit" erscheinen. Seine eigene theoretische und politische Weiterentwicklung stand auf der Tagesordnung.

Heute, nach den bekannten Fehlern, ist die KPF nur noch eine von der Jugend verlassene, initiativlose, von Spaltung und Schwund bedrohte schwache Kraft. Auf die Verwirrung ihrer Mitglieder und Wähler antwortet die Parteiführung, die jeden Opportunismus und jedes Sektierertum praktiziert hat, nur mit einem brutalen Zynismus.

An dieser historischen Krise haben die gesellschaftlichen Entwicklungen, die internationalen Pressionen, die Zwänge einer veralteten Organisationsform, die Feigheiten eines sich an die Machtparzelle klammernden Apparats schuld. Wiederherstellen, was gewesen ist, hat keinen Sinn. *„Aber diese Kraft ist nicht ersetzt worden"*, und nichts weist darauf hin, daß sie es in absehbarer Zeit sein könnte. Das trägt in großem Maße zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, zur Vorherrschaft des technokratischen Reformismus in der französischen Linken, zum Realitätsverlust der gesamten politischen Auseinandersetzung bei.

Das ist einer der Gründe (nicht der einzige, aber auch nicht der geringste) für die Niederlage der Linken nach 13 Jahren Mobilisierung und fünf Jahren Regierungserfahrung. Wir bezahlen sie mit der Rückkehr der Rechten an die Macht, einer von liberalem Fundamentalismus geprägten Rechten, deren einer Bestandteil für die Ziele des rassistischen Nationalismus kämpft.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß Phasen des Rückgangs für die Veränderung der alten Apparate wenig günstig sind. Unter diesen Bedingungen sind die Perspektiven der „Erneuerungsströmung" innerhalb der KPF zu schwach. Aber sofern sie nicht gleich null sind, lohnt sich die Mühe, sie zu teilen. Die aktiven Mitglieder der KPF, Arbeiter, Künstler, Intellektuelle, die wieder einmal die Demokratisierung der Partei und die kollektive Festlegung einer politischen Linie verlangen, die für alle Zukunftsströmungen der französischen Gesellschaft offen ist, beweisen Mut und ein wirkliches Verständnis für die Interessen unseres Volkes. Sofern sie standhaft bleiben, ihrerseits jedes Sektierertums und jedes Taktieren vermeiden, nicht von der Außenwelt abgeschnitten werden, können sie da, wo andere 1956, 1968 oder 1978 gescheitert sind, noch Erfolge haben.

Zumindest können sie bessere Bedingungen schaffen, damit morgen die gesamte Linke ihre Schwächen überwindet und den Kampf wiederaufnimmt. Die Kommunisten dieses Landes — von denen viele aus der Partei ausgeschlossen wurden, ohne daß sie ihren Überzeugungen abgeschworen haben — schulden ihnen, scheint mir, Solidarität und Ermutigung.

Etienne Balibar, Hochschullehrer an der Universität Paris I, Ex-Mitglied der KPF (1961 eingetreten, im April 1981 ausgeschlossen), ehemaliger Inspirator der Bewegung *Pour l'union dans les luttes* (1979-1981).

Niederlande: Wahlrecht für Ausländer

In Irland haben Einwohner fremder Nationalität seit 1963 das kommunale Wahlrecht, in Schweden seit 1975, in Dänemark und Norwegen seit 1981. In den Niederlanden konnten Ausländer jetzt erstmals bei den Kommunalwahlen am 19. März das passive und aktive Wahlrecht ausüben. In der BRD gehört es zwar schon fast zum Ritual, auf SPD-Parteitagen das kommunale Wahlrecht für Ausländer zu fordern und z.T. auch zu beschließen; die Realisierung scheitert aber bemerkenswerterweise auch dort, wo die SPD die Mehrheit innehat, obwohl, wie Liselotte Funke, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung erklärte, „einzelne Bundesländer es vielleicht einführen könnten".

Von Ausländern selbst in den Niederlanden wird das Wahlrecht schon seit langem gefordert. Im Laufe der 70er Jahre stellte die sozialdemokratische Partei (PvdA) sich hinter diese Forderung. Als „erster Schritt" sollte nach Auffassung der PvdA das Wahlrecht bei Kommunalwahlen eingeführt werden. Die Regierung unter dem sozialdemokratischen Premierminister Den Uyl rief Mitte der 70er Jahre eine sogenannte Direktion Minderheitenpolitik im Innenministerium ins Leben. Diese legte 1981 einen Bericht vor, in dem das Nichtbestehen des Wahlrechts für Ausländer als „Faktor einer besonderen Benachteiligung und Isolation" bewertet wurde. (André Hudepohl, Migranten en Kiesrecht. Amsterdam, 1985)

Mit Ausnahme der realkommunistischen CPN, die noch 1981 gegen jegliches Wahlrecht für Nicht-Niederländer war, waren die im Parlament vertretenen Parteien links von der PvdA (die pazifistisch-sozialistische PSP und die radikalpolitische PPR), sowie die Liberalen (D '66) für das Ausländer-Wahlrecht — sowohl auf lokaler als auch auf provinzialer und nationaler Ebene. Die vier kleinen rechten Parteien im Parlament (RPF, SGP, GPV und CP) waren und sind dagegen. .

Die derzeitigen Regierungsparteien (der christdemokratische CDA und die rechtsliberale VVD) nahmen lange Zeit eine zögernde bis ablehnende Haltung ein. Im Februar 1983 verhalfen sie im Parlament jedoch einem Antrag zur Änderung des Grundgesetzes zur erforderlichen Dreiviertel-Mehrheit, wodurch die aktive und passive Beteiligung von Ausländern an kommunalen Wahlen möglich wurde. (Vom allgemeinen Wahlrecht wollen CDA, VVD und die kleinen rechten Parteien die Ausländer auch weiterhin ausschließen). Im Frühjahr 1985 folgte eine entsprechende Änderung des Wahlgesetzes.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Darin wurde festgelegt, daß ein Ausländer mindestens seit fünf Jahren legal in den Niederlanden leben muß, um an den Kommunalwahlen teilnehmen zu dürfen. Ausländer-Organisationen und die linken Parteien (einschließlich der PvdA) kritisierten sowohl die Beschränkung auf lokale Wahlen als auch die gesetzten Bedingungen. Aber die Regierungsparteien waren nicht bereit weiter zu gehen.

Dennoch: Diese Gesetzesänderung war die erste grundsätzliche Erweiterung des Wahlrechts seit der Einführung des Frauen-Wahlrechts im Jahre 1919. Über 360.000 Ausländer hatten so am 19. März erstmals die Möglichkeit, an einer Wahl in den Niederlanden teilzunehmen, u.a. türkische, marokkanische, spanische und italienische Gastarbeiter, aber auch belgische und deutsche Staatsangehörige.

Gewinn für die Sozialdemokraten

Nicht unflott, wie die etablierten Parteien plötzlich den ausländischen „Mitbürger" entdeckten und wie sie sich abmühten, auch von ihm verstanden zu werden. Schließlich ging es bei den neuen Wahlberechtigten um gute 3,5% des gesamten Wählerpotentials.

Flugblätter erschienen in vier, fünf Sprachen, in mehrsprachigen Fernsehspots wurde für die Wahlteilnehmer geworben und es wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen für Ausländer durchgeführt. Premierminister Lubbers gar erschien auf dem Fernsehschirm, um das Wahlrecht auf Arabisch und Türkisch zu erklären. Die sozialdemokratisch orientierte „Volkskrant" konstatierte, die Politiker würden plötzlich überquellen vor „Freundschaft, Eifer und gutem Willen" (15.3.1986).

Präzise Zahlen über die Wahlbeteiligung der Ausländer gibt es nicht. Allerdings wurden diverse Meinungsumfragen und Stichproben durchgeführt. Einer Untersuchung von Radio Rijnmond zufolge beteiligten sich in Rotterdam 47% der türkischen und 17% der marokkanischen Wahlberechtigten.

Auch das Niederländische Ausländer-Zentrum (NCB) stellte fest, daß die Wahlbeteiligung der Türken wesentlich größer war als die der Marokkaner. Bei den Türken sei die Beteiligung von Männern und Frauen etwa gleich groß gewesen. (Türken und Marokkaner bilden die größten ausländischen Bevölkerungsgruppen in den Niederlanden). Surinamer, Molukker und Antillianer haben, als ehemalige Bewohner niederländischer Kolonien, größtenteils die niederländische Staatsangehörigkeit. Sie durften also auch vorher schon wählen.

Die äußerst geringe Wahlbeteiligung der Marokkaner wird als Reaktion gesehen auf den Aufruf König Hassans II. an seine „Untertanen", die Wahllokale zu meiden. Die Wahlen seien eine niederländische Angelegenheit und

Bewohner niederländischer Kolonien, größtenteils die niederländische Staatsangehörigkeit. Sie durften also auch vorher schon wählen.

Die äußerst geringe Wahlbeteiligung der Marokkaner wird als Reaktion gesehen auf den Aufruf König Hassans II. an seine „Untertanen", die Wahllokale zu meiden. Die Wahlen seien eine niederländische Angelegenheit und

Marokkaner müßten Marokkaner bleiben. Die Angst vor Spitzeln der rechtsradikalen, königstreuen „Amicales" und vor Repressalien bei der Rückkehr oder bei einem Besuch in Marokko sei groß gewesen, berichtete die „Volkskrant" am Tag nach den Wahlen. Zur Nichtteilnahme hatten auch die Leiter der Moscheen in den Niederlanden aufgerufen. Das fortschrittliche Komitee Marokkanischer Arbeiter in den Niederlanden (KMAN) dagegen hatte die Wahlbeteiligung dringend empfohlen.

Alle Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, daß der weitaus größte Teil (zwischen 80 und 90%) der teilnehmenden Ausländer sozialdemokratisch gewählt hat. Die restlichen 10 bis 20% der Ausländer-Stimmen entfielen vor allem auf die Parteien links von der PvdA sowie auf die beiden Regierungsparteien. Spezielle Ausländer-Listen bekamen kaum Stimmen. Ebenso traurig wie unverständlich ist, daß in Rotterdam immerhin 2,2% der Ausländer-Stimmen auf die rassistische, absolut ausländerfeindliche Centrumpartij (CP) entfielen. Insgesamt bekam die CP in Rotterdam 3,4% dr Stimmen, was für einen Sitz im Gemeinderat ausreichte.

Insgesamt wurden 24 Ausländer in die 614 Gemeinderäte gewählt. Surinamesen, Antillianer und Molukker mitgezählt, bekamen 42 Vertreter von ethnischen Minderheitsgruppen einen Gemeinderatssitz. 32 davon kandidierten für die PvdA. Gemessen am ausländischen Wählerpotential sind die 24 oder 42 Sitze (je nach Zählweise) doch sehr wenig. Die politischen Parteien in den Niederlanden sind immer noch „weiße" Bastionen.

Niederlande-Kommission

Feuer und Flamme für die Rassisten

In fünf Städten sind bei den niederländischen Kommunalwahlen am 19. März Mitglieder der rechtsradikalen, rassistischen Centrumpartij in die Gemeinderäte gewählt worden. Die Amsterdamer autonome Stadtzeitung „bluf!" kommentierte dies mit einem Aufruf unter der historisch inspirierten Überschrift: „Nie mehr Kollaboration". (20.3.) Den Parteien, die den CP-Gemeinderäten lediglich mit Nichtbeachtung begegnen wollen, hält „bluf!" entgegen: „Damit hat man die Faschisten noch nicht aus dem Rat raus. Es ist nicht der Moment, nichts zu sagen; es muß etwas getan werden, wie auch immer."

Auf einer Amsterdamer Veranstaltung über die Centrumpartij kurz nach den Wahlen, waren „alle Anwesenden (...) darin einig, daß die Amtseinführung des CP-Mitgliedes (im Amsterdamer Gemeinderat — AK) wie auch immer verhindert werden muß." („bluf!", 27.3.) Es blieb nicht bei der bloßen Willenserklärung, es wurde ein differenziertes Vorgehen gegen die CP beschlossen: Aufforderung an den Amsterdamer Gemeinderat durch Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, die Amtseinführung des CP-Vertreters abzulehnen; Demonstrationen und eine Kampagne, die sich speziell an die Wähler der CP richtet; Überprüfung der juristischen Möglichkeiten, gegen eine CP-Vertretung im Gemeinderat vorzugehen.

Der letzte Parteitag der CP hatte 1984 stattgefunden, genauer: hätte stattfinden sollen, war aber trotz aller Konspiration von Antifaschisten aufgespürt und gesprengt worden. Noch viel schlechter ging es den Teilnehmern des — ebenfalls peinlich geheimgehaltenen — Parteitag(versuch)s am 29. März. Rund 200 antifaschistische Aktivist/inn/en waren gegen das Hotel vorgegangen, in dem die Rassisten sich zusammengerottet hatten. „Faschisten dürfen nie die Gelegenheit kriegen, sich zu organisieren," wurde von den Aktivisten erläutert. „Wer dazu Gelegenheit gibt, kollaboriert." Der Versammlungsort der Rassisten wurde mit Rauchbomben beworfen und ging in Flammen auf. Im Verlauf der Auseinandersetzung gab es zahlreiche Verletzte, rund ein Drittel der Demonstranten wurde festgenommen. Eine der teilnehmenden Gruppen erklärte, daß es „keine Absicht" gewesen sei, das Hotel in Brand zu setzen. „Wenn auch Nicht-Faschisten dabei verletzt

Rauchbomben beworfen und ging in Flammen auf. Im Verlauf der Auseinandersetzung gab es zahlreiche Verletzte, rund ein Drittel der Demonstranten wurde festgenommen. Eine der teilnehmenden Gruppen erklärte, daß es „keine Absicht" gewesen sei, das Hotel in Brand zu setzen. „Wenn auch Nicht-Faschisten dabei verletzt

worden sein sollten, dann bedauern wir das." („Volkskrant". 1.4.)

Erbarmen, die Iren kommen

Streiktag keinerlei Hemmungen hatte, sich mit loyalistischen Paramilitärs auf den Barrikaden zu zeigen, ist nicht einmal andeutungsweise etwas zu registrieren.

Das einzige, was sich für die nationalistische Minderheit seit Unterzeichnung des britisch-irischen Abkommens verändert hat, ist, daß die sektiererischen Attacken loyalistischer Mordkommandos wieder zugenommen haben. Immer wenn sich die Loyalisten in einer Identitätskrise befinden, von London im Stich gelassen fühlen, kompensieren sie ihren Frust in Form

Die Unterzeichnung des britisch-irischen Abkommens wie die folgenden nordirischen Reaktionen haben den Nordirlandkonflikt wieder stärker in das Blickfeld der kritischen und linken „Öffentlichkeit" gerückt. Indes: Wer weiß noch, wer gegen wen in Nordirland kämpft, ob es sich nun dabei um einen anachronistischen Religionskrieg oder einen Emanzipations- und Klassenkampf handelt; welche Entwicklung die Provisional IRA/Sinn Féin, die tonangebende radikalrepublikanische Kraft Nordirlands, in den letzten Jahren durchmachte; und was aus der „Offiziellen IRA" wurde, in die ein Großteil der westdeutschen Linken Anfang der 70er Jahre ihre revolutionären Hoffnungen investierte.

Die „Krise des linken Internationalismus" hatte ab Mitte der 70er Jahre den „longest war" an der westeuropäischen Peripherie in Vergessenheit geraten lassen. Es bedurfte schon Hungerstreiktoter oder spektakulärer IRA-Anschläge, um die andauernde Existenz des irisch-britischen Konfliktes ins Bewußtsein zu rufen. Der „polnischen Krise" und der dortigen Militärjunta gönnten Linke und Alternative allemal mehr Aufmerksamkeit als der „Leiche im eigenen Keller", dem Terrorismus des britischen Militärs auf Nordirlands Straßen. Die Vernachlässigung des nordirischen Kriegsschauplatzes widersprach der Intensität und Härte, mit der der Krieg seit nunmehr 16 Jahren geführt wird. Über 2.500 Menschen wurden Opfer dieses Krieges, was „umgerechnet" auf die BRD und ihre Bevölkerung einem Konflikt gleichkommen würde, der hierzulande ca. 100.000 Bundesbürgern das Leben gekostet hätte. England verlor in diesem Krieg mehr Soldaten, als in jeder anderen kriegerischen Auseinandersetzung nach dem zweiten Weltkrieg, mehr als in Palästina, auf Zypern und auf den Malvinen-Inseln.

Und auch das britisch-irische Abkommen zeitigt bislang nicht die Resultate, die sich die Establishments in Dublin und London von seiner Unterzeichnung erhofft hatten. Im Gegenteil: Seit November 1985, dem Monat der Vertragsunterzeichnung, mußte London ca. 1.500 Soldaten zusätzlich zu den bereits anwesenden 10.000 Mann in die Krisenprovinz einfliegen. Hingegen hatte man mit dem „Hillsborough"-Abkommen nicht zuletzt eine Entlastung an der „nordirischen Front" erhofft. Zunächst galt es, den Wiederaufbau einer Reihe von Polizeistationen zu sichern, die die IRA zerstört hatte. Dann wurde London mit der Aufgabe konfrontiert, die loyalisti-

zu den bereits anwesenden 10.000 Mann in die Krisenprovinz einfliegen. Hingegen hatte man mit dem „Hillsborough"-Abkommen nicht zuletzt eine Entlastung an der „nordirischen Front" erhofft. Zunächst galt es, den Wiederaufbau einer Reihe von Polizeistationen zu sichern, die die IRA zerstört hatte. Dann wurde London mit der Aufgabe konfrontiert, die loyalisti-

sche Rebellion, den Aufstand der Zöglinge des britischen Imperialismus einzudämmen. Doch bevor London sich in einen „Zweifronten-Krieg" begibt, den die Armee nicht gewinnen kann, wird sie dem Begehren der erzreaktionären unionistisch denkenden Protestanten stattgeben. Ihr Pech, daß die Protestanten (und auch große Teile der nordirischen Polizei) sich partout weigern, den hauptsächlichen Inhalt des britisch-irischen Abkommens zu erkennen: „Sicherheit" vor dem radikalen Republikanismus.

Das Abkommen von „Hillsborough" hat somit der Gewalt in Nordirland kein Ende bereitet, im Gegenteil: Seit dem Hungerstreik der republikanischen Gefangenen im Jahre 1981 war die Situation in Nordirland nicht mehr so gespannt. Für die nationalistische Minderheit in Nordirland hat sich mit „Hillsborough" bislang nichts geändert: Britische Soldaten, RUC (nordirische Polizei) und UDR (Parapolizei) belästigen weiterhin die Bewohner der nationalistischen Ghettos, verschießen Gummigeschosse und scharfe Munition. Ein Beispiel, das zeigt, wie wenig sich seit „Hillsborough" zum Positiven gewendet hat: Ende Januar eröffnete das verhaßte UDR, das durchsetzt ist mit loyalistischen Paramilitärs, das Feuer auf ein mit katholischen Jugendlichen besetztes Auto. Angeblich hätte es sich bei der Wagenbesatzung um IRA-Verdächtige gehandelt. Der SDLP-Abgeordnete Mallon, dessen Partei das Abkommen befürwortet, protestierte und forderte die vorläufige Entlassung der UDR-Täter sowie eine Untersuchung des Vorfalls. Diese selbstverständlich anmutende Forderung wurde abgelehnt mit der Begründung, dies würde bedeuten, die UDR-Leute für schuldig zu erklären. Von einer Reform des UDR, das am loyalistischen von Übergriffen auf die andere nordirische „community". Der IRA fällt somit wieder die Aufgabe zu, die sie bereits Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre wahrzunehmen hatte: Die Verteidigung der nationalistischen Ghettos. Auf der anderen Seite setzt sie ihre „offensive" militärische Kampagne gegen die nordirischen „Sicherheitskräfte" und die britische Armee fort.

Die aktuelle Situation in Nordirland wird auch Gegenstand einer Veranstaltungstour sein, die die „IRLAND INFORMATIONEN" in Zusammenarbeit mit lokalen Unterstützerkreisen Ende Mai/Anfang Juni durchführen werden. Desweiteren soll es um die politischen Vorstellungen und die politisch/militärische Strategie der republikanisch-sozialistischen Bewegung in Irland gehen. Die „IRLAND INFORMATIONEN" haben für diese Veranstaltungstour eine Delegation der radikalrepublikanischen Sinn Féin-Partei eingeladen. Sinn Féin gilt als „politischer Arm" der IRA. Seitdem die „Linken" innerhalb der republikanischen Bewegung die Macht übernommen haben, ist Sinn Féin aus dem Schatten der IRA herausgetreten und zu einer bedeutenden politischen Kraft auf der „grünen Insel" avanciert. Der Hintergrund für die Stärkung des „politischen Arms" der Bewegung war, daß die „Linken" in der republikanischen Bewegung befürchteten, zwar den „Krieg zu gewinnen, aber den Frieden zu verlieren", da keine starke politische Partei bestehen würde, die den Erfolg eines britischen Abzugs beanspruchen und in politische Macht umsetzen könnte.

Sinn Féin wird heute in Nordirland von 13,5% der Gesamtbevölkerung

schen Bewegung befürchteten, zwar den „Krieg zu gewinnen, aber den Frieden zu verlieren", da keine starke politische Partei bestehen würde, die den Erfolg eines britischen Abzugs beanspruchen und in politische Macht umsetzen könnte.

Sinn Féin wird heute in Nordirland von 13,5% der Gesamtbevölkerung

und ca. 40% der nationalistischen/katholischen Minderheit gewählt. Aber auch in der Republik Irland, im „Süden", gelang es Sinn Féin, sich als „vierte Partei" zu etablieren. Für irische Verhältnisse ist Sinn Féin heute eine moderne linkssozialistische Partei, die sich in den letzten Jahren schrittweise von den negativen Elementen des traditionellen Republikanismus emanzipiert hat. So ist Sinn Féin heute die einzige Partei Irlands — „Süden" wie „Norden" — überhaupt, die eine Legalisierung der Abtreibung fordert. Im stark konfessionell geprägten Irland eine spektakuläre und waghalsige Haltung. So wettertern die katholische Hierarchie und die Dubliner Regierung anläßlich der nordirischen Nachwahlen, die „Provos" beabsichtigten nun, auch noch das „werdene Leben" zu töten.

Innerhalb der Partei existiert ein gewisses „Nord-Süd-Gefälle": Während Sinn Féin im „Norden" vor allem eine Partei des urbanen („katholischen") Arbeiter- bzw. Arbeitslosenmilieus ist, deren Denken weitgehend säkularisiert und dem der Iren in der Republik Irland weit voraus ist, sind es im „Süden" noch immer zuvörderst Kleinbauern, traditionelle Mittelständler wie Akademiker, die sich der radikalrepublikanischen Formation verbunden fühlen.

Die Sinn Féin-Delegation wird aus Danny Morrison und Breige Brownlee bestehen. Danny Morrison gilt als Mitbegründer der Sinn Féin-/IRA-„Doppelstrategie", die er auf dem Sinn Féin-Parteitag 1981 mit der mittlerweile berühmt gewordenen rhetorischen Frage proklamierte: „Hat jemand etwas dagegen, die Macht in Irland mit dem Wahlzettel in der einen und dem Schnellfeuergewehr in der anderen Hand zu gewinnen?" Die Parteitagsmehrheit folgte der neuen „Doppelstrategie" von „bewaffnetem Kampf" und „Politisierung der Massen".

Morrison ist Abgeordneter des nordirischen Parlaments, Mitglied des Sinn-Féin-Parteivorstands und Direktor für Öffentlichkeitsarbeit bei der radikalrepublikanischen Partei. Unter seinen Fittichen avanciere die Sinn Féin-Zeitung „An Phoblacht/Republican News" zur auflagen- und absatzstärksten politischen Wochenzeitschrift in Irland. Breige Brownlee ist eine ehemalige republikanische Gefangene aus dem berüchtigten Frauengefängnis Armagh. Sie ist ebenfalls Sinn Féin-Mitglied und zudem in führender Position im „Stop the Strip Searching"-Komitee tätig, das sich gegen die unwürdigen Haftbedingungen der weiblichen republikanischen Gefangenen wendet.

Die Sinn Féin-Delegation wird sich im Zeitraum 27. Mai bis 8. Juni in der BRD aufhalten und in einer Reihe von Städten auf Informationsveranstaltungen sprechen. Am Rande dieser Veranstaltungen werden Morrison und Brownlee Unterredungen mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen, progressiven christlichen Organisationen, politischen Initiativen und Parteien etc. führen.

Für die mittlerweile zahllosen Irland-Alternativurlauber bietet die Sinn Féin-Rundreise sicherlich eine gute Gelegenheit, um sich noch vor der diesjährigen Irland-Visite über die politischen Vorstellungen des radikalen Republikanismus sowie die aktuelle Situation in Irland zu informieren.

ASten, politische Initiativen etc., die

Für die mittlerweile zahllosen Irland-Alternativurlauber bietet die Sinn Féin-Rundreise sicherlich eine gute Gelegenheit, um sich noch vor der diesjährigen Irland-Visite über die politischen Vorstellungen des radikalen Republikanismus sowie die aktuelle Situation in Irland zu informieren.

ASten, politische Initiativen etc., die

an der örtlichen Ausrichtung eine Veranstaltung (vielleicht auch nur einem Gespräch, einem Interview etc.) mit den Sinn Féin-Leuten interessiert sind, mögen sich umgehend an uns wenden.

Redaktion
„IRLAND INFORMATIONEN"
c/o D. Schulze-Marmeling
Zum Gründchen 21, 4417 Altenberge
Tel: 02505/3234



IRA-Demonstration in Belfast: „Wir leben in einer belagerten Gesellschaft"

8. März

Nur eine ''lästige Pflicht''?

Eine Bilanz der Aktivitäten zum Internationalen Frauentag 1986

Der 8. März, der noch vor wenigen Jahren als ein ,,zu linkes'' Thema galt, fand zu seinem 75. Jahrestag auffallendes Interesse.

Sämtliche Rundfunkanstalten, mit Ausnahme des Bayrischen Rundfunks, sendeten im Abendprogramm des 8. März 4 Stunden lang Informationen und Kultur unter dem Motto ,,Unbeschreiblich weiblich''. Die ,,Frankfurter Rundschau'' widmete dem Frauentag erstmals eine ganze Seite, und darüberhinaus fand der 8. März auch in der Lokalpresse weitgehende Erwähnung.

Der DGB rief in zahlreichen Städten zu Veranstaltungen und Demonstrationen auf. Mit dem diesjährigen Motto ,,Wir wollen Brot und Rosen'' sollte an den Streik von 14.000 Textilarbeiterinnen in den USA gegen Hungerlöhne und Kinderarbeit im Jahre 1912 erinnert werden.

Daneben beteiligten sich örtliche Frauengruppen an den Veranstaltungen des DGB oder organisierten eigene Aktionen und Feste. Dies ging jedoch nicht überall ohne Probleme vonstatten. In vielen Orten kam es im Vorfeld der Aktionsvorbereitungen zu teilweise scharfen Auseinandersetzungen um Inhalt und Ausgestaltung des 8. März und um die Majorisierungsversuche von DGB und ASF, sowie in ihrem Schlepptau die DKP-nahen Gruppen.

Die SPD nutzte den 8. März offen und aufwendig als zentrale Wahlkampf-Gelegenheit. Unter der platten Parole ,,Die Zukunft ist weiblich'' (sprich sozialdemokratisch) veranstaltete sie in Wiesbaden eine bundesweite Jubel-Trubel-Einheitsveranstaltung mit mehreren Tausend Menschen. Eine ganze Garde sozialdemokratischer Spitzenpolitikerinnen war angerückt. Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Johannes Rau gab dem Spektakel die offizielle Note. Mit Inhalten ging man(n) vorsichtig um. Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Spitzenkandidatin der Wiesbadener SPD, ließ ein wenig die Muskeln spielen: Mehr Frauen in die Gremien und ins Parlament, forderte sie (immer noch — unsere Sozialdemokratinnen geben eben nicht auf.) Gab sich die ASF in einigen Städten, in denen die SPD nicht die Regierung stellt, noch Mühe, um mit anderen Frauengruppen gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen, zeigten die SPD-Frauen in Wiesbaden den autonomen und Grünen Frauen die kalte Schulter. Die Zukunft ist weiblich?

Der Beitrag der Grünen zum 8. März: äußerst ,,realpolitisch'' und ,,koalitionsfähig'' über alle Parteigrenzen hinweg. Die Grünen forderten den Bundestag auf, eine Kommission aus weiblichen Abgeordneten einzusetzen, die über mögliche Änderungen des Wahlrechts und des Parteiengesetzes zugunsten von Frauen diskutieren soll. Bundesfamilienministerin Süßmuth soll nach den Worten von Waltraud Schoppe ,,solidarisch unterstützt werden, wenn sie mit ihren frauenpolitischen Forderungen kommt''.

Die autonomen und linken Frauengruppen hatten es gegenüber den Vorjahren sehr viel schwerer, sich mit ihren Inhalten gegenüber DGB und ASF durchzusetzen. In den letzten Jahren waren es vor allem die linken und autonomen Frauengruppen gewesen, die dem 8. März in der bundesrepublikanischen Landschaft wieder einen Platz verschafft hatten. Ende der 70er Jahre gab es riesige Frauenfeste und Veranstaltungen und 1980 die ersten großen Demonstrationen. Heute steht die ,,Frauenszene'' dem internationalen Frauentag weitgehend distanziert und gelangweilt gegenüber und überläßt damit das Feld der SPD und dem DKP-Spektrum.

Schlimmen Ausdruck fand diese Haltung in der ,,taz''. Sie, die in letzter Zeit immer häufiger konservative Frauenpolitik als neue Errungenschaften feiert (s. Berichterstattung zu Rita Süßmuth), kommentierte zum 8. März: ,,Lästige Pflicht''. Der Frauentag sei eine ,,zwiespältige und spaltende Einrichtung'', die ihren Höhepunkt längst überschritten habe und von der frau sich lieber ,,in Würde verabschieden'' sollte. Noch schlimmer eine Elisabeth Meyer-Renschhausen in der taz: Für sie ist ,,sicher'', Clara Zetkin habe den Frauentag nur deshalb eingeführt, ,,*um ihren Damen auch ein paar Extrawürste analog zu der parteilich relativ selbständigen Frauenbewegung zu bieten, um sie damit im sozialistischen Lager zu halten*''. Zwei Seiten widmete die ,,taz'' diesen Nörgeleien, die jeden realistischen Blick für die gesellschaftlichen Verhältnisse um die Jahrhundertwende — kein Wahlrecht für Frauen, kein Versammlungsrecht, kein Reht auf einen Arbeitsplatz — vermissen lassen, und die die großen Leistungen der sozialistischen Frauenbewegung zu damaliger Zeit total herabwürdigen. Diese Art von ,,Geschichtsbewältigung'' ist nur dienlich, um zu legitimieren, daß frau selbst vielleicht den Hintern nicht mehr so recht aus dem Sessel kriegt. Letztlich arbeiten solche Artikel den traditionellen Parteien und Verbänden hervorragend in die Hände, die sich z.Z. feministischer Themenbereiche bedienen, um sie ihrer eigentlichen Inhalte zu berauben und zu vermarkten. Im folgenden berichten wir über die 8. März-Aktivitäten in einzelnen Städten, in denen genannte Schwierigkeiten auftauchten, aber auch kleine Erfolge zu verzeichnen sind.

Zur Geschichte des 8. März

Der Internationale Frauentag geht zurück auf einen Beschluß der Zweiten Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910. Um den Kampf für die Einführung des Frauenwahlrechts zu beschleunigen, forderten Clara Zetkin und Käthe Duncker die sozialistischen Frauen aller Länder auf, ,,*im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organistionen des Proletariats in ihrem Lande*'', ,,*jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient*'', zu veranstalten. ,,*Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.*''

Der erste Frauentag in Deutschland war ein großer Erfolg: Allein in Berlin gab es 45 Versammlungen mit insgesamt 45.000 Teilnehmerinnen! In den darauffolgenden Jahren mußten die Linken den Frauentag jedoch immer wieder gegen die Rechten in der Partei verteidigen, denn es gab Widerstand gegen eine allzu selbständige Frauenpolitik. Mit Ausbruch des 1. Weltkrieges und der Spaltung der Sozialdemokratie gab es in Deutschland vorerst keinen Internationalen Frauentag mehr. Erst nach der Gründung der KPD 1918/19 wurde der Frauentag zu einer ständigen Einrichtung der Kommunistinnen, die an diesem Tag den Kampf um nationale Frauenforderungen mit dem Gedanken der internationalen Solidarität mit den Kämpfen der Frauen in allen Ländern verbanden.

Hamburg

In den Stadtteilen gab es mehrere kleinere Aktivitäten, wie z.B. ein ,,traditionelles'' Frauenfrühstück in der Werkstatt 3.

Nur mit Mühe schafften es linke und autonome Frauengruppen in Hamburg, den 8. März als kämpferischen Aktionstag auf der Straße zu erhalten. In der Innenstadt fand eine Aktion mit Infotischen und einer Kundgebung statt. Anschließend demonstrierten rund 800 Frauen durch die Einkaufsstraßen. Die Demonstration richtete sich gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung und des Hamburger Senats. An der Aktion beteiligten sich autonome Frauengruppen, wie die § 218-Gruppe, die Frauenhäuser, die Organisatorinnen der Hamburger Frauenwoche, die EFA (Erwerbslose Frauen Altona), Frauen aus linken Organisationen, u.a. dem KB, sowie die Frauenorganisationen aus dem DKP-Spektrum, wie z.B. die DFI. Von den Gewerkschaften konnte sich lediglich die IG Druck und Papier zu einer Beteiligung durchringen.

Die Initiative, am 8. März eine Aktion mit Demonstration zu mache, war von der § 218-Gruppe und der DFI ausgegangen, weil der DGB in diesem Jahr zu keiner Demonstration aufgerufen hatte. Entgegen früheren Erfahrungen waren die Frauen aus dem DKP-Spektrum zu weitgehenden Zugeständnissen in den Bündnisverhandlungen bereit, z.B. was den Aufruftext betraf. Die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 war überhaupt kein Problem mehr, wogegen die Forderungen gegen Krieg und Militarismus sehr seicht ausfielen. Zu einer deutlichen Kritik am DGB konnten sich die DKP- und DFI-Frauen leider auch nicht durchringen.

Den Beschluß, in diesem Jahr keine Demonstration zu organisieren, faßte der DGB-Kreisfrauenausschuß schon im Herbst letzten Jahres mit knapper Mehrheit gegen die Frauen aus der ÖTV, HBV, IGM und IG-Gartenbau. Diese Entscheidung wurde begründet mit der mangelnden Beteiligung von Gewerkschaftsfrauen am Frauentag in der ,,DGB-Aktionswoche gegen Sozialabbau'' im Oktober '85 und einer angeblich zu erwartenden geringen Beteiligung am 8. März. Außerdem ließen die Aktivitäten zum § 116 keinen Spielraum mehr für weitere Aktionen. Stattdessen sollten sich die frauenbewegten Gewerkschafterinnen am 8. März zum Solidaritätskränzchen im Saale treffen.

Daß der DGB den 8. März in diesem Jahr ganz von der Bildfläche verschwinden lassen wollte, ist nur ein logischer Schritt in dem Versuch sozialdemokratischer Führer, sich an die Spitze jeglicher eigenständigen Bewegung zu stellen, um sie danach kaputt zu machen:

Ende der 70er Jahre versuchten autonome und KB-Frauengruppen, den 8. März wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu holen. Sie organisierten damals riesige Frauenfeste mit bis zu 3.000 Teilnehmerinnen. 1980 gab es in Hamburg dann erstmals eine machtvolle, bunte Demonstration, zu der autonome Frauengruppen, der KB, die DKP und ihr nahestehende Organisationen in einem Bündnis aufriefen. Ein Jahr später veranstaltete der DGB eine eigene Demonstration. Zu einer gemeinsamen Planung zwischen dem DGB und den autonomen und linken Frauengruppen kam es nicht. Der DGB-Bundesvorstand hatte jede Zusammenarbeit mit nichtgewerkschaftlichen Gruppen verboten. Auf der Demonstration versuchte man, die autonomen und linken Frauengruppen abzudrängen. Die Frauen wurden von Polizeiketten und Hundestaffeln ,,begleitet''. Im Laufe der nächsten Jahre verkamen die 8. März-Demonstrationen immer mehr zu langweiligen, phantasielosen Spaziergängen — die autonomen Frauen blieben den Demonstrationen zunehmend fern.

Protest hat die diesjährige Entscheidung des DGB allerdings bei einigen Gewerkschafterinnen noch ausgelöst. Die Frauen der ÖTV lassen derzeit eine Unterschriftensammlung 'rungehen, in der sie den DGB-Hamburg und die Frauenausschüsse auffordern, im nächsten Jahr eine Demonstration und eine ,,öffentlichkeitswirksame Großveranstaltung'' zum 8. März durchzuführen.

Leider steht heute die autonome Frauenszene in Hamburg dem 8. März weitgehend desinteressiert gegenüber, was es dem DGB um so leichter macht, den 8. März in der Versenkung verschwinden zu lassen. Gefördert wird diese Haltung noch durch die taz-Redaktion in Hamburg, die mit ihren blöden Artikeln eher demobilisierte: ,,Ab 12 Uhr soll gar demonstriert werden. Wohin? Das weiß frau offenbar noch nicht.'' Und nach der Aktion weiß die ,,taz'' lediglich von 200 Demonstrantinnen ,,nach Polizeiangaben'' zu berichten.

Die SPD sahnt in der Zwischenzeit ab. Sicher mit Blick auf die Bürgerschaftswahlen im Herbst lud Bürgermeister Dohnanyi am 8. März zu einem Empfang ins Rathaus, und die ASF lockte zu einer Großveranstaltung in die Hamburger Markthalle.

Lüneburg

In Lüneburg erreichte der 8. März in diesem Jahr seinen Tiefpunkt. Die GEW-Frauen, die ASF; die DFI und ,,Frauen helfen Frauen'' machten ein Fest, auf dem auch Männer zugelassen waren und das dann stark vom DGB und DKP-Spektrum dominiert war. Interessante inhaltliche Aussagen wurden von den Veranstalterinnen nicht gemacht — das ganze geriet eher platt, nach dem Motto: Friede, Freude, Frauen. Auf dem Flugblatt und Plakat war als Veranstalter nur der DGB genannt, obwohl auch andere Frauen an dem Bündnis beteiligt waren.

Besonders erschreckend ist, daß sich die autonomen Frauenszene diese Majorisierungsversuche von Seiten des DGB und des DKP-Spektrums weitgehend gefallen ließ. In den letzten Jahren waren die 8. März-Veranstaltungen nämlich vor allem von den autonomen und KB-Frauen organisiert worden.

Bremerhaven

Bunt, schön und laut demonstrierten 300 Frauen in Bremerhaven u.a. gegen Arbeitslosigkeit, gegen den Abbau von Sozialleistungen, gegen den § 218 und die Streichung der Zuschüsse für die PRO FAMILIA, gegen die Diskriminierung ausländischer Frauen und Lesben, gegen jede Form von Gewalt an Frauen, gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

Während der Demonstration fand spontan eine Zwischenkundgebung vor einem in Bremerhaven bekannten Frisörladen statt, der mit frauenfeindlicher Werbung auf sich aufmerksam machte.

Zu der Demo hatte eine breites Bündnis von Frauengruppen aufgerufen, u.a. die § 218-Gruppe, das Frauenforum, die offene Frauengruppe, die Lesben, die Frauenarbeitsloseninitiative, türkische Frauen, die DGB-Frauen, die Grünen, die ASF sowie die DFI und DKP.

Einigen Ärger mit den DGB-Frauen gab es allerdings auch hier. In der Presseerklärung vom DGB zum 8. März wurden die autonomen Frauengruppen überhaupt nicht als Mitveranstalterinnen erwähnt. Eine Auseinandersetzung gab es außerdem um die Gestaltung des Frauenfestes, weil die DGB-Frauen darauf bestanden, daß an dem Fest auch Männer teilnehmen dürften. Zum endgültigen Eklat und dem Ausstieg der offenen Frauengruppe kam es, als sich herausstellte, daß das Fest in einem Veranstaltungsraum stattfinden sollte, dessen Besitzer seine Frau schlägt. Für die DGB-Frauen sowie ASF und Revis war dies nicht Grund genug, das Fest woanders stattfinden zu lassen. Die offene Frauengruppe organisierte daraufhin ein eigenes kleines Fest, aber leider nahmen an der DGB-Veranstaltung dennoch 400 Frauen teil.

Bremen

Hier fand eine Demonstration mit mehreren hundert Frauen statt. Neben Forderungen nach mehr Arbeitsplätzen und Ausbildungschancen für Frauen und Mädchen, gegen die Kürzung von Geldern im sozialen Bereich und für finanzielle Absicherung von Frauenprojekten setzte sich auch hier die Forderung nach Streichung des § 218 durch. Die Forderungen für ,,Frieden'' und ,,Abrüstung'' fielen aber auch hier etwas zaghaft aus.

Die Demonstration wurde vom DGB-Kreisfrauenausschuß, der ,,Zentralstelle für die Verwirklichung und Gleichberechtigung der Frau'' (SPD-besetzt) und der Bremer Frauenrunde vorbereitet. In der Bremer Frauenrunde sind neben den der DKP nahestehenden Gruppen zwar auch autonome Frauengruppen vertreten, wie z.B. die § 218-Gruppe, das autonome Frauenhaus, das Frauen-Therapie-Zentrum und die Initiative arbeitsloser Frauen.

Die autonomen Frauen hielten sich bei der Vorbereitung der Aktion weitgehend zurück. So sprachen auf der Abschlußkundgebung nur eine Frau vom DGB-Kreisfrauenausschuß, der Zentralstelle und der GEW.

Hannover

Die Frauenausschüsse des DGB organisierten zum 8. März eine Veranstaltung, zu der rund 250 Frauen kamen. Themen der Veranstaltung waren: Arbeitslosigkeit von Frauen, Teilzeitarbeit, Abbau von Sozialleistungen, Frieden und Abrüstung. Im Gegensatz zu den letzten Jahren war auf der Veranstaltung eine offene Diskussion um unterschiedliche Positionen möglich, und die Veranstaltung hatte nicht mehr so sehr den DGB-Familiencharakter. Dies lag vor allem daran, daß die Frauen im DGB-Hannover aktiver geworden sind und die Organisierung der Veranstaltung selbst in die Hand genommen hatten.

Eine Demonstration wagten die Frauen angesichts der derzeitig relativ inaktiven Frauenszene in Hannover allerdings nicht. Frauen gegen Militär, DFI, ASF und die Frauenpartei organisierten stattdessen in der Innenstadt Büchertische.

Auf Initiative einer Frau aus dem ,,Pavillion'' fand dort am Abend noch ein großes Frauenfest mit 700 bis 800 Besucherinnen statt, daß aber lediglich Festcharakter hatte.

Göttingen

In Göttingen fand ein Frauenfest mit 200 Frauen statt, das von DGB und ASF organisiert wurde und fest in sozialdemokratischer Hand war. Außerdem stellte die ASF am 7. März im Stadtrat einen Antrag zur Errichtung einer Gleichstellungsstelle, der aber kaum Chancen hat, angenommen zu werden und der SPD ohnehin als reines Wahlkampfmittel dienen soll. Die CDU antwortete nicht ungeschickt:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Antrag aus ihren eigenen Reihen, eine Planstelle für eine Frauenbeauftragte einzurichten, wurde als ,,Geschenk'' zum 8. März angenommen.

Köln

In Köln fand eine Demonstration statt, die mit rund 1.000 Frauen sehr gut besucht war. Laut und mit viel Musik zogen die Frauen durch die Straßen. Während hier noch viele Frauen aus autonomen Frauengruppen mitgingen, war bei der anschließenden Veranstaltung das Gewerkschaftsspektrum fast unter sich. Eine Podiumsdiskussion unter dem Motto: ,,Machen wir der Wende ein Ende'', die sich u.a. mit der Gründung eines neu zu schaffenden Kölner Frauenforums beschäftigte, geriet bemerkenswert platt. Tenor: Frauen gemeinsam gegen die Regierung. Lediglich von den Vertreterinnen der beiden autonomen Gruppen ,,Frauen gegen Erwerbslosigkeit'' und der § 218-Gruppe wurde die SPD-Politik heute und vor der ,,Wende'' kritisch betrachtet. Doch nicht einmal an diesem Punkt kam eine Diskussion zustande. Dafür war der Saal beim folgenden Kulturprogramm umso voller.

Neu in diesem Jahr war, daß der DGB im Bündnis mit anderen, auch autonomen Frauengruppen, eine Veranstaltung zum 8. März beschlossen hatte. In den letzten Jahren fanden in Köln nämlich immer mindestens zwei Veranstaltungen zum 8.3. statt: die der autonomen Frauen und die der Gewerkschaftsfrauen. 1985 gab es sogar drei Veranstaltungen. Die IGM-Frauen hatten aus Protest, daß auf der offiziellen DBG-Veranstaltung auch autonome Gruppen durch Stände vertreten sein sollten, ihre eigene Veranstaltung durchgeführt. Außerdem war die Demonstration im vergangenen Jahr, selbst für Kölner Lokaldemos, sehr klein gewesen. In trauter Eintracht saßen in diesem Jahr 20-30 Vertreterinnen u.a. aus folgenden Gruppen zusammen: ASF, DFI, § 218-Gruppe, Frauen helfen Frauen, FIDEF, KOMKAR. Eine harte Diskussion gab es um die Raumfrage: einige wollten gleich das Schauspielhaus anmieten. Dann die obligate Männerfrage: Bei Gewerkschaften ist es klar — Mann muß dabei sein — aber Männer einladen mittels Aufruf — ja oder nein? Weibliche Diplomatie siegte: ,,mit vielen gemeinsam'' einen Tag begehen, ist so herrlich geschlechtsneutral! Dennoch, die DGB-Frauen verhielten sich soweit korrekt und versuchen nicht, über finanziellen Druck o.ä. ihre sowieso vorhandene Führungsposition auszunutzen.

Münster

Münster

Hier fand ein Frauenmarkt und eine Demonstration mit 200 Frauen statt. Hauptthema der Aktion war der § 218. Unter dem Motto ,,§ 218: 10 Jahre und kein bißchen weiter — eine Reform, die an Münster vorbeiging'' wiesen die Frauen auf den Zusammenhang zwischen der unzureichenden ,,Reform'' des § 218 und den unmöglichen Abtreibungsbedingungen in Münster hin. Die Aktion bettete sich ein in eine Kampagne für die Möglichkeit zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Notlagenindikation in der Uni-Frauenklinik, deren Direktor solche Abbrüche bislang verweigert. In ihrem Flugblatt fordern die Frauen neben der ersatzlosen Streichung des § 218 darum die Schaffung ambulanter und stationärer Abbruchmöglichkeiten, auch nach der Notlagenindikation.

Sehr schön: neben den vielen autonomen Frauengruppen wie z.B. der § 218-Beratungsgruppe im FZ, der § 218-Initiative, der Feministischen Aktion Münster, der Frauenberatungsstelle und dem Frauenbildungs- und Ferienhaus riefen in dem gemeinsamen Flugblatt auch die der DKP nahestehenden Organisationen sowie der DGB-Kreisfrauenausschuß zu der Aktion auf. Nur die ASF mochte das Flugblatt nicht unterschreiben.

Duisburg/Oberhausen

In Duisburg fand eine Kulturveranstaltung statt, die ausschließlich von DGB-Frauen und der DFI organisiert worden war.

In Oberhausen gab es zwei Veranstaltungen. Die offizielle DGB-Veranstaltung, fest in der Hand von SPD und DKP, fand breite Zustimmung in der Presse. Die § 218-Gruppe mußte kurzfristig eine eigene Veranstaltung organisieren, die leider sehr schlecht besucht wurde.

Ursprünglich sollte es am 8. März eine gemeinsame Veranstaltung geben, aber im DKP- und SPD-dominierten Vorbereitungskreis konnte sich die § 218-Gruppe mit ihren Vorschlägen nicht mal ansatzweise durchsetzen. Ihr Vorschlag, sich auf ein Schwerpunktthema, z.B. ,,Neue Armut von Frauen'' zu konzentrieren, wurde undiskutiert vom Tisch gewischt. Dagegen lag Petra Eberhard-Becker von der Gleichstellungsstelle sehr viel daran, endlich von dem Vorurteil wegzukommen, daß das Frauenforum nur von linken Frauen besetzt sei: sie lud den Deutschen Hausfrauenbund und die CDU zu den Gesprächen um den 8. März ein. Der Hausfrauenbund war schon einmal zuviel auf einer Frauenveranstaltung anwesend: Auf einer Solidaritätsveranstaltung für das Frauenhaus (SPD-Vorstand) Anfang des Jahres verteilte der Deutsche Hausfrauenbund auf einem Büchertisch Material der ,,Lebensschützer'' und legte Unterschriftenlisten gegen Schwangerschaftsabbrüche aus! Erst nachdem die § 218-Gruppe dagegen protestierte, sah sich Frau Eberhard-Becker gezwungen, die Unterschriftenliste zu entfernen. Den Rest mußte die § 218-Gruppe allerdings selbst abräumen.

Zum endgültigen Absprung der § 218-Gruppe kam es, als absehbar wurde, daß die 8. März-Veranstaltung zu einer reinen DGB/SPD-Jubelveranstaltung werden würde. Ihre Vorrechte in Hinblick auf den Veranstaltungsablauf begründeten die DGB-Frauen damit, daß sie ja auch das Geld für die Veranstaltung locker machten. Auf der Veranstaltung waren dann mehr Vertreter des ,,starken Geschlechts'', was

Veranstaltung locker machten. Auf der Veranstaltung waren dann mehr Vertreter des ,,starken Geschlechts'', was

sie Presse auch gleich zu loben wußte, und Frau Eberhard-Becker und die DGB-Kreisvorsitzende Jutta Ahrweiler versprachen, daß die Veranstaltung zum 8. März auf dem besten Weg ,,raus aus der linken Ecke'' sei.

Frankfurt

Im Gegensatz zu den letzten Jahren, wo der DGB lediglich zu einer Saalveranstaltung eingeladen hatte, gab es in diesem Jahr eine Demonstration von DGB und SPD. Es ist zu vermuten, daß er diesen Schritt wagte, weil die autonomen Frauengruppen keine Demo machten.

Tübingen

Zwei Wochen lang lief im Landestheater eine Frauen-Kultur-Woche, mit Ausstellungen, Videos, Filmen, Theater und Musik. Diese Frauen-Kultur-Woche war im Wesentlichen von DKP und DFI organisiert worden. Die autonomen Frauengruppen, wie die § 218-Gruppe, die Notruffrauen, das Frauenhaus und die Gewerkschaftsfrauen, beteiligten sich lediglich mit Büchern und Infotischen. Die einzige ,,politische'' Veranstaltung fand mit der aus der autonomen Frauenszene stammenden Frauenbeauftragten Gabriele Steckmeister statt, die, zwar mit vielen Illusionen, ihr Programm zur Diskussion stellte.

Nürnberg

In Nürnberg demonstrierten rund 300 Frauen. Außerdem fand eine Frauen-Aktionswoche mit viel Politik, Kultur und Filmveranstaltungen statt.

Den Gewerkschaftsfrauen war es mal wieder verboten worden, die Demonstration mit den autonomen und linken Frauengruppen gemeinsam zu organiseren. Der DGB rief darum offiziell zur Demo und Veranstaltung in einem eigenen Flugblatt auf. Immerhin einigte sich frau aber darauf, daß die Abschlußkundgebung von den autonomen Frauengruppen organisiert würde, auf der dann auch die Vorsitzende vom DGB-Kreisfrauenausschuß sprach. Auch ein gemeinsames Flugblatt, unterschrieben von den autonomen Frauengruppen, einzelnen Gewerkschaftsfrauen, den Grünen, der ASF und dem DKP-Spektrum war dann noch möglich. Auf gemeinsame Forderungen gegen Krieg und Militarismus konnten sich die Frauen aus dem unterschiedlichen Spektrum jedoch nicht einigen. Neben Forderungen nach dem Recht auf Arbeit, einer eigenständigen Alterssicherung, bezahltem Elternurlaub u.a. setzte sich immerhin die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 bei allen Beteiligungen durch.

Berlin

In Westberlin fanden mehrere kleinere Aktionen zum 8. März statt. Die Frauen der Klasse für Erwachsenenbildung organisierten eine Demonstration mit 300 Teilnehmerinnen gegen das Urteil während des Gynäkologenprozesses, durch das drei Frauen wegen lautem Sprechen zu drei Tagen Ordnungshaft mit sofortigem Vollzug verurteilt worden waren. Die DGB-Frauen organisierten einen für Gewerkschaftsverhältnisse ungewöhnlichen 8. März. Unter dem Thema ,,Sexismus am Arbeitsplatz'' fand eine Ausstellung statt, und nachmittags luden sie zu einer gutbesuchten Veranstaltung zum Thema

platz'' fand eine Ausstellung statt, und nachmittags luden sie zu einer gutbesuchten Veranstaltung zum Thema

Lesben ein. Das Frauen-Koordinationsbündnis (im wesentlichen SEW- und SPD-Spektrum) machte eine Kundgebung mit Musik und Infotischen vor der Gedächtniskirche. Die IAF und ausländische Frauengruppen feierten ein Fest im Statthaus Böcklerpark mit internationalem Programm, und die autonomen Frauen feierten auf Einladung des FFBIZ (Frauenforschungs- und Bildungszentrum) eine ,,lange Nacht'' unter dem Motto ,,Brot und Rosen''. Die Humanistische Union enthüllte am Abend ein ,,Frauendenkmal''.

Sy. (Hamburg)
nach Berichten von Genossinnen

Eine Chance ist dahin

Bündnis türkischer Einwanderer gespalten

Dem ,,Bündnis türkischer Vereine und Organisationen'' war nur eine recht kurze Lebensdauer beschieden.(s. AK 268, S. 24)

Anfang März fand die Gründungssitzung des ,,Bündnisses türkischer Einwanderer'' statt. Die Teilnehmer dieses Treffens waren 'handverlesen'. Neben diversen Sozialdemokraten um Hakki Keskin (,,Sprecher'') versammelten sich Mitglieder der türkischen Gemeinde (konsulatsabhängig), von ,,Hür-Türk'' (Vorsitzender: CDU-MdB Hans Sterncke), konservativer religiöser Kreise, diverse informierte Einzelpersonen, sowie als linke Aushängeschilder DIDF und FIDEF.

Entgegen der bisherigen Praxis wurde zu diesem Treffen unter der Hand mobilisiert. Gezielt angesprochen wurden neben den oben genannten Gruppen die verschiedenen Moscheen, von denen die wichtigste, die Merkez-Moschee, erst nach Auseinandersetzungen mit ihrer ,,Zentrale'' (Milli-Görüs) an den Sitzungen dieses Kreises teilnahm. Entgegen dem über die ,,taz'' vermittelten Eindruck traf sich eben nicht das bisherige breite Bündnis minus Kulturladen und Genc Arkadas (beide ,,Hamburg Devrimci Isci'' nahestehend), sondern ein kleiner Kreis von 20-30 Personen gegenüber sonst ca. 100 Personen.

Kurdenfrage ?

Die interessierte Öffentlichkeit Hamburgs bezog ihre (Des)Informationen im wesentlichen aus der ,,taz''. Es wurde zunächst der Eindruck vermittelt, daß es bereits vor der Demonstration zum Tode Ramazan Avcis Auseinandersetzungen **innerhalb des Bündnisses** um die Teilnahme kurdischer Organisationen gegeben habe, und daß diese Auseinandersetzungen letztlich der Knackpunkt der jetzt vollzogenen Spaltung gewesen seien. 'Übersehen' wird dabei, daß es zu keinem Zeitpunkt überhaupt auch nur eine kurdische Organisation gegeben hat, die im Bündnis mitarbeiten wollte. Die Auseinandersetzung wurde um den Namen des Bündnisses geführt. Hakki Keskin forderte, daß das Bündnis unbedingt ein ,,türkisches'' zu sein habe, was all diejenigen, die zwar aus der Türkei stammen, die aber aus verschiedenen Gründen sich selbst nicht als ,,Türken'' sehen, aus diesem Bündnis ausgeschlossen hätte. Hakki Keskin in einem Leserbrief an die ,,taz'': ,,*Wir standen und stehen also vor der Wahl, uns definitiv entweder ausschließlich auf die gemeinsamen Interessen und*

standen und stehen also vor der Wahl, uns definitiv entweder ausschließlich auf die gemeinsamen Interessen und

Rechte der ethnischen Minderheit aus der Türkei in Hamburg zu beschränken, oder uns weiterhin mit unserer bisherigen Zersplitterung und daher Wirkungslosigkeit zufriedenzugeben. (...) Daher ist es höchste Zeit, im Interesse der Wahrnehmung unserer Minderheitenrechte und einem wirkungsvollen Vorgehen gegen zunehmende Ausländerfeindlichkeit und rassistische Angriffe die Differenzen über Türkei-orientierte Fragen auszuklammern.'' (taz, 21.3.) Dagegen läßt sich nur schwer etwas sagen, umreißt Hakki Keskin doch hier nur die Themenstellung des Bündnisses; auf die Auseinandersetzung im Bündnis geht er hiermit jedoch nicht ein. Warum soll ein Bündnis mit diesem Thema unbedingt ,,türkisches'' Bündnis heißen? Warum wird die Frage der unterdrückten Minderheit mit der Frage nach der nationalen Identität verknüpft und den anderen Organisationen empfohlen ,,Türkei-orientierte Fragen auszuklammern''? Im übrigen ist es auch bei den beiden ausgeschlossenen Vereinen völlig unstrittig, daß sich das Bündnis nur mit Fragen der Arbeitsemigranten beschäftigt. (vgl auch das Interview in AK 267)

Der zweite Punkt, über den es im Bündnis Auseinandersetzungen gab, war der der Solidarität mit den beiden unter dem Verdacht der Körperverletzung an zwei Skins inhaftierten türkischen Jugendlichen und die Unterstützung ihres offenen Briefes an Dohnanyi (s. AK268). Hakki Keskin behauptet in seinem Leserbrief, daß seine Distanzierung von der ,,Gewalttat'' der türkischen Jugendlichen durch eindeutige Aussagen des Bündnisses ,,gegen jede Art von Gewalt'' gedeckt gewesen sei. Eine **Distanzierung** von den Jugendlichen warim Bündnis hingegen dermaßen umstritten, daß darüber die letzte gemeinsame Sitzung zum Platzen gebracht wurde.

Im übrigen widersprechen wir dem entstandenen Eindruck, es habe sich um eine Art ,,Selbstjustiz'' gehandelt. Die beiden betroffenen Skins waren stadtbekannte Schläger, die nach dem Mord an Ramazan Avci mehrfach an rassitischen Terrorakten gegen Ausländer beteiligt waren, z.B. bei den Jagdszenen in der S-Bahn im Januar, bei der eine türkische Familie brutal zusammengeschlagen wurde. Sie waren nicht nur ,,einfache Glatzköpfe'', die eher zufällig den ,,vor Wut schäumenden Jugendlichen'' über den Weg liefen. Von Beginn seiner Existenz wurde das Bündnis begleitet von allerlei Kritik und Beschwörung von Gefahren, die durch dieses Bündnis entstünden. Nur einige linke Gruppen konnten sich dazu durchringen, in diesem Ansatz eine wirklich neue Chance für eine andere Ausländerpolitik zu sehen. Es wurde oft die Frage aufgeworfen, ob man mit 'Sozialdemokraten', mit Vertretern ,,reaktionärer islamischer Kreise'' etc. zusammenarbeiten könne. Die Kritiker sind uns allerdings eine Auseinandersetzung schuldig geblieben, wie sich die Immigranten denn sonst in die Lage versetzen können, sich gegen die diskriminierenden Gesetze, Ausweisungsdrohungen, verschärfte Arbeitslosigkeit und alltägliche Ausländerfeindlichkeit zur Wehr zu setzen, wenn nicht durch ein Bündnis, das unter Hintanstellung aller anderen Differenzen gegen diese Lebensumstände den Widerstand organisiert. Hakki Keskin behauptet in seinem Leserbrief, die linken Gruppen würden überschätzt, sie hätten zur türkischen Bevölkerung keinen Kontakt. Tatsache ist, daß weder er und seine Fraktion noch andere Gruppen, vielleicht mit Ausnahme der Moscheen, über größeren **politischen** Einfluß unter der türkischen Bevölkerung verfügen. Dies hat verschiedene Gründe, die hier darzustellen nicht möglich ist. Einer dieser Gründe ist aber, daß die Linke es bisher nicht geschafft hat, für die Probleme der Immigranten einen passenden Ansatz zu finden. Was gibt es denn inhaltlich gegen die Konzentration eines solchen Bündnisses auf die hiesigen Lebensumstände der Immigration zu sagen? Hinter den ganzen Gefechten steht im wesentlichen nur eine Frage: Sehen wir diesen Staat, diese Gesellschaft als ganzes als Träger von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, oder sind es nur bestimmte Kreise, derer man sich mit staatsloyalen Mitteln erwehren kann? Nur so wird verständlich, warum sich z.B. Hakki Keskin weigert, die Jugendlichen zu unterstützen und ihre Verfolgung durch den Staat für nicht erwähnenswert hält. Oder warum es ihm von vornherein um die formale Etablierung dieses Bündnisses vergleichbar der Rol-

nenswert hält. Oder warum es ihm von vornherein um die formale Etablierung dieses Bündnisses vergleichbar der Rol-

le der griechischen Gemeinde geht. Der dahinter liegende unterschiedliche politische Ansatz ist auf dieser rein formalen Ebene stehen geblieben. Möglich, daß Hakki Keskin auch persönliche Motive hat (,,Sprecher''), aber wesentlicher ist doch seine politische Absicht. In der Konsequenz läuft diese darauf hinaus, daß es für ihn und ein paar andere Posten in der von der SPD neu zu schaffenden Ausländerbürokratie geben wird (Ausländerbeauftragter), für die ausländische Bevölkerung aber keine Veränderung ihrer Lage erfolgt. An diesem Punkt die Konfrontation zu vermeiden und von außerhalb zu konstatieren, daß es ja sowieso nicht anders hätte kommen können, bedeutet zu kapitulieren. Das Scheitern dieses Bündnisses ist für niemanden ein rund zur Freude, außer für Lummer und Co.

Eine andere Sache ist der Punkt des ,,Lobbyismus''. Man mag Hakki Keskin und anderen vorwerfen, daß ihre Vorstellungen letztlich nur ihrer eigenen Karriere dienlich seien, den Beweis für die vermeintliche Schädlichkeit einer Lobby der Immigranten aus der Türkei bleibt man damit schuldig. Die Rolle der griechischen Gemeinde z.B. ist für die hier lebenden Griechen eine durchweg positive — bezogen auf ihr Verhältnis zu diesem Staat und dieser Gesellschaft — auch wenn man zu ihren politischen Positionen in anderen Fragen auf kritische Distanz gehen muß. Vor dem Hintergrund, daß die Immigranten aus der Türkei buchstäblich ,,nichts'' an Organisation zur Verfügung haben, ist die Kritik am ,,Lobbyismus'' des Bündnisses reiner Zynimus. Mag sein, daß es diesmal tatsächlich nicht anders hätte laufen können; die Politik der Sozialdemokraten war zu deutlich auf Spaltung ausgerichtet; das darf jedoch keinesfalls als Vorwand genommen werden, damit den ganzen Ansatz einer Immigranteninteressenvertretung zu diskreditieren.

AG Ausländer

Stammheim und der Rest demokratischer Selbstachtung

Gespräch mit Rechtsanwalt Weidenhammer

Wenn der ARBEITERKAMPF nun zum dritten Mal hintereinander das gleiche Thema behandelt, lassen sich selbstredend Überschneidungen nicht vollständig vermeiden. Trotzdem gibt es Neues zu berichten, ist ein Ansatz vorzustellen, der in der bürgerlichen und linksbürgerlichen Öffentlichkeit kaum einen Markt findet, weil er auf Effekthascherei verzichtet, obwohl der postmoderne Zeitgeist so dringend danach verlangt. Wir sprachen mit Rechtsanwalt Weidenhammer in Bad Vilbel bei Frankfurt, der zu den ganz wenigen gehört, die den Versuch bis heute nicht aufgegeben haben, die konkrete Wahrheit über die Todesnacht am 17./18.10.1977 in Stammheim herauszufinden. Der letzte Verteidiger (1975-77) von Jan Carl Raspe vertrat in dem Todesermittlungsverfahren, welches bekanntlich schon 1978 eingestellt wurde, zunächst die Mutter seines verstorbenen Mandanten, dann die Schwester Gudrun Ensslins und heute Frau Anneliese Baader. Das Ziel seines Mandats ist nicht mehr und nicht weniger, als „daß die Stuttgarter Staatsanwaltschaft aufgrund der eingetretenen Widersprüche, der unerklärlichen Sachverhalte, der skandalösen Ungereimtheiten das Todesermittlungsverfahren wieder aufnimmt und endlich von ihrer strafprozessualen Sachleitungsbefugnis Gebrauch macht."

Der Anwalt, der für das Gespräch ein Wochenende opfert, macht weder den Eindruck eines Hobby-Detektivs noch den eines Wichtigtuers noch den eines Agitators. Er spielt garantiert nicht Tennis, trifft sich garantiert nicht mit „Spiegel"-Redakteuren in Feinschmeckerlokalen und ist garantiert kein Stichwortgeber irgendeiner politischen Richtung. Da er inzwischen auch keine Unterweltbonzen vertritt, scheint er unter den ehemaligen RAF-Anwälten eine ziemliche Ausnahmeerscheinung zu sein. Weidenhammer sammelt Fakten, sortiert, vergleicht, speichert.

er unter den ehemaligen RAF-Anwälten eine ziemliche Ausnahmeerscheinung zu sein. Weidenhammer sammelt

Fakten, sortiert, vergleicht, speichert. Er schreibt Briefe, bekommt keine Antwort, mahnt die geforderte Stellungnahme an, hat nach acht Jahren nicht vergessen, wer ihm noch Auskunft zu welchem Detail schuldet.

Jedes seiner Worte wird abgewogen, häufig unterbricht er sich, um einzelne Dinge nachzuschlagen, zu ergänzen, zu vervollständigen. Ein mühseliges Geschäft, bei dem ihm statt einer goldenen Bärenmarke stets das drohende Berufsverbot winkt. Aber was er zusammengetragen hat, verdichtet sich stellenweise zum erdrückenden Vorwurf staatlicher Vertuschung, auch wenn er selbst mit Wertungen des Gesamtgeschehens zurückhaltend ist. Weidenhammer ist der Meinung, daß die offizielle Version eines Selbstmords von Baader, Ensslin, Raspe sowie eines Selbstmordversuchs von Irmgard Möller, niedergelegt in der Verfügung der Staatsanwaltschaft Stuttgart zur Einstellung des Todesermittlungsverfahrens vom 18.4.78, damals glaubhafter gewesen sei als heute. Heute sei klar, daß keines der für die Selbstmord-Behauptung vorgebrachten „wesentlichen Beweismittel" einer kritischen Überprüfung standhalten könne. Hingegen deuteten sämtliche vorliegenden Indizien auf eine Tatbeteiligung Dritter hin. Für diese Einschätzung führt er die folgende, beeindruckende Liste von Argumenten an.

1. Der Schuß, der Baader tötete

Baader soll sich auf akrobatische Weise durch einen Genickschuß selbst getötet haben. Nach polizeilicher Darstellung habe er mit der rechten Hand gefeuert, wobei er die Waffe mit dem Griff nach unten gehalten haben soll. Die Gerichtsmediziner halten einen selbst angebrachten Nackenschuß jedoch nur für denkbar, wenn man die Waffe dabei umgekehrt hält, der Abzug also nach oben zeigt. Außerdem war Baader Linkshänder. Sogenannter Pulverschmauch wurde aber an seiner rechten Hand festgestellt, ebenso Blutspritzer. Es wurde nicht überprüft, ob die angebliche Tatwaffe, eine Pistole vom Typ „FEG", überhaupt Pulverschmauch in der Hand des Schützen hinterläßt. Es wurde nicht einmal die ganz gewöhnliche Routine-Überprüfung vorgenommen, durch ein ausführliches ballistisches Gutachten und Vergleichsschießen festzustellen, ob jene FEG tatsächlich die Tatwaffe war. Es fehlen somit auch die kriminaltechnischen Untersuchungsergebnisse, die die Voraussetzungen dafür sind, um sich ein Bild von dem Weg zu machen, den das tödliche Projektil genommen hat. Genauer gesagt: Sie fehlen in den Akten der Staatsanwaltschaft wie auch in den Unterlagen des damaligen Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtags. Allerdings gibt es ein BKA-Gutachten, wonach der Nackenschuß aus einer Entfernung von 30 bis 35 cm (Abstand zwischen der Mündung des Pistolenlaufs zur Einschußstelle) abgefeuert worden sei. Das kann jedenfalls nicht von Baader selbst bewerkstelligt worden sein.

2. Die Spur Nr. 6

Erst nach Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlungen ergab sich, daß der tatsächliche Verlauf des Schusses, der Baader tötete, nicht nur vollkommen unklar ist, sondern auch aufgrund behördlichen Verschuldens im Unklaren belassen wird. Während nämlich die offizielle Version davon ausgeht, die Kugel habe nach dem Austritt aus Baaders Schädel kaum mehr Geschwindigkeit besessen und sei einfach auf den Boden gefallen, hatten die Gerichtsmediziner Mallach und Andrè vor dem Landtagsausschuß erklärt, das Projektil des tödlichen Schusses habe an der dem Leichnam gegenüberliegenden Zellenwand „im Wandputz eine kleine Aufschlagstelle mit einem Abpraller" verursacht. An dieser Aufschlagstelle in der Wand seien auch Blut- und Gewebereste zu sehen gewesen. Eine Probe aus dem Wandputz („Spur Nr. 6" genannt), die auf Gewebereste hin untersucht werden sollte, ging angeblich während des Transports zur Analyse „verloren". Auf eine Anfrage der baden-württembergischen Grünen erklärte die Landesregierung

zur Analyse „verloren". Auf eine Anfrage der baden-württembergischen Grünen erklärte die Landesregierung

den außerordentlichen Vorgang zu einer „bedauerlichen Panne"; gleichwohl sei jene Spur „für das Ermittlungsergebnis nicht relevant" — eine Wertung, die erstens der Kripo selbst widerspricht, die das Beweisstück als „tatspezifisch" einstufte und die zweitens höchstens gefällt werden könnte, wenn die Untersuchung stattgefunden und nichts ergeben hätte. Eine abenteuerliche These steuerte der baden-württembergische Justizminister Dr. Eyrich bei:



Einschußstelle in Baaders Zelle, an der Blut und Gewebereste beobachtet wurden

> „Unter den gegebenen Umständen kann jedenfalls auch nicht ausgeschlossen werden, daß das als Spur Nr. 6 gesicherte ‚Gewebeteil oder Blut' durch Wegspritzen bei der tödlichen Schußverletzung an der Wand angetragen worden ist." (Schreiben vom 19.10.83 an den Präsidenten des Landtags)

Aber auch diese These bestätigt erneut, daß sich in der Tat Gewebereste an dem „verlorenen" Beweismittel befanden. Ferner existiert ein Lichtbild Nr. 61 aus Baaders Zelle, das jenen Teil der Wand zeigt, wo die Gerichtsmediziner ihre Beobachtung gemacht haben. Weidenhammer fordert, dieses Lichtbild, auf dem nach Darstellung der Behörden nichts Beweiserhebliches zu erkennen sein soll, einem durch das Landesparlament zu beauftragenden, neutralen Sachverständigen zur Begutachtung vorzulegen. Das Justizministerium gesteht jedoch lediglich ihm persönlich die Besichtigung in den Räumen der Staatsanwaltschaft zu. Der Anwalt nennt dies „eine Vereitelung der Nachprüfung von Beweismitteln" und erachtet es als beispielhaft für die negative Kooperationsbereitschaft der Stuttgarter Justiz.

3. Der Plattenspieler

Der Todesermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft enthält als eines der berühmtesten „Wunder" von Stammheim die Behauptung, Andreas Baader habe die Waffe, mit der er sich erschossen haben soll, innerhalb der Zelle in seinem Plattenspieler versteckt. Diese Version widerspricht früheren Darstellungen der Landesregierung. So äußerte seinerzeit Prof. Engler vom Justizministerium in einer schriftlichen Stellungnahme (vom 10.1.78) an den Untersuchungsausschuß des Landtags u.a.:

> „Nach dem inzwischen vorliegenden Bericht der Vollzugsanstalt wurde der Plattenspieler des Gefangenen Baader zusammen mit einem Rundfunkgerät und einem Fernsehgerät am 5.9.1977 (Entführung Schleyers; Anm. AK) durch Amtsinspektor Hauk aus der Zelle des Gefangenen in die Zelle 712 (Besucherzelle) verbracht. Dort wurden die genannten Geräte von Beamten des Landeskriminalamtes durchsucht und überprüft. Welche Untersuchungen im Einzelnen vorgenommen worden sind, ist der Leitung der Vollzugsanstalt nicht bekannt geworden. Bis zur Wiederaushändigung des Plattenspielers an den Gefangenen Baader verblieb das Gerät in der verschlossenen Zelle 712. Zu dieser Zelle hatten nur Bedienstete der Vollzugsanstalt, nicht aber der Gefangene Zutritt. Nach den Feststellungen der Anstaltsleitung sind in der fraglichen Zeit außer Amtsinspektor Hauk und Hauptsekretär Miesterfeldt keine weiteren Bediensteten mit den genannten Geräten in Berührung gekommen..." (Bei einer am 7.9.1977 erfolgten Rückgabe des Plattenspielers blieb dann die am 6.9.1977 ergangene Disziplinarverfügung des Vorsitzenden des Strafsenats, die den Angeklagten Baader, Ensslin und Raspe auf die Dauer von drei Wochen den Einzelhör- und Fernsehfunk untersagte und für diese Zeit u.a. auch die
>
> verfügung des Vorsitzenden des Strafsenats, die den Angeklagten Baader, Ensslin und Raspe auf die Dauer von drei Wochen den Einzelhör- und Fernsehfunk untersagte und für diese Zeit u.a. auch die
>
> Wegnahme der Plattenspieler anordnete, zunächst offenbar unberücksichtigt.) „Im Hinblick auf diese Verfügung entfernte Hauptsekretär Miesterfeldt am 11.9.1977 den Plattenspieler wieder aus der Zelle des Gefangenen Baader und verbrachte das Gerät erneut in die Zelle 712. Nachdem wegen der bestehenden Kontaktsperre die Disziplinarverfügung vom 6.9.1977 bzgl. der Wegnahme des Plattenspielers durch Verfügung des Vorsitzenden des Strafsenats vom 21.9.1977 ausgesetzt worden war, gab Amtsinspektor Bubeck den Plattenspieler am 22.9.1977 dem Gefangenen Baader in dessen Zelle zurück. Nach den Feststellungen der Anstaltsleitung sind in der Zeit vom 11. bis 21.9.1977 keine anderen Bediensteten als Amtsinspektor Bubeck und Hauptsekretär Miesterfeldt mit dem in der verschlossenen Zelle 712 lagernden Plattenspieler in Berührung gekommen."

Ein derart hin- und herwanderndes und kontrolliertes Gerät konnte unbemerkt weder eine Waffe noch ein Waffenversteck enthalten. Infolgedessen, so der Bad Vilbeler Anwalt, *„ist die Legende vom Plattenspieler-Versteck in sich zusammengebrochen"*. Weidenhammer betont die Tatsache, daß dieses Schreiben zwar als Anlage im Verzeichnis der Untersuchungsausschuß-Akten aufgeführt wird, selbst jedoch weder dort noch in den Akten des Todesermittlungsverfahrens tatsächlich vorliegt. Dazu erklärt der heutige Staatssekretär im Stuttgarter Justizministerium, Dr. Volz, solche Gegensätze träten nun mal in den meisten Verfahren auf. Für ihn ist nicht erfindlich, weshalb die Staatsanwaltschaft den Brief in ihre Ermittlungsakten aufnehmen solle. Es sei unerheblich, wann genau sich die Pistole tatsächlich im Plattenspieler des Gefangenen befand. Kurzum: Er geht der Beantwortung der Frage aus dem Weg.

4. Die Waffe, die bei Raspe gefunden wurde

..., hat nach Aussage der Beamten, die ihn am Morgen des 18.10.1977 als erste sahen, *in* seiner Hand gelegen, was nach jedem gerichtsmedizinischen Lehrbuch ein Anzeichen für Fremdtötung oder Mord ist. Nur wenn die Pistole deutlich *neben* Raspes Hand gelegen hätte, könnte daraus auf Selbstmord geschlossen werden, weil die beim Rückstoß freiwerdenden Kräfte die Waffe beiseite schleudern.

5. Die Verletzungen Gudrun Ensslins

5. Die Verletzungen Gudrun Ensslins

..., die *nicht* ursächlich auf eine Strangulierung zurückzuführen sind — Spuren möglicher Gewalteinwirkung, welche auf dem Rücken, am rechten Mundwinkel, an der Kopfhaut, an der Nase, an der linken Leiste zu sehen waren — wurden nicht untersucht. Der sog. „Histamintest", der erlaubt hätte, festzustellen, ob eine Strangmarke vital oder postmortal entstanden ist, wurde zwar vorbereitet, dann aber doch nicht durchgeführt, wie schon bei Ulrike Meinhof. Weder wurden Spuren an dem Stuhl, den sie angeblich benutzt haben soll, überprüft, noch gibt es eine Erklärung für die Aussage des Spurenauswertungsberichts:

> „Beim Versuch, die Leiche aus ihrer ursprünglichen Lage abzuhängen, rissen die Kabel an der Stelle, an der sie durch das Wellengitter des Zellenfensters geschlungen waren."

Sie hätten dann eigentlich schon während des Todeskampfes reißen müssen.

6. Toxikologische Untersuchungen

... wurden zwar vorgenommen und ergaben einen negativen Befund. Es wurde aber nicht gezielt auf bestimmte Gifte gerichtet analysiert — komplizierte organische Stoffe, die man im Rahmen allgemeiner Tests gar nicht nachweisen kann. Die vorgelegten Ergebnisse sind daher keineswegs geeignet, eine Betäubung oder Vergiftung auszuschließen.

7. Der Todeszeitpunkt

..., dessen genaue Ermittlung beim heutigen Stand medizinischen Wissens und medizinischer Technik keine besondere Kunst erfordert, wurde zeitweise in den Rang eines Staatsgeheimnisses erhoben. Weidenhammer verweist hierzu auf ein interessantes Telefoninterview mit dem Gerichtsmediziner Prof. Mallach, welches am 26.10.1977 geführt und am 4.11. im „Berliner Extradienst" veröffentlicht wurde (damals war noch keine Todeszeit bekanntgegeben worden). Der Mediziner beruft sich in diesem Gespräch mehrfach und ausdrücklich darauf, *„bisher noch nicht gefragt"* worden zu sein bzw. *„bis jetzt noch nicht den Auftrag bekommen"* zu haben, dazu Stellung zu nehmen. Mallach wörtlich: *„Man findet manches überraschend, nicht wahr?"* Der Todeszeitpunkt ist für das angebliche Motiv des angeblichen Selbstmords — Verzweiflung

„Man findet manches überraschend, nicht wahr?" Der Todeszeitpunkt ist für das angebliche Motiv des angeblichen Selbstmords — Verzweiflung

über die gescheiterte Flugzeugentführung — bedeutsam. Um dieses Motiv aufrechtzuerhalten, *darf* er nicht vor 1 Uhr nachts liegen, dem frühesten Zeitpunkt, zu dem die Gefangenen, eine funktionierende Kommunikation nach außen und untereinander vorausgesetzt, von Mogadishu hätten erfahren können.

8. Der Sand an Baaders Schuhen

... bleibt nach wie vor mysteriös. Angeblich sollen Vergleichsproben vom Dach des Anstaltsgebäudes ergeben haben, daß dieser Sand vom Freigang der Gefangenen herrührt. Zu der Untersuchung heißt es jedoch:

> „Bei der Bewertung der Ergebnisse war zu berücksichtigen, daß zwischen der Sicherstellung der Schuhe und der Sicherung des Vergleichsmaterials etwa drei Monate verstrichen, und daß — laut Spurensicherungsbericht der Landespolizeidirektion Stuttgart II — in dieser Zeitspanne mehrere hundert Personen den Bereich betreten haben, dem die Vergleichsproben entnommen wurden."

Unter solchen Voraussetzungen bezeichnet Weidenhammer die Vergleichsuntersuchung als Farce.

9. Die Fernsehüberwachung im siebten Stock

Moderne Überwachungstechniken könnten mitunter dazu verleiten, einen neuen Begriff des menschlich-technischen Versagens zu prägen. So ist ihr gelegentliches Versagen technischer Natur, findet aber häufig — und das ist sozusagen ein sehr menschlicher Zug dieser Technik — prompt statt, wenn man sie, je nach Standpunkt, dringend gebraucht hätte oder wenn man sie gerade mal dringend nicht brauchen konnte. Auch in dieser Hinsicht hat Stammheim Maßstäbe gesetzt. Die Telematanlage im Flur des siebten Stocks fiel ausgerechnet in der

Fortsetzung nächste Seite

---

10. Okt. 1977

Beschwerde
gegen die verfügung schreitmüllers,die nach dem einkauf - denn wir können während der totalisolation weder verwandte noch anwälte ~~xxxxx~~ darüber informieren,dass unsere konten bei der anstalt leer sind - auch noch den zusatzeinkauf von obst,den der haftrichter angeordnet hat, verbietet.

die behauptung unser gesundheitszustand hätte sich so gebessert, dass obst nicht ' mehr erforderlich ' ist,ist falsch .nach den feststellungen der ärzte dr. müller,schröder und resch und wahrscheinlich des anstaltsarzt henke,soweit er zu feststellungen in der lage ist hat sich der zustand zwischen der ersten untersuchung - nach der der zusatzeinkauf genehmigt wurde - und der zweiten resch b.z.w. der letzten von möll r und schröder vor kurzem,verschlechtert,weil die haftbedinungnen kaum gelockert worden sind.wie man weiss, sind sie inzwischen - im 6 jahr der ~~xxx~~ untersuchungshaft extrem verschärft worden,tatsächlich sind sie unmenschlicher als am ersten tag!

1. wir sind total von jeder sozialen interaktion - auch mit rechtsanwälten - abgeschnitten.
2. die anstalt hat eine konstruktion ersonnen,die von 16 uhr bis 7 3o die zellen auch schallisoliert.
3. wir haben weder radios,noch zeitungen oder zeitschriften und wir können keine bücher mehr bestellen - auch nicht in der anstalts - bibliothek.
4. der einkauf ist praktisch gestrichen.
5. die bewegung im freien ist von 13o minuten auf 3o minuten reduziert worden.

demgegenüber von gleichbehandlung zu sprechen,entspricht dem sadismus der massnahmen selbst.

Baader

Eing. 10 Okt. 1977

zusatz zu der beschwerde vom 7.1o.

aus dem zusammenahng aller massnahmen seit 6 wochen und ein paar bemerkungen der beamten,lässt sich der schluss ziehen,dass die administration oder der staatsschutz, der - wie ein beamter sagt-jetzt permanent im 7 stock ist - die hoffnung haben, hier einen oder mehrere selbstmorde zu provozieren, sie jeden - falls plausibel erscheinen zu lassen.
ich stelle dazu fest: keiner von uns - das war in den den paar worten ~~xxxxx~~ die wir vor zwei wochen an der tür wechseln konnten und der diskussion seit jahren klar - hat die absicht,sich um - zubringen.sollten wir - wieder ein beamter - hier ' tot aufgefunden werden ' sind wir in der guten tradition justizieller und politischer massnahmen dieses verfahrens getötet worden.

Andreas Baader
7.10.

Fast vergessen: Brief Andreas Baaders vom 7.10.1977

Fortsetzung von vorheriger Seite

Todesnacht aus. Eine Erklärung könnte das plötzliche Versagen in Reparaturarbeiten der Firma Siemens finden. Diese wurden freilich nicht, wie man naiverweise annehmen könnte, *nach* dem Auftreten des Defekts durchgeführt, um jenen herauszufinden oder zu beheben, sondern *vorher*, also während der Zeit der Kontaktsperre, sodaß ein kritischer und technisch bewanderter Mensch mit einiger Berechtigung fragt, ob sie ihn vielleicht verursacht haben. Bisheriger Stand der Nachforschungen: Weder der Reparaturauftrag an Siemens noch die von der Firma ausgestellte Rechnung finden sich in den Akten, weder die Identität der Siemensmitarbeiter, noch der genaue Zeitpunkt der Reparatur noch die dafür benötigte Arbeitszeit und auch nicht die Art der vorgenommenen Arbeiten sind bekannt. Auf eine Anfrage der baden-württembergischen Grünen im Landtag ließ das Justizministerium antworten:

„Ob bei den Ermittlungen der Reparaturauftrag der Vollzugsanstalt und die Kostenrechnung der Firma Siemens vorlagen, sei dem Justizministerium nicht bekannt. Unterlagen über die bis zum 18.10.1977 vorgenommenen Revisionen der Anlage befanden sich jedoch bei der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses in der Hand des zuständigen Firmenvertreters. Ob der Zeuge entsprechend seiner Zusage diese Unterlagen nach Vervollständigung dem Ausschuß übersandt hat, sei dem Justizministerium ebenfalls unbekannt."

Offensichtlich fehlt den Behörden selbst ein minimales Interesse an der Aufklärung solcher Vorgänge, beispielsweise auch daran daß nach Siemens-Gebrauchsanweisung für die Anlage ein (kunstfertiges!) Abschalten möglich ist. *„Soll in gewissen Anwendungsfällen in bestimmten Teilbereichen des Fernsehbilds kein Alarm ausgelöst werden, so kann in diesen die Bildauswertung gezielt unterdrückt werden."*

Dies nahmen die Grünen fünf Jahre später zum Anlaß, über ihren MdL Heimann anzufragen, ob der genannte Außenposten befragt worden und was ggf. dabei herausgekommen sei. Im ständigen Ausschuß des Landtags antwortete der Staatssekretär im Justizministerium, Volz, am 20.1.84:

„Von einer förmlichen Vernehmung der beiden Außendienstbeamten, die namentlich feststehen, hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart abgesehen. Aufgrund einer informatorischen Befragung steht fest, daß beide Beamten in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 keine Wahrnehmungen gemacht haben, die für das Ermittlungsergebnis von Bedeutung sein könnten. Für das Justizministerium besteht daher kein Grund, die Sachverhandlung der Staatsanwaltschaft im Wege der Dienstaufsicht zu beanstanden."

Diese Auskunft war von Heimann und den anderen Ausschußmitgliedern so verstanden worden, wie es die zweideutige Formulierung wohl beabsichtigte: Daß die Frage einer Vernehmung des Außenpostens nämlich bereits 1977/78 „informatorisch" abgeklärt worden sei, was zwar rechtlich unzulässig ist (bei Beamten ist eine Zeugenvernehmung als *förmliche* Vernehmung gesetzlich zwingend vorgeschrieben), aber im Rahmen dieses Gesamtverfahrens gewissermaßen als „normaler" Verstoß angesehen werden könnte.

Weidenhammer jedoch, der in dieser Angelegenheit bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft um weitere Informationen nachsuchte, bekam von dort am 30.1.86 zur Antwort:

„Wie sich aus der in Ihrem Schreiben zitierten Aussage des Zeugen Justizhauptsekretär Horst Gellert ergibt, hat dieser von der ihm zugegangenen Meldung des Außenpostens die Sonderwache Stammheim der Polizei unterrichtet, die ihm nach Überprüfung später mitgeteilt hat, es sei alles in Ordnung. Bei dieser Sachlage ist in dem Ermittlungsverfahren davon abgesehen worden, die beiden Außendienstbeamten zu vernehmen. Bei dem in Ihrem Schreiben erwähnten dritten Beamten handelt es sich um Bernd Hälsig, der in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 seinen Dienst im Zellenbau 2 verrichtete. Das Protokoll seiner Vernehmung befindet sich im Ordner 3 auf den Seiten 172 bis 177. Die beiden Außendienstbeamten, es handelt sich um Franz Neugebauer und Rudi Stapf, habe ich am 25.7.1983 telefonisch informatorisch gehört, weil ich einen Bericht zu entwerfen hatte, den das Justizministerium Baden-Württemberg zur Vorbereitung der Beantwortung einer im Landtag Baden-Württemberg eingebrachten kleinen Anfrage angefordert hatte. Über die informatorische Anhörung habe ich am 25.7.83 einen Aktenvermerk gefertigt, in dem hierzu Folgendes festgehalten ist: ‚Hinsichtlich der beiden Außenposten Neugebauer und Stapf befinden sich kei-

10. Was nahm der Außenposten wahr?

Man weiß es nicht, denn die betreffenden Beamten werden entweder nicht vernommen oder ihre Aussagen tauchen in den Akten nicht auf. Der in der Todesnacht diensthabende Justizhauptsekretär Horst Gellert hatte bei seiner Vernehmung angegeben,

„daß der Außenposten mir zwischen zwei Uhr und drei Uhr meldete, daß außerhalb des Anstaltsbereichs Leute wahrzunehmen gewesen seien, die laut gesprochen hätten. Ich verständigte deshalb die Sonderwache Stammheim der Polizei, die mich später zurückrief und mir sagte, es hätte sich um junge Leute gehandelt, die überprüft worden wären. Es sei alles in Ordnung."

Fortsetzung nächste Seite

Offener Brief von Werner Schlegel an Stefan Aust

Betr.: "Der Stefan-Aust-Komplex"

I

Hochverehrter Herr Kollege Aust,

als wir das letzte Mal miteinander telefonierten, im Frühsommer vergangenen Jahres, fragte ich Dich am Schluß: „Was macht Dein Stammheim-Buch?" Du kämst ganz gut voran, war die knappe Antwort. Annehmend, nicht nur mein nachweislich dauerbelauschangegriffenes, sondern auch Dein Telefon würde abgehört, fragte ich nicht weiter. So kann man sich täuschen. DEIN Telefon war und ist sicher sauber. Wer im Staatswahrheits-Brotkorb sitzt wird nicht abgehört. Und Du sitzt darin, besser: Hast Dich darin wohnlich eingerichtet. Das ist mir endgültig klar, seit ich dieses Machwerk mit dem falschen Titel gelesen habe. Falsch, dieweil es eigentlich „Der Stefan-Aust-Komplex" heißen müßte. Denn von Deinem Ehrgeiz-Komplex „Erfolg um jeden Preis", selbst den der Leichenfledderei, zeugt dieses „Werk" vor allem. Was sonst noch drin steht — geschenkt!

Bis auf die eine oder andere Seite, die eine oder andere unwichtige Detailinformation à la „Warum benutzt Lady Di nur CD-Seife?", hätte das Buch jeder Publizistikstudent im ersten Semester schreiben können. Ohne — dies sei betont — Zugang zu Deinen Quellen gehabt zu haben. Rezept: man setze sich in eine x-beliebige Bibliothek, lasse sich vom Archivar die Siebziger Jahrgänge von WILD, BILD AM MONTAG und ähnliche auf den Tisch knallen, suche unter dem Stichwort „Hausmitteilungen aus dem Bundeskriminellenamt", kopiere bergeweise und — begebe sich wieder nach Hause. Der Rest ist Fleißarbeit. Und DIESER kreuzverdächtige Bundesverdienst sei Dir unbestritten: Du bist mit der erste, dem es gelang, den Desinformationsauswurf aus fast einem Jahrzehnt Staatsschutz-Journaille chronologisch zu ordnen und abzuheften, sprich: zwischen zwei Pappdeckel gepresst als Buch deklarieren zu lassen.

II

„Nichts ist erregender als die Wahrheit"
Egon Erwin Kisch

„Nichts ist erregender als die Wahrheit"
Egon Erwin Kisch

Noch eine Erinnerung: Ende März 1983 in einer Kölner Pizzeria. Du, Christiane Ensslin und ich. Thema: Stefan Austs Suche nach der Wahrheit. DAS sei der Grund, weshalb Du dieses Buch schreiben wolltest, war Deine Antwort auf meine entsprechende Frage. Die Wahrheit interessiere Dich, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Ich war skeptisch, etikettierte Dich als — allenfalls bürgerlichliberalen Journalisten, die eine eigene Art der subjektiven Wahrheitsliebe besässen. „Liberaler Scheißer", so daraufhin Deine ironisch gemeinte Selbsteinschätzung. Von wegen Ironie! Drei Jahre später erweist sich mein damaliges Mißtrauen als nur zu berechtigt, demaskiert sich DEIN Wahrheitsanspruch als Farce. Genauer: als Köder, um jene zu angeln, eventuell ihre Unterstützung zu erhalten, denen es in der Tat um nichts als die Wahrheit geht.

Ich blieb damals skeptisch, befürchtete, Deine letztendliche Wahrheit würde nur die zu bekannte opportune staatstragende sein. Blieb skeptisch, weil es Alarmsignale gab. Die Art, wie Du auf Christiane Ensslin Druck auszuüben versuchtest beispielsweise: Du würdest das Buch auf jeden Fall machen, so oder so, ob mit oder ohne Einsicht in das von ihr recherchierte Material. Ein Buch, das „gemacht" wird, egal wie, egal mit WESSEN Unterstützung — bedenklich. Für mich klang das wie: Und gibst Du nicht Deine Informationen her, hole ich sie mir halt von der anderen Seite. Und dann die Art wie Du, ganz Erfolgs-, NEIN! GELDJOURNALIST, mit den Dir zur Verfügung stehenden Mitteln protztest. 15.000-DM-Vorvertrag von Hoffmann und Campe in der Tasche, NDR-Spesenkonto im Hintergrund, für mich gleich — Erfolgszwang! In der Tat mußte das Buch EGAL WIE gemacht werden. Geld ist Geld, Verträge sind Verträge.

III

„Wer schweigt macht sich mitschuldig"
Urs M. Fichtner

Und so sieht sie nun also aus, DEINE Wahrheit, die staatserhaltende. Auslassungen en masse, Verschweigen wichtigster Details, Wertungen und — Lüge. Eine der perversesten gleich zu Anfang des Buches, in der „Vorbemerkung": „Wertungen habe ich möglichst vermieden!"

Welch eine Chuzpe! Das ganze Machwerk ist eine einzige Wertung! Und im Detail — nur ein paar kleine Beispiele:

— „Im Vergleich mit den Haftbedingungen anderer Untersuchungsgefangener konnte von ‚Isolation' nicht mehr die Rede sein. Die Besucherliste von Andreas Baader zum Beispiel sah an manchen Tagen aus wie der Terminkalender eines Anwalts."

In zwei Sätzen Wertung auf Wertung. Ohne je am eigenen Leib erfahren zu haben, was Isolation bedeutet, wagst Du diese in Abrede zu stellen. Weil da doch Anwälte ... Daß es um die Vorbereitung eines Mammutprozesses ging, scheint Dir entgangen. Daß Prozeßbesprechungen nicht allzuviel mit sozialer Kommunikation zu tun haben gleichfalls. Daß die Wertung „Anwaltsbesuche plus mehrere Stunden am gleichen Tag Kleingruppen-Umschluß gleich KEINE Isolation" dieselbe ist, wie sie jahrelang von der Bundesanwaltschaft und deren Vasallen verbreitet wurde, stört Dich nicht weiter. Im Gegenteil, Du machst sie Dir zu eigen.

— „Er verlas ein Papier, das an Unverständlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ." (S.343) An dieser Stelle entlarvst Du Dich einmal mehr. Wo es wirklich politisch wird, in den Prozeßerklärungen beispielsweise, diffamierst Du. Keine Wertung, das? Merke: Was Stefan Aust nicht kapiert, muß noch lange nicht unverständlich sein!

— „Offenbar hatte der Vorsitzende micht bemerkt, wieweit sich Ulrike Meinhof damit von der Gruppe entfernt hatte." (S.366) Wieder zwei Wertungen in einem Satz nach dem Motto: WILD war dabei.

— „Wie sich später herausstellte, waren Werkzeug, Baumaterial und vermutlich auch Farbe von den Häftlingen beiseite geschafft worden." Keine Wertung, wenn Du zum wiederholten Male die offiziellen, also staatsgeschützten Behauptungen als objektiv

gen beiseite geschafft worden." Keine Wertung, wenn Du zum wiederholten Male die offiziellen, also staatsgeschützten Behauptungen als objektiv

bewiesenenen Fakt ausgibst?

— „Zu dieser Zeit müssen sie die Verstecke in ihren Zellen angelegt haben, in denen später Pistolen, Munition und Sprengstoff verborgen wurden." (S.440) Aust war dabei! Und wenn es halt gar keine manipulierbaren Belege mehr gibt wird die „Wahrheit" suggeriert und diktiert. Sie MÜSSEN — punktum. Dieweil: Wenn sie es nicht waren, dann ... — aber das war nicht der Sinn Deines Machwerks.

Ausgesprochen perfide wird diese Austsche Objektivitätsmethode bei der Frage Mord oder Selbstmord: „Nach der Verabredung zum kollektiven Selbstmord holte er (Baader) die Pistole aus dem Plattenspieler und feuerte im Stehen — um einen Kampf vorzutäuschen — zwei Schüsse ab, einen in seine Matraze, einen in die Zellenmauer neben dem Fenster. Dann suchte er die von der Pistole ausgeworfenen Patronenhülsen zusammen und legte sie neben sich." (S.575)

WILD sprach mit dem Toten!

So geht das seitenweise immer dann, wenn Dir Belege für die Selbstmord-Staatsdoktrin fehlen. Besser: Diese Perfidie betreibst Du im ganzen Buch, sobald zwischen Realität und staatsschützender RAF-Geschichtsschreibung Widersprüche aufklaffen, die einem Blinden auffallen müßten. Und wo selbst der Austsche Beschwörungsgestus „Glaubt-mir-so-muß-es-gewesen-sein" diese Widersprüche nicht mehr zukleistern kann, läßt Du weg, verschweigst, manipulierst also direkt.

Beim Tod Ulrike Meinhofs: „Weiteres wesentliches Verdachtsmoment der ‚Untersuchungskommission' waren Länge und Beschaffenheit des Handtuchstreifens." (S.377) Kein Wort, um was es dabei wirklich ging. Es gab zwei offizielle Längenmaße: 51 und 68 Zentimeter. Beide lassen das staatstragende Obduktionsergebnis halbwegs plausibel erscheinen nur — beide waren falsch. Es ist — von Herrn Aust schamhaft verschwiegen — bewiesen, daß die tatsächliche Länge des Handtuchstreifens mindestens 80 Zentimeter betrug, VERMUTLICH sogar etwas mehr. Und allein dieser Punkt bringt die Selbstmordthese ins Wanken. Ein Suizidversuch à la offiziellem „Rekonstruktionsergebnis", mit einem Handtuchstrick der tatsächlichen Länge, also mindestens 80 Zentimetern, wäre zum Scheitern verurteilt gewesen. Bei Eintritt der Bewußtlosigkeit zöge das Körpergewicht den Kopf aus der zu großen Schlaufe. Dieser wichtige Punkt war Dir einen einzigen Satz wert, mit Anführungszeichen wie: sogenannte DDR, bei „Untersuchungskommission". Andere Unstimmigkeiten, die denen vom Oktober 1977 in nichts nachstehen, tauchen bei Dir erst gar nicht auf. EIN Beispiel: Obwohl Glühbirnen und Leuchtstoffröhren abends abgegeben werden mußten, fand sich am Morgen des 9. Mai, bei ausgeschaltetem Licht, eine Glühbirne in Ulrike Meinhofs Tischlampe. Sie wies Fingerabdrücke auf, die sich laut offizieller Version als nicht identifizierbar erwiesen. Du kannst den Test mit Graphitpuder und einer Glühbirne selbst vornehmen. Entweder es gibt überhaupt keine Fingerabdrücke, weil Du die Birne nach dem Einschrauben abwischst oder dazu ein Tuch benutzt, oder es gibt eindeutig identifizierbare. (Erst Ewigkeiten später tauchte dann in den Zeitungen einmal ganz kurz die Version auf, es seien doch Ulrike Meinhofs Abdrücke gewesen.) Tatsächlich jedoch verdeckte bereits der daktyloskopische Befund kaum den Widerspruch zwischen vorhandenen, aber angeblich nicht zu identifizierenden Fingerabdrücken. Konkret: „Die auf dem Glaskörper der Glühbirne bereits mit schwarzem Pulver sichtbar gemachten daktyloskopischen Spuren sind hier erneut fotographiert worden. In allen Fällen handelt es sich um Fragmentabdrücke, die nicht für Identifikationszwecke geeignet sind. Beim Vergleich mit den Fingerabdrücken unter den Personalien MEINHOF Ulrike, geb. 7. 10. 1934 in Oldenburg, wurden keine Anhaltspunkte für Übereinstimmungen festgestellt."

Merke: nicht für die Identifikation geeignet, aber doch wiederum so deutlich, um Übereinstimmungen ausschließen zu können.

Das macht: Wer nur ein bißchen Ahnung vom Metier hat, was einem Jour-

lich, um Übereinstimmungen ausschließen zu können.

Das macht: Wer nur ein bißchen Ahnung vom Metier hat, was einem Jour-

nalisten Deines selbstbehaupteten Kalibers zu unterstellen ist, der weiß: Eines schließt das andere praktisch aus.

Später (S.409) zitierst Du Ingrid Schubert als Zeugin in Sachen Einschmuggelung einer Minox-Kamera. Daß diese Zeugin ebenfalls durch „Selbstmord" ums Leben kam, hält der Chefrechercheur Aust für so nebensächlich, daß er es gar nicht erst erwähnt. Sie starb im Gefängnis eines Bundeslandes, in dem israelische Mossad-Agenten — angeblich ohne Wissen der Justizbehörden — mit Hilfe ihrer BND-Kollegen Zugang zu inhaftierten Palästinensern hatten. Merke: Geheimdienstagenten einer ausländischen Macht gehen in bundesdeutschen Gefängnissen ein und aus. Für Stefan Aust aber sind diese Leute zweifellos Menschen, die dauernd mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen, unfähig zu Erpressung, Totschlag und Mord.

Kapitel für Kapitel Deines „Werkes" könnte so auseinandergenommen werden. Ich habe mich auf einige wenige Punkte beschränkt. Weil ich nicht vorprellen will. Heißt: Über kurz oder lang wird es ein anderes Buch geben müssen (und geben). Dann wird das ganze Ausmaß Deiner Auslassungen, Verdrehungen und offenen Manipulationen deutlich werden. DEIN Buch, Stefan Aust, ist ein perverses Buch. Weil es so deutlich wie selten demonstriert, wie korrumpiert und korrumpierbar bürgerliche Journalisten sind, wenn es um Geld und Karriere geht. Und an diesem Punkt entlarvt sich Deine Schaum-vor-dem-Mund-Haltung, die offensichtlich wird, sobald Du über Andreas Baader schreibst. Klar, man kann über ihn denken und sagen, was man will, nur eines nicht: daß er korrupt war. Das muß verdammt weh tun, wenn man permanent mit so einer Haltung konfrontiert wird, gelle, Herr Aust?

"Eine lanae Geschichte"

"Eine lange Geschichte"

„Aber das ist eine lange Geschichte", sagte Erwin Schüle, als ihn die französische Zeitung „Le Matin" mit seiner SA- und NSDAP-Vergangenheit konfrontierte. Schlagzeile der Pariser Zeitung: „Der Ankläger von Baader und Croissant ist ein alter Nazi." Schüle war 1977/78 Generalstaatsanwalt in Baden-Württemberg. In dieser Eigenschaft leitete er beispielsweise auch das Todesermittlungsverfahren in Sachen Stammheim.

Noch im August 1977 hatte das Stuttgarter Justizministerium auf ein Schreiben des Rechtsanwalts Weidenhammer, in welchem wegen der NS-Mitgliedschaft des Herrn nachgefragt wurde, kategorisch behauptet, *„daß die von Ihnen zitierte Vermutung nicht zutreffend ist."* Doch der Pariser Anwalt Serge Klarsfeld entdeckte im amerikanischen Archiv von Berlin einen handschriftlichen Lebenslauf des Juristen, am 3. September 1943 „an der Front" geschrieben: *„Im Jahr 1933 trat ich der SA bei und bin seit 1935 Parteigenosse."* Da half dann kein Leugnen mehr und auch nicht die Flucht nach vorn, wonach es sich bei all dem nur um eine üble Kampagne des geflohenen Klaus Croissant handeln könne. Schüle versuchte, sich nach landesüblichem Muster aus der Affaire zu ziehen. Er habe damals der SA beitreten „müssen", um einen Studienplatz zu erhalten und sei dann später automatisch in die NSDAP hineingerutscht.

Als der oberste Ankläger des Schwabenlandes zur Reinwaschung hinzufügte, er habe nach dem Krieg sogar die Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen geleitet, blieb den französischen Journalisten glatt die Spucke weg: *„Comment etait-ce possible?"* Antwort: *„Ich hatte etwas zu sagen gegen die Nazi-Verbrechen."*

Ja — wie war das möglich, daß ein Nazi zur Aufklärung von Naziverbrechen bestellt wurde? Die gleiche Frage stellte sich schon am 16.2.1965 das „Spandauer Volksblatt", was nur beweist, wie lange der Sachverhalt schon bekannt war und wie wenig er die politischen Verantwortlichen gestört hat: *„Nun wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Herr Schüle als Sachbearbeiter eines Grundbuchamtes, auch in gehobener Amtsstellung, der Bundesrepublik seine wertvollen Dienste widmete. Auch als Eisenbahn- oder Postreferent würde niemand seiner Karriere Hindernisse in den Weg legen. Aber daß die Bundesregierung ausgerechnet den früheren SA-Mann und NSDAP-Kämpen Schüle zur Aufklärung von Naziverbrechen nach Warschau entsendet, ist einfach mehr als eine unerträgliche Mißachtung der Gefühle aller von den Nazis barbarisch versklavten Völker. Ist denn wirklich niemand mehr an verantwortlicher Stelle fähig, Geschmacklosigkeit von Unerträglichkeit zu distanzieren?"*

Es war aber auch möglich, daß der Stammheim-Architekt Paul Werner früher Gaskammern im Nazi-Zuchthaus Brandenburg gebaut hatte (Erich Fried schrieb darüber in „Konkret" 2/82). Es war möglich, daß in RAF-Prozessen Gutachter tätig wurden, die in der NS-„Medizin" eine unmenschliche Rolle gespielt hatten. Das alles war möglich in einem Bundesland, welches von einem ehemaligen Marinestabsrichter regiert wurde, der beispielsweise noch am 29.5.1945 (drei Wochen **nach** Kriegsende) den Frankfurter Soldaten Kurt Petzold u.a. deswegen verurteilte, weil jener geäußert hatte: *„Die Zeiten sind jetzt vorbei. Ich bin ein freier Mann. Ihr habt jetzt ausgeschissen. Ihr Nazihunde..."*.

So kann man sich irren.

Fortsetzung von vorheriger Seite

> ne Vernehmungsprotokolle bei den Akten. Die beiden Beamten haben mir heute beide auf telefonische Anfrage bestätigt, sie seien nicht vernommen worden.' Und informatorisch haben mir diese beiden Beamten mitgeteilt, sie hätten in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 keinerlei verdächtige Wahrnehmung gemacht ... Es hat deshalb nach wie vor keinerlei Anlaß bestanden, die beiden Beamten förmlich zu vernehmen."

Nach Weidenhammer ein doppelter Skandal: Unterlassung einer gesetzlich vorgeschriebenen förmlichen Vernehmung und Übertölpelung des Landtagsausschusses sechs Jahre später, indem man eine informatorische Befragung während des Todesermittlungsverfahrens vorspiegelte, die tatsächlich erst in Beantwortung der grünen Anfrage durchgeführt worden war.

Unklar bleibt, was mit der Ortsangabe „außerhalb des Anstalts*bereichs*" gemeint war: Außerhalb des Gesamt*geländes* der Stammheimer Anlage oder nur außerhalb des gesonderten Sicherheits*bereichs*, der zusätzlich um das Gefängnisgebäude gezogen und von einer eigenen Mauer umgeben ist (dementsprechend muß man, um die Vollzugsanstalt zu betreten, zwei Kontrollen passieren). Unklar bleibt ebenfalls, ob, wann und wo der dritte erwähnte Beamte, Hälsig, in jener Nacht wirklich Dienst versah. Aus dessen Vernehmungsniederschrift ergibt sich nämlich, daß er nicht zum Stammpersonal der Hochsicherheitsabteilung gehörte, dort nur arbeitete, wenn jemand ausgefallen war, und in der Todesnacht überhaupt keinen Dienst versehen hat. In diesem Verfahren ist eben praktisch alles unklar, außer daß die Toten wirklich einmal gelebt haben.

Und an jenem Gefängnis, das sie auf dem Gewissen hat, kann man auch heute noch krepieren. Das gibt es noch, tatsächlich.

11. Wie kamen die Waffen in den siebten Stock?

Nach wie vor das größte Stammheimer „Wunder" bleibt, wie es der RAF möglich gewesen sein soll, Waffen, Munition und Sprengstoff in den bestgesicherten Knast der BRD einzuschmuggeln, wo sich doch gerade dieses Land in Sachen „Sicherheit" von niemandem etwas vormachen läßt. Und doch ist diese Behauptung neben den Gutachten der Gerichtsmediziner die zweite entscheidende Säule, auf der die Selbstmord-Version ruht. Da eine Vorstellung von den Stammheimer Durchsuchungsmaßnahmen selbst in der linken Öffentlichkeit heute nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, weist Weidenhammer nocheinmal daraufhin, daß die verwendeten Metallsonden selbst bei Stecknadelknöpfen im Hemdkragen oder Pfennigstücken in der Hosentasche Zeichen gaben, und daß beispielsweise auch die Aktenordner der Anwälte (mit umgedrehtem Schriftbild) durchgeblättert wurden. „*Beim Betreten des Hochsicherheitstrakts wurde jeder kontrolliert. Es ist mir unvorstellbar, wie jemand an diesen Kontrollen vorbei Waffen oder Waffenteile geschmuggelt haben soll.*"

Die Wunder-Version stützt sich auf die wenig glaubwürdige Aussage des Kronzeugen Speitel, der die Anwälte Müller und Newerla vom Büro Croissant beschuldigte, sowie auf die Behauptung der Kriminalpolizei, die im siebten Stock aufgefundenen Waffen seien „RAF-Waffen" gewesen. So soll die Pistole, die in der Hand des sterbenden Raspe lag, eine „HK (Heckler & Koch) 4", ursprünglich teils von Christian Klar, teils von einem unbekannten Mitglied der „Haag-Mayer-Bande" gekauft worden sein. Ein später in einer unbelegten Zelle entdeckter „Colt Detective Special" (also keine Tatwaffe) sei von dem RAF-Mitglied Clemens Wagner beschafft worden. Daraus schloß der Landtagsuntersuchungsausschuß 1978,

> „daß auch die neben Baader aufgefundene Pistole von Terroristen beschafft wurde, liegt daher nahe."

Weidenhammer hält dagegen, daß dieser Schluß alles andere als zwingend sei: „*Denn selbst wenn bewiesen wäre, daß Klar, Wagner und jener unbekannte Dritte allesamt einer terroristischen Gruppe angehörten und daß sie jene Waffenkäufe auch getätigt hätten, dann wäre noch nicht bewiesen, daß sie die Waffen erstens für die Gefangenen des siebten Stocks beschafft haben, daß sie es zweitens fertigbrachten, die Waffen den Gefangenen zukommen zu lassen und daß zwei dieser Waffen drittens den Gefangenen als Selbstmord-Instrumente gedient haben. Wenn es in der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft demnach heißt:*

> ‚Die von Baader und Raspe zur Selbsttötung benutzten Pistolen standen demnach in der Verfügungsgewalt der terroristischen Gefangenen, also nicht dritter Personen'

— so wird aus der nicht erwiesenen Tatsache des Waffenerwerbs und der nicht erwiesenen Tatsache der Waffenverstecke geschlossen, daß nur die beiden Toten Zugang zu den Waffen hatten und sich damit selbst töteten. Dabei hatten die Gefangenen weder Einfluß darauf, in welche Zellen sie verlegt wurden, noch wann das geschah, noch wie lange sie ihre Plattenspieler behielten, von denen ja einer als Waffenversteck gedient haben soll. Somit standen die beiden Tatwaffen selbst dann, wenn sie im siebten Stock vor dem 17.10.1977 vorhanden gewesen sein sollten, den beiden Gefangenen nur zur Verfügung, wenn sie durch die Anstaltsleitung oder sonstige Staatsdiener dazu in die Lage versetzt worden wären."

Bei einer solchen Argumentationskette, in der jeweils eine unwahrscheinliche Hypothese von einer noch unwahrscheinlicheren abgelöst wird, muß man fragen, ob nicht schon das erste Glied falsch ist. Da die HK4, über die Raspe angeblich verfügte, einen auswechselbaren Lauf hatte, ist die Frage nach ihrer Herkunft zweimal zu stellen. Einerseits war die Waffennummer bei der Auffindung überschlagen bzw. spanabhebend entfernt. Genauer geschahen die Arbeiten, um die Nummer unkenntlich zu machen, an zwei Stellen. An diesen beiden Stellen ist heute das Metall der Waffe wegen einer weiteren Bearbeitung durch das BKA entfernt und verätzt. Daher ist es endgültig unmöglich, die Fabrikationsnummer nach Art und Größe zu identifizieren. Die Behauptung, die Tatwaffe sei mit einer von Christian Klar gekauften Waffe identisch, kann sich daher nicht auf eine Identität der Waffennummern stützen.

Auch die Behauptung des Zeugen Speitel, die angebliche Klar-Waffe durch Überschlagen präpariert zu haben, um sie dann einschmuggeln zu lassen, läßt sich nicht aufrechterhalten. Alle sichergestellten Zahlen und Zahlenfragmente der Waffe sind von Weidenhammer mit Lupen sorgfältig untersucht und mit den bei Speitel gefundenen Spezialwerkzeugen zum Anbringen neuer Markierungen verglichen worden. In keinem Fall stimmten die Abmessungen der Prägungen einerseits und des Prägewerkzeugs von Speitel andererseits überein.

Ähnlich verhält es sich mit dem Austauschlauf der Waffe. Die Behauptung eines Ankaufs durch ein angebliches Mitglied der „Haag-Mayer-Bande" scheitert an diametral widersprüchlichen Zeugenaussagen der vernommenen Waffenverkäufer. Auch an der bei Baader aufgefundenen FEG ist durch chemische Behandlung Materialsubstanz der Waffe mit der Firmenkennzeichnung entfernt. Verätzungen an den entsprechenden Stellen konnten festgestellt werden. „*Summa summarum: Die Herkunft, ganz zu schweigen von dem Weg der Waffen in die Anstalt ist unaufgeklärt.*" (Weidenhammer)

12. Die Wanzen

Auf Anfrage grüner Abgeordneter beteuerte Justiz-Staatssekretär Volz, es stünde fest, daß sich in der Nacht vom 17. auf den 18.10.77 weder Fachleute der Firma Siemens, noch Angehörige des BND oder des BKA in der Vollzugsanstalt aufgehalten hätten. Zu dieser Versicherung hat er allen Grund: Denn daß es Geheimdienstaktivitäten zugsanstalt aufgehalten hätten. Zu dieser Versicherung hat er allen Grund: Denn daß es Geheimdienstaktivitäten im siebten Stock gegeben hat, steht jedenfalls definitiv fest. Nicht erst Stefan Aust hat, wie es vielleicht manchem Filmbesucher scheinen mag, auf die Abhörmaßnahmen gegen die Gefangenen und ihre Verteidiger aufmerksam gemacht — dies war vielmehr bereits im Frühjahr 1977 ein handfester Skandal. Am 17.3.1977 gab der damalige baden-württembergische Justizminister Bender die Lauschoperationen „in zwei Fällen rechtfertigenden Notstands" bekannt. Daraufhin erklärten die Verteidiger der Angeklagten auf einer Pressekonferenz in Stuttgart am 27.4.77, im Prozeß würden die Grundrechte jeder Verteidigung verletzt und rechtsstaatliche Maßstäbe seien nicht mehr gewährleistet (Weidenhammer wurde wegen seiner Äußerungen auf dieser Pressekonferenz mit einem Ehrengerichtsverfahren bedacht, das aber ergebnislos verlief). Gegen Bender und seinen Innenminister-Kollegen Schieß wurde Anzeige erstattet, die der Generalstaatsanwalt des Landes, Schüle, im November 1977 zurückwies.



Die Lauschoperationen fanden im April/Mai 1975 (10 Tage) und Dezember 76/Januar 77 (12 Tage) statt, ohne daß der Staatsschutz daraus die erwarteten „Hinweise auf geplante schwere Straftaten" gewinnen konnte. Über die Installation der verborgenen Mikrofone zitierte die „Frankfurter Rundschau" am 19.3.77 einen Sprecher des Bundesinnenministeriums: „*Zwei technische Mitarbeiter des BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz) seien in der Stammheimer Haftanstalt vom 1. bis 3. März 1975 (zum Zeitpunkt der Lorenzentführung) und am 1. Mai (kurz nach dem Überfall auf die Botschaft in Stockholm) bei Lauschaktionen tätig geworden. Offenbar hätten die Maßnahmen damals zu keinen Erkenntnissen geführt, denn kurz darauf habe das Landeskriminalamt von Baden-Württemberg in der gleichen Sache um technische Hilfe beim BND nachgesucht ... Ob bzw. wann die ‚Lauschmittel' aus der Stammheimer Haftanstalt wieder beseitigt wurden, war der Bundesregierung am Freitag unbekannt.*"

Nachdem die geheimdienstliche Überwachung in Stammheim in zwei Fällen definitiv feststand, wandte sich Weidenhammer mit Schreiben vom 2.12.77 an den Untersuchungsausschuß des Landtags mit der Bitte, zu prüfen, ob während der Schleyer-Entführung ebenfalls Abhörmaßnahmen gegen die Gefangenen durchgeführt worden sind. Nach regierungsamtlicher Logik, zumal legitimiert durch die Niederschlagung der Anzeige gegen Bender und Schieß, hätten „bei dieser Gefahrenlage" unbedingt wieder Lauschaktionen angeordnet werden müssen. Jedenfalls hatte der damalige Ministerpräsident Filbinger für die baden-württembergische Landesregierung unmißverständlich erklärt, „*in vergleichbaren Situationen werde sie erneut so handeln.*" („Allgemeine Zeitung Mainz", 25.3.77) Auf eine Antwort wartet der Rechtsanwalt bis heute. Doch in diesem Fall ist keine Antwort auch eine Antwort.

Zum Stand des Ringens zwischen Aufklärung und Vertuschung bilanziert Weidenhammer, es wäre „*unwahr, wenn ich behaupten würde, wir sähen Licht am Ende des Tunnels.*" Trotzdem ist er nicht pessimistisch. Das Erscheinen grüner Abgeordneter auf der Landtagsbühne habe dazu beigetragen, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen. Für Parlamentarier (aber nicht nur für sie) sei es auch eine Frage demokratischer Selbstachtung, ob sie sich ihr Recht und ihre Pflicht, die Exekutive zu kontrollieren, entreißen lassen. Weiter baut er auf die Kritik des bundesrepublikanischen Geschehens in der Weltöffentlichkeit. Und irgendwann würden die Bürger, die sich schon heute manches nicht mehr bieten ließen, auch für die Frage sensibilisiert werden, ob man es dulden könne, daß die politischen Gewalten mit Gefangenen so umgehen, wie sie es tun.

Kai und de.

Was man gern mal im Bundestag gehört hätte

Was man gern mal im Bundestag gehört hätte

„Die Verteidigung stellt fest: Im Rahmen eines solchen propagandistischen Unternehmens kann Aufklärung in dem Stammheimer Verfahren, kann Aufklärung nicht geschaffen werden. Die Aufklärung wird an anderer Stelle zu suchen sein. Die Verteidigung wird sich dagegen dafür einsetzen, daß der politische Hintergrund dieses Verfahrens in allen seinen Dimensionen, die Rolle der Bundesrepublik als Gefährte des amerikanischen Imperialismus und der Inhalt und die Methode des von ihr geführten Antiguerillakampfes in die Untersuchungen einbezogen werden ... Dem vorprogrammierten Urteil, das morgen in Stuttgart-Stammheim verkündet werden wird, steht jedenfalls das Urteil des vietnamesischen Volkes gegenüber. Der Artikel, der im Jahre 1972 in dem offiziellen Organ der vietnamesischen Befreiungsfront erschienen ist und in dem über die Sprengstoffanschläge auf die US-Militärstützpunkte in Frankfurt und Heidelberg berichtet wurde, trug die Unterschrift ‚Hilfe für Vietnam', und ich weiß aus vielen persönlichen Gesprächen mit Vertretern der Befreiungsfront, daß diese ihre Worte sehr genau überlegt seien, und wenn da steht ‚Hilfe für Vietnam', dann war das auch die Meinung der vietnamesischen Befreiungsfront als der wahren Vertreterin des vietnamesischen Volkes."

Stuttgart, 27.4.1977: Otto Schily auf einer Pressekonferenz der Verteidiger im Stammheim-Prozeß (Tonbandmitschnitt)

Anklage gegen Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner erhoben

Presseerklärung

Als Verteidiger der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner teilen wir folgendes mit:

Wie aus der Presse bereits bekannt ist, liegt nunmehr die Anklageschrift gegen Mareile Schmegner und Ingrid Barabaß vor.

Hierzu ist folgendes anzumerken:

Beiden wird in der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft der Vorwurf gemacht, fortlaufend Mitglieder der RAF zu sein, das heißt einschließlich ihrer Zeit der Inhaftierung. Von Ingrid Barabaß wird behauptet, seit dem 30. Juni 1982 Mitglied der RAF zu sein.

Entscheidend bei diesem Vorwurf ist, daß Ingrid Barabaß zum damaligen Zeitpunkt, genauer gesagt von Mai 1980 bis Mai 1984 ununterbrochen inhaftiert war. So wird ihr von der Bundesanwaltschaft auch vorgeworfen, spätestens seit dem Tag ihrer Inhaftierung am 5. Mai 1980 Mitglied der RAF geworden zu sein. Die Tatsache, daß Anklage wegen der Mitgliedschaft in der RAF erst ab 30. Juni 1982 erhoben worden ist, wird von der Bundesanwaltschaft damit begründet, daß Ingrid Barabaß am 29. Juni 1982 vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni verurteilt wurde und daher bis zu diesem Zeitpunkt Strafklageverbrauch eingetreten sei.

Als mitgliedschaftliche Betätigung von Ingrid Barabaß in der RAF, also als Tathandlung, wird von der Bundesanwaltschaft die Beteiligung von In- Als mitgliedschaftliche Betätigung von Ingrid Barabaß in der RAF, also als Tathandlung, wird von der Bundesanwaltschaft die Beteiligung von In- grid Barabaß am Hungerstreik 1981 gewertet, den angeblich „die RAF geplant und vorbereitet hätte" (so die Anklageschrift). Die Mitgliedschaft von Ingrid Barabaß in der RAF wird weiter damit begründet, daß sie in Briefen und bei Besuchen sich an der „**Diskussion** über die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand" beteiligt hat, sowie daß sie wiederholt Anträge gestellt hat, mit Gefangenen aus der RAF zusammengelegt zu werden. In diesem Zusammenhang werden als Beweismittel alle Anträge, die die Rechtsanwälte von Ingrid Barabaß seinerzeit auf Zusammenlegung gestellt haben, angeführt, sowie die Presseerklärung der Angehörigen vom 26. Juni 1982, die von der Mutter von Ingrid Barabaß unterzeichnet war.

Mit der jetzt vorliegenden Anklageschrift wird die Konstruktion aufgebaut, daß es möglich sein soll, sich an eine bewaffnet kämpfende Organisation im Knast anzuschließen und dadurch Mitglied in der RAF zu werden. Dadurch wird mit dieser Anklageschrift **jede** Lebensäußerung von Gefangenen, deren Kern die politische Identität ist, die sich natürlich vom ersten Tag an und in allem ausdrückt, kriminalisiert.

So werden viele Briefe unserer Mandantinnen mit der Begründung der „mitgliedschaftlichen Betätigung aus der Haft" beschlagnahmt. Dadurch wird allein die Existenz der Gefangenen zum Delikt. Im Klartext bedeutet dies: wer an seiner politischen Identität festhält, also nicht abschwört oder kollaboriert, soll allein aufgrund dieser Tatsache immer wieder verhaftet und verurteilt werden können, da er ja automatisch und fortlaufend „Mitglied der RAF" ist/bleibt. Dies bedeutet letztlich lebenslängliche Inhaftierung.

Darüberhinaus bedeutet diese Anklageerhebung, daß die Bundesanwaltschaft, nachdem es ihr nicht gelungen ist, im Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die sogenannte „Zellensteuerung" von bewaffneten Aktionen aufrecht zu erhalten, versucht, das gleiche Ziel, nämlich die verschärfte Isolation bis zum Zusammenbruch genau andersherum zu erreichen: durch die Behauptung der angeblichen Planung und Steuerung des Kampfes der Gefangenen durch die RAF.

Das bedeutet, daß bereits die berechtigte Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen aus RAF und antiimperialistischem Widerstand kriminalisiert wird und die Diskussion über Zusammenlegung und entsprechende Anträge bereits als „Mitgliedschaft in der RAF" strafrechtlich verfolgt werden soll. Der Grund dafür ist, daß sich in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein über die Situation der Gefangenen entwickelt hat — wie dies vor allem im Hungerstreik 1985/86 sichtbar wurde — und der Staat es politisch nicht mehr legitimieren kann, der Forderung nach Zusammenlegung nicht nachzukommen. Deshalb soll die Zusammenlegung der Gefangenen durch die Kriminalisierung schon der Forderung verhindert, jede Mobilisierung hierfür eingedämmt und die Gefangenen noch legung der Gefangenen durch die Kriminalisierung schon der Forderung verhindert, jede Mobilisierung hierfür eingedämmt und die Gefangenen noch schärfer als bisher isoliert werden. Dies bedeutet den Versuch, das politische Problem, das die Gefangenen und ihr Kampf sind, aus der öffentlichen Auseinandersetzung verschwinden zu lassen.

Diese konstruierte Mitgliedschaft in der RAF während der Inhaftierung wird bei den Ausführungen der Bundesanwaltschaft zu der Mitgliedschaft von Mareile Schmegner in der RAF schon vorausgesetzt. Briefe von Mareile Schmegner und ihre Besuche bei Gefangenen aus der RAF werden als Beweis dafür gewertet, daß sie Kontakte zur RAF unterhalten hat und sollen ihre „Einbindung" in die Diskussionszusammenhänge der RAF belegen.

Mit dieser Konstruktion versucht die Bundesanwaltschaft, den gesamten antiimperialistischen Widerstand zu kriminalisieren über die Diskussion mit den Gefangenen. Zugleich soll ein Kommunikationsverbot mit den Gefangenen aus der RAF juristisch durchgesetzt werden.

Ein weiteres Ziel der Anklage ist der Versuch der Bundesanwaltschaft die politischen Gefangenen in Spanien aus GRAPO und PCE/r als terroristische Organisation zu kriminalisieren. Das soll die internationale Diskussion mit den Gefangenen kriminalisieren. Das heißt, daß den politischen spanischen Gefangenen indirekt in diesem Verfahren der Prozeß gemacht werden soll.

Dies bedeutet einmal mehr, daß die Bundesanwaltschaft ihre Funktion als Vorreiter der Aufstandsbekämpfung, hier konkret die Bekämpfung der Gefangenen ausübt und zugleich deren Durchsetzung in Westeuropa forciert.

Rainer Koch (Verteidiger von Mareile Schmegner), Ursula Seifert (Verteidigerin von Ingrid Barabaß).

Vorwahlzeit

Die Schwierigkeiten mit der ''Wende'' bei den Rechten



„Die CDU hat die Konservativen, die alten und die neuen, geistig und organisatorisch kastriert ..." Menschenrechtsverletzung! Afghanistan-Qualität?! Doch halt. In CDU/CSU ist gegenwärtig ein fauler Gärungsprozeß zu beobachten. Die Messer werden gewetzt. Intern hat der Vorwahlkampf schon heftig begonnen.

Unverhohlen drücken die „Stahlhelmer" ihre Enttäuschung aus. Die CDU sei nicht mehr in der Lage, ihren Wählern eine überzeugende Antwort zu geben auf die Frage, warum man sie noch wählen soll. Die verlorengegangenen Landtagswahlen in NRW sowie die Kommunalwahl-Niederlage in Schleswig-Holstein seien Alarmzeichen. Verprellt seien die „Vertriebenen", die Bauern, die Christen ...

„Das Debakel", der endgültige Zusammenbruch sei nun nicht mehr länger zu leugnen. Sie, die Kastrierten, könnten nun nicht länger schweigen. Nun endlich hätten sie's begriffen, denn bisher reichte ihre „politische Einbildungskraft" „nicht aus, um sich vorstellen zu können, wie dilletantisch, opportunistisch, phantasielos regiert werden würde." Helmut Kohl, die personifizierte „Dumpfheit" und Provinzialität" als Leitfigur einer degenerierten Partei.

Die Probleme lägen offen zutage: Die Krise der Industriegesellschaft, die Kulturkrise, die Zertrümmerung der ethischen Grundlagen der Gesellschaft,

Die Probleme lägen offen zutage: Die Krise der Industriegesellschaft, die Kulturkrise, die Zertrümmerung der ethischen Grundlagen der Gesellschaft,



CSU-Landtagsfraktion auf dem Weg zu einer Strategie-Diskussion

Jugendprotest, Ökologiebewegung ... In nächster Zeit müßten Antworten gefunden werden, um der CDU/CSU die Macht in diesem Staat zu erhalten und um die Grundlagen für eine N e u g e s t a l t u n g der BRD.

Freude angesichts der Zerstrittenheit im Koalitionslager ist unangebracht. Uns erwartet Schlimmes.

Oppositionsmurren

Der Unmut über diese CDU sitzt tief. Allen geheimen Wünschen nach einer neuen „4. Partei", nach einer bundesweiten CSU-Ausdehnung zum Trotz hielten viele „Konservative" der CDU in den Oppositionsjahren die Stange — obwohl sich schon damals Klagen erhoben.

Zähneknirschend mußten sie im August 1978 bei der Demontage eines ihrer Idole, dem damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, zuschauen. Die eigenen Leute sägten ihn nach einer ca. halbjährigen erfolgreichen Kampagne der Linken und Demokraten ab, weil er („der furchtbare Jurist") politisch nicht mehr tragbar war.

Die enthusiastisch gefeierte Strauß-kandidatur zu den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 entpuppte sich auch als Reinfall. Nicht nur, weil das schlappe CDU-Präsidium zuerst den Smiler Albrecht aufstellen wollte. Die Wahlen gingen auch noch verloren. Trösteten sich die „Konservativen" noch, letztendlich sei die Position der Rechten durch die Kandidatur gestärkt worden, so mußten sie nun, nach der Regierungsübernahme mit Hilfe der FDP und den danach gewonnenen Bundestagswahlen, feststellen, daß die erträumte Härte sich im Regierungsstil nicht recht einstellen wollte.

Dabei hatte man sich doch so gut vorbereitet. Denn daß die „Wende" ein langwieriger Prozeß sein würde und auch gegen eigene Leute durchgesetzt werden müßte, das wurde nicht angezweifelt.

So läuteten schon nach dem Sturz Filbingers bei den „Stahlhelmern" die

werden müßte, das wurde nicht angezweifelt.
So läuteten schon nach dem Sturz Filbingers bei den „Stahlhelmern" die

Alarmglocken. Man zog sich ersteinmal nach Weikersheim zurück, um ein Forum zu gründen für die „geistig-ethische Erneuerung aus der Kraft unseres christlichen Ursprungs". Die Wahl des Gründungsortes zeugte vom ausgezeichnet entwickelten Feingefühl für das Naheliegende. Der Rittersaal des protzigen Renaissance-Schlosses — auf den Besitzungen der seit 1244 dort ansässigen Grafen von Hohenlohe erbaut — sollte nicht nur im Oktober 1979 einem illustren Kreis von Persönlichkeiten als Tagungsstätte dienen. Urdeutsche Tradition beflügelt bekanntlich die verworrenen Gedanken.

Mit von der Partie waren seitdem eins ums andere Mal der Gründer Filbinger — natürlich —, dann auch sein Nachfolger im Amt, Späth, sowie ein paar Professoren wie Lobkowicz oder Steinbruch, die immer gut sind für weise katholische Sprüche. Auch Kapitalisten (Otto Esser), Verleger (Seewald), Militärisches (Wörner, Brigadegeneral a. D. Karst), Meinungsforscher (Noelle-Neumann) oder Leute mit berühmten Namen (Hans-Eberhard Schleyer) und guten Verbindungen (Bischof Moser zum Papst) waren dort anzutreffen — neben banalen Politikern wie CSU-Wiesheu, H. Aigner und und und ... Alle hatten einen sehnlichen Wunsch: Die Wende.

Nicht länger wollte man nur neidisch auf die konservative Wende in den USA und Großbritannien blicken. Es möge denn auch in der BRD glücken. Einer unter den Versammelten soll natürlich nicht vergessen werden. Ihm gebührt ein Ehrenplatz, gilt er doch als einer ihrer besten Querdenker, als einer, dem viele Türen bei CSU und CDU offenstehen: Ordinarius für Sozialphilosophie an der Universität Hohenheim (bei Stuttgart), Günter Rohrmoser.

Mit seinen „Wahlanalysen" zu den Bundestagswahlen 1980 („criticon", Jan./Febr. 1981) und den Landtagswahlen in NRW („Das Debakel", „criticon", Mai/Juni 1985) beeindruckte er auch Strauß, der den 85'er Artikel auch gleich seinen CSU-Freunden zum Lesen empfahl. Für Rohrmoser sollte „Weikersheim" ein „Stachel im Fleisch der Christdemokraten" werden.

Was will Rohrmoser?

Will man etwas über den „falschen

Was will Rohrmoser?
Will man etwas über den „falschen

Weg" der CDU erfahren, so kann man getrost Rohrmoser aufs Maul schauen. 1981 formulierte er für die lauschenden CSU-Herren des Bezirksverbandes Unterfranken seine Kritik: Die CDU habe schon seit 1976 alle ideenpolitischen Auseinandersetzungen in der BRD verloren.

1. Sie habe die Parole „Freiheit oder Sozialismus" unter dem „konzentrischen Druck der öffentlichen Medien" fallen lassen „wie eine heiße Kartoffel";
2. sie habe sich „mit dem Umfeld der Sympathisanten" des „Terrorismus" nicht auseinandergesetzt und sich abdrängen lassen zur Frage, ob die Bundesrepublik sich „auf dem Weg zu einer Art präfaschistisch(em) Polizeistaat befindet".
3. „Drittens spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle, daß die Herausforderung durch die These, daß in den Unionsparteien das faschistische Erbe unaufgehoben (? — Anm. AK) enthalten sei, in ihrer strategischen Bedeutung nicht rechtzeitig erkannt wurde."

Die Thesen enthalten im Kern schon die wichtigen Knackpunkte, um die bis heute in der CSU/CDU gestritten wird:
— Was muß der CSU/CDU heute einfallen, damit die Bevölkerung sich mit diesem Staat identifiziert?
— Wie muß eine neue „Nationale Identität" der „Deutschen" beschaffen sein? Die Nazi-Vergangenheit müßte angemessen berücksichtigt werden.

Ob die CSU-Lokalmatadoren einsehen mochten, daß sie die „Strauß — Nein danke!"-Kampagne in ihrer Breite unterschätzt hätten, ist nicht bekannt. Unbekannt ist auch, ob Rohrmoser das geschichtsfälschende CSU-Gekläff, „Nationalsozialisten" seien eben ‚auch und vor allem' Sozialisten (zit. nach „FR"), für eine glücklich gewählte Parole im Bundestagswahlkampf 1980 gehalten hat. In den Rohrmoser-Veröffentlichungen jedenfalls ist häufiger davon die Rede, die Jugendproteste müßten differenziert untersucht werden. Das bezieht er auch auf die Grünen (die auch heute noch auf ähnliche Art und Weise von CSU/CDU beschimpft werden).

Rohrmoser wird aber sicher vielen CSUlern aus dem Herzen sprechen, wenn er den „prinzipiellen Opportunismus" beklagt, der bei vielen CDU-lern auszumachen sei (§ 218, Schlesier-Treffen, Bitburg, Rühe-Äußerungen zur „deutschen Frage", JU-Anträge zu den Fragen „der deutschen Teilung" ...)

Ansätze für eine „neue" Theorie

Rohrmoser hat seit mehreren Jahren versucht, aus diesen Fehlern Schlüsse zu ziehen. Ein Vergleich der schon oben zitierten „Wahlanalysen" gibt, läßt man die Polemik einmal außen vor, einige Hinweise. In beiden „Analysen" tauchen ähnliche Argumentationen auf:
1981: Die SPD stelle sich auf einen Bewußtseinswandel in der Bevölkerung ein mit Themen, die „zum Urgestein konservativer Analytik und konservativer Programmatik" gehörten. „Das, was not tut, ist eine Definition der kollektiven Identität der Deutschen, Glotz ruft zur Bildung eines neuen Patriotismus auf."
1985: „Die SPD bastelt an einem Konzept für einen linken Patriotismus und die CDU läßt sich von neuem die Kollektivschuld einsuggerieren".

Wo sind, so fragt Rohrmoser, die Konzepte der CDU, die die Bevölkerung leiten können angesichts von

Kollektivschuld einsuggerieren".
Wo sind, so fragt Rohrmoser, die Konzepte der CDU, die die Bevölkerung leiten können angesichts von

„Massenarbeitslosigkeit", „Firmenzusammenbrüchen", „unverändert eskalierenden Kosten des Gesundheitswesens", „erschöpften Mitteln zur Finanzierung der Renten" („Analyse", 1985)?

Der CDU sei nicht klar, daß das Modell des Wohlfahrts- und Sozialstaates als einer Einrichtung zur Entschärfung und Schlichtung von sozialen Unruhen zukünftig nicht mehr angemessen funktionieren könne. Denn es könne nicht mehr gerechnet werden mit großen wirtschaftlichen Wachstumsraten, die aber unbedingt erreicht werden müßten, um das bestehende System weiterhin zu finanzieren.

Genau hier greife das Problem der „geistigen Führung". „Es ist ein Irrtum zu meinen, die Stabilisierung der Bundesrepublik könne durch eine Ankurbelung der Wirtschaft allein gelingen" („Analyse", 1985). Die CDU habe darüberhinaus den „Kulturkonflikt zwischen Etablierten und den Alternativen" überhaupt nicht durchschaut. Wie wolle man vor der Jugend heute bestehen, wenn man ihnen früher vorlebte, daß materieller Reichtum das höchste zu erreichende Ziel sei und heute diejenigen anklage, die auf Erfüllung der Verpflichtungen des Sozialstaates bestehen.

„Es hat keinen Sinn, die Jugend oder Gruppen anzuklagen, die eisern darauf bestehen, daß sie ihren Prozentanteil bekommen. Das ist doch der Geist, den wir gewollt haben ..." („Welt", 14.9.82). Die Lösungsmuster, die die Parteien für diesen Konflikt anbieten:
— Verstärkte staatliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Systems
— „Rückkehr" zur Marktwirtschaft
— beide Rezepte sind untauglich, werden sie auf ökonomische Maßnahmen reduziert.

„Das Zentrum des politischen Kampfes" wird sein, „die Legitimation des Staates (zu) akzeptieren", „in soziale Besitzstände einzugreifen." (G. Rohrmoser, Das Debakel, Krefeld 1985, S. 117). „Es könnte sich als eine Art Lebenslüge erweisen, wenn man eine wirtschaftliche Stabilisierung der Bundesrepublik bei Warung sozialer Symmetrie und ihrer Besitzstände verspricht." (ebd. S. 115).

Genau an diesem Brennpunkt fehle es der CDU an einem Konzept geistiger Führung. „Die wichtigste Dimension geistiger Führung muß das Ziel haben, die geistig-ethischen Grundlagen unseres Gemeinwesens von der fast totalen Abhängigkeit von ökonomisch und konjunkturellen Krisen zu lockern ..." (ebd. S. 124) Es dringe kaum ins Bewußtsein von CDU-Politikern, daß sich in der sehr widersprüchlich entwickelnden Alternativbewegung, in deren Hoffnungen, Utopien, im alternativen Leben, eindeutig konservative Elemente ausmachen ließen, die vielen jungen Menschen einen Halt geben in dieser krisengeschüttelten Zeit. Gerade die „Jugend" diskutiere die Frage der Wiedervereinigung, die Angst, sich als Deutsche nach einem Atomkrieg auf dem Friedhof vereinigt wiederzutreffen. Die „geistige Führung" müsse hier neue „Identifikationen" anbieten. Es müsse ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen „nationaler Identität" und der eigenen Geschichte. Der Aufbau der BRD, geprägt durch das Wirtschaftswunder, habe die Entwicklung der Identität verhindert, habe die Jugend aufwachsen lassen in einem Zustand der Geschichtslosigkeit und statt dessen die materielle Bedürfnisbefriedigung in den Vordergrund gestellt. Werte wie „nationale Bestimmung", die oft einem falschen Faschismusverdacht ausgesetzt gewesen wären, seien in den Hintergrund getreten. Dagegen sei zu setzen: „Jedes Volk, jede Nation muß eine Idee von seiner historischen

dacht ausgesetzt gewesen wären, seien in den Hintergrund getreten. Dagegen sei zu setzen: „Jedes Volk, jede Nation muß eine Idee von seiner historischen

Rolle und Bestimmung haben ..." („criticon" 80).

Christus soll heute das Heil bringen

Ein zweites Identifizierungsangebot sollte das „Christentum" bieten. Die ökonomisch notwendige Selbstbeschränkung müsse Teil werden des Lebenskonzeptes der Bevölkerung. (Kohl: Von der Opferbereitschaft der Mütter hänge die Zukunft dieses Volkes ab.) „Der Kerngrund des Sieges des Christentums in der antiken Welt war die Verkündigung der Auferstehung". (R., 1985, S. 133). Die Christen hätten bewiesen, daß sie den Menschen über den Zusammenbruch einer Kultur, über den totalen Verfall hinaus, Mut zusprechen konnten. „Die Einzigartigkeit der europäisch-christlichen Kultur besteht letztlich darin, daß diese Menschen in ihrer Religion und durch sie täglich damit vertraut gemacht wurden, täglich eingewöhnt wurden, daß diese Welt vergeht, daß der Untergang nicht das explosiv Überraschende, sondern das fast Normale, das fast zu Erwartende ist, und daß die Grundlage neuen Lebens gerade die Unabhängigkeit von diesem möglichen, ja geradezu als gewiß unterstellten Untergang stets aufs neue zuwächst." (ebd., S. 134).

Lernen wir also das Leiden!

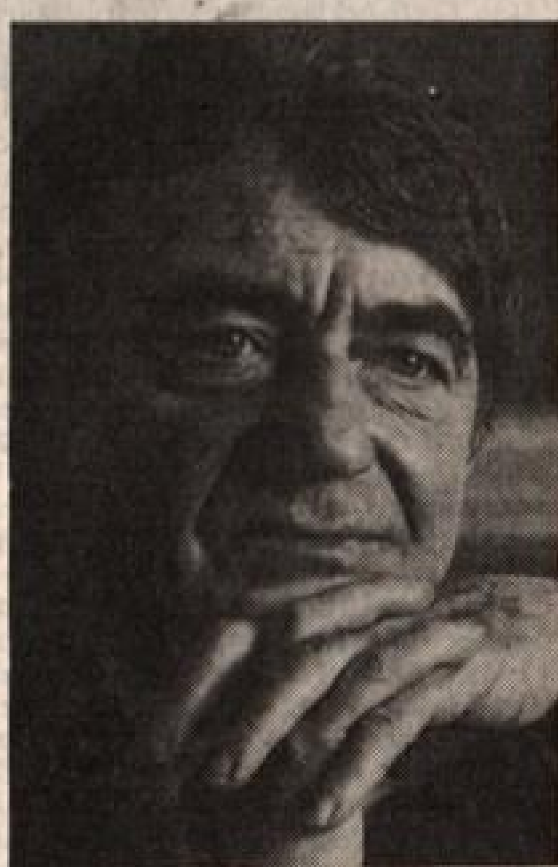
Bisher sind das alles nicht mehr als weise Sprüche geblieben. Auch wenn Rohrmoser der CSU jüngst empfohlen hat, schleunigst die Regierung in Bonn zu verlassen, seine CSU-Sympathisanten liehen ihm bisher nur ihr Ohr. Einzig die Reaktionäre bei „criticon", „student", Burschenschaftler etwa oder die Buben vom „Ring Freiheitlicher Studenten" können es kaum abwarten und freuen sich über Rohrmosers Zuspruch. Hier und dort ist man schon länger eifrig bemüht, Anknüpfungspunkte an die Alternativbewegung zu suchen, Neutralistisches in ein „nationalrevolutionäres" Programm einzubauen oder auf Burschentagsfesten wieder „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt" zu gröhlen. Nur die Christus—Idee zündete bei ihnen noch nicht richtig.

Antifa-Kommission Hamburg

''Die Wahrheit ergründen und weitergeben''

Claude Lanzmanns Film ''Shoah'' über die Vernichtung der europäischen Juden

Über 40 Jahre nach der Vernichtung der europäischen Juden in den deutschen Vernichtungslagern stellt Claude Lanzmanns Film ,,Shoah'' die Frage: Was ist vom Holocaust im Gedächtnis der Überlebenden geblieben? In ,,Shoah'' (hebräisch: Vernichtung, großes Unheil) sind keine historischen Bilder zu sehen. Der Film zeigt die Orte der Vernichtung in ihrem heutigen Zustand, er konfrontiert sie mit den Aussagen der Überlebenden. ,,Shoah'' zeigt, wie die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten ist, zu bewahren ist gegen diejenigen, die ein Interesse haben, daß dieses Bild der Vergangenheit vergessen wird.


Claude Lanzmann

,,Shoah'' beginnt im heutigen Chelmno, dem Ort, an dem ab Dezember 1941 polnische Juden durch Gas vernichtet wurden. Simon Srebnik, neben Mordechai Podchlebnik einziger Überlebender des Vernichtungslagers Chelmno, ist auf Bitten Claude Lanzmanns noch einmal aus Israel nach Chelmno zurückgekehrt. Simon Srebnik fährt noch einmal im Boot den Ner hinauf. Eine Strecke, die er als ,,Arbeitsjude'', als Angehöriger eines jüdischen Sonderkommandos, bewacht von einem SS-Mann gefahren ist. Er singt noch einmal Lieder, die ihm die SS beigebracht hatte. Lieder, die bei vielen Bewohnern im heutigen Chelmno das Vergangene wieder lebendig machen: ,,Als ich ihn heute wieder singen hörte, hat mein Herz schneller geschlagen, denn was hier geschehen ist, war Mord. Ich habe wirklich noch einmal erlebt, was geschehen ist.''

Simon Srebnik vermag sich anfangs selbst kaum mehr das vorzustellen, dem er als Dreizehnjähriger ausgesetzt war: ,,Es ist schwer zu erkennen, aber das war hier. Ja. Da waren gebrennt Leute. Viel Leute waren hier verbrannt. Ja, das ist der Platz. Wer hier hereingekommen, zurück hat er schon kein Weg gehabt mehr. Die Gaswagen sind hier reingekommen, da, hier waren zwei große Öfen, und nachher ha-

war Mord. Ich habe wirklich noch einmal erlebt, was geschehen ist.''
Simon Srebnik vermag sich anfangs selbst kaum mehr das vorzustellen, dem er als Dreizehnjähriger ausgesetzt war: ,,Es ist schwer zu erkennen, aber das war hier. Ja. Da waren gebrennt Leute. Viel Leute waren hier verbrannt. Ja, das ist der Platz. Wer hier hereingekommen, zurück hat er schon kein Weg gehabt mehr. Die Gaswagen sind hier reingekommen, da, hier waren zwei große Öfen, und nachher ha-

ben die hier die reingeschmissen, in die, in den Ofen, und das Feuer ist gegangen zum Himmel. (...) Das ... das ... das kann man nicht erzählen. Niemand kann das nicht bringen zum Besinnen, was war so was da hier war. Unmöglich. Und keiner kann das nicht verstehen. Und jetzt glaub ich auch, ich kann das auch schon nicht verstehen.''

Geblieben von der Vernichtung der Juden sind nur ,,Spuren von Spuren'' (Claude Lanzmann). SS-Kommandos hatten nach dem Ende der ,,Aktion Reinhardt'' die Spuren der Vernichtung gelöscht. Zu sehen sind Waldwege, Wiesen und die Kiefernwälder, die die SS in Sobibor von den Sonderkommandos pflanzen ließ. Die Kamera fährt über die Wälder von Sobibor. ,,Das ist der Charme unserer Wälder'', sagt der Pole Jan Piwonski, ,,diese Stille, diese Schönheit''. Als er, so berichtet Claude Lanzmann, 1944 nach Sobibor kam, konnte man sich nicht mehr vorstellen, daß sich ,,hinter diesen Bäumen das Geheimnis eines Vernichtungslagers verbarg.''

Jüdische Sonderkommandos mußten die anfangs in den drei Vernichtungslagern am Bug, Chelmno, Sobibor und Treblinka, vergrabenen Leichen der Vergasten wieder ausgraben und verbrennen. Nichts sollte nach dem Willen der SS vom jüdischen Volk bleiben, jede Erinnerung sollte ausgelöscht werden. Um dies zu verhindern, verlangt Claude Lanzmann von den Überlebenden sehr viel. Er bewegt Simon Srebnik dazu, noch einmal darzustellen, wie die Knochen der Verbrannten von ihm und anderen Angehörigen der Sonderkommandos zu Asche zerstoßen wurden. ,,Um zu erzählen, was sie gesehen und erlebt hatten, mußten die Leute den höchsten Preis bezahlen: revivre — nochmals erleben. Nochmals durchleben — und nicht erinnern. Dies ist der Preis der Wahrheit. Und diese Wahrheit wollte ich ergründen und weitergeben.'' Und diese Wahrheit

verlangt Claude Lanzmann von den Überlebenden sehr viel. Er bewegt Simon Srebnik dazu, noch einmal darzustellen, wie die Knochen der Verbrannten von ihm und anderen Angehörigen der Sonderkommandos zu Asche zerstoßen wurden. ,,Um zu erzählen, was sie gesehen und erlebt hatten, mußten die Leute den höchsten Preis bezahlen: revivre — nochmals erleben. Nochmals durchleben — und nicht erinnern. Dies ist der Preis der Wahrheit. Und diese Wahrheit wollte ich ergründen und weitergeben.'' Und diese Wahrheit

wird für den Zuschauer schockartig deutlich. ,,Der himmelweite Unterschied ... zwischen dem Bücherwissen ... und dem, was die Leute erzählten'' (Claude Lanzmann) wird durch die Konfrontation der Berichte der Überlebenden mit den Orten der Vernichtung aufgehoben. Die Vergangenheit wird zur ,,Jetztzeit'' (Benjamin). Für den Zuschauer wird das, was er nicht für möglich gehalten hat, für Sekunden erfahrbar: der ,,Alltag'' der Vernichtungslager, die Perfektionierung der Massenvernichtung von den Anfängen in Chelmno bis zur ,,Todesfabrik'' Auschwitz.

Überlebende der Vernichtungslager erinnern sich an die Fahrten in den Güterzügen zu den Orten der Vernich-

Fortsetzung auf Seite 24



Henrik Gawkowski, der Lokomotivführer von Treblinka

Shoah Auszug aus dem Filmprotokoll

Der claasen-Verlag hat die deutschsprachige Fassung des vollständigen Textes — das gesprochene Wort und die Untertitel — von Claude Lanzmanns Dokumentation ,,Shoah'' aufgelegt (Pb., 279 S., DM 26.-).
Wir haben hieraus gekürzt eine der Interviewpassagen mit dem jüdischen Emigranten Raul Hilberg übernommen. Der in den USA lebende Historiker Hilberg ist der Verfasser der bisher umfangreichsten Arbeit über ,,Die Vernichtung der europäischen Juden'', die bereits 1961 in den USA, aber erst 1982 (bei Olle & Wolter, Westberlin) in deutscher Sprache erschienen ist.
Die typografische Gestaltung des Filmprotokolls legt den Eindruck nahe, es handele sich um ein dramatisches Gedicht — es ging dem Autor jedoch allein um eine möglichst genaue Wiedergabe seines Films: jede einzelne Zeile im Buch entspricht einem Untertitel des Films. (Die kursiv gesetzten Einschübe geben Fragen und Anmerkungen Claude Lanzmanns wieder.)

Das ist die Fahrplananordnung Nr. 587,
die für die Sonderzüge typisch ist.
Die Nummer gibt Ihnen eine Vorstellung von der Anzahl.
Darunter: »Nur für den Dienstgebrauch«,
das ist eine sehr niedrige Geheimhaltungsstufe.
Und daß auf diesem Dokument über die Todeszüge
– nicht nur auf diesem, sondern auf allen –
das Wort »geheim« fehlte, ist für mich verwunderlich.
Aber das Wort »geheim« hätte, wenn man es recht bedenkt,
bei den Empfängern Überlegungen ausgelöst,
es hätte sie zu mehr Fragen veranlaßt,
ihre Aufmerksamkeit erregt.
Aber der Schlüssel des ganzen Verfahrens war ja,
psychologisch gesehen, daß das, was gerade geschah,
nie ausdrücklich benannt wurde.
Nichts sagen, die Dinge tun.
Sie nicht beschreiben.
Deshalb: »Nur für den Dienstgebrauch.«
Und beachten Sie auch, wie viele
Kenntnis von diesem Dokument hatten!
»Bfe«: Bahnhöfe.
Auf dieser Strecke gibt es ...
acht, und da sind wir schon in Malkinia, das ist
der letzte Bahnhof vor Treblinka.
Es gibt also acht Empfänger
auf dieser verhältnismäßig kurzen Strecke,
über Radom bis zum Bezirk Warschau,
acht, denn der Zug fährt durch diese acht Bahnhöfe,
und jeder muß informiert werden.
Aber warum zwei Papiere, wenn eines genügt?
Deshalb finden wir hier nicht nur das PKR,
das einen Todeszug bezeichnet, der seinem Ziel entgegenrollt,
sondern auch den leeren Zug nach der Ankunft in Treblinka,
der jetzt auf der Rückfahrt ist.
Daß es ein leerer Zug ist, erkennt man an dem Buchstaben L
für »leer«, der hier steht.

Ja, »Rückleitung des Leerzuges«.

Beachten Sie,
wie wenig Subtilität es in diesem Numerierungssystem gibt:
Wir kommen von 9228 zu 9229,
dann 9230, 9231, 9232.
Nichts Auffallendes, ein ganz regulärer Verkehr.

Todesverkehr!

Todesverkehr.

Und jetzt verläßt der Zug ein Getto
in Richtung Liquidation,
in Richtung Treblinka.
Der Zug fährt ab am 30. September 1942,
um 4.18 Uhr – zumindest nach dem Fahrplan –, und
er trifft in Treblinka am nächsten Morgen um 11.24 Uhr ein.
Es ist ein sehr langer Zug,
deswegen fährt er so langsam.
Sie können lesen: »50 G«,
fünfzig Güterwagen, mit Menschen beladen:
ein außergewöhnlich »schwerer« Transport.

Und jetzt verläßt der Zug ein Getto
in Richtung Liquidation,
in Richtung Treblinka.
Der Zug fährt ab am 30. September 1942,
um 4.18 Uhr – zumindest nach dem Fahrplan –, und
er trifft in Treblinka am nächsten Morgen um 11.24 Uhr ein.
Es ist ein sehr langer Zug,
deswegen fährt er so langsam.
Sie können lesen: »50 G«,
fünfzig Güterwagen, mit Menschen beladen:
ein außergewöhnlich »schwerer« Transport.

Ankunftszeit: 11.24 Uhr morgens,
15.59 Uhr Abfahrt. In dieser Zeitspanne
muß der Zug entladen, gereinigt
und für die Rückfahrt fertig gemacht werden.
Und die Nummernfolge setzt sich fort
mit dem Leerzug.
Er fährt gegen vier Uhr nachmittags ab
in Richtung einer anderen kleinen Stadt,
wo er die Opfer aufnimmt.
Und sehen Sie, um drei Uhr morgens
fährt er wieder nach Treblinka,
wo er am nächsten Tag ankommt.

Aber es scheint derselbe Zug zu sein.

Es ist derselbe, und ob es derselbe ist,
nur die Nummer ändert sich jedesmal.
Dann kehrt er nach Treblinka zurück.
Wieder eine lange Fahrt.
Er kommt an, dann fährt er wieder ab.
Die gleiche Situation, die gleiche Fahrt.
Erneute Abfahrt nach Treblinka
und schließlich Ankunft in Czestochowa am 29. September.
Der Kreis hat sich geschlossen.
Das nennt man »Fahrplananordnung«.
Und wenn man die vollbeladenen Züge zählt ...
können wir von etwa zehntausend toten Juden sprechen,
die auf eine einzige Fahrplananordnung kommen.

Mehr als zehntausend!

Wir wollen bescheiden sein.

Warum ist ein derartiges Dokument so faszinierend?

Denn ich war in Treblinka,

und das beides, Treblinka und dieses Papier ...

Wenn ich ein solches Papier in der Hand halte,
vor allem, wenn es sich um ein Originaldokument handelt,
ist mir gegenwärtig, daß der Beamte damals
es auch in der Hand gehalten hat.
Das ist ein Artefakt. Das einzige Zeugnis, das bleibt.
Die Toten sind nicht mehr.
Die Reichsbahn war bereit,
jede Ladung gegen Bezahlung zu befördern.
Also konnte sie auch Juden nach Treblinka,
Auschwitz, Sobibor und anderen Orten befördern,
solange diese Transporte nach den geltenden Kilometertarifen
– soundso viele Pfennige je Kilometer –
bezahlt wurden.
Das System war während des ganzen Krieges das gleiche:
Kinder unter zehn Jahren die Hälfte,
die unter vier Jahren fuhren frei.
Man zahlte nur die einfache Fahrt.
Nur für die Wachen war die Rückfahrt inklusive.

Verzeihung, Kinder unter vier Jahren wurden kostenlos befördert und vergast?

Ja, sie fuhren frei.
Darüber hinaus wurden der Behörde,
die zahlen mußte, weil sie die Züge bestellte – der Gestapo,
Eichmanns Amt –,
Gruppenrabatte von der Reichsbahn gewährt.
Sie steckte in finanziellen Schwierigkeiten.
Die Juden wurden also zum Ausflugstarif befördert.
Der trat in Kraft, wenn die Gruppe
aus mindestens vierhundert Personen bestand:
Gesellschaftsfahrtentarif.
Aber die Juden kamen auch in den Genuß dieses Tarifs,
wenn sie weniger als vierhundert waren, und auf diese Weise
galt auch für die Erwachsenen der halbe Preis.
Wenn nun die Waggons besonders verschmutzt waren
oder beschädigt – was nicht selten vorkam –,
weil die Fahrten so lange dauerten
und weil fünf bis zehn Prozent der Fahrgäste
während der Fahrt starben,
konnte ein Zuschlag für die Schäden erhoben werden.
Grundsätzlich jedoch
wurde befördert, solange bezahlt wurde.
Manchmal erhielt die SS Kredit,
und die Transporte wurden hinterher bezahlt.
Denn sehen Sie, die ganze Angelegenheit
– und das galt für alle Reisen, ob Gruppen- oder Einzelreisen –
wurde von einem Reisebüro abgewickelt.
Das ist das »Mitteleuropäische Reisebüro«,
das sich mit der Buchung, dem Fahrkartenverkauf befaßte ...

War das wirklich dasselbe Reisebüro?

Ganz bestimmt. Es war das offizielle Reisebüro!
Es beförderte Menschen in Gaskammern
und Urlauber an ihre bevorzugten Ferienorte.
Es war dasselbe Büro, dasselbe Verfahren,
dieselbe Fakturierung.

Kein Unterschied!

Kein Unterschied. Und jeder machte diese Arbeit,
als sei es das Normalste auf der Welt.

Aber das war es nicht!

Nein, das war es nicht.

Und sogar die komplizierten Währungsbestimmungen
wurden beachtet,
wenn Grenzen überschritten werden mußten,
was nicht selten vorkam.

Zum Beispiel?

Nun, der interessanteste Fall ist Griechenland,

Kein Unterschied!
Kein Unterschied. Und jeder machte diese Arbeit,
als sei es das Normalste auf der Welt.
Aber das war es nicht!
Nein, das war es nicht.
Und sogar die komplizierten Währungsbestimmungen
wurden beachtet,
wenn Grenzen überschritten werden mußten,
was nicht selten vorkam.
Zum Beispiel?
Nun, der interessanteste Fall ist Griechenland,

sind die Transporte aus Saloniki im Frühjahr 1943:
sechsundvierzigtausend Opfer und eine beträchtliche Strecke.
Sogar mit Gruppenrabatt belief sich die Rechnung
auf zwei Millionen Mark.
Das war schon ein Betrag!
Und das Grundprinzip ist auch heute noch
auf der ganzen Erde das gleiche.
Man zahlt in der Währung des Ausgangslands,
doch dann müssen die Eisenbahnen der passierten Länder
in ihrer eigenen Währung bezahlt werden.

Von Saloniki aus fuhr man durch Griechenland ...

Das waren Drachmen.

Ja, und dann mußten sie das serbische
und kroatische Eisenbahnnetz in Anspruch nehmen,
schließlich noch die Reichsbahn, die Mark verlangte.
Und – Ironie des Schicksals –
der Militärkommandant in Saloniki,
der in letzter Instanz
für die Bezahlung des Unternehmens verantwortlich war,
verfügte über keine Reichsmark.
Aber er hatte Drachmen.
Diese stammten aus konfiszierten jüdischen Vermögen,
die genau zu diesem Zweck verwendet wurden:
Das war das Prinzip der Selbstfinanzierung.
Die SS oder die Wehrmacht konfiszierten jüdische Vermögen
und finanzierten mit den Bankdepots die Transporte.

Die Juden zahlten selbst für ihren Tod!

Genau. Vergessen Sie nicht:
Es gab keinen Etat für die Ausrottung.

Die jüdischen Guthaben wurden konfisziert,
doch sie bestanden natürlich aus griechischer Währung.
Die Reichsbahn forderte Mark!
Wie soll man Drachmen in Mark tauschen?
Im ganzen besetzten Europa gab es
Devisenkontrollbestimmungen. Die Lösung:
Mark an Ort und Stelle aufzutreiben, im selben Land.
Aber wie?
Das war nicht so einfach in Kriegszeiten.
Und deshalb blieb dieses eine Mal eine Rechnung offen:
Die Bahn beförderte die Juden umsonst nach Auschwitz.

Klaus Wernecke ist Neuzeit-Historiker an der Hochschule Lüneburg. (Veröffentlichungen u.a.: „Der vergessene Führer — Alfred Hugenberg, Hamburg 1982)

''Den meisten galt politische Ideologie wenig''

Ein erneuter Versuch, die Großindustrie von der Mitschuld am Nationalsozialismus reinzuwaschen

Ende Januar 1985 erschien in den USA das umfangreiche Werk ,,German Big Business and the Rise of Hitler''. Verfasser ist der Professor der Yale-Universität, Henry Ashby Turner, Jr. Bereits im Mai 1985 wird dieses Werk von dem Historiker Michael Stürmer in der Zeitschrift ,,Capital'' besprochen. Stürmer, der neuerdings auch als Ghostwriter für Bundeskanzler Kohl tätig ist, stimmte Turners zentralen Aussagen zum Verhältnis von Großunternehmern und Nationalsozialismus vor 1933 vorbehaltlos zu und warb für die in Vorbereitung befindliche deutsche Ausgabe des Buches. Im Herbst 1985 erschien es im konservativen Westberliner Siedler Verlag unter dem Titel ,,Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers''. Im Klappentext des Buches geht der Verlag noch über den Autor hinaus und verlängert dessen Stoßrichtung. Zur Macht gekommen sei das NS-Regime ,,*ohne, fast gegen das Big Business*''. Die NSDAP sei ,,*ein Paradebeispiel einer sich selbst finanzierenden Partei, nicht Instrument der Industrie, sondern deren Dirigent*''. Der britische Historiker Walter Laqueur sei in einem ,,großen Aufsatz über die amerikanische Originalausgabe'' zu dem Schluß gekommen, ,,*daß der Nationalsozialismus (gerade wegen des Mangels an Finanzquellen) jenes Prinzip des 'fundraising' exerzierte, das heute das finanzielle Rückgrat aller Parteien in demokratischen und liberalen Gesellschaften geworden ist*''.

Eine gerade auch im Lichte der jüngsten Parteispendenskandale nicht uninteressante Linie historischer Kontinuität, die hier gezogen wird: Die NSDAP als Vorreiter bürgerlich-parlamentarischer Selbstfinanzierung. Abweichend von diesem Normalfall wären dann die Aktivitäten Flicks und parlamentarischer Selbstfinanzierung. Abweichend von diesem Normalfall wären dann die Aktivitäten Flicks und die Spendenwaschanlagen von CDU, CSU, FDP und SPD als Rückfall in das vorrepublikanische Honoratioren-Zeitalter zu betrachten.



Hitler am 26. Januar 1932 vor dem Düsseldorfer Industrieclub (aus: „Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers", Henry A. Turner)

Hitler am 26. Januar 1932 vor dem Düsseldorfer Industrieclub (aus: „Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers", Henry A. Turner)

Kapitalismus führt nicht zum Faschismus

Wer verhalf dem Nationalsozialismus zur Macht? ,,Jedenfalls nicht das Großkapital'': Diese alte Ausklammerung versucht Henry A. Turner jetzt neu zu belegen. Vorab sei noch einmal der besondere Aspekt der Machtübertragung im Januar 1933 in Erinnerung gerufen:

Als Reichspräsident Hindenburg den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler ernannte, besaß Hitler nicht das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages. Die NSDAP hatte bei den Reichstagswahlen im November 1932 rund 33% der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten und dabei einen Rückschlag erlebt. Im Vergleich zu ihrem Höhepunkt bei den Juliwahlen 1932 waren der Partei 2 Millionen Wähler verloren gegangen, ein Minus von 4,2 %. So stellte die Regierung Hitler zunächst nur ein Präsidialkabinett ohne parlamentarische Mehrheit dar. Zusammen mit dem deutschnationalen Bundesgenossen konnte sich die ,,Regierung der Nationalen Konzentration'' auf 42,5% der Abgeordneten stützen.

Einen numerischen oder gar verfassungsrechtlichen Zwang zur Übertragung der Macht an Nationalsozialisten und Deutschnationale gab es also im Januar 1933 nicht — und das umso weniger, **wenn auch alle bürgerlichen** Kräfte außerhalb der NSDAP die ,,Bewegung'' wirklich so bekämpft hätten, wie nach 1945 oft behauptet. Es ist also legitim und keineswegs gleich als Agententheorie zu denunzieren, wenn nach den Kräften hinter den öffentlich sichtbaren Kulissen geforscht wird, die die Machtübertragung (mit) herbeiführten.

Es gibt bereits eine Reihe von Darstellungen zur Geschichte einzelner Firmen und Analysen bestimmter Abschnitte industrieller Interessenpolitik; Historiker aus der DDR, der BRD und den USA haben Strategien des deutschen Kapitals beschrieben und eine Vielzahl von Quellen zum ,,Faschismus und Kapitalismus in Deutschland'' ediert. Eine umfassende Untersuchung der großindustriellen Einflußnahme auf Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik ab 1928 fehlt bisher aber. Das hat seine Gründe auch in der Quellenlage. Ein großer Teil der politisch wichtigen Geschäftsakten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des von der Großindustrie beherrschten Spitzenverbandes, ist im Zweiten Weltkrieg vernichtet worden. Nur ein Teil der Firmenarchive in Privatbesitz ist ergiebig und für alle Historiker und ihre Fragen zugänglich. Eine besondere Bedeutung für die Weimarer Zeit gewinnt so das Historische Archiv der Gutehoffnungshütte AG (GHH) in Oberhausen. Der Generaldirektor des damals schwerindustriellen Konzerns, Paul Reusch, war einer der besonders einflußreichen ,,Führer'' der westlichen Schwerindustrie Deutschlands. Sein umfangreicher Schriftwechsel zu politischen Themen, unter anderem mit dem Reichsverband ist erhalten; darunter sind auch interne politische Lageberichte, die ihm der Leiter des Berliner Büros der GHH — Blank — in regelmäßigen Abständen aus der Hauptstadt sandte.

Emphatisch hat Turner sich über diesen ,,*Schatz von Dokumenten höchster Qualität*'', der für ihn geöffnet worden sei, bedankt. Diese vermeintliche Einmaligkeit, ebenso wie der Anschein der Minutiösität — 1.504 Anmerkungen auf 108 Seiten bei 390 Textseiten — soll die wissenschaftliche Gründlichkeit seiner Untersuchungen belegen (1).

Dabei ist die Auseinandersetzung ebenso wie die verwendeten Quellen der GHH so neu nicht. Schon 1972 waren sechs Aufsätze Turners zusammengefaßt auf deutsch erschienen (2). Im Vorwort dieses Bandes hatte er die Verteidigung des Kapitalismus gegen den Vorwurf den Faschismus erzeugt zu haben, quasi zur Vorraussetzung für den Erhalt des Weltfriedens erklärt: ,,*Entspricht die weit verbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Vorraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht. Die Frage gehört zu denen, über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlicheren Neben- und Miteinanderleben kommen soll.*''

Auf die von ihm selbst formulierte Frage, ,,*ob die unübersehbar steigende Unzufriedenheit der Großunternehmer sie veranlaßte, während der letzten Phasen der Weimarer Republik Hitler und seine Bewegung zu unterstützen*'', hatte Turner im Ergebnis geantwortet: ,,*aufs Ganze gesehen: nein*''.

Kritisiert wurden Turners Thesen von dem Hamburger Historiker Dirk Stegmann, der 1973 den bislang besten Versuch einer analytischen Darstellung des Themas ,,Nationalsozialismus und Großindustrie 1930-1933'' vorlegte (3). Stegmann weist der Großindustrie einen (mit)entscheidenden Anteil an der Genesis der ,,*faschistisch-konservativen Doppelherrschaft*'' des 'Dritten Reiches' zu. Er warf Turner vor, eine ,,*antiquierte Personalisierung*'' statt ,,*sozialökonomischer Faschismus-Analyse*'' zu betreiben (4).

Die Industriellen und die Republik

Die deutschen Unternehmer während der Weimarer Republik sieht Turner meist als pragmatische Wirtschaftler. ,,*Den meisten galt politische Ideologie wenig, festgelegt waren sie lediglich auf Privateigentum und Privatwirtschaft. Sie verabscheuten alle Formen des Sozialismus und lehnten staatliche Wirtschaftskontrolle sowie umfassende sozialpolitische Maßnahmen, die höhere Steuern nach sich zogen, energisch ab. Abgesehen von einer allgemein nationalistischen Einstellung und der erbitterten Ablehnung der Gebietsregelungen durch den Versailler Vertrag zeigten sie selten Interesse an nichtökonomischen Fragen.*'' (S. 38) Schon diese Aussage ist, wie viele hundert andere in diesem Buch, in sich widersprüchlich und typisch für die Methode der Apologie bereits im Ton der Sprache. Im ersten Satz wird behauptet, die Unternehmer (also nicht nur die Großindustrie) hätten nur wenig zu politischer Ideologie geneigt. Die nicht zu unterdrückenden Fakten der Folgesätze werden so bagatellisiert. Darin geht es immerhin um einige der zentralen politischen Probleme der Weimarer Republik: die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungen, das Steuersystem, den Versailler Vertrag und last but not least um den Nationalismus, einer ideologischen Speerspitze im Kampf gegen die Republik und ihre ,,internationalistischen'' Erfinder. Aber auch im weiteren Kontext des Begriffes Ideologie kehrt die Darstellung ohne Belege die Realität um. Nach allen Quellen findet sich gerade bei der großen Mehrheit der deutschen Unternehmer und leitenden Manager die ganze Bandbreite konservativer bis rechtsliberaler Ideologien. Das gilt für ihre Einstellung zu Literatur, Musik, Erziehung, Schule, Autorität, ,,Rangordnung'', ,,Führertum'' — kurz zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Warum ist zum Beispiel der genannte Paul Reusch mit Oswald Spengler befreundet oder warum unterstützt er Schriftsteller wie Edgar J. Jung, der in seinem 1929 erschienenen Buch ,,Die Herrschaft der Minderwertigen'' (so der Titel) beklagt und (im Untertitel) ,,ihr(en) Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich'' prophezeit und beschwört? Der Kern des Buches deckt sich mit nationalsozialistischer Ideologie. Die Überschriften der Kapitel und Abschnitte reichen von ,,Blut und Heimat als Grundlage der Gemeinschaft'' über ,,Erbgesundheitslehre'' zur ,,völkische(n) Gemeinschaft als Träger der Außenpolitik'' und dem Schluß (im Text), das deutsche Volk müsse entschlossen sein, ,,deutsche Freiheit und europäische Neuordnung nötigenfalls auch mit seinem Blute zu errichten.'' (4) Das war auch das Credo vieler leitender Herren der westlichen Schwerindustrie.

Da Turner die scharf antirepublikanische Einstellung gerade der Ruhr-Industriellen nicht ganz ohne Darstellung lassen kann, entfahren ihm Sätze wie: ,,*Umgeben von einer oft widerspenstigen, manchmal offen feindseligen Armee von Arbeitern blickten die Ruhrmagnaten nostalgisch auf die Tage des Kaiserreiches zurück, in denen sie ihre industriellen Domänen nach dem Herr-im-Hause-Prinzip geführt hatten. Sie erinnerten sich auch sehnsüchtig an die vor dem Krieg erzielten zweistelligen Gewinne.*'' (S.59)

süchtig an die vor dem Krieg erzielten zweistelligen Gewinne.'' (S.59)

Das Krisenjahr 1930. Nach dem Bruch der großen Koalition.

Nach den oberflächlichen historischen Assoziationen der ersten Abschnitte beginnt die eigentliche, relativ dichtere Darstellung des Buches mit dem vollzogenen Bruch der großen Koalition im Frühjahr 1930. Er bedeutete den Übergang zum Präsidialregime, das autoritäre Regieren unter Benutzung des Artikels 48 der Reichsverfassung, um Notverordnungen ohne parlamentarische Mehrheit Gesetzeskraft zu geben.

Die Konflikte, die zur Entstehung des Kabinetts Brüning führten, waren, wie Turner betont, modern und sind ,,*seitdem in dem kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden. Es ging darum, ob in Zeiten wirtschaftlicher Rezession die Sozialversicherung unabhängig von den Kosten aufrecht erhalten werden sollte ... oder ob die Sozialleistungen gekürzt werden mußten, um die für Investitionen und erneutes Wachstum benötigte private Kapitalbildung anzuregen.*'' (S. 127)

Hier wie in einer ganzen Reihe von anderen Passagen übernimmt der Yale-Historiker schlicht Teile der zeitgenössischen Selbstanschauung der Industriellen in Wirtschaftsfragen. Es ist manchmal von geradezu herzerfrischender Direktheit, wie larmoyante Klagen der Kapitalvertreter in die turnerschen Zeilen rutschen und dort eine Renaissance als 'wissenschaftliche' Aussagen erleben.

,,*Der Angriff auf die demokratischen Institutionen der Republik, der im Frühjahr 1930 begann, ging nicht von der Industrie aus, sondern von einem anderen, politisch viel mächtigerem Überbleibsel aus der kaiserlichen Ära: dem Militär. Während die deutschen Kapitalisten nicht gefragt wurden und passiv zuschauten, setzten die Generäle die Neugestaltung der politischen Institutionen Deutschlands in Bewegung.*'' (S. 131)

Nicht nur das Thema ,,Großindustrie und Nationalsozialismus'' steht auf Turners Programms, sondern auch eine umfassende Interpretation der Beziehungen zwischen Kapital und Politik in der Endphase von Weimar.

,,*Hätte die Großindustrie im Frühjahr und Sommer 1930 den Gang der politischen Ereignisse bestimmen können, wären Brüning und sein Kabinett zu einer parlamentarischen Mehrheit gelangt, und die Inanspruchnahme der Notverordnungsbefugnisse hätte sich erübrigt. Die politisch gemäßigten Industriellen waren im Frühjahr 1930 an einer stabilen Reichsregierung interessiert.*'' (S. 133)

Die Quellen, darunter vor allem die Akten der GHH, sagen das Gegenteil aus. Einflußreiche Gruppen der Großindustrie sahen den Parlamentarismus als ein (zeitweise notwendiges) Übel an, das bei passender Gelegenheit zu liquidieren sei. Sie waren aktiv daran beteiligt, die Weichen für das Ende der großen Koalition und den Übergang zum Präsidialregime zu stellen. Der erste Satz der zitierten Turner-Aussage ist also falsch. ,,Die politisch gemäßigten Industriellen'', die es auch gab, waren in dieser Frage unterlegen. Hier, wie an zahlreichen anderen Stellen seines Buches trickst der Autor bei der Interpretation. Um der für sich nicht haltbaren Aussage des ersten Satzes den Anschein der Wahrheit zu geben, wird sie mit weiteren Sätzen zusammengekoppelt, die für sich genommen auch stimmen oder zumindest im Rahmen von Interpretationsmöglichkeiten liegen. Dabei wird der Terminus gewechselt; von der Großindustrie zu den gemäßigten Industriellen. Turner ver- liegen. Dabei wird der Terminus gewechselt; von der Großindustrie zu den gemäßigten Industriellen. Turner ver- meidet es in zentralen Passagen, feste Gruppierungen oder Fraktionen der Kapitalseite zu bestimmen. Statt dessen herrscht eine Beliebigkei der Begriffe und die Individualisierung von Positionen. Mal heißt es ,,Großindustrie'', mal ,,Reichsverband der deutschen Industrie'' (RDI), ,,Wirtschaftskreise'', ,,Unternehmer'' oder sogar ,,kapitalistisches Lager'', **ohne daß ein analytischer Grund** für diese Nennungen sichtbar würde. In den meisten Fällen kann auch offensichtlich nicht die Übersetzung dafür verantwortlich sein.

Mit dieser Methode kann man alles 'beweisen'. Denn immer finden sich ,,Gemäßigte'' oder es melden sich auf einmal Banken, der (politisch relativ gemäßigte) Hansa-Bund oder andere Organisationen zu Wort, ohne daß irgendwelche Belege für ihre Repräsentanz im vorliegenden Fall und für das Thema (Großindustrie!) genannt werden.

Der Weg zum Regime der Notverordnungen ist nach Turner ,,*trotz und nicht wegen der Aktivitäten der Wirtschaft eingetreten ... Die Entscheidung, sich auf diesen schicksalsträchtigen Kurs zu begeben, lag bei Brüning und dem Reichspräsidenten sowie dessen kleinem Klüngel von Beratern, unter denen sich keine Sprecher der Großindustrie befanden. Nachdem einmal klar war, daß Brünings Konfrontation mit dem Reichstag nicht, wie befürchtet, eine Zurückziehung der Auslandskredite bewirken würde, akzeptierte die Wirtschaft bereitwillig seine ausgedehnte Anwendung des Artikels 48. Tatsächlich ermutigten einige ihrer Sprecher das Kabinett, sofort ausgiebig Gebrauch von den präsidialen Notverordnungsbefugnissen zu machen, um Deutschland auf einen aus ihrer Sicht gesünderen wirtschaftspolitischen Kurs zu bringen.*'' (S. 136) Als Beleg für den letzten Satz gibt Turner einen Brief an Paul Reusch an, der allerdings sehr viel mehr enthält. Aus dem Original sei hier zitiert, um das Ausmaß der Quellenmanipulation des Yale-Historikers deutlich zu machen. Der Leiter des Berliner Büros der GHH, Martin Blank, schreibt seinem Generaldirektor u.a.: ,,*Die politischen Gruppen, für die eine finanzielle Unterstützung* (im anlaufenden Reichstagswahlkampf, Anm. K.W.) *von Seiten der Wirtschaft in erster Linie in Frage kommt, sind weitgehend identisch mit den im Reichskabinett selbst vertretenen Richtungen. Es muß daher von der Reichsregierung erwartet werden, daß sie auf dem Verordnungswege alle diejenigen Maßnahmen in Kraft*



Fritz Thyssen antwortet ihm mit einer Erklärung, die er mit einem „Heil, Herr Hitler" abschließt (Quelle: s.o.)

Fortsetzung nächste Seite

Hitler persönlich gratuliert dem Industriellen Emil Kirdorf zum 90. Geburtstag (1937)

(Quelle, s.o.)

setzt, die parlamentarisch schon weit vorbereitet waren und denen nur der formale Akt der Annahme in der dritten Lesung fehlte (mangels parlamentarischer Mehrheit! Anm. K.W.) *Die Wirtschaft wird auch ihre finanzielle Hilfe abhängig machen müssen von dem Maße an Entschlossenheit, das die Regierung in diesen Dingen beweist.''* Blank berichtet dann weiter, daß die Geschäftsführenden Präsidialmitglieder des RDI und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sich für eine Reform der Arbneitslosen- und Krankenversicherung ,,im Verordnungswege'' eingesetzt hätten. Auch die Osthilfe war im Gespräch. ,,*Hemmungen für eine derart weitgehende Anwendung des Verordnungsrechtes bestehen einmal in gewissen Bedenken, die der Reichspräsident persönlich hat, der Wert darauf legt, unter allen Umständen im Rahmen der Verfassung zu bleiben... Morgen früh werde ich gemeinsam mit Dr. Erdmann von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände den Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Herrn General v. Schleicher, aufsuchen, um auch im Reichswehrministerium, soweit das noch erforderlich ist, für die durchgreifende Anwendung des Artikels 48 Stimmung zu machen. Die finanzielle Tragweite gerade der sozialpolitischen Reform ist außerordentlich weitgehend.'' (5)* Es folgt eine Aufzählung der einzusparenden Summen bei Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherungen und Kriegsrenten.

Wer will hier leider (noch) im Rahmen der Verfassung bleiben? Der Reichspräsident. Und wer drängt Reichskanzler und Reichswehrführung

Wer will hier leider (noch) im Rahmen der Verfassung bleiben? Der Reichspräsident. Und wer drängt Reichskanzler und Reichswehrführung

weiter in die verfassungswidrige Richtung? Die Vertreter der industriellen Spitzenverbände und zusätzlich ein Lobbyist der westlichen Schwerindustrie. Auch steht hier nirgends etwas davon, daß dieses Drängen sich ursprünglich gegen den Kurs der Notverordnungen richtete. Das steht auch nicht in der Darstellung von Reinhard Neebe über ,,Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933'' (6), der relativ umfassendsten Untersuchung zum Thema. Zwar gibt Turner die Seiten 67-72 dieses Buches als Beleg seiner eigenen Behauptungen über die Ereinisse des Frühjahres 1930 an, schlägt man aber die Seite 67 bei Neebe auf, so heißt es dort viel differenzierter: ,,*Entweder schwenkte die Wirtschaft voll auf den Kurs der insbesondere vom rechten Flügel der Schwerindustrie... ventilierten Strategie einer vom Parlament unabhängigen Regierung auf der Basis einer Notverordnungsdiktatur ein, oder es blieb der gewiß bittere Wiederbelebungsversuch einer großen Koalition.''* Gerade auch Neebe weist darauf hin, daß nach der Verabschiedung des neuen Reparationsplanes (,,Young-Plan'') ,,*der bewußte Bruch der Koalition bzw. die Eliminierung der nunmehr überflüssig gewordenen SPD angegangen''* wurde. Schon im Dezember 1929 war diese Strategie in Ausführungen Carl Duisbergs vor Geschäftsführerkonferenz und Mitgliederversammlung des RDI sichtbar geworden (Neebe, S. 54). Duisberg, zu dieser Zeit Vorsitzender des RDI sowie Vorsitzender des Aufsichts- und Verwaltungsrates der I.G. Farben, zählte nicht einmal zum Scharfmacher-Flügel des industriellen Spitzenverbandes. Was Turner treibt, ist Täuschung des Lesers, der nicht die Zeit und die Möglichkeit zur Überprüfung der angegebenen Quellen und der Literatur hat.

Das Krisenjahr 1930 und die Reichskarriere der NSDAP

Die Reichstagswahlen im September 1930 brachten den Durchbruch der Nationalsozialisten, die seit 1927/28 immer stärkere regionale Schwerpunkte entwickelt hatten, auch auf Reichsebene. Nachdem es schon in den Jahren zuvor direkte Kontakte zwischen einigen wichtigen industriellen Repräsentanten und führenden Nationalsozialisten gab, beschäftigte sich nun ein wachsender Teil der Großindustrie mit der Aufsteiger-Partei. Vor allem von Vertretern der westlichen Schwerindustrie wird eine Politik der Kanalisierung der ,,Bewegung'' entwickelt. Der Einfluß ,,linker'', ,,sozialistischer'' Strömungen in der Partei soll verdrängt und die ,,nationale'', letztlich kapitalfreundliche Richtung gestärkt werden. Dabei geht es keineswegs um eine ,,Zähmung'' der Partei im Sinne einer Humanisierung, sondern um das Einspannen für die eigenen Interessen, hin zum autoritären Staat, zur ,,nationalen Diktatur''. Der prokapitalistische Flügel der Partei wurde schon früh mit dem italienischen Faschismus verglichen, bzw. der italienische Faschismus als Vorbild für die NSDAP hingestellt. Diese Versuche zur weiteren Ausrichtung von Taktik und Strategie bestimmter Kapitalfraktionen gegenüber den Nationalsozialisten spiegeln sich u.a. in den von der westlichen Schwerindustrie beeinflußten Zeitungen und — mit der entsprechenden Nuancierung — in den Blättern des Hugenberg-Konzerns wider. Um das zu bagatellisieren, nutzt Turner eine schlichte, aber für geneigte Leser wahrscheinlich wirksame Methode: Er zitiert nur die Kritik an der NSDAP (die aber eine Kritik am linken Flügel der Partei ist); Zustimmung wird weitgehend weggelassen und zwar vor allem die Artikel, in denen die Gründe für eine positive Betrachtung der Partei nä-

Partei ist); Zustimmung wird weitgehend weggelassen und zwar vor allem die Artikel, in denen die Gründe für eine positive Betrachtung der Partei nä-

her beschrieben werden. Diese Methode nimmt im Fall der Berliner ,,Deutschen Allgemeinen Zeitung'' (DAZ) groteske Züge an. Das mit Mehrheit von Schwerindustriellen kontrollierte und von ihnen ständig subventionierte Blatt brachte von Ende September bis Ende Dezember 1930 (dieser Zeitraum steht bei Turner zur Debatte) eine Reihe von Artikeln, die **auch** die 'positiven', die antidemokratisch-nationalistischen, gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Seiten der NSDAP würdigten; u.a. wurde gefragt, ob es nicht möglich sei, Adolf Hitler ,,*für eine Besserung unserer Verhältnisse einzuspannen?''* In der Weihnachtsausgabe wird sogar das Ergebnis einer Umfrage mitgeteilt; Thema: ,,*Was halten sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?''* Von vier Prominenten antworteten drei mit ja: Hjalmar Schacht (1924-1930 und 1933-1939 Reichsbankpräsident), Generaloberst Hans von Seeckt (1920-1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr, 1930-1932 DVP-Reichstagsabgeordneter ,,*mit einem uneingeschränkten Ja,''*) und Elard von Oldenburg-Januschau (Großagrarier, seit 1930 für die Deutschnationale Volkspartei im Reichstag). Nur der Historiker Wilhelm Schüssler schreibt ,,*Zu früh!''* denn das könnte der ,,Bewegung'' schaden, sie frühzeitig verschleißen. Der Chefredakteur der DAZ, Fritz Klein, der beim Reichskanzler ein- und ausgeht, deutet vier Tage später in einem Leitartikel an, Brüning könnte wohl so denken, wie Schüssler ,,in seiner wertvollen Antwort'' dargelegt habe. Noch sei es für eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung zu früh, aber ,,***es könnte sein, daß zu gegebener Stunde ein brauchbares Arbeitskompromiß gefunden werden wird, das herzustellen sich der oberste Beamte des Reichs nur für einen späteren Zeitpunkt vorbehielt*** (Sperrung im Original, Anm. K.W.)... *Der Ausweg der Selbstvertagung des Parlaments ist auf die Dauer nicht gangbar. Die bestehende verfassungsmäßige Diktatur bedarf der Verankerung in den Massen.''* (7) Von alledem steht bei Turner nichts. (8)

Die Finanzierung der NSDAP

Noch relativ lesenswert sind die Kapitel über die Finanzierung der nationalsozialistischen Partei. Das Ergebnis lautet: Parteiapparat und Propaganda der NSDAP sind zum größten Teil ,,aus eigener Kraft'' (S.412) finanziert worden (eine ebenso wie der Begriff ,,Selbstfinanzierung'' vieldeutige Formulierung) : von den ,,sich aufopfernden Parteimitgliedern'' (S. 145), durch zahlreiche kleine Spenden und auch durch Einnahmen aus großen (Wahlkampf-)Veranstaltungen. Das gelte fast ganz für den nationalsozialistischen ,,Durchbruch'' 1930. Später gerät diese These allerdings etwas ins Wanken. Denn ,,*ab Winter 1930/31 profitierten die Nationalsozialisten vom Einfluß und in manchen Fällen vom Geld der Mitläufer und anderer Wohltäter aus der Großindustrie, die über gute Verbindungen verfügten.''* (S. 174) ,,*Im Frühjahr und Frühsommer 1932 floß mehr Geld als je zuvor aus den Kassen der Wirtschaft an verschiedene Nationalsozialisten,''* (S. 309) Dennoch sei die Partei nicht auf die ,,*Unterstützung durch große Geldgeber angewiesen''* gewesen. ,,*Dies war schlichtweg nicht der Fall,''* Die NSDAP habe sich ,,*sehr geschickt aus eigener Kraft''* finanziert, ,,*zumindest bis zum Herbst 1932.''* (S. 412)

Die Widersprüche in seiner Argumentation versucht Turner u.a. durch folgende Interpretationen zu lösen: Wenn die Großindustrie schon mal größere Summen für die Nationalsozialisten ausgab (ein Faktum, an dem er nicht vorbei kann), dann nicht an die Partei, sondern an einzelne Nationalsozialisten, die außerdem das Geld zu erheblichen Teilen privat verplem-

zialisten ausgab (ein Faktum, an dem er nicht vorbei kann), dann nicht an die Partei, sondern an einzelne Nationalsozialisten, die außerdem das Geld zu erheblichen Teilen privat verplem-

pert hätten (belegt wird dies nicht).

Wie war es denn mit den Geldern, die ohne Belege gewährt worden sind? ,,*Diese Frage kann nicht definitiv beantwortet werden, weil die Quellen unvollständig sind,''* antwortet der Autor in seinen ,,Schlußfolgerungen'' (S. 411). Damit ist natürlich wieder alles offen. Denn das ist es ja eben: damals wie heute liefen viele Parteispenden über Strohmänner und ihre Konten. Das ist in einer Reihe von Fällen nicht mehr zu rekonstruieren. Immerhin sind die Summen, die allein Stegmann belegt, nicht unerheblich. Auch bei Turner findet man, gegen den Interpretationsstrich gelesen, einige wichtige Zusammenhänge und Fakten zur Finanzierung der NSDAP. Hier hat dieses Buch einen Gebrauchswert — wenn man davon absieht, daß das meiste schon woanders steht.

Quintessenz der Darstellung ist die Behauptung, Hitler sei zur Macht gekommen, ,,*als die Beziehungen zwischen seiner Partei und der Wirtschaft den tiefsten Punkt erreichten.''* (S. 410) Zuvor werden mehrere Quellen, u.a. aus dem Archiv der Gutehoffnungshütte, zitiert, die etwas ganz anderes aussagen (S.385).

Der selbsternannte Positivist Turner hat mit seiner speziellen Methode der handverlesenen Quellenauswahl und ihrer Interpretations-Kommuniqués an einer alten Legende neu gestrickt: dem Mythos von der Ohnmacht des Großen Geldes, im direkten und übertragenen Sinne.

Henry Ashby Turner,Jr.: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Siedler Verlag, Berlin (West) 1985. 565 Seiten, 68 DM

Anmerkungen:

(1) Kritikern beugte Turner in seinem Buch vor. Man werde ihm vorwerfen, *„ein bloßer Positivist, ein vulgärer Faktenhuber zu sein"*, heißt es in seiner Schlußbetrachtung (S. 424). Als Historiker wird man sich daher mit seiner Methode, einzelne Quellenfunde oft nur nebeneinanderzustellen und sie ohne ihren Zusammenhang personalisierend darzustellen, befassen müssen und den Kern dieser Methode exemplarisch bloßlegen.

(2) Henry Ashby Turner, Jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Götingen 1972.

(3) Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung. In: Archiv für Sozialgeschichte Bd. XIII, 1973, S. 399-482.

(4) Zitiert nach Edgar J. Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen ..., 3. Aufl. (11.-15. Tausend), Berlin 1930, S. 663.

(5) Aus der Akte GHH 400 101 24/7, Blank an Reusch, 23.7.30.

(6) Reinhard Neebe, Staat und NSDAP 1930-1933, Göttingen 1981.

(7) DAZ Nr. 604 (Ausgabe Groß-Berlin), 29.12.30, S. 1.

(8) Turner zitiert die DAZ zweimal zu ihrer Beurteilung der NSDAP. Einmal wird dem Leser suggeriert, die DAZ sehe die Nationalsozialisten als einen Erben des Marxismus an (S. 157). Ein andermal wird deren Aussage verfälscht, wenn Turner DAZ-Chefredakteur Klein interpretiert, obwohl dieser die Hoffnung ausdrücke, *„der Nationalsozialismus könne 'kanalisiert' und in das 'richtige Flußbett geleitet werden' "*, habe er geschlossen, *„daß der Ausgang des Kampfes 'vollkommen ungewiß' sei"* (S. 165). Tatsächlich aber steht die Überlegung, daß der Ausgang des Machtkampfs in der NSDAP 1930 (DAZ: *„Zwischen dem vornehmlich antikapitalistisch und dem vornehmlich nationalistisch betonten Elementen"* (sic) vollkommen ungewiß sei, zunächst im Text, dem Klein die eigene Überlegung im Schlußabsatz hinzufügt: *„Der Nationalsozialismus muß 'kanalisiert' und in das richtige Flußbett geleitet werden."*

Ohne Ideologie —

drei Viertel der Spenden an die Nazis

Umfassende exakte Zahlen über die Finanzierung der NSDAP durch die Industrie vor 1933 sind aufgrund der Quellenlage nicht zu nennen. Gelder wurden an alle konservativen und bürgerlichen Parteien vergeben. Wie im heute aktuellen Fall Flick auch durchaus vom selben Spender an mehrere potentielle Partner für die Zukunft. Dennoch lassen sich in Kürze einige Fakten und Namen über die Verbindung der Nationalsozialisten zur Industrie, insbesondere zur Schwerindustrie nennen.

Emil Kirdorf, der ,,große alte Mann des Ruhrbergbaus''. Als Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks AG (die er 1926 in die Vereinigten Stahlwerke einbrachte) verschuf er Hitler früh (seit 1927) den Zugang zu Industriellenkreisen. 1927 bat er Hitler um eine Broschüre zu seinen eigenen (Kirdorfs) Ehren, die als nicht-öffentliche unter dem Titel ,,Der Weg zum Wiederaufstieg'' erschien. Im selben Jahr trat der einflußreiche, in der Kriegsrüstung aus dem ersten Weltkrieg erfahrene Kirdorf der NSDAP bei, die er ein Jahr später wegen des linken Flügels verließ. Dennoch blieb er Hitler-Proteg'e. 1934 trat er der NSDAP wieder bei und erhielt — ein ungewöhnliches Verfahren der Partei — seine frühe Mitgliedsnummer wieder. Bei seinem Tode 1938 inszenierten die Nazis ein Begräbnis mit höchsten staatlichen Ehren. Seinem Bemühen ist es zu verdanken, daß 1930 sein Schwiegersohn und Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke, **Herbert Kauert** sowie der Generaldirektor der Essener Steinkohlen AG, **Ernst Tengelmann** und dessen Söhne in die NSDAP eintraten und für sie aktiv wurden.

Fritz Thyssen, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, Mitglied im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), Inhaber zahlreicher Aufsichtsratsposten und Vorstandsmitglied im Zechenverband Bergbaulicher Verein. Seit Ende 1930 bekämpfte er das Kabinett Brüning und plädierte für ein Bündnis mit den Nationalsozialisten. Sorgte 1931 für den Austritt des Bergbaulichen Vereins aus dem RDI (wegen dessen Brüning-Unterstützung). Er nahm offen ab 1930 Partei für Hitler, sorgte im selben Jahr für erste Darlehen. Auf seine Initiative hin überwies der Bergbauliche Verein ab Frühjahr 1931 feste monatliche Summen an NSDAPler beider Flügel, darunter an den ehemaligen Ressortleiter bei der

Darlehen. Auf seine Initiative hin überwies der Bergbauliche Verein ab Frühjahr 1931 feste monatliche Summen an NSDAPler beider Flügel, darunter an den ehemaligen Ressortleiter bei der

,,Berliner Börsenzeitung'' und wirtschaftspolitischen Berater Hitlers, Walter Funk (unter den Nazis Reichswirtschaftsminister). Im Dezember 1931 trat Thyssen der NSDAP bei.

Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen, Mitglied im RDI-Präsidium sowie zahlreiche weitere Funktionen vor allem in der Schwerindustrie.Er unterstützte zunächst das Präsidialkabinett Brüning und gehörte bis 1931 zum ,,gemäßigten'' — nichtsdestotrotz scharf antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen — Flügel der Schwerindustrie zusammen mit **Krupp**, **Vögler** (Vereinigte Stahlwerke) und **Springorum** (Hoesch). Seit 1931 Opposition gegen Brüning und Unterstützung der ,,Harzburger Front'' — einem Zusammenschluß der ,,Nationalen Opposition'' von NSDAP, Deutschnationalen, Stahlhelm und Mitgliedern der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei. Im Juni 1932 wird Reusch zusammen mit Thyssen, Springorum, Vögler und (Reichsbankpräsident bis 1930 und ab 1933) **Hjalmar Schacht** Teilnehmer der ,,Arbeitsstelle Dr. Schacht''. Diese koordinierte zusammen mit dem **,,Keppler-Kreis''** (später ,,Freundeskreis Himmler'' — Keppler war ein Wirtschaftsexperte Hitlers) die Ausrichtung der künftigen nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik an großindustriellen Interessen. Nach einer Krise in den Beziehungen zur NSDAP im Herbst 1932 stimmte er im Januar 1933 einem ,,Kabinett der nationalen Konzentration'' mit NSDAP-Beteiligung zu, das in Vorgesprächen zwischen ihm, dem früheren Reichskanzler von Papen sowie Krupp, Springorum und Vögler am 7. Januar 1933 besprochen wurde. Reuschs Ziel war eine ,konservative Einrahmung' Hitlers zur besseren Kontrolle der NS-Massenbewegung. Spätestens seit dieser Zeit unterstützte er die NSDAP auch finanziell.

Hitler hatte immer wieder Gespräche mit maßgeblichen Industriellen führen können, Höhepunkt war für ihn allerdings der Auftritt vor dem **Düsseldorfer Industrieclub** am 26. Januar 1932. Eine der positiven Folgen für die NSDAP war die Spende einer beträchtlichen Summe von 100.000 RM für die preußischen Landtagswahlen im April 1932, die der Bergbau vermutlich zusammen mit dem Arbeitgeberverband Eisen und Stahl Nordwest zahlte.

Keine Hemmungen bei der Unterstützung der NSDAP kannten die Großindustriellen, nachdem Hitler im Januar 1933 Reichskanzler geworden war. **Martin Blank**, politischer Vertrauter von Reusch und Leiter des Berliner Büros der GHH, berichtet in seinen Aufzeichnungen an diesen von einem Treffen Industrieller (darunter **Krupp, Vögler, Springorum, Tengelmann, Rostberg** — Vorstand Kali-Industrie AG, seit 1931 NSDAP-Mitglied, **Brandi** Vorstand Vereinigte Stahlwerke, **von Schnitzler** — Vorstand I.G. Farben, **Stinnes, von Opel, von Winterfeld** — Vorstand Siemens & Halske, **Quandt** — insgesamt 27 Personen) mit Hitler, Göring und Hjalmar Schacht am 20. Februar 1933. Nachdem Hitler eine ,,*rhetorisch glänzende*'' Rede über die Ziele der NSDAP gehalten habe (Krupp ,,*sprach dem Redner den ausdrücklichen Dank aller Beteiligten aus und hob insbesondere das Bekenntnis zum Privateigentum und zur Wehrhaftigkeit hervor*''), nachdem Göring erläutert habe, daß die Kassen der Partei leer seien, hätten die Industriellen unter Federführung Schachts und in Abwesenheit der beiden Nazis über Spenden beraten. Dieser Vorgang liest sich bei Blank folgendermaßen:

,,*... Herr Schacht ergriff das Wort, indem er darauf hinwies, daß die Schicksalsstunde der Wirtschaft gekommen sei. Er wolle keine großen Worte machen und ohne Umschweife erklären, daß er-*

,,*... Herr Schacht ergriff das Wort, indem er darauf hinwies, daß die Schicksalsstunde der Wirtschaft gekommen sei. Er wolle keine großen Worte machen und ohne Umschweife erklären, daß er-*

forderlich seien insgesamt RM 3.000.000, deren Aufbringung er sich wie folgt gedacht habe:

RM 1.000.000 westliche Kohlen- und Eisenindustrie,

RM 1.000.000 chemische Industrie und Kalibergbau,

RM 1.000.000 Braunkohle, Maschinenbau und Elektrotechnik.

Die den Westen vertretenden Herren haben RM 1.000.000 zugesagt. Für die Chemie, die RM 500.000 übernehmen soll, konnte noch keine Zusage gegeben werden. Die Aufteilung der dritten Gruppe soll wie folgt geschehen:

Braunkohle RM 500.000

Automobilindustrie RM 100.000

Maschinenbau RM 100.000 (die von Herrn Reuter gezeichnet wurden)

Elektrotechnik RM 300.000 (von denen RM 100.000 durch Siemens gezeichnet wurden).

Herr Schacht hatte zunächst gebeten, ihm die Einzelverteilung zu überlassen, und Herr Springorum hat dann durchgesetzt, daß von den aufzubringenden Summen 1/4 der Kampffront schwarz-weiß-rot und 3/4 der NSDAP zufließen, womit sich Herr Schacht einverstanden erklärte''.

(Aus: Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 - 1933, Dokumentenanhang, S. 477, Bonn, 1973).



1960 Chruschtschow in Paris

XXVII. Parteitag der KPdSU (Teil 2)

Die Außenpolitik

Von grundlegender Bedeutung für die gesamte sowjetische Außenpolitik ist die Einschätzung der kapitalistischen Staaten durch die KPdSU. Auch wenn die sowjetischen Texte oft gefüllt sind mit langweiligen Stereotypen, kommt man nicht umhin, sich gründlich mit den strategischen Thesen der KPdSU auseinanderzusetzen. Dabei geht es erstens darum, welche Außenpolitik die UdSSR verfolgt, auf welche Bündnispartner sie setzt und wie realistisch ihre Ziele sind; zweitens geht es darum, ob die Analyse der internationalen Situation, die die KPdSU vorträgt, gleichzeitig eine brauchbare theoretische Grundlage für sozialistische Politik in den kapitalistischen Ländern ist, wie unter anderem und kaum überraschend die DKP behauptet.

Theoretische Grundlagen

Die theoretische Grundlage der außenpolitischen Einschätzungen der KPdSU ist offiziell eine bestimmte Interpretation der Imperialismustheorie Lenins von 1916/17.

Die Imperialismustheorie spielt für den Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung eine überaus zentrale Rolle, und dies seit jenen Jahren, als die Imperialismustheorie Lenins zur theoretischen Grundlage der sich herausbildenden Komintern (3. Internationale) wurde. Das neue Parteiprogramm der KPdSU steht, wie schon die vorherigen, in der Tradition einer Interpretation der Imperialismustheorie, die sich nach Lenins Tod in der Komintern durchsetzte und ihr Programm von 1928 bestimmte. Die Kernthese dieser Theorie ist in Anlehnung an Lenin die Behauptung, daß der Kapitalismus seinen historischen Zenit bereits überschritten habe und allein wegen einer „künstlichen Verlängerung" durch Monopolprofite, Ausbeutung unterentwickelter Länder und Bestechung der Arbeiterklasse noch existiere.

Diese Thesen sind in der einen oder anderen Form weit über das Spektrum der KPdSU-Anhänger hinaus verbreitet. Sie bilden in gewisser Hinsicht die populärsten Teile des Marxismus-Leninismus. Für die KPdSU folgt gerade aus der historischen Überlebtheit des Kapitalismus seine besondere Gefährlichkeit. Denn der Imperialismus sei *„faulender, sterbender Kapitalismus"* (Lenin), der sich mit äußerster Brutalität seinem geschichtlichen Abtritt widersetze und deshalb zum Krieg gegen die UdSSR und andere fortschrittliche Länder blase.

Wie nun kann die KPdSU gleichzeitig auf eine neue Phase der Entspannungspolitik hoffen?

tig auf eine neue Phase der Entspannungspolitik hoffen?

Der Kapitalismus stirbt und stirbt und stirbt ...

Die KPdSU begreift in Anlehnung an Lenin den Imperialismus nicht als eine besondere Politik, sondern als das *„höchste und letzte Stadium"* des Kapitalismus, d. h. als die Phase seines Zerfalls. Mittlerweile sei der Imperialismus, als der monopolistische Kapitalismus, in den *„staatsmonopolistischen Kapitalismus"* übergegangen und die *„allgemeine Krise des Kapitalismus"* habe sich vertieft. Die Folge davon sei, daß *„sich der Konflikt zwischen den gigantisch gewachsenen Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen immer mehr"* verschärfe. Das Programm der KPdSU zeichnet ein Bild von den Zuständen im modernen Kapitalismus, als stünde dieser kurz vor seinem ökonomischen und politischen Bankrott.

1. *„Der bürgerliche Staat nimmt über den Staatshaushalt eine bedeutende Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Großkapitals vor. (...) Immer höhere Profite werden aus der Qualifikation, den physischen und psychischen Kräften der Werktätigen herausgepreßt."* Es klingt also alles nach wachsender Verelendung. Aber:

2. *„Angesichts des wachsenden Einflusses des Weltsozialismus zwingt der Klassenkampf der Werktätigen die Kapitalisten zeitweilig zu Teilzugeständnissen, zu gewissen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung sowie der Sozialleistungen."* Anders gesagt: Die KPdSU behauptet, daß die vorhergesagte Verelendung deshalb nicht eingetreten wäre, weil der Weltsozialismus (gleich UdSSR plus Partner) mit ihrem wachsenden Gewicht den sozialen Kämpfen im Westen Durchsetzungsvermögen verschafften.

3. *„Auf politischem Gebiet ist für den Imperialismus die Tendenz zur Verstärkung der Reaktion in allen Richtungen kennzeichnend. (...) In für das Kapital bedrohlichen Situationen greift es, ohne zu zögern, zu politischer Erpressung, Repressalien, Terror und Strafaktionen. Immer aktiver tritt der Neofaschismus auf die politische Bühne."*

Diese allgemeinen und undifferenzierten Thesen bestimmen die gesamte Einschätzung der KPdSU über die Entwicklung des modernen Kapitalismus. Tatsächlich lassen sich mit diesen Thesen kaum stichhaltige Analysen verbinden. So heißt es zunächst ganz allgemein: *„Der Imperialismus stellt sich dem gesellschaftlichen Fortschritt mit brutalem Widerstand entgegen und versucht, den Gang der Geschichte aufzuhalten, die Positionen des Sozialismus zu erschüttern und soziale Revanche im Weltmaßstab zu nehmen."* Daher bemühe sich der Imperialismus, *„eine gemeinsame Front des Kampfes gegen den Sozialismus sowie gegen alle revolutionären und Befreiungsbewegungen zu errichten."*

Wenn man von der Imperialismus-Definition der KPdSU ausgeht, müßten dieser „Front" alle kapitalistischen Staaten zugerechnet werden. Doch für die KPdSU ist der US-Imperialismus die *„Hauptbastion der internationalen Reaktion"*, von ihm geht *„vor allem die Kriegsgefahr"* aus. Zwar spricht der Programmentwurf ganz allgemein von einer Zuspitzung der *„Widersprüche zwischen den bürgerlichen Staaten"*, gibt aber an keiner Stelle konkreter an, worin diese bestehen, welche Konsequenzen das hat usw. Und dies, obwohl die KPdSU behauptet, die Lage sähe in allen imperialistischen Staaten folgendermaßen aus:

„Die waffenproduzierenden Monopole, die Generalität, die Staatsbürokratie, der ideologische Apparat und die militarisierte Wissenschaft sind zum Militär-Industrie-Komplex verschmolzen und zu den eifrigsten Verfechtern und Organisatoren der Politik des Abenteurertums und der Aggression geworden."

All dies sei Beweis für die *„historische Überlebtheit"* des Kapitalismus: *„Der Imperialismus ist faulender und sterbender Kapitalismus, der Vorabend der sozialistischen Weltrevolution."* Offiziell währt dieser Vorabend schon seit jenen Tagen, als Lenin seinen „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" schrieb, also genau 70 Jahre.

Nun ist die These eines Militär-Industrie-Komplexes (MIK) nicht neu, sondern ein Ladenhüter der sogenannten StaMoKap-Theorie. Neu ist aber etwas anderes. Bislang hatten die UdSSR und mit ihr die hiesigen Verfechter der StaMoKap-Theorie, also die DKP und Teile der linken Sozialdemokratie, immer behauptet, es gebe eine aggressive Fraktion des Imperialismus, die sich um den MIK gruppiere, und eine „realistische" Fraktion, die einsehe, daß man keinen Krieg gegen den Sozialismus gewinnen könne, und darum für Entspannung sei. Das Überraschende ist, daß sich in dem KPdSU-Programm keine derartige These findet.

Presseblüten

„Der Sowjetunion steht ein großes Abenteuer bevor, fast eine Art von Klassenkampf." (H.H.Götz in der „FAZ", 11.3.86)

„Seit von Entlassungen und sogar von Arbeitslosigkeit die Rede ist, wofür zunächst die spektakuläre Auflösung einiger Ministerien sorgte, sind westliche Medien plötzlich bereit, Gorbatschow einen gewissen Reformwillen zu unterstellen." (Maria Huber in der „Zeit", 21.2.86)

„Es ist die Stalin-Erbschaft, die Rußland daran hindert, etwa den revolutionären Markt-Sozialismus Chinas nachzuvollziehen." („Spiegel" 28/85, 8.7.85)

„Das Angebot einer Null-Lösung (...) war der letzte Schritt, den die NATO tun konnte, um dem damaligen Bundeskanzler Schmidt das Durchsetzen der Nachrüstung zu erleichtern." (K. Feldmeyer in der „FAZ", 22.2.86)

Eine Anti-Reagan-Koalition?

Während die allgemeine Imperialismus-Analyse der KPdSU nach der Devise argumentiert „Verletzte Raubtiere sind erst recht gefährlich" und eigentlich nur die Schlußfolgerung zuläßt, man müsse den Imperialismus oder wenigstens den MIK zerschlagen, wird ganz unvermittelt doch noch ein Ausgleich nach dem *„Prinzip der friedlichen Koexistenz"* in Aussicht gestellt: *„Die Partei setzt sich für die Entwicklung des internationalen Entspannungsprozesses ein. (...) Die vorliegenden Erfahrungen der Zusammenarbeit bestätigen die Realisierbarkeit einer solchen Perspektive."*

Diese Perspektive scheint nun nicht zu der These zu passen, der moderne Kapitalismus sei aus „objektiven", ökonomischen Gründen zur Aggressionspolitik *gezwungen*. Sie scheint nicht zu der These zu passen, daß der MIK die bürgerlichen Staaten beherrsche. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Die Erklärung liegt darin, daß die KPdSU im konkreten nur den USA eine aggressive imperialistische Politik nachsagt und zugleich erklärt, die *„KPdSU mißt der weiteren Entwicklung einer friedlichen, guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit der Staaten Europas große Bedeutung bei."*

Nirgends in dem Programm werden die Konsequenzen dieser Einschätzung tatsächlich ausgeführt. Es wird jedoch aus dem Zusammenhang offenkundig, daß die UdSSR eine Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten Europas gegen die US-amerikanische Aggressionspolitik anstrebt. So sprach Gorbatschow in dem Politischen Bericht von einem *„neuen Aufflammen der Widersprüche zwischen imperialistischen Staaten"* und von *„drei Hauptzentren des modernen Imperialismus"*, nämlich USA, Westeuropa und Japan. Gorbatschow erklärte dann: *„Auch wenn es den drei imperialistischen Zentren bis zu einem gewissen Grade gelingt, ihre Positionen abzustimmen, ist das meist eine Folge des amerikanischen Drucks oder des offenen Diktats der Amerikaner, entspricht das den Interessen und Zielen vor allem der USA selbst."*

Diese Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten, so hofft die KPdSU, könnten noch einmal, wie bereitas im 2. Weltkrieg, das Zustandekommen einer imperialistischen Einheitsfront gegen die UdSSR verhindern. Für diese Perspektive spielen dann die sozialdemokratischen und die eurokommunistischen Parteien eine politische Schlüsselrolle.

Eine neue Einheit der Arbeiterbewegung?

„Die KPdSU wird ihren Kurs auf die Entwicklung der Verbindungen zu sozialistischen, sozialdemokratischen und Labour-Parteien fortsetzen. (...) Wie tief die Divergenzen zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung auch immer sein mögen, so ist dies doch kein Hindernis für einen fruchtbaren und systematischen Meinungsaustausch, für parallele und sogar gemeinsame Aktionen gegen die Kriegsgefahr, für die Gesundung der internationalen Lage (...)." Man lese das ruhig zweimal. Die *„verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung"*! Kein Wort zu der Vernetzung der sozialdemokratischen Parteien Europas mit den jeweiligen MIK-Varianten, kein Wort gegen die Eurokommunisten. Im Gegenteil: Die KPdSU erklärt, *„daß die Kommunisten jedes Landes die Lage selbst analysieren und einschätzen, ihren strategischen Kurs und ihre Politik unabhängig bestimmen und die Wege des Kampfes für die Nah- und Endziele, für die kommunistischen Ideale festlegen."* Eine Selbstverständlichkeit? Keineswegs. Wer z. B. mal nachliest, welche Tiraden die KPdSU Mitte der 70er noch über die Häupter der Eurokommunisten goß, begreift durchaus, warum diese Parteien solche Passagen mit großer Aufmerksamkeit herausstellen. Die Moskau-Reise des PCI-Chefs Natta war bereits ein deutliches Signal für eine Normalisierung und die „L'Unita" hat Gorbatschow schon vor Monaten mit Vorschußlorbeeren bedacht.

Das taktische Kalkül der KPdSU ist dabei nicht schwer zu durchschauen. Selbstredend weiß die KPdSU, daß

Das taktische Kalkül der KPdSU ist dabei nicht schwer zu durchschauen. Selbstredend weiß die KPdSU, daß sich ihre Entspannungsvorstellungen in Europa wesentlich leichter mit sozialdemokratischen Regierungen verwirklichen lassen als mit den sog. neokonservativen Parteien. Es ist also nur folgerichtig, in den westeuropäischen Ländern Parteien zu unterstützen, die unter welchem Namen auch immer sozialdemokratische Politik machen und die eine halbwegs begründete Aussicht auf Regierungsbildung oder -beteiligung aufweisen. Miniatur-Parteien wie die DKP stehen zwar der KPdSU „ideologisch" näher, spielen jedoch aufgrund ihrer politischen Bedeutungslosigkeit keine relevante strategische Rolle.

Es ist durchaus konsequent, daß das Parteiprogramm der KPdSU keinerlei Warnung vor dem westdeutschen Revanchismus enthält, der jahrzehntelang neben den USA als zweitgefährlichster Imperialismus rangierte. Es fehlt weiterhin jede positive oder negative Äußerung zur EG. Allerdings findet sich in dem Bericht Gorbatschows ein denkwürdiger Passus: *„Neue Widersprüche — zwischen den transnationalen Konzernen und der nationalstaatlichen Form der politischen Organisation der Gesellschaft — sind entstanden."* Das ist die These, mit der Peter Glotz und ein Teil der Eurokommunisten für die EG und ihren Ausbau eintreten. Daß Gorbatschow meint, den *„Kern der transnationalen Konzerne bilden die amerikanischen"*, paßt ins Bild.

In das Bild paßt auch die Tatsache, daß die KPdSU zwar die Unterstützung reaktionärer Diktaturen durch die USA anprangert, aber weder die Türkei auch nur erwähnt, noch etwa das britische Malvinas-Abenteuer näher kommentiert. Die Konzentration der KPdSU auf den Konflikt mit den USA drückt sich weiterhin dadurch aus, daß die UdSSR sich bemüht, die Konflikte mit der VR China abzubauen. Die KP China hat allerdings die Einladung zu dem XXVII. Parteitag der KPdSU ausgeschlagen. So gilt die VR China der KPdSU nun nicht länger als *„militärbürokratische Diktatur"*, wie sie es während der Polemik tat, sondern als Bestandteil der *„sozialistischen Welt"*. Gorbatschow erkärte, *„daß die Reserven der Zusammenarbeit der UdSSR mit China gewaltig"* seien. Statt jede Abweichung von dem leuchtenden Vorbild Sowjetunion als Opportunismus oder Verrat zu denunzieren, heißt es nun: *„Die gewaltige Vielfalt der kommunistischen Bewegung und der Aufgaben, die sich vor ihr erheben, ist ebenfalls eine Realität. Manchmal führt das zu Meinungsverschiedenheiten und Differenzen. (...) Unserer Meinung nach ist die Mannigfaltigkeit unserer Bewegung kein Synonym für ihre Zersplitterung. Genauso hat die Einheit nichts gemein mit Uniformität, Hierarchie, mit der Einmischung der einen Parteien in die Angelegenheit anderer, mit dem Anspruch einer Partei auf den Monopolbesitz der Wahrheit."* Ganz grüne Töne also. Da paßt es ins Bild, daß Gorbatschow betonte, heute müsse man *„auf Grund der Entwicklung nicht eines einzigen, sondern mehrerer Länder den Charakter der sozialistischen Lebensweise analysieren"* und die *„Vervollkommnung der Demokratie, Leitungsmethoden und Kaderpolitik überdenken"*.

Das alles wären langweilige Selbstverständlichkeiten, hätte nicht die KPdSU jahrzehntelang in Großmacht-Manier sich selbst zum Papst des Kommunismus erklärt und mit Pressionen bis hin zur Intervention in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Länder eingegriffen. Wieweit nun die Anerkennung der Vielfalt seitens der KPdSU gehen wird, muß sich prak-

eingegriffen. Wieweit nun die Anerkennung der Vielfalt seitens der KPdSU gehen wird, muß sich prak-

tisch erweisen.

Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise reagieren jedoch bereits jetzt in einer Weise, die den Eindruck erweckt, die KPdSU plane tatsächlich eine gewisse Öffnung. War doch vor wenigen Wochen ein „Prawda"-Artikel in der westlichen Presse als eine Warnung an Ungarn interpretiert worden, so gehörte das ungarische Parteiorgan „Nepszabadsag" zu den ersten Gratulanten. Der sowjetische Parteitag habe *„bessere Bedingungen"* für eine gegenseitige Anerkennung *„spezifischer Lösungen"* in den jeweiligen Ländern geschaffen (nach „FAZ", 10.3.86). In derselben Nummer berichtete die „FAZ" von Gesprächen in Prag. Dabei seien *„auch von offizieller Seite, Meinungen zu hören, wonach der sowjetische Kongreß den ersten entscheidenden Angriff gegen das von Stalin Anfang der dreißiger Jahre geschaffene System gerichtet habe"* und wonach der XXVII. Parteitag eine Atmosphäre für notwendige Reformen in der CSSR schaffe. Ähnliches ist aus Polen zu hören, wo im Juni der X. Parteitag der PVAP über die Wirtschaftsreform diskutieren wird. Ernst genommen werden die sowjetischen Pläne jedoch auch von ganz anderer Seite. Der Vorsitzende des bundesdeutschen „Ostausschusses der deutschen Wirtschaft", Otto Wolf von Amerongen, sieht in den Wirtschaftsreformen eine willkommene Profitquelle und *„warnte die Amerikaner vor der Übertreibung der Gefahren beim sogenannten Technologietransfer"* („FAZ", 7.3.86).

Fortsetzung nächste Seite



1973 Breschnew in den USA

Fortsetzung von vorheriger Seite



Neue Außenpolitik? — Gorbatschow in Genf

Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden

Für die KPdSU ist die Frage von Krieg und Frieden das *„brennendste Problem, das heute vor der Menschheit steht"*. In der Erhaltung des Weltfriedens liege *„die historische Mission des Sozialismus"*. Während das Programm von 1961 noch verkündete, komme welcher Krieg auch immer, die Sowjetunion werde aus ihm siegreich hervorgehen, so betont das neue Programm, daß ein Weltkrieg das unvermeidbare Ende der Zivilisation wäre und es in einem Atomkrieg keine Sieger geben könne. Dem Ziel, einen nuklearen Krieg zu verhindern, wird in dem Programm der KPdSU alles andere untergeordnet. Deutlicher noch als zu Chruschtschows Zeiten wird die sowjetische Bereitschaft zu einem stabilen internationalen Agreement herausgestrichen. Für Chruschtschow stellte die friedliche Koexistenz noch eine *„spezifische Form des Klassenkampfes"* dar. Nicht einmal davon ist im neuen Programm die Rede. Stattdessen erklärt das Programm, *„daß ein ‚Export' der Revolution prinzipiell unzulässig ist"* und daß der *„Sozialismus seine Vorzüge nicht durch die Gewalt der Waffen"* beweise. Die KPdSU erklärt gar ihre Bereitschaft, gemeinsam mit bürgerlichen Staaten die *„Welle des Terrorismus"* zu bekämpfen, *„die die kapitalistische Gesellschaft überflutet"*.

Die sowjetische Führung signalisiert Kompromißbereitschaft in allen Fragen, außer in der Frage des US-amerikanischen Aufrüstungsprogramms.

Der Geist von Genf ist schon verflogen

Gorbatschow ging in dem Politischen Bericht mit den USA in einer Weise ins Gericht, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Er kennzeichnete die USA als ein *„System des monopolistischen Totalitarismus"*, dessen Führung *„offenkundig das realistische Orientierungsvermögen"* verliere. Diese *„Lokomotive des Militarismus"* behindere jede effektive Abrüstung und in den Reaktionen der USA auf die sowjetische Abrüstungsinitiative vom Januar sei kaum Bereitschaft auszumachen, *„die Lösung der Kardinalprobleme der Bannung der nuklearen Gefahr tatsächlich in Angriff zu nehmen"*. Allerdings wird daraus seitens der KPdSU nicht die Konsequenz gezogen, die Verhandlungen abzubrechen.

Die KPdSU erklärt, und das kann man ihr kaum verdenken, sie werde alles tun, um die Verteidigung der UdSSR auf einem Niveau zu halten, *"das uns befähigt, die friedliche Arbeit und das friedliche Leben der sowjetischen Menschen zuverlässig zu schützen"*. Und es wäre schlicht naiv zu

Die KPdSU erklärt, und das kann man ihr kaum verdenken, sie werde alles tun, um die Verteidigung der UdSSR auf einem Niveau zu halten, *"das uns befähigt, die friedliche Arbeit und das friedliche Leben der sowjetischen Menschen zuverlässig zu schützen"*. Und es wäre schlicht naiv zu

glauben, daß die UdSSR nicht in der Lage ist, entsprechend auf westliche Aufrüstungen zu reagieren. Aber die UdSSR setzt nicht auf ihr militärisches Potential allein, sondern Gorbatschow erklärte, daß die Partei die *„sowjetische Militärdoktrin"* bestimme. Dies ist zumindest von den praktischen Konsequenzen her neu, worauf auch Mlyńar in der „Zeit" hinwies (Freie Bahn für neue Formeln, in: „Die Zeit"' Nr. 8/86, S. 7). In diesem Zusammenhang wichtig ist, daß das sowjetische Militär in dem neuen Politbüro nur noch durch einen nicht stimmberechtigten Kandidaten (Sokolow) vertreten ist. Gorbatschow erklärte, Ziel der sowjetischen Militärdoktrin sei es, *„künftig so zu handeln, daß niemand mehr Grund zur Angst um die eigene Sicherheit hat, und sei es eine imaginäre Angst"*. Sollte die Sowjetunion diese Linie ernsthaft umsetzen, so wäre dies ein wichtiger Fortschritt. Und dies nicht nur im Verhältnis zum Westen. Denn schließlich hat die UdSSR wiederholt auch Verbündeten die militärischen Muskeln gezeigt.

> „Es wäre lächerlich, unsere Revolution als eine Art Ideal für alle Länder hinzustellen, sich einzubilden, sie hätte eine Reihe genialer Entdeckungen gemacht und eine Unmenge sozialistischer Neuerungen eingeführt. (..) Wir haben praktische Erfahrungen in den ersten Schritten zur Zerstörung des Kapitalismus in einem Land, in dem Proletariat und Bauernschaft in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen. Weiter nichts." (Lenin auf dem VIII. Parteitag, März 1919, Werke Bd. 29, S. 178)

einem Land, in dem Proletariat und Bauernschaft in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen. Weiter nichts." (Lenin auf dem VIII. Parteitag, März 1919, Werke Bd. 29, S. 178)

Zdenek Mlynár über die Außenpolitik Gorbatschows

Z. Mlynár gehörte als ZK-Sekretär der tschechoslowakischen KP 1968 zu den Akteuren des „Prager Frühlings". Er hat bereits im April 1985 auf Akzentverschiebungen in der sowjetischen Außenpolitik hingewiesen: „Die amerikanische Prestigepolitik, die als Hauptarena der Konkurrenz mit der Sowjetunion die Rüstung ausgewählt hat, könnte allerdings auch ungewollte Konsequenzen haben. Will die Sowjetführung die Initiative an sich ziehen, kann sie dies nicht auf dem Rüstungssektor erreichen. Sie ist stärker als je zuvor in den vergangenen zehn Jahren gezwungen, einen Ausweg in Form einer politisch offensiven Initiative zu suchen. (...)

Die Art, wie Gorbatschow die Frage der sowjetisch-chinesischen Beziehungen in den Vordergrund rückte, muß aufhorchen lassen. (...) So könnte sich ein sowjetisches politisches Konzept entwickeln, das sich mit den Amerikanern nicht auf dem Felde messen wollte, auf dem jene stark sind (auf dem Gebiet der neuen Rüstungstechnologie), sondern auf dem sie schwach sind (auf dem Gebiet der politischen Beziehungen zu vielen dritten Ländern)." (Hat Moskau jetzt noch eine Zukunft?, in: „Die Zeit", 18/85, 26.4.85, S. 12)

Zugleich betonte Mlynar, der sich aufgrund seiner politischen Lebensgeschichte bestens mit den Verhältnissen im Realen Sozialismus auskennt, daß es zu früh sei, um den Wandel in der UdSSR eindeutig einschätzen zu können.

Frontbegradigung

Die sowjetische Außenpolitik ist besser und differenzierter als die dazugehörige Theorie. In ihrer konkreten Außenpolitik geht die KPdSU keineswegs davon aus, daß die „staatsmonopolistische" Ökonomie und der „Militär-Industrie-Komplex" die entwickelten kapitalistischen Staaten zu einer aggressiven Politik gegen die UdSSR zwinge, sondern die KPdSU setzt darauf, daß sich auf der gegebenen ökonomischen Grundlage politische Kräfte durchsetzen, mit denen ein Arrangement möglich ist. Während früher mit der These von den zwei imperialistischen Fraktionen (der aggressiven und der realistisch-friedlichen) vor allem mit den inneren Widersprüchen in den kapitalistischen Ländern hantiert wurde, wird diese These jetzt internationalisiert. Dabei setzt die UdSSR darauf, daß die US-amerikanische Aggressionspolitik sich international isoliert. Diese Politik ist zwar riskant, aber keineswegs unvernünftig. Denn erstens gibt es keine Alternative zu einem Ausgleich mit den kapitalistischen Staaten, solange die sozialistischen Kräfte im Westen zu schwach sind, um eine reale und konkrete Bündnisperspektive darzustellen. Und zweitens trifft es durchaus zu, daß der Antisowjetismus die Klammer ist, die die US-Hegemonie über das „westliche Bündnis" aufrechterhält. Das Bündnis der herrschenden kapitalistischen Staaten ist insoweit instabil, als es die unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Interessen nicht beseitigen kann. Es lebt nicht zuletzt von der historischen Erfahrung des 2. Weltkrieges, aus dem die UdSSR trotz aller Verluste letztlich gestärkt hervorging. Das heißt aber in der Konsequenz: Die EG-Staaten und Japan können sich nur dann der US-Hegemonie entziehen, wenn zumindest für einen bestimmten Zeitraum der aller überlagernde „Ost-West-Konflikt" abgebaut wird. Es ist daher auch in sich schlüssig, wenn Teile der SPD und der Eurokommunisten eine Stärkung der EG mit einer erweiterten Entspannungspolitik verbinden. Was letztlich in den kapitalistischen Staaten überwiegen wird, der Versuch über den Antisowjetismus die eigenen Widersprüche zu überbrücken, oder aber der Versuch, die Hegemonie der USA zurückzudrängen, um das eigene ökonomische und politische Gewicht zu stärken, ist in erster Linie eine Frage der politischen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse in Westeuropa.

Die zweite Schiene der sowjetischen Außenpolitik bildet der Versuch, den Einfluß der UdSSR in der Bewegung der Blockfreien zu stärken. Dazu müssen einige Konfliktherde abgebaut werden, die noch aus der Breschnew-Zeit stammen. An erster Stelle steht dabei das Verhältnis zur VR China, weil sich gerade an diesem Verhältnis beweisen muß, inwieweit die UdSSR bereit und fähig ist, gleichberechtigt mit Staaten zusammenzuarbeiten, die keinem der großen Blöcke zugehören.

An zweiter Stelle steht das leidige Afghanistan-Problem. Der Einmarsch in Afghanistan hat der Sowjetunion massiven politischen Schaden gebracht. Dabei steht die UdSSR vor einem Dilemma: Es hat sich längst gezeigt, daß die sowjetischen Truppen keine Stabilisierung erzielen können, sondern sich einen Dauerkonflikt ein-

An zweiter Stelle steht das leidige Afghanistan-Problem. Der Einmarsch in Afghanistan hat der Sowjetunion massiven politischen Schaden gebracht. Dabei steht die UdSSR vor einem Dilemma: Es hat sich längst gezeigt, daß die sowjetischen Truppen keine Stabilisierung erzielen können, sondern sich einen Dauerkonflikt ein-

gehandelt haben. Die UdSSR hat bekanntlich mehrfach angeboten, Afghanistan zu verlassen, wenn die afghanische Grenzen international garantiert werden, was de facto nur bedeutet: Einstellung der US-Hilfe für den bewaffneten Widerstand und Schließung der Ausbildungslager in Pakistan, die dem Widerstand als Hinterland dienen. Demonstrativ wurde 1985 die afghanische Regierung umgebildet und umfaßt nun mehrere politische Strömungen. Die öffentliche Kritik der KPdSU an der Politik in Afghanistan, die dieser Regierungsumbildung vorausging, signalisierte noch einmal, daß die SU lieber heute als morgen Afghanistan verlassen würde. Um es ganz klar zu sagen: billiger kann die UdSSR ihre Truppen nicht abziehen, weil sie ansonsten weltweit als Bündnis- und Garantiemacht an Reputation verlieren würde. Genau diese Karte reizt der „freie Westen" bis zum Exzeß aus und nimmt die Chancen zu einer politischen Lösung in Afghanistan nicht wahr. Für die NATO-Staaten ist Afghanistan ein willkommener Spielball. Vor allem die USA haben nicht das geringste Interesse an einem Abmarsch der sowjetischen Truppen, weil dieser Konflikt der SU anhaltenden Schaden zufügt. Viel nützlicher also, als ein Land geschenkt zu bekommen, in das Milliarden investiert werden müßten, um es halbwegs bewohnbar zu machen.

Der dritte Konfliktpunkt schließlich ist die vietnamesische Politik in Kambodscha, die vor allem von der VR China der UdSSR angelastet wird. Die VR China macht die Lösung des Afghanistan-Problems, den Rückzug aus Kambodscha und einen drastischen Truppenabbau an der sowjetisch-chinesischen Grenze zur Voraussetzung für die Normalisierung mit der Sowjetunion. Dabei dürfte letztlich der Truppenabbau am einfachsten zu bewerkstelligen sein. Auch ein Arrangement im indochinesischen Raum ist nicht ausgeschlossen. Afghanistan ist tatsächlich das Hauptproblem und man kann als sicher unterstellen, daß die KPdSU ihre Bemühungen verstärken wird, zu einer politischen Lösung zu kommen, die einerseits ihre Reputation als Bündnismacht nicht schwächt und andererseits verhindert, daß Afghanistan in einen US-amerikanischen Stützpunkt verwandelt wird.

Eine Chance für die Linke im Westen?

Was sicherlich für Sozialisten in den EG-Staaten am schwersten zu verdauen ist, das ist die fehlende Kritik der KPdSU an der Politik der EG-Staaten, was seitens der UdSSR beinhaltet, auch auf internationalem Gebiet eine betonte Kooperationsbereitschaft zu pflegen. Dies bedeutet nicht nur, daß die UdSSR jeden Eindruck einer Einmischung in westeuropäische Staaten penibel vermeiden wird, sondern auch, daß sie nationale Befreiungsbewegungen nicht unterstützen wird, wenn dies Konflikte mit westeuropäischen Staaten impliziert. Der „proletarische Internationalismus" der UdSSR wird stärker noch als bisher den nationalen Interessen der Sowjetunion untergeordnet werden. Stören kann das allerdings nur diejenigen, die — aus welchen Gründen auch immer — meinen, die UdSSR habe sich auf einen altruistischen „Internationalismus" zu verpflichten.

Insgesamt verbessert die Außenpolitik der UdSSR, *wenn* das neue Programm und die Gorbatschow-Linie umgesetzt werden, durchaus die Bedingungen sozialistischer Politik, insoweit sie erstens den Ausgewogenheitsaposteln das Leben erschwert und die UdSSR zweitens durch die Anerkennung der Eigenständigkeit der sozialistischen Staaten und Parteien aufhören würde, sich als Gendarm der einzig wahrhaften kommunistischen Ideologie aufzuspielen. Wenn das dann auch noch auf so hypersowjetische Gruppierungen wie die DKP abfärbt und dort für einen sachlicheren Stil der Diskussion und Politik sorgt, wäre das wirklich ein Fortschritt. Die DKP ist ja geradezu eine Ausgeburt des Breschnewismus, mit den von Gorbatschow zu recht beklagten Erscheinungen von Dogmatismus, Buchstabengelehrtheit und Scholastik. (Ob es Zufall ist, daß der DKP-Chef H. Mies in seiner „Stellungnahme zu dem Programm der KPdSU" kein Wort verlor zu den theoretischen Fortschritten, die die KPdSU für sich reklamiert, und die von Gorbatschow geforderte „radikale Reform" einfach verschwieg?). Von erheblicher Bedeutung könnte es aber auch für unsereins werden, wenn es tatsächlich zu einem Wiederannäherungsprozeß zwischen der UdSSR und der VR China käme. Nicht allein, weil das Schisma UdSSR-China vor rund 20 Jahren die Gruppierung der kommunistischen Kräfte auch hierzulande mitbestimmte, sondern vor allem, weil damit endlich einmal bewiesen würde, daß sozialistische Staaten untereinander ohne militärische Bedrohung und nationalstaatliche Konkurrenz auskommen können. (Ganz abgesehen davon, daß beide Länder mit den eingesparten Mitteln manche sinnvolle Reform finanzieren könnten.)

Enttäuscht und beunruhigt

Gorbatschow gab im August 1985 der US-amerikanischen Zeitschrift „Time" ein Interview, in dem er ausführlich Stellung nahm zu den Erfolgsaussichten des sowjetisch-amerikanischen Verhandlungsdialogs: „Ich verhehle nicht, daß ich über die Vorgänge enttäuscht und beunruhigt bin. (...) Ich muß hier anmerken, daß wir den Amerikanern nicht mehr Glauben schenken als sie uns und wir deshalb ebenso wie sie daran interessiert sind, daß jedes Abkommen zuverlässig überprüfbar ist. (...) (Die) Kriege und die Perioden des Wiederaufbaus haben uns von der nachrevolutionären Zeit fast zwei Jahrzehnte, wenn nicht mehr, geraubt. (...) Sie fragen: Welche Veränderungen in der Weltwirtschaft der Sowjetunion zum Nutzen gereichen könnten? Vor allem die Einstellung des Wettrüstens, obwohl das eher Politik als Wirtschaft ist (...) Wie soll man im übrigen einen solchen Widerspruch in der amerikanischen Argumentation auffassen? Wenn man die Erhöhung der Rüstungsausgaben begründet, redet man in den USA immerfort von phantastischen Errungenschaften der UdSSR auf dem Gebiet der Technologie. Wenn man Verbotsmaßnahmen (im Technologietransfer — Anm. AK) begründen will, schildert man uns als ein entlegenes, rückständiges Dorf, mit dem zu handeln, ja mehr noch zusammenzuarbeiten, die eigene ‚nationale Sicherheit' untergraben hieße. Was ist denn nun wahr? (...)

Offenbar hat in den USA irgend jemand gedacht, daß sich die Möglichkeit ergeben hat, uns zu überholen, die Sowjetunion in die Enge zu treiben. Das ist aber eine Illusion. Das ist früher nicht gelungen und wird auch jetzt nicht gelingen. Wir finden eine Antwort, und zwar eine adäquate."

(Deutsche Übersetzung: TASS, dokumentiert in der „UZ", 7.9.85)

Ein Fazit

Es wird in der sowjetischen Außenpolitik keine „radikale Reform" geben, sondern die bisherige Außenpolitik im Prinzip beibehalten werden. Allerdings sieht es so aus, als bemühe sich die neue sowjetische Führung eindringlich darum, die Bedingungen dieser Politik zu verbessern und sie auf das Hauptanliegen zu konzentrieren, nämlich auf einen Abbau der Kriegsgefahr. Die sowjetische Außenpolitik vermindert das Kriegsrisiko nicht. Aus dem einfachen Grunde, weil die Kriegsgefahr nicht

neue sowjetische Führung eindringlich darum, die Bedingungen dieser Politik zu verbessern und sie auf das Hauptanliegen zu konzentrieren, nämlich auf einen Abbau der Kriegsgefahr. Die sowjetische Außenpolitik vermindert das Kriegsrisiko nicht. Aus dem einfachen Grunde, weil die Kriegsgefahr nicht

von der UdSSR ausgeht, sondern von den USA. Die USA lassen auch jetzt nicht die mindeste Bereitschaft erkennen, die sowjetischen Vorschläge zu nutzen, sondern beantworten sie mit Provokationen. Die UdSSR schlägt ein allgemeines Abkommen zur sofortigen Einstellung aller Atomwaffentests vor. Die USA antworten mit einer Einladung, an einem solchen Versuch in Nevada teilzunehmen. Die UdSSR schlägt vor, unter internationaler Kontrolle alle biologischen und chemischen Waffen nebst der dazugehörigen Produktionsanlagen zu vernichten. Und die USA lehnen ab, weil man das halt nicht kontrollieren könne.

Und welchem Zweck schließlich dient wohl die ultimative Aufforderung der USA, die UdSSR solle fast die Hälfte ihres Personals bei der UN in New York abrufen?

Man mag in der Linken lange darüber streiten, ob die EG-europäischen Staaten ein eigenes Interesse an der Aggressionspolitik der NATO haben oder ob sie bloß „Vasallen" der USA sind. Fakt ist, daß die USA in ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht die Hauptkraft der NATO darstellen und daß ihre Außenpolitik die mit Abstand aggressivsten Töne anschlägt. Insoweit muß man es begrüßen, wenn die sowjetische Außenpolitik sich darum bemüht, die USA als das hinzustellen, was sie sind: Der Hauptkriegstreiber, die „Lokomotive des Militarismus", die größte Gefahr für den Weltfrieden und folglich für die Zivilisation.

jb

Konterrevolution ohne Grenzen

"Low intensity war" – Die neue außenpolitische Doktrin der USA

Der folgende Aufsatz ist der Zeitung „The Guardian" (New York) entnommen. Er erschien unter den Titeln „Feagan tries counterrevolution without frontiers" (5. März 86) und „Low-intensity war — Feagan doctrine in action" (12. März), Autor ist Kevin J. Kelley.

Die US-Regierung unter R. Reagan ist im Begriff, einen neuen theoretischen und taktischen Eckstein US-amerikanischer Außenpolitik zu errichten. Sie meint damit gegenwärtigen Revolten in der Dritten Welt begegnen zu können, ohne alte Fehler zu wiederholen.

Obgleich niemals offiziell proklamiert, wird die entstehende strategische Theorie „Reagan Doktrin" genannt, während die sich entwickelnde Praxis gewöhnlich unter dem Titel „low intensity warfare" (Krieg auf unterer Stufe) läuft. Der Präsident hat den Rahmen seiner Außenpolitik niemals genau festgelegt. Trotzdem ist offensichtlich, daß eine leitende Doktrin entworfen worden ist und generell befolgt wird. Sorgfältig darauf bedacht, einen Sinn für Kohärenz und Zielgerichtetheit zu demonstrieren, zeigte Reagan bei mehreren Gelegenheiten den Kern seiner Außenpolitik; jüngst noch anläßlich seiner Rede zur Lage der Nation, als er „Unterstützung für die Freiheitskämpfer" forderte, „die auf jedem Kontinent von Afghanistan bis Nicaragua ihr Leben riskieren, um die sowjetisch gestützte Aggression zurückzukämpfen ..."

Und jede Gruppe dieser „Freiheitskämpfer" erhält nun — oder in Zukunft — direkte US-Unterstützung. Die feudalistischen Kräfte in Afghanistan erhielten während der letzten fünf Jahre 250 Mio. US-Dollar pro Jahr; die Contras, die Nicaragua angreifen, erhielten letztes Jahr 27 Mio. US-Dollar, heute ersuchen sie um 100 Mio. US-Dollar; die „Rebellen"-Koalition in Kambodscha bekommt schließlich 5 Millionen für ihre Bemühungen Vietnam auszubluten; und gegenwärtig eröffnete die Regierung ihre Pläne, 15 Millionen Dollar Sambivis rechten Aufständischen in Angola zuzuleiten.

Alles in allem stellen diese diskreten Initiativen eine bemerkenswerte und koordinierte Bindung an bewaffnete Aggressionen gegen anti-imperialistische Regierungen überall in der dritten Welt dar. Dies ist nicht der einzige Teil der Reagan Doktrin — sie beinhaltet auch neue Formen der Hilfe gegenüber US-freundlichen Regierungen, die ihrerseits linke Aufständische bekämpfen — aber ihr ausgeprägtester Charakterzug. „Konterrevolution ohne Grenzen" ist eine treffende Beschreibung.

Wenn Vertreter der Regierung auf die Entwicklung einer neuen Doktrin anspielen, stellen sie diese als Gegenstück zu den Bemühungen der UdSSR dar, die um den Erhalt ihrer Interessen in der 3. Welt bemüht sei. „Sicherlich können wir mit der sogenannten Breschnew-Doktrin nicht koexistieren", erklärte Verteidigungsminister Weinberger anläßlich einer Konferenz über den „low-intensity warfare" im Januar.

Für manche scheint die neue Doktrin so neu gar nicht zu sein. Für einen ihrer traditionellen konservativen Kritiker ist sie ein Rückfall in den Eindämmungs- (throwback) Ansatz Harry Trumans und John F. Kennedys. „Die neokonservativen Autoren der Reagan-Doktrin scheinen in einer Zeitschleife verfangen zu sein, die sie in die frühen 50er Jahre zurückversetzt hat", schrieb Chr. Layne, früher Analytiker einer Denkfabrik der US-Armee, in einer aktuellen Ausgabe von „Foreign Policy". Ähnlich der Vielfrontenbindung, die Truman und Kennedy bevorzugten, basiert die Reagan-Doktrin auf dem, was Layne und andere als „allumfassende Zielsetzung" beschrieben haben. Genauso wie Kennedy seine Bereitschaft erklärt hatte, „jeden Preis zu zahlen, und alles zu tragen" um Drohungen gegendie Vorherrschaft der USA zu bekämpfen, hält der gegenwärtige Bewohner des Weißen Hauses keinen Konflikt für zu weit entfernt oder kein Land zu klein, um nicht US-Interessen zu berühren. Ende Februar zählte Reagan zum Beispiel 16 Seestützpunkte rund um die Welt auf, jeder von ihnen sei unverzichtbar für die USA.

US-Truppen als „letzte Zuflucht"?

Die Reagan-Doktrin ist in ihrer Konzeption und Ausführung jedoch wesentlich aggressiver als die Eindämmungsgrundsätze es sind. Sie zielt ja nicht nur auf Eindämmung, sondern schließlich darauf, Länder zurückzuholen, die sich der Einflußsphäre der USA entzogen haben, wie Weinberger in seiner Einlassung über die Breschnew-Doktrin andeutete. Dem „Rollback"-Ziel, lange nur von Rechtsaußentheoretikern favorisiert, wurde von der Reagan-Regierung die höchste Weihe verliehen.

Zusätzlich unterscheidet sich die neue Doktrin merklich von ihrer Vorgängerin im Punkt des Truppeneinsatzes als, in Weinbergers Worten, eine „letzte Zuflucht". Invasionen US-amerikanischer Streitkräfte liegen auch heute für viele Gegenden der 3. Welt im Bereich des möglichen, aber der inneramerikanische Druck nach Vietnam, in Verbindung mit einem veränderten internationalen Kräfteverhältnis, haben die gegenwärtige Regierung zögern lassen, ihre Marinesoldaten irgendwohin zu schicken. Es gibt zwei Ausnahmen von dieser Norm: die „Erfrischungs-Operation" auf Grenada und die „Friedenstruppe" im Libanon, beide waren von kurzer Dauer.

Solche Zwänge sind jedoch nicht allgemein anerkannt. Außenminister Schultz hat sich wiederholt mit Weinbergers Position der „letzten Zuflucht" auseinandergesetzt. Schultz ist für direkte US-Militäreinsätze als Antwort auf „terroristische Provokationen", sogar auch dann, wenn kein klares Ziel erkenntlich ist. Und genausowenig sollte die Debatte um eine Invasion in Nicaragua als endgültig entschieden betrachtet werden.

Gleichzeitig übt die Regierung einen starken Druck aus, um gesetzgeberische und politische Hindernisse gegenüber jeder Art von Invasionen der US-Streitkräfte zu beseitigen. Die Aufhebung des Clark Amendments, das Hilfe für Savimbi in Angola verbot, hat die Regierung schon erreicht, desgleichen die Aufhebung des Verbots der Ausbildung von Polizeikräften repressiver Regime; möglicherweise wird die Regierung Änderungen des „War powers act" anstreben. Aber vor allem hat sich die Rechte der Heilung vom „Vietnam Syndrom" verschreiben, das immer noch die Mehrheit der US-Amerikaner vor militärischen Abenteuern zurückschrecken läßt.

Die innere Debatte über die Reagan-Doktrin konzentriert sich zu einem großen Teil auf das „Vietnam Syndrom". Die Verteidiger der Regierung erklären, daß alle Versuche, die US-Außenpolitik auf bestimmte Grenzen zurechtzuschneiden, unweigerlich zu Schwäche und Rückzug führen werden. Der „Verlust" des Irans und Nicaraguas zeige doch, daß Jimmy Carters Versuche, mit antiimperialistischen Bewegungen zusammenzuarbeiten und Übergänge zu „managen", letztendlich keinen Erfolg hatten. Grundsätzlich muß nach Neokonservativen wie Irving Kristol und Norman Podhoretz der „weltweite Feind" bei jeder seiner Bewegungen angegangen werden.

Daher hat die Heritage Foundation — eine Denkfabrik der Neuen Rechten — im Januar ein Seminar gesponsort mit dem Titel: „How to roll back the Sowjet empire through low-intensity warfare" (etwa: Wie kann man die Sowjetunion im Krieg auf unterer Stufe zurückwerfen? — Anm. AK) Die Reagan-Regierung hat keine schnellen und leichten Ausführungen ihrer Operationsziele ins Auge gefaßt. Die US-Öffentlichkeit muß daher darauf vorbereitet werden, auch die Aussicht auf einen sich lange hinziehenden Konflikt anzunehmen, möglicherweise unter Einbeziehung von „American Boys".

Harry Summers vom US-Army War College versuchte 1984 in einem Essay der Los Angeles Times, diesen Gedanken einzuführen. Er vertrat, wie andere Journalisten, daß die US-amerikanische Öffentlichkeit „wenig Geduld mit einem langen, langsamen, mühseligen Kampf hat, der unentschieden endet". Summers forderte die politischen Führer auf, diesen Mangel sofort anzugehen. Denn dies ist die Art Krieg, in den die USA in der absehbaren Zukunft verwickelt sein wird. Und daher ist es notwendig, daß die Öffentlichkeit daran gewöhnt wird.



Die bürgerliche Kritik an der Reagan-Doktrin ist grob in zwei Lager geteilt. Das eine Lager besteht aus den Tauben der Demokratischen Partei, die keine US-Intervention befürworten möchten, es sei denn, die „vitalen Interessen" des Landes stünden auf dem Spiel. Jesse Jackson ist einer der Führer aus diesem Lager, dem auch die farbigen Mitglieder des US-Kongresses angehören (Congressional Black Caucus). Diese kleine Gruppe hat immer wieder die Hilfe für Contras in Nicaragua, Angola und Kambodscha verweigert, andererseits aber nicht immer diejenige für die afghanischen „Freiheitskämpfer".

Das andere, beachtlich größere Lager der Kritiker besteht aus den vorsichtigen und traditionell orientierten Elementen im außenpolitischen Establishment. Alan Tonelson, Mitherausgeber von „Foreign Policy", ist ein führender Sprecher, ebenso wie George Kennan, der Inbegriff des moderaten Establishments.

Tonelson geht in der Winterausgabe von „Foreign Policy" scharf gegen die „allumfassenden" Grundsätze der Reagan-Doktrin an. Es sei eine Torheit, die Welt durch einen monochromen Filter von Doktrinen zu betrachten. Jeder Ort und jede Situation sei anders. Politik müsse auf die Spezifika abheben, und nicht auf Absolutheiten. Gewalt oder die Drohung damit hätten im Fall Grenada und Nicaragua gut gewirkt, räumt er ein, aber eine undifferenzierte Anwendung wird in einer Sackgasse enden. Kennan und mit ihm andere haben zwischenzeitlich betont, daß die außenpolitische Fixiertheit der Neuen Rechten im Widerspruch zu einigen Aspekten der Diplomatie und deren Strategie stünden. Das erste Beispiel auf ihrer Liste ist Angola. Die Unterstützung von Savimbi sei schlüssig mit den Vorstellungen eines „Roll back"; sie werde aber sicherlich die eigene Suche nach einer Verhandlungslösung in Namibia zunichte machen.

Andererseits wird die Reagan-Doktrin auch aus den Reihen der Demokratischen Partei unterstützt. Ein führender Publizist möchte, daß die Demokraten diese aktive, interventionistische Sicht der Welt begrüßen, die er als „Neuen Internationalismus" bezeichnet. „Realisten" wie Tornelsen und Kennan seien „Neo-Isolationisten" des linken Flügels der Partei. Unzweifelhaft unterstützt eine große Zahl von Politikern der Demokratischen Partei die Reagan-Doktrin-Position, wenn nicht gar die Reagan-Doktrin selbst.

Die Reagan-Doktrin als Hauptcharakteristikum der US-Außenpolitik ist der Versuch, antiimperialistische Regierungen mittels US-unterstützter und geleiteter Contras zu entmachten; die Hauptkampflinien in dieser Auseinandersetzung verlaufen heute in Afghanistan, Angola, Kambodscha und Nicaragua. Die Reagan-Doktrin beinhaltet ebenfalls neue — Nach-Vietnam — Formen der Counterinsurgency gegen linke Guerillabewegungen, besonders in El Salvador und auf den Philippinen.

Die Taktiken dieser Kriegführung laufen unter dem Titel „Konflikt auf unterer Stufe". (1) Obgleich die Menschen, die betroffen sind und sicherlich keine Aggression „auf unterer Stufe" erfahren — in den vergangenen Jahren wurden 120.000 Mittelamerikaner in solchen Konflikten getötet — unterscheiden sich die militärischen Methoden sichtlich von solchen, die auf anderen Ebenen der Kriegsführung Anwendung finden. Bei allen Mängeln scheint diese Doktrin das zu berichtigen, was als fehlerhafte Facetten im Vietnamkrieg angesehen wird.

Nachträglich erklärter Sieg

Gegenwärtig besteht Einigkeit unter den Pentagonplanern, daß die USA in Vietnam vor allem deshalb geschlagen wurden, weil sie zu sehr auf konventionellen militärischen Operationen beharrten: Landschlachten im Süden und Bombenteppiche im Norden. Diese überkommenen Taktiken waren nach Meinung der heutigen Theoretiker unangemessen, um den unorthodoxen Herausforderungen eines Volkskrieges begegnen zu können.

Auf den Gewinn von Boden und das militärische Halten dieses Raums wurde zu viel Gewicht gelegt, und eben nicht genug auf die Kontrolle der Einstellung und des Denkens der Bewohner. (2) „Der Counterinsurgency-Ansatz wurde in Vietnam nie umfassend genug zum Einsatz gebracht: während kleine, unvollständige Experimente gemacht wurden, kämpfte das Pentagon einen anderen Krieg", folgert eine Analyse aus der Bewegung gegen die US-Intervention in Mittelamerika.

Andere jedoch betonen, daß die USA in Vietnam nie völlig verloren hätten. Noam Chomsky führte in der September-Nummer des „Monthly Review" (1985) aus, daß die Größenordnung der Vernichtung von Menschen, Ökonomie und Umwelt in Indochina letztendlich ein Ziel der USA war — zumindest ein Teilziel, das erreicht wurde. (3) Das Ausmaß der Zerstörungen hat sicherlich Vietnam daran gehindert, ein Modell mit Ausstrahlung für andere Länder zu sein, führt Chomsky weiter aus.

Darüberhinaus dient vieles von dem, was als Selbstkritik der US-Vietnamkrieger heute vorgebracht wird, der Selbsttäuschung bezüglich der politischen Realität. Die USA haben deshalb in Vietnam verloren, weil sie für einen trostlosen, korrupten, kolonialistischen Apparat gekämpft haben; an dieser Tatsache ändern auch Differenzierungen der Taktik nichts.

Dennoch denken die Architekten der Weltherrschaft, daß die militärischen Antworten auf Unabhängigkeitsforderungen der Dritten Welt fortentwickelt werden sollten. Und es ist offensichtlich, daß „Konflikte auf unterer Stufe" Mode bei der Reagan-Regierung und ihren Verbündeten sind. Eine Anzahl offizieller Seminare wurde diesem Thema in den vergangenen Monaten gewidmet, Militärjournale sind voll mit Artikeln darüber, und Denkschulen der Neuen Rechten — wie die Heritage Foundation — machen sich große Gedanken darüber.

Viel Aufmerksamkeit wird wieder einmal den Schriften des britischen Offiziers Frank Kitson gewidmet. Seine Studie von 1971 (4) bezieht sich hauptsächlich auf die Kriegserfahrungen der Kolonisatoren in Kenia und Malaysia, und diente als Dienstanweisung für die britischen Kommandeure im Nordirlandkrieg. Führende Pentagon-Schüler haben sich in die Gedanken von Vo Nguyen Giap, Che Guevara, Franz Fanon und anderen radikalen Analytikern der Volksaufstände vertieft. (5)

Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen, aber die Armee hat folgende Arbeitsdefinition für den „Konflikt auf unterer Stufe" ausgegeben: „Der begrenzte Gebrauch der Macht für politische Zwecke ... um eine Bevölkerung zu bezwingen, zu kontrollieren oder zu verteidigen ... . Eingeschlossen sind: militärische Operationen von oder gegen irreguläre Kräfte, friedensbewahrende Operationen, Terrorismus, Gegenterrorismus, Rettungsaktionen und militärische Hilfestellung unter den Bedingungen eines bewaffneten Konflikts. Diese Form des Konflikts schließt nicht ein: in die Länge gezogene Verwicklungen sich bekämpfender regulärer Truppen."

Jeder der Befürworter dieser neuen Form des Kampfes betont, daß sie die Verpflichtung zum „totalen Krieg" beinhalte. In solchen Situationen, schrieb einer der ersten Befürworter, „ist die Zusammenführung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Informationen unabdingbar. Es ist die Grundlage für fast alle anderen Aktionen." Ein anderer Militär beschrieb es ähnlich als „total war at the grassroot level" (etwa: „totaler Krieg an der Basis" — Anm. AK). Krieg gegen die Bevölkerung „braucht alle Waffen des Krieges, einschließlich politischer, wirtschaftlicher und psychologischer Kriegsführung, wobei der militärische Aspekt in vielen Fällen ein etwas entfernteres Viertes ist", erklärte der gleiche Militär in der Mai-Ausgabe der Military Review.

Da die militärische Feuerkraft nun anderen, mehr subtilen Methoden untergeordnet ist, gelten die traditionellen Maßstäbe in solchen Konflikten nicht. „Body Counts (Zählen getöteter Gegner — Anm AK), eingenommene Gehöfte und Gefangene sind keine geeigneten Indikatoren für Erfolg und Fortschritt" in solchen Konfrontationen, stellt einer dieser Experten fest. „Politische und psychologische Faktoren sind wesentlich wichtigere Indikatoren, aber diese können mit den herkömmlichen Mitteln nicht gemessen werden." Zwei Topspezialisten der Armee kommen zu ähnlichen Schlüssen: „Gewonnene Schlachten und Feldzüge sind Kriterien für Konflikte auf mittlerer oder höchster Ebene ... Der Erfolg auf der unteren Ebene wird anders gemessen."

Der eigentliche Begriff des „Sieges" muß nach Auffassung dieser Planer radikal neu bestimmt werden. „Konflikte auf unterer Stufe" werden über lange Zeiträume ausgetragen, mehr mit Veränderungen in fast unmeßbaren Maßen als mit spektakulären Durchbrüchen. Eine Aktivistin der Mittelamerikasolidarität erklärte, die Armee nach dem neuen Modell sehe einen Sieg in solchen Situationen dann, „wenn sich das Verhalten in der Zielgruppe der Bevölkerung ändert."

Da der militärischen Komponente und ihren traditionellen Zielen eine geringere Bedeutung beigemessen wird, gibt es auch weniger Druck für die US-Streitkräfte, in Aktion zu treten. Aufgrund des Wesens des „Konflikts auf unterer Stufe" sagen die oben schon genannten beiden Topspezialisten, „daß der Erfolg nicht immer der Bindung von US-Truppen im Kampf folge. Tatsächlich kann eine solche Einbindung kontraproduktiv sein". Deshalb kommt z.B. die Analyse der Mittelamerikaaktivistin zu dem Schluß: „Eine bloße Wiederholung des Vietnam-Krieges ist ein Krieg, den die USA gegenwärtig nicht führen; und einer den sie auch nicht beabsichtigen zu führen."

Die Einbeziehung von 550.000 US-Soldaten in den Indochina-Krieg und der Verlust von fast 60.000 von ihnen brachte schwere innenpolitische Probleme, die noch nicht gelöst sind. Darüberhinaus sind die Kräfte global so verteilt, daß jede größere und länger anhaltende US-Truppenpräsenz in einem Land der Dritten Welt zu einer sichtbaren Schwächung der geopolitischen Position der USA führen könnte. Und das Pentagon ist aufmerksam genug, sein Ansehen und das Vermögen des Staates nicht in einer weiteren verlorenen Sache einzusetzen.

Aus all diesen Gründen hat der Verteidigungsminister Weinberger bei mehreren Anlässen begründet, daß US-Truppen nicht bei Dritte-Welt-Konflikten eingesetzt werden sollten, es sei denn unter bestimmten Ausnahmen die sehr eng definiert sind. Weinberger erntete jedoch Kritik, weil er

Fortsetzung nächste Seite

Die Aufrüstung der Contra durch die USA

Die Aufrüstung der Contra

Hundert Millionen Dollar für die Contra in Nicaragua wollen die USA bereitstellen, damit der Kampf gegen den befreiten Staat in Mittelamerika fortgesetzt werden kann. 70 Mill. für militärische Zwecke und 30 Mill. für humanitäre Hilfe sollen es sein. Am 20.3. hatte das Repräsentantenhaus diese Initiative abgelehnt, am 28.3. hatte der republikanische Senat dieser Initiative zugestimmt. Nach einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit der US-Regierung wird das Repräsentantenhaus Mitte April sich nochmals mit dieser Initiative befassen; höchstwahrscheinlich mit einem positiven Votum für die Reagan-Initiative.

Im folgenden soll nachgezeichnet werden, wie die Diskussion in den USA gelaufen ist, mit welchen Argumenten die Reagan-Regierung versucht hat, ihre Vorlage durch den Kongreß zu bringen, und auf welcher Ebene die Demokraten die Vorlage — zunächst — abgelehnt haben.

Die Niederlage der Contra

Die Contra hat in Nicaragua eine strategische Niederlage erlitten. 1985 starben rund 5.700 Contras im Kampf, während die Einheiten des sandinistischen Heeres „nur" 1.150 Kämpferinnen und Kämpfer einbüßten. Die meisten der von den USA unterstützten Contras haben sich in die Lager in Honduras zurückgezogen. Über 10.000 leben dort jetzt von der humanitären Hilfe der USA, weil sie der verbesserten Taktik und Ausrüstung der Sandinisten und den gut ausgebildeten Spezialeinheiten nichts entgegenzusetzen hatten. So versuchen die in Nicaragua verbliebenen Contras direkte Kämpfe mit dem Heer zu vermeiden, beschränken sich auf Hinterhalte und wirtschaftliche Sabotage-Aktionen. Der beste Beleg für ihre Niederlage ist die Tatsache, daß sie nicht in der Lage waren, die Kaffee-Ernte zu stören, so daß nicht nur das Erntegebiet auch auf Regionen ausgeweitet werden konnte, in denen im letzten Jahr aufgrund der Contra-Aktionen keine Ernte möglich war, sondern Nicaragua bedingt durch die gestiegenen Kaffee-Preise auf Grund der Dürre in Brasilien einen zusätzlichen Außenhandelsbonus von 45 Mill. Dollar erzielen konnte. Die Contra operierte nicht im militärisch gut gesicherten Norden, sondern mit ca. 3.000 Mann im mittleren Süden. Die „humanitäre Hilfe" allein reichte also nicht — zumal wenn die privaten Finanzquellen auf Grund der Erfolgslosigkeit zurückgehen — es ist militärische Hilfe notwendig, neue Waffen und US-Ausbilder (gegen die nachlassende Kampfmoral).

Die Position der US-Regierung

Diese Auffassung vertrat auch der für Lateinamerika zuständige Staatssekretär Abrams, denn die anderen beiden Alternativen lauteten „verzichten" („unakzeptabel") und „Einsatz von US-Truppen" („das ist das letzte, was wir wollen"). Bisher hätte die humanitäre Hilfe für die Contra eine Option offengehalten, die der Kongreß jetzt einlösen müsse, wenn Cuba nicht ganz Zentral-Amerika in die Hand kriegen solle (New York Times, 3.1.86) (1).

Am 25.2. wurde der Antrag über 100 Mill. Dollar in den Kongreß eingebracht. Gleichzeitig wurde beantragt, daß das Geld nicht wie früher vom Außenministerium verwaltet werden sollte — das hatte sich so ungeschickt angestellt, daß Honduras einen Teil der Hilfe wieder in die USA zurückschickte und eine Luftbrücke von El Salvador aus notwendig wurde. Stattdessen Koordination durch Pentagon und CIA. Die humanitäre Hilfe hätte keine Fortschritte gebracht, so Reagan, und man könne auch nicht mit Essen, Stiefeln und Bandagen gegen sowjetische Kampfhubschrauber kämpfen, die von Cubanern geflogen werden (NYT, 26.2.). Die Debatte wurde im wesentlichen von Reagan und Außenminister Shultz bestimmt, die sich fast jeden Tag dazu äußerten, sowie von Abrams und den Meinungsführern im Kongreß.



„Nein, das ist nicht Bande, hinter der ich her bin. Ich suche Kommunisten!"

In dieser Debatte war kein Argument zu dumm, um nicht benutzt zu werden, und die antisandinistische Agitation nahm zu, als durch die Abstimmungen in Unterausschüssen des Repräsentantenhauses und nach Auskunft professioneller Stimmenzähler eine Niederlage deutlich wurde.

Reagan: Die SU steckt hinter der M-19 (kolumbianische Guerilla), der FMLN und natürlich hinter Nicaragua, das eine aktive Subversionspolitik in der Region betreibe. Cuba und Nicaragua betreiben internationalen Terrorismus und Drogenhandel (NYT, 3.1.). An der Karibikküste würde bereits ein sowjetischer Marinestützpunkt gebaut und in Nicaragua der größte Luftwaffenstützpunkt Mittelamerikas, wodurch der Panamakanal bedroht werde und Mexiko angegriffen werden könne. Antisemitismus würde in Nicaragua herrschen und Bibelkreise durch einen Mob mit Maschinenpistolen auseinandergetrieben werden (taz, 18.3.).

Shultz: Waffen aus Nicaragua würden in allen Nachbarländern gefunden werden (NYT,28.2.) und auch 10 Schnellfeuergewehre im Justizpalast von Bogota nach dem M-19-Angriff (2).

Neben diesen gezielten Ausfällen gab es mehrere Argumentationslinien, wobei ständig die sowjetisch/cubanische Gefahr beschworen wurde. So zieht Reagan Parallelen zwischen den Phillippinen und Nicaragua, überall würde er für die Demokratie eintreten
und schickte schließlich den so erfol-
würde er für die Demokratie eintreten
und schickte schließlich den so erfolgreichen Sonderbotschafter Habib nach Zentralamerika, um seine Verhandlungsbereitschaft zu beweisen. Die eigene Verhandlungsbereitschaft verbunden mit der Notwendigkeit des Drucks auf die Sandinisten war der zweite Argumentationsgang. 27 Mill. Dollar hatte Reagan 1985 bewilligt bekommen, nachdem er allen Abgeordneten schriftlich seinen Verhandlungswillen versichert hatte. Bekanntlich verhandelte Reagan nicht, aber den jüngsten Antrag versah er wiederum mit solchen Willensbekundungen. Durch die Hilfe für die Contra sollten die Sandinisten gezwungen werden, mit den USA, mit der inneren Opposition in Nicaragua selbst und mit den Nachbarländern zu verhandeln (NYT, 26.2.). Der „Verhandlungswille" von US-Seite wurde nochmals betont in einem Kompromißvorschlag gegenüber dem demokratisch dominierten Repräsentantenhaus eingebaut.

Das Verhandlungsargument wurde auch von der Contra mitgetragen: Robelo, FDN-Führungsmitglied, meinte, die Hilfe solle Teil eines zweiteiligen Programmes sein, das einerseits Anstrengungen für politische Lösungen beinhalte und andererseits militärische Hilfe, um die nicaraguanische Regierung zu Verhandlungen zu pressen (NYT, 4.3.). Duarte schrieb an Ortega, daß er gleichzeitig mit der Aufnahme von Verhandlungen mit der Contra selbst Verhandlungen mit der FMLN aufnehmen würde (NYT, 5.3.). Simultane Verhandlungen mit der bewaffneten Opposition! Staatssekretär Abrams sieht den Druck auch als notwendig für den Contadora-Prozeß an. Contadora, das sei Pluralismus, Demokratie und Aussöhnung, und dazu kriege man die Kommunisten in Managua nur mit Druck. Den besorgt die Contra und deswegen sei ihre Unterstützung mitnichten ein Unterlaufen der Contadora-Initiative (NYT, 18.1.). Von einem militärischen Eingreifen der USA war nicht die Rede. Wenn der „big stick" geschwungen wurde, dann in Richtung Gaddafi. Daß „our own American Boys" vielleicht doch gebraucht würden, wurde von Reagan ausgeschlossen (wenn die Contra stark genu g ist) und nur Weinberger deutete einmal diese Möglichkeit an, um die Ausbreitung des Kommunismus auf die ganze Region zu stoppen (NYT, 6.3.).

Und die Demokraten?

Abrams höhnte über manche liberale Demokraten, sie würden nur hoffen, daß das Problem vorüberginge, ohne daß die USA etwas zu tun bräuchten (NYT, 3.1.). Eine Unterstützung der Sandinisten durch die Demokraten fand nicht statt. Soweit hatte die Reagan-Politik Erfolg. US-Politiker lamentierten über das schlechte Benehmen dieser „bad guys" mit ihrer inneren Repression von Kirche und Presse und der wachsenden Bedeutung Cubas. Im Grunde sind sich die Demokraten mit Reagan einig: dieses Regime wollen sie nicht, ber sie setzen stärker auf Verhandlungen, da sie ein militärisches Engagement der USA ablehenen und auch nicht durch verschiedene Manöver der Regierung da hinein gezogen werden wollen. Hinzu kommt bei den Demokraten eine sehr zweischneidige Argumentation über den Wert dieser Hilfe von 100 Mill. Dollar. Diese würde gar nicht reichen, um die Contras in die Lage zu versetzen, wirksam gegen die Sandinisten zu kämpfen (konsequent forderte der frühere Sicherheitsberater Reagans, Mc Farlane, dann auch gleich 500 Mill. Dollar). Die Dollars für die Contra könnten rausge-
dann auch gleich 500 Mill. Dollar). Die Dollars für die Contra könnten rausge-
worfenes Geld sein; der Rechnungshof hatte angedeutet, die Hälfte der bisher von den 27 Mill. ausgezahlten 15 Mill. Dollar könnten im honduranischen Korruptionssumpf stecken geblieben sein (3). Außerdem wäre außer Waffen vor allem eine intensive Unterstützung der Contra im Bereich Ausbildung und Logistik notwendig, die die USA weiter in den Konflikt hineinziehen würden (NYT, 6.3.). Diese Auffassung wurde prompt von den FDN-Contra-Führern, die sich zum Besuch bei Reagan in Washington aufhielten, zurückgewiesen (NYT, 7.3.). So blieb die Rolle der Verurteilung der US-Aggression allein den Kirchen und der Anti-Interventionsbewegung vorbehalten.

Das einzige, was die Demokraten wirklich aufbrachte, war der wieder auftauchende McCarthyismus. Der Kommunikationsdirektor des Weißen Hauses J. Buchanan schrieb in einem Artikel, daß die Demokraten mit ihrer Entscheidung über die Contra-Hilfe zugleich deutlich machen würden, wen sie unterstützen wollten: Ronald Reagan und den Widerstand oder Daniel Ortega und die Kommunisten. Reagan selbst schwächte etwas ab und meinte, er wolle niemandem diese Motive unterstellen, aber es sei ein Fakt (NYT, 8.3.).

Suche nach „Kompromissen"

Die Kompromisse zwischen den demokratisch oder republikanisch dominierten Institutionen der Macht waren kaum unterscheidbare Varianten der gleichen Politik. Sie liefen alle darauf hinaus, der Contra das ganze oder fast das ganze Geld zu geben, nur mit einer mehr oder weniger langen Schamfrist für Verhandlungen dazwischen (drei oder sechs Monate). Davor sollte die Contra nur die sattsam bekannte „humanitäre Hilfe" und Luftabwehrraketen bekommen. Der Streit ging nur darum, ob gleich das ganze Geld bewilligt werden sollte oder ob der Präsident selbst das Scheitern von Verhandlungen feststellen und dann das Geld auszahlen könne. So sah der Vorschlag Reagans aus, als sich eine Niederlage im „Haus" abzeichnete. Die Demokraten dagegen hatten schon an andere Lösungen gedacht, die dem Kongreß nicht alle Handlungsmöglichkeiten gleich wieder aus der Hand nehmen würden, und über die wollten sie am 15.4. beschließen. So ging es weniger um die Sache als um Kompetenzen.

Der Senat versah seine zustimmende Entscheidung mit einer 90-Tage-Sperrfrist für Angriffswaffen für die Contra. So konnten die Sandinisten mit ihrer Aktion in Honduras eigentlich nichts mehr falsch machen — in den Augen von Republikanern wie Demokraten sind sie selbst der Fehler.

Was war geschehen?

Zeitgleich mit den parlamentarischen Scharmützeln in Washington griffen sandinistische Truppen Positionen der Contras auf honduranischem Boden an. Diese Entwicklung bildete die Grundlage für eine neue Kuriosität im internationalen Nachrichtendschungel: Während das Pentagon diesen sandinistischen Vorstoß in der inneramerikanischen Debatte natürlich weidlich für eine pro-Contragelder-Kampagne nutzte, schwieg die honduranische Regierung zu dieser Aktion, versuchte gar ein zaghaftes Dementi (4).

Für ein paar Tage glaubte alle Welt, es wieder mal mit einer dieser CIA-Propagandalügen zu tun zu haben. Ortega jedoch gab diesen Vorstoß nach
Propagandalügen zu tun zu haben. Ortega jedoch gab diesen Vorstoß nach
Honduras offen zu, und nun war Honduras seinerseits in der Klemme. Die Existenz der Contralager in Honduras ist eines der offenen Geheimnisse, die in der Diplomatie nicht existieren, in der politischen Realität jedoch ihre durchschlagende Wirkung haben. Honduras blieb solange bei seiner Position, bis US-Kriegsminister Weinberger seinen General Galvin aus Panama in die honduranische Hauptstadt Tegucigalpa schickte, um dort für eine klare US-genehme Linie zu sorgen. Trotzdem fühlte sich Honduras noch nicht von Nicaragua angegriffen und bestätigte auch nicht die von den USA angegebenen Zahlen über eingedrungene sandinistische Soldaten und Contra-Verluste. Die Regierung Nicaraguas nahm offensichtlich in Kauf, daß ihre Operation für die Debatte in Washington gegen ihre Interessen ausgeschlachtet wurde. Wichtiger war ihr wohl einerseits der militärische Erfolg gegen die Contra und die Bestätigung der Existenz von Contra-Lagern in Honduras durch die USA.

Mit dieser Entwicklung dürfte die nicaraguanische Regierung dazu beigetragen haben, daß den US-freundlichen Staaten dieser Region nochmals deutlich wurde, daß sie nichts als Marionetten des Pentagon sind.

di., Hamburg

Anmerkungen

(1) Die „humanitäre Hilfe" schließt seit dem 4.12.85 auch die Lieferung von Kommunikationseinrichtungen, Fahrzeugen und Flugzeugen ein, solange sie nicht dazu ausgestattet sind, um „ernsthaften Schaden zu verursachen oder zu töten" (Envio, Dez. 1985)
(2) Nach Recherchen des nicaraguanischen Außenministeriums handelt es sich bei den angegebenen Schnellfeuergewehren um Waffen, die der somozistischen Nationalgarde gehörten (NYT, 6.1.86)
(3) In eine ähnliche Kerbe schlugen auch nicaraguanische Exilanten in Miami, die der FDN vorwarfen, einen viel zu großen aufgeblähten Apparat zu unterhalten (NYT, 11.3.)
(4) So sagte der Sprecher des Repräsentantenhauses O'Neill, daß das Haus Tage zuvor den 100 Mill. Dollar zugestimmt hätte, falls die Informationen über den Einmarsch früher bekannt gewesen wären (Tagesspiegel, 26.3.)

Fortsetzung von vorheriger Seite

darauf bestand, daß für eine militärische Intervention starke innenpolitische Unterstützung die Voraussetzung sei.

Außenminister Shultz sieht das anders: „Wir können uns den Luxus nicht leisten, solange zu warten, bis alle Zweifel beseitigt sind", um die Marinesoldaten irgendwohin zu schicken, sagte er im Januar. Shultz' Position ist von beiden Parteien gedeckt. „Es ist ein Rezept für eine nationale Paralyse wenn wir, bevor wir Gewalt anwenden, eine Gallup-Umfrage vorweisen müssen, in der nachgewiesen wird, daß zwei Drittel der Amerikaner das unterstützen", erklärte ein Parlamentsmitglied der Demokraten.

Solche Meinungsverschiedenheiten setzen sich in den laufenden Diskussionen über das spezielle Thema „Konflikt auf unterer Stufe" fort. Einer der Referenten des jüngsten Heritage Foundation Seminars beklagte sich bitter, daß viel zu viel Entscheidungsmacht bei Bürokraten ohne jede oder mit wenig direkter Felderfahrung liege. Er sei selber in den vergangenen drei Jahren 29mal in El Salvador gewesen und habe Wochen in Südafrika verbracht.

Die Armee selbst hat sich noch nicht an die eigene Rolle in solchen Konflikten angepaßt. Ausgediente Militärs können nur schlecht akzeptieren, daß ihre Expertisen weniger wert seien als die der Gestalter von Nationen, Spezialisten für psychologische Operationen und Zivilistenteams. Bis vor kurzem maß das Pentagon dieser Art des unkonventionellen Krieges wenig Bedeutung bei. „Im allgemeinen wurden in diesem Bereich keine Karrieren gemacht, und das Geld wurde hier auch nicht untergebracht", kommentierte ein Spezialist die Vergangenheit. Gleichzeitig wird den bewaffneten Streitkräften versichert, daß auch weiterhin für sie ein Platz in Dritte-Welt-Konflikten sein wird. Besondere Gelder sind in den vergangenen Jahren in die Entwicklung der Special Operations Forces geflossen, wie z.B. die Green Berets oder die Navy Seals.

Gegenwärtig scheint es so, als ob das „Konzept des Konflikts auf unterer Stufe" mehr eine generelle Richtung andeutet als eine bereits festgefügte Formel. Die Contra-Kriege, die heute auf den drei Kontinenten stattfinden, werden sowohl von politischen als auch von militärischen Beobachtern als Experimente unter realen Bedingungen behandelt. Das gleiche kann vom Counterinsurgency-Ansatz in El Salvador gesagt werden, wo die Anwendung der „Lehren von Vietnam" sich im Patt der inneren Kräfte ausdrückt.

Genausogut kann der „Konflikt auf unterer Stufe" in vielfacher Weise ein Versuch sein, ein im allgemeinen defensives Vorgehen in einen offensiven Schlachtplan zu kleiden. Wie die Ereignisse auf Haiti, den Philippinen und in Südafrika gezeigt haben, geht der generelle Schub der Dritten Welt in Richtung auf Selbstbestimmung und weg von der US-Vorherrschaft. Ausgeklügelte Taktiken der Kriegsführung sind nicht geeignet eine strategische Schwäche zu kompensieren.

(Unsere Übersetzung gibt dort den Text gekürzt wieder, wo er Informationen enthält, deren Kenntnis für den westdeutschen Leser entbehrlich sind. Die Anmerkungen stammen von uns. — Imperialismus-Kommission)

Anmerkungen

1. engl./us-amerik.: „low-intensity conflict"
2. im Original: controlling the „hearts and minds"
3. Erinnert sei hier an den Spruch der damaligen US-Außenpolitik, Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben, wenn man schon den Krieg als solchen nicht gewinnen könnte.
4. Frank Kitson: „Low-intensity operations: Subversion, insurgency and peacekeeping"
5. Giap war und ist der militärische Kopf des Volkskrieges Vietnams, seine Schriften sind die Standardwerke für die Revolutionäre der „3. Welt" neben den Arbeiten von Lenin und Mao. Fanon schrieb das Buch „Die Verdammten der Erde" als Auswertung des erfolgreichen Volkskrieges in Algerien gegen die französische Kolonialmacht Ende der 50er Jahre.

Fortsetzung von Seite 17

tung, wie sie von der SS aus den zum Tode Verurteilten ausgesucht wurden für die Sonderkommandos. Ihre erste Ahnung und dann die Gewißheit, daß ihre Angehörigen wenige Stunden nach der Ankunft bereits tot waren. „Allein der Gedanke, daß man vor einer Minute, vor einer Stunde noch zu einer Familie gehört hatte, zu einer Frau, zu einem Mann ... Und plötzlich, mit einem Schlag, alle tot. Wir kamen in eine Sonderbaracke, wo ich in der Nähe des Ganges schlief. Diese Nacht dort war für alle die furchtbarste Nacht ihres Lebens — wegen der Erinnerung an alles, was man gelebt und geteilt hatte, die Freuden, das Glück, Geburten, Hochzeiten und alles andere. Und plötzlich, in einer Sekunde, war alles abgeschnitten, ohne Grund, ohne Schuld der Menschen außer der, daß sie Juden waren."

Aus einer Vielzahl von Details entsteht im Kopf des Betrachters das Gesamtbild eines perfekt durchdachten Vernichtungsprozesses. Kein Detail, keine Einzelheit im Ablauf dieses Vernichtungsprozesses darf verloren gehen. „Sprechen Sie weiter, Abe, Sie müssen. Es ist notwendig", bittet Claude Lanzmann Abraham Bomba, der in Treblinka jüdischen Frauen vor der Vergasung die Haare schneiden mußte, „ich bitte Sie. Wir müssen das machen. Sie wissen das. Es muß sein. Ich weiß, daß es hart ist, ich weiß, verzeihen Sie mir."

„Das ist ein Original. Das kann heute kein Jude mehr"

kann heute kein Jude mehr"

Von den aktiv an der Vernichtung beteiligten Deutschen, die Claude Lanzmann befragt — und z. T. heimlich gefilmt hat — berichtet der ehemalige SS-Unterscharführer Suchomel am ausführlichsten über das Vernichtungslager Treblinka. Das Erschreckende an diesem Gespräch: die Kälte Suchomels, kein Anzeichen von Schuldgefühl, keine Spur von Erschütterung. Offensichtlich kann man auch heute noch über Treblinka sprechen wie über Betriebsorganisation. Für Suchomel ist die Vernichtung der Juden eine Naturkatastrophe. Geschichte ist für ihn Naturgeschichte. Man muß gar nichts gegen Juden haben. Aber Geschichte ist eben Kampf ums Dasein, bei dem einer der Stärkere ist und der andere vernichtet wird.

Nachdem er das „Treblinkalied" gesungen hat, das die jüdischen „Arbeitskommandos" auf Anweisung der SS singen mußten: „Ja. Wir machen das unter Lachen, und es ist so traurig!" Suchomel sieht sich — um eine Aussage von Frank, dem „Gouverneur des Generalgouvernements Polen" zu variieren — immer noch als einer, der von einem schicksalhaften Geschichtsprozeß zum „Vollstrecker" bestimmt wurde, als „Komplize im welthistorischen Sinne". „Sind sie zufrieden?", fragt er Claude Lanzmann nach dem zweiten Absingen des „Treblinkaliedes". „Das ist ein Original. Das kann kein Jude heute mehr!"

Im Unterschied zur brutalen Offenheit Suchomels weichen die meisten der anderen Befragten aus. Sie verweigern jedes Gespräch wie Oberhauser, der ehemalige Fahrer von Wirth (führend beteiligt an der Installation von Vernichtungsanlagen 1941-43). Oberhauser verläßt sofort den Bierzapfhahn seiner Kneipe und flüchtet vor der Kamera. Oder — die häufigste und bekannteste Variante — sie haben nichts gewußt. So z. B. Walter Stier, ehemals Chef des Büros 33 der Deutschen Reichsbahn in Krakau, nur wenige Kilometer von Auschwitz entfernt. Stier, jetzt im Ruhestand, gehörte zu jener Gruppe Menschen, die durch ihre gründliche Schreibtischarbeit wesentlich für die Vernichtung der Juden verantwortlich sind. Ohne die Beteiligung der Reichsbahn, ohne die Ausarbeitung der Fahrpläne in der Sonderzugabteilung durch Bürokraten wie Stier wäre die Massenvernichtung wohl nicht möglich gewesen. Walter Stier will sich nicht erinnern, er will keinen Sonderzug gesehen haben. „Nein, nie. Nie. Ich konnte vor lauter Arbeit von meinem Schreibtisch gar nicht fort. Wir haben doch Tag und Nacht gearbeitet." Stier, das Muster eines rechtschaffenen Bürgers, der seine Pflicht getan hat — ebenso wie Dr. Grassler, ehemals Assessor bei Dr. Auerswald, dem Nazikommissar des Warschauer Gettos. Grassler könnte der nette Nachbar von nebenan sein, der eben nur ein ganz kleines Rädchen im Getriebe war: „Eindeutig, daß der Mensch schlechte Zeiten — Gott sei Dank! — leichter vergißt als schöne Erinnerungen. Die sind verdrängt, net." Schöne Erinnerungen, das sind Bergtouren, an die er sich viel besser



Bürokratie der Vernichtung

erinnern kann und will. „Sonne und frische Luft", fragt Claude Lanzmann. „Ja", antwortet Grassler, „keine Gettoluft."

„Das ist nicht mehr meine Heimat."

Die Mentalität von Menschen wie Stier und Grassler ist bezeichnend für viele Menschen: die Vergangenheit zu verdrängen, sie kraft bloßer Einbildung ungeschehen machen zu wollen.

Deutlich wird, daß die Massenvernichtung nicht möglich gewesen wäre ohne eine grundsätzliche Bereitschaft großer Bevölkerungsteile, die Ausgren-

ohne eine grundsätzliche Bereitschaft großer Bevölkerungsteile, die Ausgren-

zung und Deportation der jüdischen Mitbürger passiv mitzutragen. Inge Deutschkron, die während des Krieges in Berlin versteckt überlebte, berichtet über die Deportation der Juden aus Berlin: „An dem Tag, an dem Berlin ‚judenrein' gemacht wurde, wollte kein Mensch auf den Straßen bleiben. Die Straßen waren völlig leer. Um nicht hinschauen zu müssen, erledigten sie hastig ihre Einkäufe. Da es ein Samstag war, mußten sie für den Sonntag einkaufen und taten das in großer Eile, um wieder nach Hause zu kommen. Ich erinnere mich sehr genau an diesen Tag: Wir sahen Polizeiwagen durch die Straßen fahren und Leute aus den Häusern holen."

Während dieser Worte fährt die Kamera den Kurfürstendamm entlang, Gedächtniskirche und KaDeWe sind zu sehen. Und der heutige Bahnhof Grunewald, in dessen Nähe die zusammengetriebenen Juden in die Sonderzüge steigen mußten. Vergangenheit und Gegenwart sind nicht zu trennen. Claude Lanzmann gesteht niemandem zu, zu vergessen.

Inge Deutschkron, in Berlin geboren, lebt heute in Israel: „Das ist nicht mehr meine Heimat. Das ist vor allem nicht mehr mein Land, wenn sie es wagen, mir zu sagen, sie hätten von allem nichts gewußt... "

„Bärte und Stirnlöckchen"

Welche Auffassungen haben heute jene Polinnen und Polen, die in Chelmno und anderen Orten Zeugen der Vernichtung wurden, die z. T. vom Fenster ihres Hauses die Vergasungswagen sahen? Ansichten wie die folgenden werden von vielen Befragten geäußert: „Die Juden waren unehrlich ... sie beuteten die Polen aus. Und davon lebten sie vor allem. Sie diktierten die Preise." Oder: „Sie hatten Bärte und außerdem ... Dings, Stirnlöckchen. Die sahen jedenfalls nicht gerade gut aus ... außerdem stanken sie ... Weil sie Gerber waren, und die Häute stinken."

Die letzte Äußerung ist zwar mitleidlos, zeigt keinerlei Erschütterung über das Geschehene. Sie widerlegt aber das Vorurteil, die Juden wären reich gewesen und hätten die polnische Bevölkerung ausgebeutet. Denn gerade in den kleineren Städten Polens lebten die Juden größtenteils im schlimmsten Elend. Wie hartnäckig der Antisemitismus sich in den Köpfen hält und die damalige Wirklichkeit geradezu auf den Kopf stellt, verdeutlicht die Aussage einer Polin, die sich offensichtlich darüber freut, daß die polnischen Jüdinnen tot sind. Die Jüdinnen, so diese Frau, waren schön, weil sie nicht arbeiteten. Die polnischen Männer schliefen gern mit ihnen.

Aber Claude Lanzmann hat auch andere Polen getroffen. Etwa Karski, den Kurier der polnischen Exilregierung, oder Henrik Gawkowski, den Lokführer aus Treblinka, der die Sonderzüge an die Rampe fuhr. Gawkowski, der für Lanzmann „der menschlichste Mensch war, den er bei seinen Recherchen traf ..., weil er diesen tiefen, aufrichtigen Schmerz empfand".

„Ich bin der letzte Jude, ich warte auf den Morgen, ich warte auf die Deutschen."

Das letzte Viertel des Films „Shoah" kreist um die Fragen des Widerstands in Auschwitz, berichtet über die Versuche, die britische und die amerikanische Regierung zur Rettung der Juden vor der Vernichtung zu bewegen. Er endet mit einem Bericht Itzhak Zuckermanns, des zweiten Befehlshabers der jüdischen Kampforganisation beim Aufstand im Warschauer Getto.

Die einander ergänzenden Berichte von Felip Müller und Rudolf Vrba geben einen einzigartigen Einblick in die Bedingungen und Möglichkeiten des Widerstandes in Auschwitz-Birkenau. Felip Müller, ein tschechischer Jude, Angehöriger des jüdischen Sonderkommandos, stellt die Überlegungen der Angehörigen der Sonderkommandos über die Möglichkeit eines bewaffneten Aufstandes dar. Rudolf Vrba berichtet über den Widerstand im Konzentrationslager Auschwitz, über die grauenhafte Erkenntnis, daß die erkämpfte Verbesserung der Lebensbedingungen im Konzentrationslager zu einer Beschleunigung der Vernichtung im Vernichtungslager führte. „Wenn der Bedarf des (Konzentrations)Lagers bei, sagen wir, dreißigtausend Häftlingen lag und fünftausend starben, wurden sie durch frische Kräfte ersetzt, die aus jüdischen Transporten genommen wurden. Und wenn nur tausend starben, wurden tausend ersetzt. Und eine größere Zahl wurde vergast. So erhöhte die Verbesserung der Lebensbedingungen drinnen im Konzentrationslager die Todesquote in den Gaskammern."

Mit den Berichten Karskis und Zuckermanns über das Warschauer Getto endet der Film. Während das Leben im sonstigen Warschau weiterging, „ganz natürlich und normal", starben die Menschen im Getto. Karski: „Ich hatte so etwas noch nie gesehen. Niemand hatte jemals eine solche Wirklichkeit beschrieben."

Zuckermann, der das Getto wenige Tage vor dem Aufstand verlassen hatte, um von der polnischen Untergrundorganisation Waffenlieferungen zu erbitten, gelangt durch die Kanalisation in den „freien" Teil Warschaus. „Sehr früh am Morgen fanden wir uns plötzlich am hellichten Tage auf offener Straße. Sie müssen sich diesen sonnigen 1. Mai vorstellen, wir waren verwirrt, uns unter normalen Menschen in einer Straße zu befinden — wir, die wir von einem anderen Stern kamen." Während diese Worte gesprochen werden, blendet der Film Bilder aus dem heutigen Warschau ein. Ein heller Tag wie an jenem 1. Mai 1943, Cafés, Restaurants, Passanten, normaler Alltag.

„Vergangenheit und Gegenwart", schreibt Simone de Beauvoir in ihrem Vorwort zur Ausgabe des Drehbuches von „Shoah", „Vergangenheit und Gegenwart sind für mich wie für alle Zuschauer nicht zu trennen. ... Jetzt erfahren wir zum ersten Mal an uns selbst, in unseren Köpfen, in unserem Herzen, am eigenen Leib. Es wird zu unserer eigenen Erfahrung."

Ge.

„Shoah" läuft seit April in (vermutlich wenigen) westdeutschen Filmtheatern. In Hamburg zeigt das „Metropolis" den ersten Teil des Films (274 Min.) am 19.4., 17.30 Uhr; 26.4., 19 Uhr; 11.5., 18 Uhr — den zweiten Teil (292 Min.) am 20.4., 17 Uhr; 27.4., 19 Uhr; 12.5., 18 Uhr.

Diskrete Außenpolitik

Diskrete Außenpolitik

Parteistiftungen in Mittelamerika

Wir veröffentlichen im folgenden die Kurzfassung eines Textes, der in der Zeitschrift „ISTMO" unter dem Titel „Stiftungsarbeit im Ausland — zum Beispiel Zentralamerika" erschienen ist. Die Zeitschrift wird von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft Zentralamerika (Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster) herausgegeben.

1984 wurde der damalige Präsident Costa Ricas, Luis Alberto Monge, in einem Interview gefragt, ob er sich ein stärkeres Engagement der Bundesregierung in Mittelamerika wünschen würde. „Nicht notwendig", antwortete er spontan, „die Stiftungen tun schon genug." (vgl. „Welt", 17.4.85) Damit stellte Monge zwei Dinge klar: das starke Engagement der Bundesrepublik in der Region, und daß dieses Engagement nicht allein von den offiziellen Organen der bundesdeutschen Außenpolitik getragen wird.

Ungewollt wird damit auch auf die Handlungsebene hingewiesen, auf der die Arbeit der politischen Stiftungen angesiedelt ist: Im Vorfeld der Macht, hinter den Kulissen der offiziellen Politik. Der Sozialwissenschaftler Tilman Evers hat dies 1984 in einer Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse einer Tagung über die Rolle der politischen Stiftungen in der Dritten Welt so beschrieben: „Die Stiftungen finden ihre Identität als Teil der Regierung oder noch abstrakter als Teil des Staates." Ob man die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Gewerkschaftsbereich oder die der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Hanns-Seidel-Stif-tung (HSS) im Wirtschaftsbereich oder die der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) im Medienbereich nimmt, allen gemeinsam ist immer ihre Orientierung auf das Ziel der politischen Einflußnahme. Evers: „Wenn immer wieder von der Funktion der Stiftungen die Rede ist, dann heißt das: politische Einflußnahme. Die Frage kann nicht sein, ob die politischen Stiftungen in der Dritten Welt politisch intervenieren oder nicht — ihre Dritte-Welt-Arbeit hat keine andere Existenzgrundlage als diese. Die Frage kann dann nur die nach den Wegen, den Zielen und Ergebnissen dieser Einflußnahme sein."

Diese Einflußnahme läßt sich die Bundesregierung etwas kosten. Die politischen Stiftungen sind in allen Ländern Mittelamerikas präsent. 1982 und 1983 wurden 65 Millionen DM in Mittelamerika ausgegeben. Für 1985 und 1986 sind wieder 40 Millionen beantragt. Erfahrungsgemäß wird der Betrag der ausgegebenen Gelder am Ende des Rechnungsjahres höher sein. Diese Gelder erhalten die Stiftungen aus dem Etat des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem des Auswärtigen Amtes. Auch auf der Informationsebene bestehen rege Beziehungen zur Bundesregierung. Nach den „Grundsätzen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den politischen Stiftungen" sind sie dazu verpflichtet, dem BMZ „laufend und umfassend über ihre entwicklungspolitische Tätigkeit zu berichten", dies „vor allem beim Auftreten von Schwierigkeiten politischer Art." Weder das umfasende Berichtswesen noch die Finanzierung durch öffentliche Mittel werden in der Regel den Partnern im Gastland bekannt gemacht.

Wie nehmen nun die politischen Stiftungen ihre „Aufgabe" der politischen Einflußnahme in Mittelamerika wahr? Manchmal sehr direkt: Bereits 1973 meldete der „Spiegel", daß über das Bildungsinstitut der christdemokratischen Parteien Mittelamerikas, ein Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Jahr zuvor „972.760 DM deutscher Steuergelder in den Wahlkampffonds des christdemokratischen Kandidaten Napoleon Duarte" geflossen seien. 1983 gehörte die Förderung des christdemokratischen Radiosenders „La Libertad" zu den Schwerpunktvorhaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Unterstützung für die Sendeanlagen lief auch während des Wahlkampfs von Duarte. Daß die finanzielle Förderung für diesen Sender nicht für Wahlkampfunterstützung benutzt wurde — das ist nach den Grundsätzen der Stiftungsarbeit verboten — blieb dem Geschick der damaligen Sendeleiterin und Präsidentschaftskandidatentochter Ines Duarte überlassen.

Die politischen Optionen der Mutterpartei der der betreffenden Stiftung können auch zum Entzug der Unterstützung führen. In Honduras reduzierte die Konrad-Adenauer-Stiftung z.B. 1984 ihre Zusammenarbeit mit der christdemokratischen Partei PDCH und verlagerte das christdemokratische Bildungsinstitut INCEP nach Guatemala. Das geschah — zufällig — in einer Periode, in der sich die Differenzen mit der PDCH aufgrund der harten Kritik dieser Partei an der Zentralamerikapolitik der USA zugespitzt hatten.

Mitunter stößt man auf recht illustre Projektpartner der bundesdeutschen Stiftungen. die Hanns-Seidel-Stiftung plant etwa für 1986 ein Projekt mit der katholischen Universität von Santa Ana in San Salvador. Deren Leiter ist Monsignore Fernando Lascalle. Damit würde der Regionalbeauftragte von Opus Dei in Mittelamerika zum Projektpartner der Hanns-Seidel-Stiftung. In Nicaragua arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 1979 vor allem im Bildungs- und Medienbereich. Sie unterstützte die Alphabetisierungskampagne und war auch in der Richterausbildung aktiv. Seit 1982, dem Jahr, in dem man überlegte, die Stiftungsvertretung in Nicaragua zu schließen, gibt es jedoch keine ausgewiesenen Neuvorhaben mehr. So ist die Friedrich-Ebert-Stiftung heute die Stiftung, die in Nicaragua die wenigsten Aktivitäten entfaltet. Daß diese Entwicklung parallel zur Distanzierung der SPD und der Sozialistischen Internationale von den Sandinisten verlief, ist nicht überraschend. Dagegen nehmen die Aktivitäten der regierungsnahen Stiftungen Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung in Nicaragua seit der Wende erheblich zu. Im Wahljahr 1984 dehnte sich die auf die christsoziale Partei PSC und auf die Unterorganisation des Unternehmerverbandes FUNDE beschränkte Unterstützung auf die gesamte Opposition aus.

Larry Birns vom „Council on Hemispheric Affairs", einem der renommiertesten Institute in den USA, die sich mit Lateinamerikafragen befassen, behauptete, daß Gelder der CIA über die Konrad-Adenauer-Stiftung an die ARDE (einer gegen die sandinistische Regierung kämpfenden Freischärlergruppe) gezahlt worden seien. Die Stiftungszentrale dementierte. Als die Meldung über die Birns-Behauptungen in Nicaragua verbreitet wurde, reiste der betroffene Stiftungsvertreter eilig unter dem Schutz der deutschen Botschaft nach Costa Rica aus.

Inzwischen arbeitet er für die Hanns-Seidel-Stiftung in Costa Rica und hat laut Auskunft seiner ehemaligen Freundin im Country Club von San Jose bei Zusammenkünften mit Vertretern der Contra „Briefumschläge" überreicht.

Wie heißt es in den „Grundsätzen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den politischen Stiftungen": „Die politischen Stiftungen unterstützen Partner in Entwicklungsländern, die im Rahmen der durch die Vereinten Nationen festgelegten Ziele einen strukturwirksamen Beitrag leisten zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, zur Verbreiterung der politischen Mitwirkung und zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit ihres Landes."

SSZ e.V.

"Für das Grundrecht auf Kommunikation"

Interview mit Wau Holland vom Chaos-Computer Club

über freie Kommunikation, Eingriffe ins Datennetz, Hacker und Crasher

Am 4. Januar kapitulierten die Betreiber des Wissenschaftsrechners der Cornwell-University vor deutschen und amerikanischen Hackern und koppelten den Rechner vom internationalen Datenverkehr ab. Der Knotenrechner diente eigentlich dem Aufbau von Konferenzschaltungen zwischen Wissenschaftszentren der westlichen Welt, war jedoch extensiv von Hackern für die eigene Kommunikation genutzt worden. Sie hielten dort u.a. Konferenzen über die Möglichkeiten von Computersabotage ab.

An den Vorgängen in der Cornwell-University waren auch Hamburger Hacker vom Chaos-Computer-Clubs (CCC) beteiligt. Der CCC hat in der Vergangenheit mehrfach auf sich aufmerksam gemacht. So gelang es dem Club, unter anderem, den BTX-Code der Hamburger Sparkasse zu knacken und dieselbe um 135.000 DM zu erleichtern (man bestand nicht auf der Auszahlung des Betrages). Wir unterhielten uns mit Wau Holland, einem der Sprecher des CCC, über das Selbstverständnis des Clubs, den Stand alternativer Computerkultur in der BRD und die Bedeutung des vor kurzem verabschiedeten zweiten Wirtschaftskriminalitätsgesetzes („Hackergesetze").

Vorab eine Frage für die mit der Thematik Computerkultur nicht so vertrauten AK-Leser/innen: Was ist der CCC und womit beschäftigt Ihr Euch heute?

Der Chaos-Computerclub ist eine galaktische Vereinigung von intelligenten Lebewesen, so haben wir es auch in der Präambel unserer Satzung definiert. Ein Aspekt unserer Arbeit ist die Förderung von Kommunikation, wobei nicht die Technik der Kommunikation, sondern das Verständnis wie Kommunikation funktioniert im Vordergrund steht. Politisch findest du bei uns ein Spektrum von der Jungen Union bis zur SDAJ.

Ist der CCC nicht auch ein kommerzielles Unternehmen, in dem Sinne, daß ihr Gewinne erwirtschaftet?

Wir bemühen uns, keine Verluste zu machen und damit haben wir schon Schwierigkeiten genug.

Beschreib doch noch mal etwas konkreter, wie ihr Kommunikation betreibt.

Wir benutzen zum einen das Weltda-

Beschreib doch noch mal etwas konkreter, wie ihr Kommunikation betreibt.

Wir benutzen zum einen das Weltda-

tennetz, also die Dienstleistungen, die Postverwaltungen in aller Welt zur Verfügung stellen. Zum anderen sind eine Reihe von uns Amateurfunker und arbeiten am Aufbau eines offenen Netzes von Funkamateuren mit. Von den USA aus wird noch in diesem Jahr ein Amateurfunksatellit gestartet, eine Art fliegende Mailbox. Unser längerfristiges Ziel ist die Schaffung eines offenen Volknetzes, wo jeder die Möglichkeit hat, unabhängig von staatlicher Kontrolle — und diese Kontrolle ist ja in der Regel Kommunikationsverhinderung — Verbindungen zu letzlich allen Menschen in der Welt aufzunehmen.

In der Öffentlichkeit seid ihr durch das sogenannte Hacken bekannt geworden. Was ist Hacken aus Eurer Sicht?

Es gibt die Möglichkeit, sich mit relativ billigen Heimcomputern, über die Datennetze, in Datenbanken umzuschauen und zahlreiche Datenbanken sind durch diese Tatsache, entweder wirklich, oder aber zum Teil öffentlich geworden. Die USA sind uns da voraus, dort gibt es zahlreiche behördliche, staatliche Datenbanken, in denen Informationen verwahrt werden, die jeden, der dort wohnt, interessieren könnten, Informationen über die Strukturen, Entwicklungsmöglichkeiten einer Region, Planungsdaten, Statistiken etc. Im Verhältnis dazu sind die Schotten in der BRD noch ziemlich dicht. Und hacken ist, wenn es bewußt betrieben wird, der Versuch, die Türen zu diesen Informationen, die uns zustehen und angehen, aufzustoßen.

Der CCC ist nicht die einzige Selbstorganisation von Datenreisenden in der BRD. Wie ist der Stand „alternativer Computerkultur", der „Vernetzung von unten" in der BRD, wenn du ihn mit anderen europäischen Ländern und den USA vergleichst?

Am besten kann ich das für die BRD darstellen, da gibt es zum einen die Münchner, sie geben die „Bayrische Hackerpost' heraus. Für die Münchner sind wir die Preußen, viel zu streng und rigide in unserer Arbeitsweise, dann gibt es eine sehr engagierte Gruppe im Kölner Raum, die haben unter anderem eine elektronische Kirche installiert, wo man per Modem beichten kann. In der Schweiz hat sich auch eine Gruppe gebildet, die nennen sich ebenfalls CCC, auch dort gibt es eine Reihe von Mailboxen und kleineren Zeitschriften. Österreich ist noch ziemlich weit zurück. Anders die Entwicklung in Frankreich, da geht es recht lebendig zu, so ist es z.B. gelungen, die Hitparade eines Pariser Privatradios zu manipulieren, in einer Regierungsdatenbank wurden die biographischen Daten des Arbeitsministers verändert, er wurde zu einem Renault-Arbeiter gemacht, das ganze lief life im Fernsehen. Leuten vom „Le canard enchaine" (eine satirische Wochenzeitung, Anm. AK) ist es gelungen in eine größere IBM-Datenbank einzudringen und Baupläne von Atomkraftwerken zu veröffentlichen, das hat in Frankreich einiges Aufsehen erregt. In England sind Computer wesentlich mehr verbreitet als bei uns, auch in der Schule, von der ersten Klasse an. Auch hier gibt es eine Reihe von Mailboxen, englische Friedensgruppen nutzen schon lange Computer für ihre Kommunikation und haben das PEACENET installiert. Die erste überregionale Vernetzung in England, und das hat mich eigentlich schockiert, ging jedoch nicht von Computerfreaks sondern Hundebesitzern aus, das nennt sich FIDO-NET.

Stichwort Mailboxkultur, was sind Mailboxen und was für Informationen werden dort getauscht?

Mailboxen sind Computersysteme, in denen man per Telefon Nachrichten hinterlassen oder abrufen kann, vielleicht beschreibbar als CB-Funk über Telefon, auch wenn das etwas abwertend ist. In einer Reihe von Mailboxen steht nicht viel interessantes drin. Im Laufe der letzten zwei Jahre haben sich jedoch einige Systeme und Gruppen herausentwickelt, die sich als elektronische Verleger verstehen, die also eingehende Informationen nicht nur sammeln, sondern auch aufbereiten, um sie einer weiteren Verbreitung zuzuführen. Bedingt durch die Telefongebühren, beschränkt sich dies meistens noch auf innerörtlichen Informationsaustausch, es gibt jedoch Bestrebungen, sich zusammenzuschließen, das IN-

meln, sondern auch aufbereiten, um sie einer weiteren Verbreitung zuzuführen. Bedingt durch die Telefongebühren, beschränkt sich dies meistens noch auf innerörtlichen Informationsaustausch, es gibt jedoch Bestrebungen, sich zusammenzuschließen, das IN-

TERPOOL-NET wurde gegründet, um allgemein interessierende Informationen auch überregional zu verbreiten. Auch die Grünen beschäftigen sich mittlerweile mit ihrer Vernetzung, am stärksten ist die Entwicklung dabei auf der europäischen Ebene; dort gibt es die Initiative eine EUROBOX aufzubauen, die sowohl journalistisch arbeitet, als auch allgemein interessierende Materialen, die irgendwie ins grüne Spektrum passen, sammelt. Daneben gibt es halt Informationsdienste wie unsere „Datenschleuder", die sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch verbreitet werden.

Ihr setzt euch für ein „freies Weltdatennetz", ein „Volksnetz" ein, was versteht ihr darunter?

Was wir versuchen ist unsere eigene soziale Struktur zu finden, im Miteinander, in der Welt, in der wir leben. Und da erforschen wir, wie das eigentlich funktionieren sollte miteinander umzugehen. Der erste Schritt dabei ist das Hacken in den Datennetzen, in den Systemen und der nächste Schritt ist sozialhacking, also zu analysieren wie wir miteiander umgehen und unser Verhalten weiter zu entwickeln. Wir gehen davon aus , daß es ein Menschenrecht auf Kommunikation gibt, mit den Menschen mit denen man es wünscht. Wir wenden uns dagegen, daß irgendwer herkommen kann und bestimmt, zack, Staatsaufsicht unterbricht Telefonleitungen in die Sowjetunion.

In einem Selbstdarstellungstext sprichst du vom „Informationskrieg der Herrschenden gegen ein „freies Weltdatennetz", wie sieht dieser „Informationskrieg" aus?

Ein Hauptinstrument ist die Gebührenregelung. Es existieren Kommunikationssysteme, deren Betriebskosten relativ gering sind und mit denen ein tierischer Profit gemacht wird. Das gilt für das Telefon genauso wie für die Datennetze. An Informationen zu gelangen ist außerordentlich teuer. Wenn ich angesichts der Lage in Libyen in ein Datennetz hineingehe, die Washington Post und die Los Angeles Times lesen, mich auch noch bei arabischen Nachrichtenagenturen informieren will, dann bin ich in nullkommanichts einen Hundertmarkschein los. Zwei, drei Tage später zahle ich für die entsprechenden gedruckten Informationen vielleicht 10 DM. Die Geschwindigkeit ist teuer.

„Schmarotzen an den Netzen, heißt deshalb die Parole", schreibst du. Ist die bloße Teilnahme am internationalen Datenverkehr schon eine politische Strategie gegen den „Informationskrieg" der Herrschenden?



Taktik. — Wenn die Kennung *(Teilnehmerberechtigungsnummer an einem Datennetz, Anm. AK)* eines großen Konzerns bekannt ist und von Hackern benutzt wird, um auf Kosten dieses Konzerns an Informationen zu gelangen, ist das gut und nicht schlecht, aber das ist keine Strategie. Eine Zeitung wie die TAZ, jeder der ernsthaft arbeitet, kann sich auf Dauer nicht mit fremden Kennungen behelfen. Wer schnell und zuverlässig an Informationen gelangen muß, braucht auf Dauer ein geordnetes Verhältnis zu den staatlichen Aufsichtsgremien — der Post — und die kassiert eben ordentlich.

Ein jugendlicher BTX-Hacker verteidigte sich in einem gegen ihn angestrengten Ermittlungsverfahren wie folgt : „Wie ich glaube, habe ich mich im Zusammenhang mit der Aufdeckung von Schwachstellen beim Bildschirmtext-Medium verdient gemacht. Alle Dinge die mir durch Zufall bekannt wurden und die im Hinblick auf die Datensicherheit bedenklich waren, habe ich unverzüglich der Arbeitsgruppe Bildschirmtext bei der Bundespost gemeldet. Viele meiner Hinweise waren der Post noch gar nicht bekannt und führten häufig auch zur Beseitigung der erkannten Fehler." Auch euch wurde oft, z.B. von der TAZ vorgehalten, die alternativen, unbezahlten Postingenieure zu sein. Wem nützt die Arbeit des CCC?

Wenn sich dieser Mensch so verteidigt, ist das sein Ding, ich selber würde nie so argumentieren. Es gibt bestimmte Mängel in den Systemen, wo ich mich frage, ist ihre Aufdeckung gut oder schlecht. Ist es gut diese Mängel aufzudecken, tue ich es, wenn es Vorteile hat, diese Mängel lieber zu benutzen, lasse ich es. Nach dieser BTX-Geschichte hatten wir das konkrete Problem: eine Reihe von Leuten aus der Industrie fragten an, ob wir nicht ihre Firmencomputer auf deren Sicherheit überprüfen könnten. Wir haben darüber sehr ausgiebig diskutiert, und das ist auch Thema der Frage von vorhin, ist der CCC ein Profit-Unternehmen. Wir haben uns bei diesen Anfragen geziert und für den Kern des CCC ist klar, daß er solche Aufträge nicht übernimmt. Aber ebenso klar ist, daß die Aufgabe die wir übernehmen — und ein großer Teil von uns arbeitet ja regulär in der EDV-Branche, daß wir diese Aufgaben sorgfältig und gewissenhaft erledigen. In Rahmen der Aufgaben, die wir übernehmen diskutieren wir dann schon Fragen wie: werden vielleicht zuviel Daten erhoben und wie kann man das umgehen. Denn Datenschutz beginnt damit, daß man nur die Daten erhebt, die man wirklich braucht und an der Stelle meine ich schon, daß unsere Arbeit außerordentlich nützlich ist. Um auf das ebengenannte Zitat zurückzukommen: die Mängel die beim BTX aufgespürt werden, liegen total an der Oberfläche, sie beschäftigen sich nicht mit der Struktur. Bei der Struktur aber müssen die Fragen gestellt werden.

Nun rekrutieren sich, soweit uns das aus den USA bekannt ist, ja die besten Sicherheitsexperten für Datennetze aus der Hackerszene selber.

Völlig klar, es wird immer Leute geben, die sich kaufen lassen. Das passiert, es gibt Leute, die diesen bequemen Weg gehen und andere, die es nicht tun. Für Gruppen, die so zusammenarbeiten wie wir, habe ich jedoch die Hoffnung, daß die Sozialstrukturen so stabil sind, daß das nicht passiert.

In der Presse wird in letzter Zeit häufiger zwischen „Hacker" und „Crasher" unterschieden. Was ist ein „Crasher" und wie stellt ihr euch zu diesem Phänomen?

Wir haben einen Anruf bekommen von der Bildzeitung Hannover, in den USA sei ein Rechner runtergefahren worden, und der CCC sei dafür mitverantwortlich, was meinen Sie dazu ... Daraufhin fand bei uns erstmal eine größere Krisensitzung statt, wie darauf am besten zu reagieren sei. Da haben wir uns einen ganzen Tag lang erbittert gestritten. Zum einen war völlig klar, bei dieser Rechnerabschaltung waren Leute von uns beteiligt, das kam relativ schnell raus, insofern war die Information der Bildzeitung sauber. Auf der anderen Seite waren da Leute dabei, zu denen wir ein ähnliches Gefühl haben wie zu Skinheads, die eine Oma verprügeln — da hat man sich so schön auf einem Rechner rumgetrieben und die fahren den einfach runter. Am gleichen Abend lasen wir dann im BTX die Überschrift des Hamburger Abendblatts: „Hacker wollen alle Atomrechner töten!" — und da kriegten wir Angst, weil das als Überschrift am nächsten Tag in der Bildzeitung, das war das letzte was wir wollten. Wir wollen offen und klar arbeiten und nicht in irgendwelchen finsteren kriminellen Ecken. Auf der anderen Seite, was in dieser Überschrift komprimiert und verfälscht wurde, war die Tatsache, daß in den USA auf den Rechnernetzen Hacker darüber diskutiert haben, ob es verantwortbar ist, Rechner runterzufahren. Wir meinen, daß derartige Diskussionen erlaubt sein müssen, auf diesem Recht beharren wir. Rechner herunterzufahren halten wir erstmal grundsätzlich für schlecht, wir wollen die Kisten nutzen. Kommunikation zu verhindern, überlassen wir lieber der anderen Seite. Ein Hacker kann zum Crasher werden wenn man ihn reizt. Wir meinen, daß Crasher schon eine Teilmenge von Hacker sind und es ist für uns schon ein wichtiges soziales Element, die Unterscheidung in Gute und Böse nicht mitzumachen.

Rechenzentren sind heute vermehrt ein Angriffsziel politisch motivierter Bombenanschläge. Was haltetet ihr von diesen Versuchen, Computerzentren durch direkte Gewalt lahmzulegen?

Das sind in den allermeisten Fällen untaugliche Versuche. Die Rechenzentren werden mehr und mehr zu Atombunkern ausgebaut. Wenn ich überlege, was die Hamburger Banken als Notrechenzentrum betreiben, das ist ein besserer Bunker. Die Tendenz geht wirklich dahin, daß man Atombomben benutzen müßte, wenn man Rechenzentren lahmlegen wollte. Wenn du andererseits überlegst, wie wackelig das Weltwirtschaftssystem durch die Wei-

chenzentrum betreiben, das ist ein besserer Bunker. Die Tendenz geht wirklich dahin, daß man Atombomben benutzen müßte, wenn man Rechenzentren lahmlegen wollte. Wenn du andererseits überlegst, wie wackelig das Weltwirtschaftssystem durch die Wei-

terentwicklung der Datentechnik geworden ist — der Film „Septemberweizen" hat mir da eine Menge Dinge klargemacht. Das was dort an Spekulation läuft, mit Getreide, das noch nicht geerntet ist, mit Waren, die noch nicht produziert sind, wo Satelliten die Erntevorhersagen machen, wo also riesige Datenströme fließen, wo es auf der einen Seite die Börsenkurse gibt, deren Kursveränderungen dir als kontinuierlicher Datenstrom ins Haus geliefert werden, und die Kurse werden nicht nur frei Haus geliefert, du kannst auf Knopfdruck von zu Hause mitbieten, mitspekulieren, mitmachen. Wenn ich mir vorstelle, daß diese Spekulationsgeschäfte mehr und mehr durch clevere Programme bewältigt werden, Programme, die eine effektive Spekulationsstrategie verfolgen — dann kann bereits eine ungünstige Konstellation von Programmen für einen schwarzen Freitag sorgen. Wobei sich so etwas heute wohl nicht mehr an einem Tag, sondern innerhalb von Stunden abspielen würde. Im Verhältnis dazu sind Bombenanschläge auf Rechner einfach überholt.

Mit welchen Maßnahmen versuchen eigentlich Datenbankbetreiber, Hacker aus ihren Rechnern fernzuhalten?

Ein intelligenter Systembetreiber akzeptiert Hacker als Gäste, vor Crashern gibt es keinen Schutz, denn auch aus einem atombombensicheren Rechenzentrum führen Steuerleitungen nach außen und in umgekehrter Richtung hinein.

Hälts du es für technisch möglich oder sogar wünschenswert, daß Hacker in militärische Steuerungssysteme eingreifen?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Auf der Ebene einzugreifen halte ich für verfehlt. Das ist ein politisches Denken, das genauso strukturiert ist, wie das Denken derjenigen, die meinen, Atomwaffen seien nötig und Fließbänder müssen schneller laufen. Es kann nur darum gehen, Atomwaffen abzuschaffen. Das erreicht man nicht durch Eingriffe in die Systeme.

Welche Relevanz haben die neuen Polizeigesetze und die Gesetze zur Wirtschaftkriminalität, die das Hacken unter Strafe stellen, für eure Aktivitäten?

Die neuen Polizeigesetze haben auf unsere Aktivitäten keine direkten Auswirkungen, anders jedoch das neue zweite Wirtschaftskrimnalitätsgesetz. Der Hacker der in ein System eindringt, ohne jedoch Daten abzurufen, bleibt auch in Zukunft straffrei, das Abrufen von Daten wird hingegen auf Antrag mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren verfolgt, und das ist ganz happig. In den Erläuterungen des deutschen Bundestages heißt es: „Der Ausschuß hat davon abgesehen, wie zunächst von der Bundesregierung angeregt, schon den bloß unbefugten Zugang zu besonders gesicherten Daten und den Versuch einer Straftat unter Strafe zu stellen. — Insbesondere sollen sogenannte Hacker, die sich mit dem bloßen Eindringen z.B. in ein Computersystem begnügen, also sich keine Daten unbefugt verschaffen, von Strafe verschont bleiben." Insofern finde ich das Gesetz vernünftig.



Du schreibst: „Die Herrscher im Obrigkeitsstaat haben Angst vor freiem nachbarschaftlichen Informationsaustausch." Haben die Herrschenden eurer Meinung nach Grund sich zu ängstigen?

Der Obrigkeitsstaat ist Geschichte, da habe ich den falschen Begriff gewählt. Vor dem Obrigkeitsstaat, wie er mal bestanden hat, braucht sich keiner mehr zu fürchten. Trotzdem hat der Staat immer noch Angst vor dem freien nachbarschaftlichen Informationsaustausch, d.h. die Verkabelung ist immer noch unter staatliche Kontrolle gestellt. Aber auch das wird in absehba-

en nachbarschaftlichen Informationsaustausch, d.h. die Verkabelung ist immer noch unter staatliche Kontrolle gestellt. Aber auch das wird in absehba-

rer Zeit fallen. Die Veränderung der Gesellschaft macht die Frage, wer vor wem Angst hat, außerordentlich schwierig. Eine Menge von Freiheiten existieren heute nur als Möglichkeiten, führen aber nicht zu einer direkten Befreiung. Auf der anderen Seite haben sich neue Unterdrückungsmittel entwickelt, wie etwa die Ab- und Überfütterung durch Fernsehbilder. Die Hackergesetze, eigentlich mag ich sie gar nicht so nennen, sind Gesetze gegen Wirtschaftskriminelle und haben in diesem Sinne eine gesellschaftlich nützliche Funktion. Die Vorgänge, die mit der Flickaffäre aufgedeckt wurden, sind nichts anderes als Wirtschaftskriminalität und da wurde es Zeit, daß etwas geschieht. Und aus der Sicht dieses existierenden Systems sind Gesetze die einzig mögliche Form. Wir als Gruppe können dafür keine Alternative bieten. Unser letzter Kongreß stand unter dem Motto „Du darfst". Ein bewußt gewähltes Motto, denn die Sachen, die wir machen, zu denen stehen wir auch. Wir lassen uns nicht durch Gesetze abschrecken, die für andere Probleme gemacht sind und uns von daher nur am Rande angehen. Da wo die Gesetze uns berühren, müssen wir uns bemühen klarzumachen, warum eine Anwendung gegen uns falsch wäre.

Eine letzte Frage, man begegnet in euren Clubräumen ausschließlich agilen jungen Männern, gibt es eigentlich auch Frauen, die im CCC mitarbeiten?

Ja, die gibt es, eine kleine radikale Minderheit. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wenn Frauen sich überhaupt mit der Materie beschäftigen, sie es bewußter tun als Männer, sie spielen weniger mit den Geräten und nutzen sie effektiv als Arbeits- und Produktionsmittel, viel emotionsloser als Männer.

Wir danken für das Gespräch

Das Gespräch führten M. und F.

Südafrika:
Der Tod ist alltäglich

Anfang Januar: Die Polizei gibt den Tod von 6 Personen bekannt; 2 wurden beim Ausheben eines Waffenlagers erschossen, einer von einer Polizeistreife; 3 kamen bei einer „Stammesfehde" um.

22.1.: Die Polizei erschießt bei einer Auseinandersetzung 7 Menschen in der Nähe von Johannesburg.

Ende Januar: 4 Tote bei einem Marsch von 1.500 Menschen auf einen Polizeiposten. Nach Polizeiangaben kosteten Auseinandersetzungen zwischen Zulus und Pondos bei Durban 36 Menschenleben — Zulus wurden nicht verhaftet, hingegen 480 Pondos.

Mitte Februar: In der Vorstadt Alexandra (Johannesburg) werden bei Straßenkämpfen nach offiziellen Angaben 30, nach anderen Stellungnahmen mehr als 80 Menschen erschossen.

6.3.: Bei anhaltenden Unruhen sind in der Nacht zum Mittwoch in verschiedenen Orten Südafrikas drei Schwarze getötet worden.

8.3.: 6 Tote bei Unruhen

Wochenende vom 8./9.3.: Insgesamt 24 Menschen kommen bei Unruhen ums Leben. Am 7.3. werden allein 6 Menschen bei einer Beerdigung erschossen.

Mitte März: Bei Auseinandersetzungen zwischen den streikenden Arbeitern einer Goldmine (Johannesburg) und „Sicherheitskräften" kommen insgesamt 7 Menschen ums Leben.

Wochenende vom 15./16.3.: nach offiziellen Angaben 17 Tote bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und schwarzen Demonstraten.

21.3.: In der Nacht vor dem Jahrestag des Massakers von Sharpeville kommen 10 Menschen bei Unruhen ums Leben.

25./26.3.: „Südafrikanische Sicherheitskräfte" erschießen 19 Menschen, ein Nachtwächter erschießt einen Schwarzen in Johannesburg. Andere Meldungen sprechen für den gleichen Zeitraum von mindestens 30 Toten.

Unter diesen offiziellen Meldungen fanden sich für den Zeitraum des ersten Vierteljahres Nachrichten über den Tod von zwei Polizisten und zwei privaten „Sicherheitskräften".

Die grausamsten Auseinandersetzungen fanden Mitte Februar in dem Vorort von Johannesburg, Alexandra, statt. Bis heute — und daher wahr-

zungen fanden Mitte Februar in dem Vorort von Johannesburg, Alexandra, statt. Bis heute — und daher wahr-

scheinlich nie — ist zu klären, wieviele Menschen bei diesen Kämpfen getötet wurden. In den Tagen der Auseinandersetzungen verlegte die südafrikanische Armee starke Truppenkontingente nach Alexandra, für eine Woche wurde der Vorort fast gänzlich abgeriegelt. Internationale Presse hatte keinen Zutritt mehr zu der Region, mehrere Journalisten wurden verhaftet. Die übrige Welt sollte nicht sehen können, was sich in diesen Tagen in dem ältesten schwarzen Township bei Johannesburg ereignete. Die Polizei überfiel die örtliche Klinik um Personen zu verhaften, die dort in Behandlung waren.

Gleichzeitig beschlagnahmte sie Unterlagen über Patienten, um sie später verhaften zu können.

Die Polizei erschoß in diesen Tagen drei Kinder zwischen 12 und 14 Jahren. Die Johannesburger Zeitung „Star" ließ dazu einen Zeugen erzählen: „Sie, die Kinder, versteckten sich hinter einem großen Baum und die Polizei erschoß sie alle. Nach der Schießerei ging ich hin um zu sehen, ob ich eines der Kinder wiedererkennen konnte. Aber ich kannte keines. Das Kind, das am jüngsten aussah, hatte ein großes Loch im Kopf. Die beiden anderen hatten Löcher im Rücken."

Die Kinder sind die Hauptträger der alltäglichen Auseinandersetzungen auf den Straßen Südafrikas. Und daher sind sie auch die bevorzugten Opfer der Polizei. Eine Deutsche, die seit vielen Jahren in Südafrika lebt, schrieb in einem Brief an die „Zeit" (28.3.) unter dem Titel „Krieg gegen Kinder" über diesen Alltag. Daraus nur ein Beispiel: „Wir haben den Kindern unserer Hausangestellten einen richtigen Lederfußball geschenkt. Sie spielten damit auf einem freien Stück Feld am Rande von Nyanga. Gestern hielt ein Polizeiwagen an — ‚Was macht ihr hier! Geht sofort in eure Häuser, sonst erschießen wir euch!' Die Kinder rannten und versteckten sich. Die Polizei hinterher. Der Sohn unseres Nachbarn wurde dann von der Polizei ausgepeitscht. Aber nicht nur das: Sie drückten der Mutter die Peitsche in die Hand und verlangten von ihr, daß sie ihr Kind auspeitschen sollte."

In einem Interview stellte der Polizeikommandant von Soweto, J. Coetzee, seine Sicht zu diesen Dingen dar. „Wir patrouillieren regelmäßig in der Gegend der betroffenen Schulen und versuchen, die Jugendlichen von der Straße fernzuhalten. Wenn sie Ärger machen, dann zertreuen wir sie mit der geringstmöglichen Gewalt; normalerweise benutzen wir Schlagstöcke, Tränengas, Gummigeschosse, Schrot und so weiter."

Auf die Frage, wieso die südafrikanische Polizei nicht ohne Gummigeschosse und Schrot auskomme, antwortete Coetzee: „Was wir hier erleben, sind kleine Gruppen, die Autos angreifen. Mit Steinen, Stöcken und Messern. Sobald die Polizei auf der Bildfläche erscheint, rennen sie davon, wie von der Tarantel gestochen. Diese Burschen kann man einfach nicht wirksam mit Tränengas und Niespulver bekämpfen. Im Gegenteil: Die ren-

wie von der Tarantel gestochen. Diese Burschen kann man einfach nicht wirksam mit Tränengas und Niespulver bekämpfen. Im Gegenteil: Die ren-

nen davon, und der gesetzestreue und friedliebende Bürger hat unter den Tränengasschwaden zu leiden. Deshalb gebrauchen wir Gummigeschosse und Schrotgewehre. Nur so können wir die Kerle zerstreuen und einige von ihnen festnehmen ..."

wo./Imp.Kom.

Anmerkungen:
Das Interview mit dem Polizeikommandanten entstammt dem Buch „Brücken über die Apartheid" von Thomas Kruchem, Serie Piper 1986. Die sonstigen Informationen sind der Tagespresse entnommen.

Wer nennt die Namen

Im Arbeiterkampf 268 berichteten wir über die Umschuldungsverhandlungen zwischen Südafrika und den 230 Banken rund um die Welt bezüglich der Rückzahlung kurzfristig fälliger Kredite. Nachdem am 20. Februar in London ein generelles Übereinkommen der beiden Seiten erzielt worden war, blieb noch zu klären wer das Geschäft wie abwickelt. Nun wurde im Laufe des März ein informelles Komitee der zwölf wichtigsten Gläubigerbanken Südafrikas konstituiert. Auf das Adjektiv „informell" legen die diskreten Banker sehr viel wert, denn an einer „formellen" Regelung der Geschäfte mit Südafrika ist ihnen aus imagepolitischen Gründen nicht gelegen. Nachdem die US-amerikanischen Banken schon im Februar erklärt hatten, daß sie aufgrund der vielfältigen Publikumsinteressen in den USA selbst Zurückhaltung üben müßten, äußerten sich nun britische Banker in ähnlicher Weise. Der Präsident der Barclays Bank (Großbritannien) „forderte insbesondere ein Ende der institutionalisierten Rassendiskriminierung. Er unterstrich, daß Barclays an einem formellen Umschuldungsprogramm nicht teilnehmen werde, solange keine überzeugenden Beweise für ein Ende der Apartheidspolitik geliefert würden."

Banker-Logik ist es denn wohl, die trotz solcher Position die technische Abwicklung des Problems zur Zufriedenheit beider Seiten durchführt. Ja es wird sogar offen erklärt, daß Widersprüche über die Zahlungsmodalitäten der südafrikanischen Schuldner von den Banken zugunsten der Rassisten aufgelöst wurden: Denn „von einer Reihe von Banken war ... eingewendet worden, daß Südafrika durchaus zu höheren Rückzahlungen in der Lage sei".

Nun denn, das Zentralkomitee der 230 Banken zur Abwicklung des Geschäfts besteht aus:
— Großbritannien: National Westminster, Barclays, Standard Chartered;
— USA: Morgan Guaranty, Manufacturers Hannover, Citibank;
— Schweiz: Schweizerische Kreditanstalt, Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerischer Bankverein;
— BRD: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank.

(Alle Informationen aus: Neue Zürcher Ztg., 14.3.1986)



Buchbesprechung:
Südafrika — Der Hauptstrom der Befreiung

Als eine Dokumentensammlung zum südafrikanischen Widerstand und Befreiungskampf versteht sich ein neues Buch von Rainer Falk, das seit Mitte März in den Internationalismusregalen der einschlägigen Buchhandlungen zu finden ist.

Rainer Falk, Journalist u.a. im Dienste des Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB), bezeichnet das Buch auch als einen Beitrag zu der kontrovers verlaufenden Diskussion innerhalb der bundesdeutschen Solisszene um die Unterstützung der „richtigen" Befreiungsorganisation.

Bereits im Vorwort heißt es: „Die verschiedentlich anzutreffende Überschätzung von Einzelorganisationen, die aufgrund der Spezifik der inneren Situation Südafrikas als Reaktion auf die Illegalisierung des Widerstandes seit Anfang der sechziger Jahre entstanden sind, wird auch in der Bundesrepublik der Einsicht Platz machen müssen, daß sich der ‚Hauptstrom der Befreiung' heute mehr denn je um den Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas gruppiert — eine Einsicht, die nicht nur international, sondern vor allem durch zahlreiche Umfragen innerhalb Südafrikas gestützt wird." Folgerichtig sind es auch hauptsächlich Dokumente des ANC und der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), Positionen von Nelson Mandela, O.Tambo und der südafrikanischen KP, die in Falks Buch veröffentlicht werden.

Zur Abrundung und Vertiefung des Bildes vom Widerstand gegen das Apartheid-Regime werden die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und kirchliche Gruppen zitiert, sowie in Aufsätzen und Interviews über die Frauenbewegung und Jugendorganisationen berichtet.

Für die praktische Solidaritätsarbeit äußerst nützlich ist eine Übersicht zur Unterstützung der BRD für den Apartheidstaat im Anhang des Buches. Dieser Anhang enthält eine Liste bundesdeutscher Brankkredite (16.5. Bankenaktionstag !) an den Apartheidstaat sowie eine UNO-Liste aller in Südafrika investierenden bundesdeutschen Firmen.

Rü.,Fr.

Südafrika-Widerstand und Befreiungskampf, Rainer Falk, Pahl-Rugenstein-Verlag, 14,80 DM

Buchvorstellung
Aus Menschen Neger machen

Renate Hücking/Ekkehard Launer
Aus Menschen Neger machen
Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat.
Reich illustriert, 200 Seiten, DM 24,-Verlag am Galgenberg

Die Hansestadt und ihre Kaufleute: Seit Jahrhunderten sind es die „Pfeffersäcke", die die Bedeutung des „Standortes Hamburg" ausmachen. Das „europäische Handelscomptoir" nennt Christian Andersen die Stand an der Elbe vor 150 Jahren, und noch heute geht jede fünfte Tonne deutscher Einfuhr durch die Hände Hamburger Importeure. Die Geschichte eines dieser Handelshäuser haben die Autoren Renate Hücking und Ekkehard Launer genauer verfolgt.

Firmengründer Carl Woermann läßt sein erstes Segelschiff 1849 nach Westafrika fahren. Flinten, Schnaps und Glasperlen öffnen den Hamburgern den bis dahin weitgehend unbekannten Markt. Die Rendite ist vielversprechend. 1884 führt Sohn Adolph Reichskanzler Bismarck die Feder, als es darum geht, Kamerun den Engländern vor der Nase wegzuschnappen und es zur deutschen Kolonie zu machen. Wohl kein anderer profitiert so vielfältig von der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches wie der „königliche Kaufmann" Adolph Woermann. „King of Hamburg" — so nennen ihn die Afrikaner. Die von ihm gegründete Reederei, die „Woermann-Linie", (jetzt im Verbund der „Deutschen Afrika-Linien") hat im „Atlantic" gerade 100. Geburtstag gefeiert. Im alten „Afrikahaus" in der Großen Reichenstraße rüstet sich Heinrich Woermann, Adolphs Enkel, für das 1987 zu begehende 150jährige Firmenjubiläum.

Die Geschichte eines Hamburger Handelshauses — die Geschichte der Unterwerfung der Dritten unter die Erste Welt.

Das reich illustrierte Buch zeigt anschaulich, wie der schwarze Kontinent unterentwickelt wurde, Händler wie die Woermanns sich an Afrika entwickelten — und welche Spuren diese Geschichte hinterlassen hat: in Hamburg und in Kamerun. Auf ihrer Spurensuche sprachen die Autoren in der Hansestadt mit dem heutigen Firmenchef Heinrich Woermann, besuchten in Kamerun Ölpalmen-Plantagen, trafen auf deutsche Entwicklungshelfer, fanden in Buea, der alten deutschen Hauptstadt, den Afrikaner Robinson Lambe, der sein Alter auf 100 Jahre schätzt, Aufseher auf einer Woermann-Plantage war und noch heute nichts auf Deutschland kommen läßt.

In einem Vorwort berichtet ARD-Westafrika-Korrespondent Luc Leysen, wie stark koloniale Spuren noch heute im afrikanischen Alltag sichtbar sind — und wie sich Afrikaner mit diesem Erbe arrangieren.

So spannend kann Geschichte sein, wenn sie wie in diesem Buch lebendig und packend erzählt wird. Geschichte zum Anfassen und Begreifen mit Lokalkolorit.

Die Autoren
Renate Hücking ist 1947 in Werdohl geboren, studierte Literaturwissenschaften in Frankfurt a.M. und promovierte dort 1977.
Ekkehard Launer ist 1952 in Rotenburg geboren, studierte Sozialwissenschaften in Göttingen. Beide teilen sich eine NDR-Planstelle und sind von der „Tagesschau" gewohnt, Informationen präzise auf den Punkt zu bringen. Als freie Autoren schreiben sie für den Hörfunk, in Zeitungen und Büchern. Sie leben heute in Hamburg und haben Afrika in vielen Reisen gemeinsam erkundet.

"Die Demokratie ist noch sehr zerbrechlich"

Interview mit dem Tupamaroführer Raul Sendice (Uruguay)

Raul Sendic ist der bekannteste der „historischen Führer" der Tupamaros. Durch die Amnestie der neuen zivilen Regierung kam er — ebenso wie alle anderen politischen Gefangenen — Ende letzten Jahres nach zwölf Jahren Gefängnis auf freien Fuß. Zehntausende begrüßten und feierten die Gefangenen bei ihrer Haftentlassung.

Der folgende kurze Vorspann und das Interview mit Raul Sendic sind aus der chilenischen Oppostionszeitung „Analisis" übersetzt und an einigen Stellen leicht gekürzt. Sicherlich sind die vielen Fragen, die im Zusammenhang mit der Politik der Tupamaros auftauchen, hier nicht erschöpfend behandelt. Das Interview vermittelt aber einen Eindruck und zeigt, mit welch enormer Geschwindigkeit die Tupamaros, die vielfach für völlig zerschlagen gehalten worden waren, wieder zu einer politischen Kraft in Uruguay werden konnten.

„Ich bin Rufo und ergebe mich nicht!"

schrie Raul Sendic, als die Repressionskräfte im September 72 den Ort umstellten, wo er sich mit anderen MLN-Mitgliedern versteckt hielt (1). Als ehemaliger Gewerkschaftsvorsitzender der Zuckerrohrarbeiter und dann als Gründer und Chef der Tupamaros war Sendic der meistgesuchte Mann. Seine Verhaftung erfolgte nach einem bewaffneten Zusammenstoß, bei dem er schwer verletzt wurde. Eine Kugel durchschlug sein Gesicht, riß einen Teil des Unterkiefers weg und verstümmelte Teile der Zunge und des Mundes. Er wurde lediglich notbehandelt, wie ein Gefangener, der sowieso zum Tode verurteilt ist, ein Teil des Gesichtes blieb entstellt und er konnte nur mit großen Schwierigkeiten sprechen. Dann kam das Gefängnis und damit die totale und absolute Isolation für 12 Jahre. Die Diktatur erklärte ihn und 8 andere Tupamaros zu Geiseln (die zur Vergeltung von Tupamaro-Aktionen getötet werden sollten, Anm. AK), schirmte die Gefangenen nach außen völlig ab und hielt sie unter unmenschlichen Bedingungen.

Vom Militärputsch in Chile, vom Tode Francos, vom Rücktritt Nixons, vom Sturz des Schah im Iran, von der sandinistischen Revolution, der Niederlage der Nordamerikaner in Vietnam, der Befreiung Angolas und von all den anderen Ereignissen, die die Welt von 1972 bis 1985 bewegten, erfuhren Raul Sendic und die anderen Geiseln kurz vor ihrer Freilassung Mitte des vergangenen Jahres.

Mit der Freilassung der politischen Gefangenen und der Rückkehr der Exilierten tauchten die Tupamaros wieder öffentlich auf. Zunächst durch direkte Kontakte in den Wohnvierteln, wo sie von ihren Erfahrungen berichteten und zuhörten, was die Nachbarn zu berichten hatten, dann mit der Durchführung eines Kongresses, an dem über 1.000 Delegierte teilnahmen. Sendic wurde mit der höchsten Stimmenzahl ins Zentralkomitee gewählt. Später reiste er, eingeladen von der Kommunistischen Partei Cubas, nach Havanna, um sich einer Gesichtsoperation zu unterziehen.

Wie charakterisierst Du die aktuelle Phase der Öffnung in Uruguay seit der Machtablösung der Militärs?

Es handelt sich um den Versuch einer Demokratisierung, der noch sehr zerbrechlich ist. Es hat ein Arrangement gegeben mit dem putschistischen Militärapparat des Heeres, der nicht angetastet wurde. Die Demokratie könnte sich konsolidieren, wenn sie volksfreundliche Wirtschaftsmaßnahmen durchführen würde, die das Elend des Volkes mildern würden, aber in diese Richtung wird nichts gemacht. Das Volk selber hat in Meinungsumfragen in den letzten Monaten gesagt, daß die wirtschaftliche Situation genauso oder sogar schlechter ist als unter der Diktatur. Wie man sieht, handelt es sich lediglich um einen Versuch, die Legalität der demokratischen Institutionen wiederherzustellen, ein Versuch, der noch lange nicht als stabil betrachtet werden kann.

In wie weit ist tatsächlich eine stabile Demokratisierung des Landes möglich, solange der Militärapparat, der die Diktatur getragen hat, noch in Takt ist.

Man muß feststellen, daß der neue Präsident — laut Meinungsumfragen — an Ansehen verloren hat, daß es generell Unzufriedenheit mit der Demokratie, bzw. mit dieser Art von demokratischer Öffnung gibt. Aber auch die Militärs haben in der öffentlichen Meinung verloren. Klar ist aber, selbst wenn das Lebensniveau des Volkes sich weiter verschlechtert und die Regierung damit weiter an Prestige verliert, so wird das Volk dennoch nicht nach einem neuen Militärputsch rufen, sondern Widerstand leisten, falls die Militärs zurückkehren.

Die Mehrheit der Offiziere bei der Marine und der Luftwaffe ist derzeit gegen einen Putsch, die Offiziere des Heeres sind aber fast einheitlich Putschisten. Sie treffen sich von Zeit zu Zeit, um Pläne gegen die demokratischen Institutionen zu schmieden.

Wie wirkt sich die wirtschaftliche Situation, insbesondere die Außenschuld auf die Stabilität der Demokratie aus?

Wir haben in unserem Land eine staatliche Außenschuld in Höhe von 5 Mrd. Dollar und private Schulden in Höhe von 2,3 Mrd. Dollar, für beide gibt es keine Lösung. (...)

In Uruguay sind von 42 Bank-Konsortien 40 in ausländischer Hand. Diese Gesellschaften betreiben einen Prozeß der Invasion, der Kolonisierung, die Eroberung des produktiven Apparats durch das Finanzkapital nach Piratenmanier. (...)

Alles, was an die Banken gezahlt wird, mehr als 30% der Unternehmenseinkommen, fehlt für die Investitionen, für die Arbeitslöhne. Ohne die Beseitigung dieser Ausplünderung kann es weder reale Lohnerhöhungen, noch Investitionen, noch Beschäftigung für die Arbeitslosen geben. Ein Teil der uruguayischen Außenschuld, um es genau zu sagen 1,5 Mrd. Dollar, gehen auf das Konto der Privatbank mit ihren Tochterbanken in USA und anderen entwickelten Ländern (...)

Ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der armen Schichten im Rahmen der augenblicklichen Regierung und ihrer Wirtschaftspolitik denkbar?

Die Politik dieser Regierung ist schon

Die Politik dieser Regierung ist schon dabei zu scheitern. Anstelle des prognostizierten Wachstums des Bruttosozialprodukts von 2 - 4% für 1985 sank es um 1%. Die Exporte sanken um 20%, die Inflation blieb bei etwa 80%, die Arbeitslosigkeit wurde nicht verringert, sie liegt bei 13%. Die einzige Hoffnung auf eine Verbesserung liegt bei den beiden großen Oppositionsparteien, der Nationalpartei und der Frente Amplio (2), die zusammen die Mehrheit im Parlament haben und die schon vor den Wahlen drastische Maßnahmen gegen die Bank und die Schulden vorgeschlagen haben.

Welche Alternative will die MLN dem uruguayischen Volk bieten, welche Perspektiven streben die Tupamaros für die Zukunft an?

Das Ziel ist ein Sozialismus, der an die uruguayische Wirklichkeit angepaßt ist. Das aktuelle Konzept zielt auf eine Bodenreform, Maßnahmen gegen die Armut, außerdem Nichtbezahlung der Außenschuld, Verstaatlichung der Bank und eine Reihe von Maßnahmen in Bezug auf die privaten, inneren Schulden. So z.B. Einfrierung der Bankkonten von überschuldeten Unternehmen, die damit vorübergehend von ihren Schuldenzahlungen befreit werden, und gleichzeitig ihre Umwandlung in gemischte Unternehmen, an denen der Staat oder die Arbeiter anteilig in der Höhe der Schulden beteiligt werden. Oder die Umwandlung dieser Unternehmen in Kooperativen. Dies letztere könnte auch für die überschuldeten Großgrundbesitze Geltung haben. Die Großgrundbesitze haben Schulden, die dem Wert von 1 Mio. Hektar Land entsprechen.

Ein anderer Aspekt, den die große Presse, die sogenannte große Presse, verbreitet hat, ist die Selbstkritik der Tupamaros. Worum geht es dabei wirklich?

Wie man weiß, ist die Selbstkritik in revolutionären Organisationen eine normale Methode, um Fehler zu überwinden. Die Selbstkritik bezieht sich auf unsere ungenügende Verwurzelung in der Arbeiterklasse. Wir sind gerade dabei, diesen Fehler — weil wir ihn erkannt haben — zu korrigieren, mit einigem Erfolg. Wir haben heute bereits beträchtlichen Einfluß in den Gewerkschaften. Das heißt nicht, daß wir unsere Vergangenheit verleugnen, die unseren augenblicklichen Aufschwung im Volk erst ermöglicht hat.

Warum haben es die sogenannten „historischen Führer" abgelehnt, sich in das neue Exekutivkomitee der Organisation wählen zu lassen?

Das Zentralkomitee steht in der Hie-

Das Zentralkomitee steht in der Hierarchie über dem Exekutivkomitee. Wir sind alle Mitglieder des Zentralkomitees und, wie bekannt ist, wurden wir mit den meisten Stimmen gewählt. Der beste Platz für uns ist hier, in der strategischen Führung, deswegen haben wir uns schon vor dem Kongreß von den Exekutivaufgaben zurückgezogen, die schon andere Genossen übernommen haben. Wir machen Vorschläge und unterstützen das Exekutivkomitee und sie ihrerseits unterstützen uns, z.B. bei den Repräsentationsaufgaben, die wir als die bekanntesten Genossen für die Organisation übernehmen (...)

Was ist zur Zeit die wesentlichste Aufgabe der Tupamaros?

Im Rahmen des Programms „Für die Landreform — gegen die Armut" gibt es eine Reihe von Arbeitsansätzen. Das sind einerseits Initiativen in Richtung auf das, was wir Poder Popular nennen. Dinge, die wir heute tun können, ohne die Unterstützung der Regierung, wozu wir allerdings die Zustimmung des Volkes brauchen. Hier sind zu nennen: Volksküchen, Handwerkskooperativen, Landkooperativen etc. Andererseits führen wir den Kampf für unsere programmatischen Forderungen: gegen die Bezahlung der Außenschuld für die Verstaatlichung der Bank, Notsparmaßnahmen durch Einfrierung überschuldeter Bankeinlagen, Umwandlung überschuldeter Unternehmen, einschließlich Großgrundbesitz in gemischte oder kooperative Unternehmen etc.

Wie definieren die Tupamaros die augenblickliche Bündnispolitik, die politischen, sozialen und internationalen Bündnisse?

Wir versuchen in dieser Phase das Maximum an innerer Organisation mit dem Maximum an Öffnung nach außen zu verbinden. Wir setzen uns für eine breite Front ein, viel breiter noch als die Frente Amplio, aber wir halten es für möglich, sie noch zu verbreitern. Es geht darum, Bündnisse für die Verwirklichung sozialer Forderungen zu organisieren, Bündnisse, die sich dann konsolidieren und später weitergehende Forderungen stellen können. Die Erfahrung lehrt, daß der Weg den Wanderer verändert. Die Erfahrung der Kämpfer, die ihr Leben für die Revolution eingesetzt haben wie in Nicaragua oder El Salvador, zeigt, daß — wenn die Stumde der Wahrheit gekommen ist — das Sektierertum verschwinden muß und die soziale Bündnisorganisation zur einzigen Machtalternative wird. Dies gilt auch auf internationaler Ebene, wo der gemeinsame Feind uns zwingt, ein breites Bündnis der antiimperialistischen Kräfte zu bilden.

zwingt, ein breites Bündnis der antiimperialistischen Kräfte zu bilden.

Die Praxis der Tupamaros war zum Teil von den uruguayischen Massen losgelöst und von terroristischen Aktionen bestimmt. Wie schätzt Ihr Eure militärische Praxis ein und wie plant Ihr sie für die Zukunft?

Richtlinie unserer Praxis, auch der Guerillaaktionen war immer, daß das Volk sie verstehen und unterstützen müsse. Deswegen hingen unsere gewaltsamen Aktionen mit der Regierungsgewalt zusammen, die gegen das Volk ausgeübt wurde. Unsere legale Praxis heute berücksichtigt die Tatsache, daß das Volk alle Anstrengungen unternimmt, um diese zerbrechliche und angreifbare Demokratie zu festigen. Daß wir heute Unterstützung von Seiten des Volkes bekommen, zeigt, daß das Volk uns nie als Terroristen gesehen hat.



Die MLN-Führer Julio Marenales (links) und Eleutero Fernandez Huidobro

Es gibt in der Bundesrepublik ein Spendenkonto für die Tupamaros:
A. Rogull — Sonderkonto
Postscheckamt Berlin-West
BLZ: 100 100 10
Kto.-Nr.: 639 08 - 108

Anmerkungen

1) MLN-Tupamaros ist der vollständige Name der Tupas. Movimiento de Liberación nacional — nationale Befreiungsbewegung.
2) Frente Amplio — Breite Front. Ein Bündnis aus Kommunisten, Sozialisten, unabhängigen Linken, Christdemokraten, das bereits Anfang der 70er Jahre existierte und auch damals schon von den Tupamaros kritisch unterstützt wurde. Viele Repräsentanten der Frente Amplio haben ebenfalls viele Jahre im Knast verbracht. Mit Beginn der Demokratisierung in Uruguay trat auch die Frente Amplio wieder auf. Bei den Wahlen erhielt sie etwa 20%.

Julio Marenales über die Ergebnisse des dritten Kongresses der MLN (Tupamaros)

Wir haben am vergangenen Wochenende unseren dritten Kongreß beendet. Heute informieren wir das Volk öffentlich über dessen Ergebnisse:

Wir haben folgende Themen diskutiert: Selbstkritik, Strategie, Programm und Pläne, Internes und Wahl.

Zur Selbstkritik: Wir haben in der Vergangenheit bestimmte Fehler begangen, beispielsweise: haben einer einzigen Kampfform, dem bewaffneten Kampf, zuviel Bedeutung beigemessen. Oder: Wir waren zu wenig in den Massen, in ihren gewachsenen Organisationen, verankert. Beide Fehler wurden in einer Zeit begangen, als die Repression erdrückend war. Unsere Fehler und Irrtümer müssen wir aussprechen, um eine Wiederholung zu verhindern: In diesem Sinne war die Selbstkritik umfassend, weil alle Genossen dazu gehört worden sind. Wir wollen die Diskussion darüber nicht abbrechen, sondern sie mit der gebührenden Zeit weiterverfolgen. Wir haben beschlossen, im September 1986 einen vierten Kongreß anzuberaumen.

Das zweite Thema war die Strategie. Es besteht Einigkeit darüber, daß wir jetzt unsere Politik im Rahmen der Legalität fortsetzen werden. Wir werden nicht nur diese Legalität respektieren, sondern auch keine Aktivitäten unternehmen, die für die Feinde des Volkes Anlaß sein könnten, ihre organisierte Gewalt wieder gegen das Volk zu richten. Denn wir wissen, daß die reaktionären Kräfte nur darauf warten. Wir wissen: Der Repressionsapparat ist intakt.

Die Oligarchie, diese etwa 600 Familien, betreibt — vereint mit dem Auslandskapital — eine blutige Ausbeutung. In der Geschichte unseres Landes hat sie nie gezögert, sich der reaktionärsten Kräfte zu bedienen, wenn ihre Herrschaft und ihre Privilegien in Gefahr sind. Der dritte Punkt heißt Programm: Wir kämpfen:

— für die nationale Befreiung und für den Sozialismus,
— für eine Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete,
— dafür, daß die Landwirtschaft, das Bankwesen, die Medien und der Innen- und Außenhandel in die Hände der Arbeiter gelegt werden,
— für das Recht auf Ernährung, Gesundheit, Arbeit und Erziehung,
— für die Gleichberechtigung der Frau,
— für das Verschwinden der Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeit,
— damit die Kinder, die Alten und Schwachen die einzigen Privilegierten sind,
— damit wir eines Tages ohne Waffen und Armeen leben können.

Unsere kurzfristigen Forderungen sind der Kampf um Boden, Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels, keine Zahlung der Auslandsschuld und der Zinsen. Wir reihen uns ein in den alltäglichen Kampf für bessere Löhne und Renten, gegen die Arbeitslosigkeit, für ausreichende medizinische Versorgung und Erziehung. Wir fordern die gesetzliche Enteignung des Grundbesitzes von mehr als 2.500 Hektar.

Julio Marenales, Mitglied des Zentralkomitees der MLN (Tupamaros)

(aus: taz, 9.1.86)

Angriffsziel Libyen

Ulrich Schnell in "Antiimperialistisches Informationsbulletin", März 86

Ein von dem US-Flugzeugträger „Coral Sea" geführter Verband — gerüstet mit 40 modernen Jagdbombern des Typs F-18 Hornet, 10 Allwetterbombern A-6, elektronischen Kampfflugzeugen, B-Boot-Jägern, Hubschraubern und 4 Radar-Frühwarnflugzeugen Hawkeye — verläßt in Begleitung von je 2 Kreuzern, Zerstörern und Fregatten den Hafen von Neapel und geht vor der Küste Libyens, nahe dem Golf von Syrte, in Stellung. Die Schlachtschiffe „Amerika" und „Iowa" erhalten Anweisung, Vorbereitungen für eine mögliche Verlegung ins Mittelmeer zu treffen. Aus der Türkei und Ägypten werden „Ledernacken" in Transportmaschinen nach Sizilien verlegt — angeblich 5.000 Mann. Sechs der supergeheimen, mit Radarstörgeräten ausgerüsteten Patrouillenflugzeuge vom Typ EA-6B landen auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Sigonella in Sizilien.

Die US-Truppen im Mittelmeer sind in höchster Alarmbereitschaft, die Stützpunkte der NATO in Südeuropa aktiviert. Hektische Beriebsamkeit herrscht in den militärischen Planungs- und Kommandozentralen der USA. Das Angriffsziel heißt Libyen. Wie konnte es dazu kommen? Am 27.12.1985 ereigneten sich in Wien und Rom blutige Terroranschläge auf Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El-Al, bei denen 19 Menschen starben und über 100 verletzt wurden. Noch ehe Einzelheiten über die Urheber und ihre Motive bekannt wurden, machte Israel anfänglich in altbewährter Manier die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hierfür verantwortlich und kündigte „Vergeltungsschläge" an.

Israels westliche Schutzmacht aber, die USA, hatten vorerst anderes im Sinn. Sie reagierten andersgerichtet, als in der Presse die Nachricht zu kursieren begann, die überlebenden Attentäter hätten sich bei Verhören zur der von der PLO seit 1974 abgespaltenen extremistischen „Abu-Nidal-Gruppe" bekannt.

Ghaddafi „eliminieren"

Ghaddafi „eliminieren"

Der Drahtzieher dieser Terroreinheit, Abu Nidal selbst, wurde von den USA propagandistisch aufgebaut und für eine Kampagne gegen Libyen in Szene gesetzt. Dazu wurde sofort die Version von einer Beteiligung Libyens an den Anschlägen von Wien und Rom verbreitet. Sie ging von der Behauptung aus, daß Abu Nidal in Libyen lebe und dort finanziell und politisch unterstützt werde.

Ungeachtet aller Dementis der libyschen Führung wurde Libyen als „Weltzentrum des Terrors" diffamiert, als eine arabische Abart des „Reichs des Bösen" (Reagans Titulierung für die UdSSR), der libysche Revolutionsführer, Muhammar al-Ghaddafi, als „Oberterrorist" und „die schlimmste Erscheinung unserer Zeit". (1) Der als „liberal" geltende US-Senator Howard Metzenbaum stellte Überlegungen an, ob Ghaddafi nicht „eliminiert" werden sollte, der Justizminister der USA, Edwin Meese, assistierte ihm. (2) Planspiele über die Entführung von des Terrorismus Verdächtigen in aller Welt, um sie vor ein US-Gericht stellen und aburteilen zu können, wurden in den USA erörtert. Der CIA legte konkrete Vorschläge hierfür vor. (3)

Das Klima in den USA wurde derart angeheizt, daß bei Umfragen mehr als die Hälfte der Befragten für einen militärischen Schlag gegen Ghaddafi votierten und zwei Drittel der Befürworter dabei sogar einen größeren Konflikt in Kauf nehmen wollten. (4) Welch ein Trauerspiel, daß auch der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat in diesen Chor miteinstimmte und Libyen, neben Syrien, in unzweideutiger Form für die Anschläge verantwortlich machte. (5) Beweise für eine libysche Beteiligung vermochten die USA nicht vorzulegen. Der österreichische Altbundeskanzler Bruno Kreisky erklärte hingegen, glaubwürdige Beweise dafür zu haben, daß Libyen nicht hinter den Anschlägen von Wien und Rom stand. Und auch die griechische Regierung betonte, hierfür keinerlei Anhaltspunkte zu haben. (6)

Phantom Abu Nidal

Grundsätzliche Skepsis gegenüber den US-israelischen Vorwürfen ist auch angebracht bei einem Blick auf den „Superterroristen" Abu Nidal selbst. Ob er als Person überhaupt existiert oder es sich nur um den Decknamen einer Terrorgruppe handelt, sei einmal dahingestellt. Abu Nidal soll angeblich Gründungsmitglied der Fatah gewesen sein, bis er im Okober 1974 von der PLO-Führung wegen Mordplänen gegen verschiedene palästinensische Politiker aus der PLO ausgestoßen und zum Tode verurteilt wurde.

Die Anschläge, die seiner Gruppe zugeschrieben werden, lassen sich in zwei Gruppen gliedern. Da ist einmal die Terrorkampagne und Attentatsserie gegen Spitzenfunktionäre der Fatah und der PLO zu nennen, der nacheinander die PLO-Vertreter in London (1978), Rom und Brüssel (1981), Paris (1982) und Kuweit zum Opfer fielen. Besonders spektakulär war die Ermordung des „gemäßigten" PLO-Diplomaten Issam Sartawi während einer Konferenz der Sozialistischen Internationale in Lissabon im April 1983.

Eine zweite Gruppe von Terrorakten richtete sich gegen Juden außerhalb Israels. Hierher gehörten Überfälle auf jüdische Synagogen wie in Wien (1981) und Rom (1982), auf jüdische Restaurants wie in Berlin und Paris (1982) und wohl auch im Dezember 1985 auf die Flughäfen von Wien und Rom. Verantwortlich machte man die Abu-Nidal-Gruppe auch für das Attentat auf den israelischen Botschafter in Großbritannien, Schlomo Argov, im Sommer 1982 — Israel nahm es zum Anlaß für seine Libanon-Invasion.

Erstoption Bombenkrieg

Kaum zufällig standen als Orte solcher Anschläge immer wieder Italien und Österreich im Mittelpunkt. Beide Länder hatten in der Vergangenheit eine relativ konstruktive Nahostpolitik betrieben, Kreisky mit der PLO einen intensiven Dialog geführt, der italienische Ministerpräsident Craxi sogar die

trieben, Kreisky mit der PLO einen intensiven Dialog geführt, der italienische Ministerpräsident Craxi sogar die

„Legitimität eines bewaffneten Kampfes" der Palästinenser bekräftigt. (7)

Feststellbar ist, daß sich die objektive Stoßrichtung der Abu-Nidal-Gruppe mit klarer Eindeutigkeit gegen die PLO richtet. „Tatsächlich ist Abu Nidal eine Todfeind der PLO...", konstatierte die Frankfurter Allgemeine (FAZ) am 8.10.1982. Die Nutznießer von Nidals Terroroperationen waren bislang jedenfalls stets Israel und die USA: Immer haben die Attentate der israelischen Politik direkt in die Hände gespielt, die Weltöffentlichkeit von antipalästinensischen Aktionen Israels abgelenkt und zur verstärkten Solidarisierung mit Israel beigetragen. Die PLO beschuldigte ihn offen, im Auftrag des israelischen Geheimdienstes Mossad tätig zu sein. (8) Der Geschäftsträger der PLO in Moskau, Rami Mohammed Asch-Schaer, hat die USA und Israel als Urheber der Anschläge auf die Flughäfen von Wien und Rom bezeichnet. Ihre Geheimdienste hätten die Terroranschläge inszeniert , um ihre Militärpräsenz im Mittelmeer ausweiten zu können. Ob der „zufällige" Abzug verschiedener Sicherheitsposten, die den Flughafen in Wien zu bewachen hatten, unmittelbar vor dem Attentat, ein Hinweis in diese Richtung ist? (9) Klare Beweise werden sich hierfür nicht finden lassen.

Anfang Januar 1986 drohte Washington Libyen mit militärischen Aktionen und erhöhte die US-Flottenpräsenz im Mittelmeer. Präsident Reagan ließ sich von den Stabschefs seiner Streitkräfte mehrere Vorschläge für ein denkbares militärisches Vorgehen mit einer Liste möglicher Ziele übermitteln. Nach einem Bericht der Newsweek vom 13.1.1986 wurden drei Planvarianten erörtert: ein Luftangriff durch die in Großbritannien stationierten Kampfbomber FB-111, ein Angriff durch B-52-Bomber von den USA aus oder — „wahrscheinlich die beste Option" — eine Attacke durch FA-18-Kampfflugzeuge vom Flugzeugträger „Coral Sea" aus. Washington wollte — nach offiziellen Verlautbarungen — Libyens angebliche Beteiligung an den Terrorakten von Wien und Rom als gleichbedeutend mit Kriegshandlungen gegen die USA verstanden wissen. Es waren wohl Differenzen innerhalb der Reagan-Administration, die sie vorerst von einer militärischen Aktion absehen ließen. Als ein offener Befürworter einer militärischen „Lösung" trat US-Außenminister Shultz auf. Von ihm stammt die Äußerung, Terroristen seien „feige Tiere" und die USA dürften überall auf der Welt, wo Terror herrsche, ihre militärischen Mittel zum Einsatz bringen — zur „Vorbereitung" wie auch zur „Vergeltung" (zum sog. Gegenterror der USA



Am 24./25. März setzten die USA ihre Planungen in die Tat um. Die 6. Flotte überschritt teilweise die sog. „Todeslinie", den 32° 30' Breitengrad, den die libysche Regierung als Grenze zu ihren Hoheitsgewässern erklärt hatte. In dem halboffiziellen Magazin „US News and World Report" vom 7.4. gab man die Parole: „Nicht länger von den Erinnerungen an Vietnam paralysiert, ist Washington bereit siene militärische Kraft zu gebrauchen wenn seine eigenen Interessen auf dem Spiel stehen."

siehe: AIB 4 und 5/1985; d.Red.). Shultz, der auch vor einiger Zeit die Order zur Bombadierung des Libanon erteilt hatte, verlangte Angriffe gegen „Terroristenlager" in Libyen, aber auch gegen libysche Ziele selbst als „angemessene Antwort" für die Attentate von Rom und Wien. (10)

Boykott gegen „Barbaren"

tentate von Rom und Wien. (10)

Boykott gegen „Barbaren"

Demgegenüber riet der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger mehr zur Vorsicht. Er befürchtete eine internationale Isolierung der USA, eine eventuelle Geiselnahme von in Libyen lebenden US-Bürgern und eine Konflikteskalation vor allem im Hinblick auf die UdSSR. Da die USA daher selbst nicht zur Tat schreiten wollten, suchten sie Druck auf Israel auszuüben, dies an ihrer Stelle zu tun. Die Regierung Peres/Schamir aber zeigte sich angesichts der Widersprüche im eigenen Lager und nach den Protesterfahrungen wegen des Bombenangriffs gegen das PLO-Hauptquartier in Tunis wenig geneigt, „den Strafvollzug stellvertretend für die bedrohte Welt zu übernehmen". Sie erteilte Washington fürs erste eine Absage. (11) All dies aber kann kaum Anlaß zur Freude sein, zumal weder Israel noch die USA militärische Aktionen völlig ausgeschlossen haben. (12) Am 8.1.1986 erweiterten die USA ihre Strategie um ein zusätzliches Element. US-Präsident Reagan rief den „Notstand" aus und verfügte, unter Beschimpfung des libyschen Revolutionsführers Ghaddafi als „Barbar" und „Ausgestoßener", einen totalen Wirtschafts- und Verkehrsboykott über Libyen. In Libyen tätige US-Staatsbürger wurden unter Androhung rigider Strafen aufgefordert, bis zum 1. Februar 1986 das Land zu verlassen und in die USA zurückzukehren. Alle libyschen Vermögenswerte in den USA wurden eingefroren. Blockiert wurden die Bankkonten und das gesamte Eigentum der Regierung und der Zentralbank Libyens in den USA. Gleichzeitig erklärte Reagan, sich die „militärische Option" weiterhin offenhalten zu wollen. (13) Die Sanktionsmaßnahmen erfolgen zu einer Zeit, da sich Libyen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Aufgrund des anhaltenden ökonomischen Drucks proimperialistischer Kräfte und der Verschlechterung der Konjunktur auf dem internationalen kapitalistischen Erdölmarkt kam es in Libyen zu Problemen beim Erdölabsatz und zu Engpässen im Devisenhaushalt. Nach Presseberichten sanken die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte auf etwa 10 Mrd. Dollar jährlich. Im Land gibt es bereits Versorgungsschwierigkeiten. Ziel der USA in dieser Situation ist es, die ökonomischen Schwierigkeiten Libyens zu verschärfen, um das Land destabilisieren zu können. Die Sanktionspolitik steht aber auch in engem Zusammenhang mit den militärischen Ambitionen der USA. Allein schon das Verlangen, alle Amerikaner sollten Libyen so schnell wie möglich verlassen, verweist auf das weitergehende' Ziel der Reagan-Administration: den Weg einer bewaffneten Aggression gegen Libyen vorzubereiten. Wie Reagan offen erklärte, seien die USA vorerst „ein bißchen schutzlos", weil sich so viele US-Staatsbürger „als potentielle Geiseln" in Libyen aufhielten. Er fügte hinzu: „Wir dachten daher, daß wir im Blick auf möglicherweise in der Zukunft notwendig werdende Aktionen unsere Hände entfesseln sollten." (14)

Druck auf NATO-Verbündete

Die westeuropäischen Verbündeten wurden aufgefordert, sich den amerikanischen Sanktionsmaßnahmen anzuschließen — ohne daß diese in irgendeiner Form vorher konsultiert worden wären. In Washington war man sich von Anfang an bewußt, daß der wirtschaftliche Effekt von US-Sanktionen allein gering sein mußte.Die Handelsbeziehungen USA-Libyen waren nämlich anläßlich früherer Boykottmaßnahmen der USA

mußte.Die Handelsbeziehungen USA-Libyen waren nämlich anläßlich früherer Boykottmaßnahmen der USA

längst auf ein Minimum reduziert worden. (15) Die FAZ vom 9.1.1986 stellte daher fest: „Die Entscheidung des Präsidenten soll vor allem ein symbolisches Beispiel geben und den Druck auf die Verbündeten erhöhen." Die aber reagierten zurückhaltend bis ablehnend. Zu groß sind die wirtschaftlichen Verflechtungen der US-Verbündeten mit Libyen, ihre Eigeninteressen zu stark. Viele westliche Firmen sind an Projekten in Libyen beteiligt. Libysches Öl ist wegen seiner Reinheit gefragt.

Vorstoß in die Große Syrte

Zudem haben historische Erfahrungen wie die von der Reagan-Administration verlangten Sanktionen beim Röhrenembargo, beim Olympiaboykott 1980 oder bei der Beschränkung eines Technologietransfers manche Regierung darüber belehrt, daß solcherlei nur für die US-Konzerne von Nutzen war und zugleich deren Konkurrenten in Westeuropa schwächte. Im Grunde haben inzwischen alle westlichen Staaten eine Beteiligung an der US-Boykottpolitik abgelehnt. Dermaßen im Stich gelassen, trat die „militärische Option" wieder in den Vordergrund der Überlegungen von US-Strategien. Mitte Januar wurde ein weiterer Flugzeugträger der USA, die „Saratoga", mit fünf Begleitschiffen aus dem bisherigen Operationsgebiet im Indischen Ozean ins Mittelmeer abkommandiert. Die Newsweek meldete am 20. Januar 1986, daß die Regierung Reagan einen 6-Punkte-Plan für ein Vorgehen gegen Libyen entwickelt habe, mit dem ein militärisches Eingreifen vorbereitet werden solle.

Am 23.1.86 gaben die USA den Beginn von ausgedehnten Flotten- und Luftmanövern vor der libyschen Küste bekannt. Der internationale Zivilluftverkehr wurde gewarnt. Die Entscheidung folgte auf die als ergebnislos eingestuften Bemühungen der Reagan-Administration, ihre NATO-Verbündeten zur Unterstützung ihrer Sanktionspolitik zu veranlassen. Zeitlich fiel das Manöver mit der Frist zusammen, die Reagan für den Abzug von US-Bürgern aus Libyen gesetzt hatte. Insgesamt befanden sich Anfang Februar d.J. 31 Schiffe und fast 200 Flugzeuge der US-Marine in Stellung vor der libyschen Küste. In Washington wurden die Manöver als „Teil eines Nervenkrieges" gegen Ghaddafi bezeichnet. Sie sollten die Entschlossenheit der USA demonstrieren, „überall auf der Welt in internationalen Gewässern und im internationalen Luftraum operieren zu können". (16) Zehn US-Kriegsschiffen wurde es erlaubt, in die Große Syrte einzulaufen. Sie wird von den USA als internationales Gewässer angesehen, von Libyen aber in Übereinstimmung mit der Genfer „Konvention über das Küstenmeer und die Anschlußzone" von 1958 als Binnengewässer — ein Standpunkt, den auch Frankreich, Spanien und Griechenland teilen. Die libyschen Streitkräfte wurden inzwischen in höchste Alarmbereitschaft versetzt und für den Fall einer US-Aggression militärische Gegenschläge angedroht. Die Gefahr einer militärischen Eskalation im gesamten Mittelmeerraum wächst.

Die sowjetische Regierung hat die USA mehrfach vor militärischen Aktionen gegen Libyen gewarnt und betont, daß in solch einem Fall Interessen der UdSSR berührt würden. Sowjetische Schiffe kreuzen mittlerweile ebenfalls im Mittelmeer, um den US-Funkverkehr abzuhören und libysche Stellen mit Erkenntnissen zu versorgen.

Nach dem Bericht einer kuweitischen Zeitung hat die UdSSR Washington wissen lassen, daß sie Libyen unterstützen werde. Im Fall einer amerikanischen Blockade würde die Sowjetunion die Handelsschiffe von eigenen Kriegsschiffen in libysche Häfen eskortieren lassen (17).

Die Gefahr, daß dieser regionale Konflikt in eine weltweite Konfrontation einmünden könnte, ist umso größer, da die Reagan-Administration Mittelmeer-Verbündete der NATO in ihr Libyen-Abenteuer eingebunden hat. Unmittelbar betroffen von einer Eskalation wäre Italien, denn das Kampffeld läge vor seiner Haustür im Süden. Die 6. Flotte der USA hat zudem ihr Hauptquartier im Hafen von Gaeta zwischen Rom und Neapel und benutzt weitere Basen auch innerhalb des NATO-Bündnisses auf dem italienischen Festland und auf den Inseln Sizilien, Sardinien und Lampedusa, dem südlichsten Punkt des italienischen Territoriums.

Das Libyen-Szenario zeigt einmal mehr, wie ernst es den US-Konservativen mit der Verwirklichung ihrer Vorherrschaftspläne ist und wie leichtfertig sie dabei auch eine weltweite Eskalation in Kauf zu nehmen bereit sind.

leichtfertig sie dabei auch eine weltweite Eskalation in Kauf zu nehmen bereit sind.

Seit dem Regierungsantritt des US-Präsidenten Ronald Reagan hat sich die Globalstrategie der USA weiter zur militärischen Option, zum direkten Interventionismus, zum terroristischen Gewalteinsatz in der Dritten Welt verlagert. Nach der Invasion in Grenada vom Oktober 1983 tauchte in den amerikanischen Medien der Begriff „Reagan-Doktrin" auf. Ihr Inhalt bestände — wie es hieß — darin, „daß die USA Gewalt anwenden können und dürfen", um mißliebige Regimes in der Dritten Welt zu beseitigen. Diese Doktrin sei geographisch „unbegrenzt anwendbar" (18).

Im April 1984 verabschiedete das Weiße Haus die Präsidentendirektive 138. Sie sieht vor, gegen Länder, von denen nach Ansicht der USA eine potentielle Bedrohung für ihre Interessen ausgeht (sog. „Terrorstaaten") „vorbeugend" Terror anzuwenden.

Zeichen des Neoglobalismus

Heute spricht man in Washington ganz offen von der Konzeption des „neuen Globalismus" in der Außenpolitik der USA. „Militärisches Zögern" sei nach Vietnam nicht mehr erwünscht, erklärt der Abteilungsleiter im State Department Rodman. Ein ideologischer Feldzug müsse geführt werden, der außenpolitisch nur durch ein Bekenntnis zur Machtpolitik — einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt — möglieh sei, heißt es in der Zeitschrift „The National Interest", dem Organ der Neokonservativen in den USA (19).

Folgerichtig maßt sich die Reagan-Administration das Recht an, sich im globalen Rahmen in die Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen, unerklärte Kriege, verdeckte und offene subversive Aktionen gegen sie zu führen und eine Politik des Staatsterrorismus zu betreiben. Der Fall Libyen zeigt das auf's Neue.

Mit der von den USA verfolgten Konflikteskalierung im Mittelmeerraum versuchen sie, die Ausweitung ihrer militärischen Präsenz im Mittel-

Naher Osten

meer und Nahen Osten nachträglich zu rechtfertigen, den politischen Druck auf die NATO-Verbündeten zu verstärken und so die eigene Führungsrolle in der Allianz zu konsolidieren, aber auch die antiimperialistischen Gegenkräfte in der arabischen Welt zu schwächen und einzuschüchtern.

Störender Antiimperialismus

Die USA konnten sich im Grunde nie mit der nationalprogressiv-antiimperialistischen innen- und außenpolitischen Linie Libyens unter Ghaddafi abfinden (20). Seit die an nasseristischen Vorbildern orientierte Union der Freien Offiziere unter Führung Muhammar al-Ghaddafis am 1. September 1969 das marode proimperialistische Regime des Königs Idris stürzte, haben sich in Libyen bedeutsame politische und sozialökonomische Veränderungen vollzogen.

Eine der ersten Maßnahmen der jungen revolutionären Führung und zugleich ein wesentlicher Schritt zur Festigung der Unabhängigkeit war die Schließung der imperialistischen Militärbasen im Land. Am 28.3.1970 mußten Großbritannien und am 11.6.1970 die USA ihre Stützpunkte an die libysche Armee übergeben.

Danach führte das Regime eine Reihe progressiver Umgestaltungen durch: Es nationalisierte die amerikanischen Banken und einige Industriebetriebe, führte das Außenhandelsmonopol ein, schuf den staatlichen Wirtschaftssektor und stellte vor allem die ausländischen Ölgesellschaften in Libyen, unter denen die US-Konzerne mit einem Anteil von 87,5 % dominierten, unter seine Kontrolle.

Materiell abgesichert durch die Einkünfte aus seiner Erdölproduktion, hat sich das Leben der mehr als 3 Mio. Bürger des Landes, das einst zu den rückständigsten der Region zählte, gründlich verändert (siehe weiter unten). Das neue Libyen wirkt aktiv in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit, unterstützt eine Vielzahl von Befreiungsbewegungen im Nahen Osten und in Afrika, widersetzt sich den US-Plänen einer Nahostlösung à la Camp David und der forcierten Militarisierung des Mittelmeerraumes. Und es erweiterte seine freundschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR und dem sozialistischen Lager. Nicht immer aber verfolgte Libyen seinen Kurs klar und konsequent.

Mancherlei irrationale Aktivitäten wie die Unterstützung des Uganda-Diktators Idi Amin, ein spalterisches Wirken auf die PLO, die unrealistische Infragestellung des Existenzrechts Israels und die jüngsten Konföderationspläne mit Marokko, die die Unterstützung für die sahrauische Befreiungsfront Frente Polisario schmälerten, zeugen davon. Allzuoft auch bot verbalradikales Geklingel Ghadaffis den USA hervorragende Angriffsflächen. So brachte er es schon fertig, schwarze Amerikaner zum Bürgerkrieg gegen die USA aufzurufen, um einen eigenen souveränen Staat zu gründen. So beanspruchte er das Recht, politische Gegner im Ausland zu töten, und kündigte an, Israel ,,auslöschen'' zu wollen (21).

Amerikaner zum Bürgerkrieg gegen die USA aufzurufen, um einen eigenen souveränen Staat zu gründen. So beanspruchte er das Recht, politische Gegner im Ausland zu töten, und kündigte an, Israel ,,auslöschen'' zu wollen (21).

Wenn er anläßlich der jüngsten Provokationen der USA diesen mit einem ,,Krieg ohne Ende'' drohte, bei dem auch ,,auf den Straßen Amerikas Jagd auf Amerikaner'' gemacht werde, erleichtert er Reagan sein Angriffsspiel. Dies tat auch ein Kommentar der libyschen Nachrichtenagentur JANA kurz nach den Attentaten von Wien und Rom, in dem diese als ,,heroische Taten'' und ,,mutige Aktionen'' gepriesen wurden — wenngleich sich die libysche Regierung umgehend von dem Kommentar distanzierte.

Libyen war und bleibt eine der bevorzugten Zielscheiben der US-Destabilisierungspolitik in der Region.

Seit 1972 begannen die USA mit Erkundungsflügen über Libyen. 1977 wurde die Zusammenarbeit des französischen Geheimdienstes mit dem CIA bei der Planung einer antilibyschen Aktion bekannt. 1978 kam es zu ersten Boykottmaßnahmen seitens der USA (22).

Mit dem Amtsantritt der Regierung Reagan im Januar 1981 wurde die Konfrontation auf die Spitze getrieben. Bereits im Mai 1981 war die libysche Botschaft in den USA geschlossen worden. Am 19.8.1981 provozierten US-Marinejäger im libyschen Golf von Syrte und schossen zwei libysche Aufklärer ab (23). Wenig später enthüllte die ,,Newsweek'': ,,Ein geduldiger Plan, um Ghaddafi zu destabilisieren und schließlich zu stürzen, ist vom CIA entwickelt worden'' (24).

Ende November 1981 veranstalteten US-Einheiten der Schnellen Eingreiftruppe zusammen mit ägyptischen Kontingenten an der libyschen Grenze das Luftlandemanöver ,,Bright Star'' (Heller Stern). Seitdem fanden immer wieder Manöver, Patrouillenfahrten und Aufklärungsflüge vor und über der Küste und dem Festland Libyens statt. Oft wurden dabei auch der libysche Luftraum und Hoheitsgewässer verletzt.

Die bereits im Jahr 1981 erarbeiteten Pläne der Reagan-Administration zielten darauf, die libysche Regierung zu stürzen, und zwar unter vier Richtlinien:

1. Isolierung Libyens durch militärische und politische Unterstützung seiner Nachbarstaaten und Druckausübung auf andere Länder;
2. Propagandakampagnen vor allem mit dem Ziel der Diffamierung der Person Ghaddafis und Feindbilderzeugung;
3. Aufbau und Unterstützung einer libyschen Opposition gegen Ghaddafi im In- und Ausland;
4. Militärische Vorbereitungen gegen Libyen (25).

Die antiimperialistischen Bestrebungen Washingtons liefen aus Tarnungsgründen unter der Flagge der sogenannten Anti-Terrorismuskampagne Reagans.

Den Vorwand für die Titulierung Libyens als terroristisch lieferten manchmal unkontrollierte Äußerungen Ghaddafis selbst, in der Hauptsache jedoch die Tatsache, daß die Reagan-Administration auf ihrer (Abschuß-)Liste der angeblichen ,,Terrorstaaten'' Libyen neben Nikaragua, Angola, Afghanistan, Syrien und dem Iran ganz oben plaziert hat.

Im Falle Libyens wird dies vornehmlich mit ,,Terrorexport'' und der Unterstützung von Befreiungsbewegungen legitimiert.

Außerdem wurde Ghaddafi vielerlei angedichtet, beispielsweise ein angeblicher Plan zur Ermordung Reagans und führender westlicher Staatsmänner, darunter auch des Bundeskanzlers Kohl, die Verminung der Golfregion u. a. m. Beweise dafür lieferte man in keinem der Fälle.

Und was die oft behauptete Unterstützung von Flugzeugpiraten und anderen Terroristen anbelangt, so hatte Ghaddafi schon 1976 in einem ,,Spiegel''-Interview unmißverständlich erklärt: ,,Flugzeugentführung oder Sprengung von Zivil-Flugzeugen sowie das Terrorisieren von Zivilisten sind für uns Raubakte und Verbrechen. Die libysche Gesetzgebung bestraft solche Taten sehr hart. Wir betrachten derartige Taten nicht als Befreiungsakt, wir sind gegen diese Kampfmethoden. Sie haben nichts, gar nichts mit Befreiungsaktionen zu tun'' (25).

Der Vorwurf des Terrorismus, den die USA immer wieder in vielerlei Varianten an die Adresse Ghaddafis richteten, ist ihnen und ihren NATO-Verbündeten selbst zu machen.

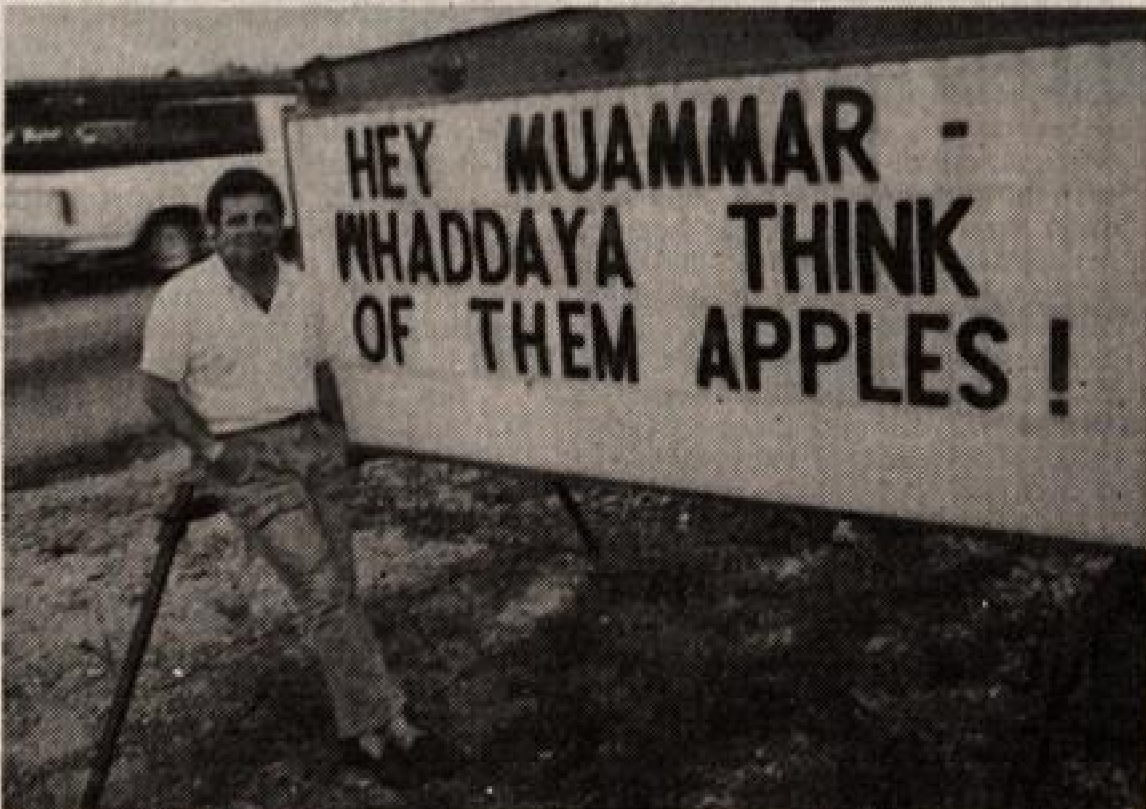
Am 8.5.1984 kam es in Tripoli zu einem Attentatsversuch einer aus 15 Exillibyern bestehenden Terrorgruppe gegen Ghaddafi. Die libysche Regierung deckte im Zusammenhang damit ein internationales Netz von Agenten auf, deren Aufgabe darin bestand, führende Persönlichkeiten in Libyen zu töten und Sabotageakte zu verüben, um das Land für eine direkte Aggression von außen reif zu machen.

Libyens Sicherheitschef Oberst You- führende Persönlichkeiten in Libyen zu töten und Sabotageakte zu verüben, um das Land für eine direkte Aggression von außen reif zu machen.

Libyens Sicherheitschef Oberst Younis Belgassem präsentierte bei einem Besuch im Bonner Innen- und Außenministerium vom Juli 1984 Beweise, wonach diese Attentäter in der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien rekrutiert und im Sudan ausgebildet worden seien. In der BRD befindet sich u. a. in Aachen ein militärisches Ausbildungslager für solche Kräfte (27).

Libyen steht nicht allein

Anderthalb Jahre später veröffentlichte die ,,Washington Post'' einen Plan des CIA zum Sturz Ghaddafis. Ihm zufolge sollte dieser in ein außenpolitisches Abenteuer verstrickt und damit sein Sturz herbeigeführt werden. Darüber hinaus war vorgesehen, Libyens Anrainerstaaten, wie Algerien und Ägypten, zu militärischen Aktionen anzustacheln (28). Ägypten fühlte sich durch den Plan offenbar wenige Tage später so ermutigt, daß es anläßlich der Entführung einer ägyptischen Sondermaschine nach Malta eine Kampagne gegen Libyen startete und es der Urheberschaft an der Flugzeugentführung beschuldigte (29). Beweise gab es wieder einmal keine, aber Ägypten drohte Strafmaßnahmen an, konzentrierte Militär an der libyschen Grenze und führte Manöver durch. Die USA halfen mit: Verstärkt wurde die Luftüberwachung vor Libyens Küste, vor ihr kreuzte demonstrativ die 6. Flotte. Das




Sinngemäß: „Hey, Muammar, was hälst du von den Eiern!" — Bekenntnisse eines US-Autohändlers stellvertretend für die Volksseele.

jüngste Szenario ist eine Fortsetzung dieser seit langem vorangetriebenen Politik der Isolierung und Einschüchterung des antiimperialistischen Libyen.

Die jüngste Libyenkrise illustrierte aber auch die Grenzen der Politik der Reagan-Administration, die sich international völlig isoliert sah. Sämtliche mit den USA verbündeten westlichen Staaten lehnten einhellig militärische Maßnahmen wie tiefgreifende Wirtschaftssanktionen gegen Libyen ab. Als jüngstes Beispiel hierfür steht der Beschluß der Länder der Europäischen Gemeinschaft, die einen totalen Wirtschaftsboykott zurückwiesen (30).

Die Europa-Mission des stellvertretenden US-Außenministers Whitehead, der ausgesandt wurde, die NATO-Partner zu ,,überzeugen'', endete mit einem glatten Fehlschlag.

In der Dritten Welt brandmarkte die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) das Vorgehen Reagans, die Is- Partner zu ,,überzeugen'', endete mit einem glatten Fehlschlag.

In der Dritten Welt brandmarkte die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) das Vorgehen Reagans, die Islamische Konferenz wie die Arabische Liga lehnten Sanktionen gegen Libyen ab und sicherten dem Land ihre Unterstützung zu. Viele Staaten wie Syrien, der Iran und die UdSSR erklärten zudem, Libyen im Falle eines Angriffs beistehen zu wollen. In Libyen selbst steht das Volk geschlossen hinter Ghaddafi und ist bereit, den Ansprüchen der USA entgegenzutreten. Ghaddafi verfügt — wie selbst die vereinzelten Regimekritiker im Ausland eingestehen — über eine stabile innere Basis.

Eine Voraussetzung hierfür war und ist, daß die Mittel des libyschen Staates vorrangig für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung und die Förderung aller Bereiche der Volkswirtschaft genutzt wurden. Der ,,Stern'' vom 16.1.1986 schreibt: ,,Wenn der Oberst aus Tripolis auch im Kreuzfeuer der Kritik westlicher Regierungen steht — Hoffnungen auf seinen Sturz sind gering. Denn was Ghaddafi in den vergangenen 16 Jahren in seinem eigenen Land an sozialer Infrastruktur aufgebaut hat, kann sich durchaus sehen lassen, auch im Vergleich zu andern Ölstaaten. Jede libysche Familie bekommt eine Wohnung und ein monatliches Mindesteinkommen von 2.500 Mark, hat Anspruch auf Auto und Fernseher. Schulpflicht für Jungen und Mädchen ist selbstverständlich. Ärztliche Versorgung und Krankenhausaufenthalt sind kostenlos. Schwerkranke werden auf Staatskosten in ausländische Kliniken zur Behandlung geflogen, viele in die Bundesrepublik.

Ein Revolutionär ist der fromme Ghaddafi vor allem auch in der Frauenfrage — hier kämpft er gegen die Ansichten der fanatischen Fundamentalisten. Die liefen und laufen Sturm gegen die von Ghaddafi proklamierte Gleichberechtigung von Mann und Frau und gegen das für islamische Staaten liberale Scheidungsrecht. Es garantiert Frauen — die bis heute in fast allen Ländern des Islam als Menschen zweiter Klasse behandelt werden — einen Unterhaltsanspruch und gibt ihnen die Möglichkeit, von sich aus die Trennung zu beantragen. Im Falle der Scheidung behält die Frau automatisch Haus und Kinder.''

Trotz alledem: Der Versuch der USA, ihre Verbündeten in einen Handelskrieg gegen Libyen zu verstricken, war nicht von völliger Erfolglosigkeit

Trotz alledem: Der Versuch der USA, ihre Verbündeten in einen Handelskrieg gegen Libyen zu verstricken, war nicht von völliger Erfolglosigkeit gekrönt. Zwar lehnten sie einen Anschluß an das Maximalboykottkonzept der USA ab. Doch lehrte der Beschluß der EG von Ende Januar dieses Jahres, der ein Waffenembargo für ,,Gastländer von Terroristen'' und die Bereitschaftserklärung beinhaltet, die von den USA verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Libyen nicht zu unterlaufen, daß die westeuropäischen Länder sich im Grunde der Strategie der USA anpassen.

Denn Libyen ist auf den Handel mit Westeuropa angewiesen. Der Absatz seiner Hydrokarbonate in westliche Länder ist für Libyen lebenswichtig, die libysche Wirtschaft von westlichen Experten und Firmen abhängig. Jegliche wie auch immer geartete Boykottmaßnahme der kapitalistischen Hauptländer ist in diesem Kontext ein Beitrag zur ökonomischen Destabilisierung Libyens, weil sie seine wirtschaftliche Potenz schwächt und seinen Handlungsspielraum einengt. Damit aber wird der Weg für eine militärische Aktion der USA vollends frei (siehe Kasten BRD-Libyen).

Man wird auch fragen müssen, wieviel Konsequenz hinter den verbalen Solidaritätsbekundungen der arabischen Länder gegenüber Libyen steht und wie hoch die Bereitschaft wäre, im Falle einer militärischen Intervention das angegriffene Land tatkräftig zu unterstützen. Den Vorschlag Libyens zumindest, mit Gegenaktionen auf die Provokationen der USA zu antworten, hat der Ministerrat der Arabischen Liga Ende Januar dieses Jahres zurückgewiesen. Die imperialistische Konfrontations- und Destabilisierungspolitik gegenüber Libyen ist noch nicht abgeschmettert.


Auf einer Pressekonferenz verkauft Weinberger der Presse die Operation „Prärie Feuer". Inoffiziell kostete diese Operation 100 Mill. Dollar. 30 Schiffe, darunter 3 Flugzeugträger, 250 Flugzeuge und rund 27.000 Soldaten der 6. US-Flotte trugen die Aktion. Sie versenkten nachweislich drei Patrouillenboote der libyschen Armee und zerstörten eine zentrale Luftabwehrbasis. Am 27.3. zog sich die Flotte wieder zurück. Der Test sowjetischer Militärtechnik war beendet. In den USA ergab eine Blitzumfrage des Gallup Instituts: 75% fanden die Angriffsaktion der USA gerechtfertigt.

Am 4.2.1986 ging Israel in die Offensive. Israelische Kampfflugzeuge entführten — vermutlich mit logistischer Unterstützung der im Mittelmeer kreuzenden US-Flotte — eine Passagiermaschine der libyschen Luftfahrtgesellschaft auf dem Flug von Tripolis nach Damaskus und zwangen sie auf einem Militärflughafen im Norden Israels zur Landung. An Bord befand sich eine Delegation hochrangiger syrischer Politiker, die Libyen einen offiziellen Besuch abgestattet hatte. Israel rechtfertigte diesen Piratenakt mit dem Argument, man habe in dem Flugzeug ,,Terroristen'' vermutet. Eine Resolution des Weltsicherheitsrates, die das Vorgehen Israels scharf verurteilte, scheiterte am Veto der USA (31).

Zur gleichen Zeit wurden aus Washington neuerliche Manöver der US-Marine vor der Libyschen Küste angekündigt — wegen ihrer ,,beschwichtigenden Wirkung'' auf den libyschen Revolutionsführer Ghaddafi, wie es unverfroren hieß (32).

Ob es hier und in Zukunft zu noch schwereren Provokationen kommt, bleibt abzuwarten. Vielleicht hat man sich in Washington klargemacht, daß Libyen nicht Grenada ist und auch in militärischer Hinsicht den USA einiges entgegenzusetzen hat. Neben einer Gesamtstärke von 73.000 Mann in den Streitkräften und 40.000 in den Volksmilizen verfügt Libyen über etwa 2.600 Panzer und 550 Kampfflugzeuge.

Weiter in Rechnung zu stellen sind die hochentwickelten sowjetischen Luftabwehrraketen des Typs SAM-5, die mit einer Reichweite von 250 km in der Lage sind, über der Großen Syrte operierende US-Flugzeuge zu treffen (33). In den USA und Israel dürfte man kaum vergessen haben, daß es im Nahostkrieg vom Oktober 1973 vorab die sowjetischen Luftabwehrraketensysteme gewesen waren, die der israelischen Armee enorm hohe Verluste beibrachten: Israel verlor damals 2/3 seiner Kampfbomber über syrischem Gebiet.

Anmerkungen:
1. Vgl. „Frankfurter Rundschau" — „FR", 31.12.85
2. „Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 10.1.86; „International Herald Tribune" — „IHT", Paris/Zürich, 14.1.86
3. „IHT", 20.1.86
4. „Der Spiegel", 13.1.86, S. 102
5. „Die Tageszeitung" — „taz", Berlin-West, 6.1.86
6. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 13. und 22.1.86
7. „FAZ", 7.11.85
8. Vgl. „FAZ", 8.10.82
9. Vgl. „SZ", 10.1.86 und „Der Spiegel", 6.1.86, S. 91
10. ebenda, 13.1.86, S. 100
11. „SZ", 9.1.86
12. Am 5.1.86 erklärte die israelische Regierung, man werde zwar Libyen selbst nicht angreifen, sich aber möglicherweise für einen Angriff gegen „Guerillastützpunkte" in diesem Land entscheiden. „Guerillalager" seien exterritoriale Gebiete. Am gleichen Tag wurden Flugzeuge der israelischen Luftwaffe auf einen NATO-Stützpunkt und einen im Mittelmeer kreuzenden Flugzeugträger der US-Marine verlegt, „taz", 7.1.86.
13. „FAZ" und „SZ", je 9. und 10.1.86
14. zit. nach: „FAZ", 13.1.86
15. Der Anteil der USA an den libyschen Einfuhren betrug 1985 etwa 2 %; umgekehrt waren libysche Lieferanten lediglich mit 1 % an den Importen in die USA beteiligt. Libyens Exportvolumen belief sich 1985 gerade noch auf 35 Mio. Dollar, nach 5 Mrd. Dollar vor

fuhren betrug 1985 etwa 2 %; umgekehrt waren libysche Lieferanten lediglich mit 1 % an den Importen in die USA beteiligt. Libyens Exportvolumen belief sich 1985 gerade noch auf 35 Mio. Dollar, nach 5 Mrd. Dollar vor

sechs Jahren. „FAZ", 10.1.86
16. „FAZ", 27.1.86
17. nach: Al-Qabas, Kuweit, 6.1.86
18. „Time", New York, 7.11.83; „The Wall Stret Journal", New York, 10.11.83
19. „FAZ", 21.1.86
20. Zum libyschen Staat siehe: AIB 4/1979, S. 23 ff.; M. Preuß in: W. Brönner/R. Falk u. a., Ölkrise und arabische Ölländer, Frankfurt 1980, S. 176-194; R. Harloff in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin (DDR) 9/1981, S. 291-304
21. nach: „FAZ", 26.2. und 25.6.85; „SZ", 4.3.85
22. siehe: „Counter Spy", Washington, Jg. 6, Heft 1, Nov. 1981 - Jan. 1982, S. 28 ff.
23. siehe: AIB 10 und 11-12/1981; AIB-Sonderheft 1/1982, S. 7
24. „Newsweek", 31.8.81
25. „Counter Spy", a.a.O., S. 34-39
26. „Der Spiegel", 26.7.1976, S. 77 f.
27. laut: „SZ", 16.5.85; „Stern", 12.7.84, S. 16
28. nach: „IHT", 4.11.85; „FAZ", 4.11.85
29. siehe: AIB 1-2/1986, S. 79
30. „FAZ", 29.1.86
31. vgl. „FAZ", 6.2.86
32. „SZ", 5.2.86
33. siehe: Europaarchiv, Folge 17/1985, S. 530; „IHT", 23.12.85

Nachbemerkung

Wir übernahmen diesen Artikel aus dem ,,AIB'' vom März 1986. Die Aufarbeitung des Aufmarsches gegen Libyen begründet den Nachdruck. Kritisch sehen wir jedoch die Behandlung des ,,Phantom Abu Nidal'' in diesem Artikel. Die Einreihung des ,,Phantoms'' in ein Agentenmuster ist u.E. falsch. Wir verweisen in dieser Frage insbesondere auf Artikel in AK 266 ,,Abu Nidal — Gar nicht so mysteriös'' und AK 232 ,,Wer ermordete Issam Sartawi?'', in dem eine ausführliche Auflistung und Entschätzung der unter dem Namen Abu Nidal gelaufenen Aktionen zu finden ist.

Die ''Europäische Union'' — ein Ding der Unmöglichkeit?

Die ,,Europäische Gemeinschaft'' (EG) ist — erst recht nach ihrer Erweiterung um Spanien und Portugal — das größte wirtschaftliche Zentrum der Welt. Das Bruttosozialprodukt der zwölf EG-Mitgliedsstaaten ist so hoch wie das amerikanische, doppelt so groß wie das sowjetische und dreimal so groß wie das japanische. Die EG ist die größte Handelsmacht der Welt, ihre Länder besitzen einen Weltexportanteil von rund 50% (USA: 17,5%; Japan: 12,8%). Der EG-Anteil an der Industrieproduktion der 24 wichtigen Industrieländer in der OECD liegt bei 36% ebenso hoch wie derjenige der USA (Japan: 15,6%).

Die EG-Staaten befinden sich heute gegenüber den USA in einer Gläubigerposition. Damit haben sich die Verhältnisse umgekehrt, ihre Kapitalexporte liegen um ein Vielfaches über denen der USA.



Geschichte der Europäischen Gemeinschaft

Die westeuropäischen Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg an politischer und ökonomischer Bedeutung in den Ländern der ,,3.Welt'' gegenüber den USA verloren hatten, gewannen wieder reichlich Boden. Ihre Kapitalexporte in diese Länder liegen doppelt so hoch wie die der USA. Mit über 60 Staaten Afrikas, des Pazifiks und der Karibik festigte die EG ihre neokoloniale Politik durch entsprechende Abkommen; zahlreiche Assoziierungsverträge bestehen auch mit Staaten des Mittelmeerraums. Im Nahen Osten spielt die EG eine ökonomisch dominante Rolle, während die USA allerdings politisch und militärisch in dieser Region den Ton angeben. Auch in den ,,traditionellen'' Regionen der USA, in Mittel- und Südamerika, macht die EG den USA Positionen streitig, was ebenso für die ,,Schwellenländer'' Südostasiens — das Hinterland Japans — gilt. Und im Wirtschaftsraum der EG leben die meisten Menschen: rund 320 Millionen.

Aber diese eindrucksvollen Zahlen

leben die meisten Menschen: rund 320 Millionen.

Aber diese eindrucksvollen Zahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine einfache Summierung von ökonomischen Kenngrößen noch keine imperialistische Supermacht namens EG ergibt; im Unterschied zu den USA und Japan ist die EG ein ,,Zweckbündnis'' verschiedener imperialistischer/-kapitalistischer Nationalstaaten und verfügt u.a. über keinen einheitlichen Binnenmarkt, keine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik, keine gemeinsame Militärpolitik und über keine supranationale staatliche Institution. Die EG ist noch weit von ihrem selbst definierten Ziel einer wirtschaftlichen und politischen ,,Union'' entfernt, wenngleich ihr Integrationsgrad höher liegt, als die bisherigen kapitalistischen Staatenbündnisse.

Das Grunddilemma der EG

Der Prozeß der westeuropäischen Einigung verlief sehr widersprüchlich: Seit Gründung der EWG und der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957) bis etwa Anfang der siebziger Jahre machten die Mitgliedsländer erhebliche Fortschritte in ihrer ökonomischen Integration. Im Rahmen der ökonomischen Nachkriegsprosperität und relativ stabilen, durch ernsthafte Krisen weitgehend verschont gebliebenen Verhältnissen entwickelten sich insbesondere der internationale Warenaustausch sehr lebhaft, was auch im Intra-EWG-Handel zum Ausdruck kam. In dieser Phase konnten sich die damals sechs EWG-Länder auf eine gemeinsame Politik in drei Bereichen einigen: seit dem 1.7.1968 wurden die Binnenzölle abgeschafft (gemeinsame Zollunion), Ende der sechziger Jahre kam es zur gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und seit 1973 gibt es eine gemeinsame Außenhandelspolitik. Dies sind bis heute die einzigen Politikfelder geblieben in denen die EWG-Länder ihre nationalen Souveränitäten auf Gemeinschaftsinstitutionen nahezu vollständig übertragen haben. Die damaligen Regierungen erhoffen sich von den Fortschritten in ausschließlich ökonomischen Fragen einen ,,spillover''-Effekt — das ,,Umschlagen'' der wirtschaftlichen in die politische Integration der Gemeinschaft.

Die Integration der EG-Staaten hat sich immer im Spannungsfeld der „Sachzwänge des Weltmarkts'' einerseits und den nationalen ökonomischen und politischen Interessen andererseits bewegt. In diesem ersten, einführenden Teil stellen wir die historische Entwicklung der EG und die unterschiedlichen nationalen Ausgangspositionen und Interessen der einzelnen EG-Staaten dar. Dem schließt sich die Vorstellung des „Europäischen Währungssystems" an.

In Teil 2 (AK 270) wird der Stand der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Integration in der EG dargestellt. Im Teil 3 (AK 271) kommen die chronischen Probleme der EG (Agrar- und Haushaltspolitik) zur Sprache und im abschließenden Teil 4 (AK 272) Fragen der politischen Integration.

Nicht behandelt wird die neokoloniale EG-Politik, weil es an dieser Stelle auf die Problematik der inneren Entwicklung der EG ankommt — und nur am Rande werden militärpolitische Fragen gestreift, da dieser Komplex an anderer Stelle schon recht ausführlich behandelt worden ist. (1)

Strukturdaten zum Außenhandel der EG-Staaten (1958 und 1981)

Strukturdaten zum Außenhandel der EG-Staaten (1958 und 1981)

	Exportabhängigkeit¹) (in %)		Verflechtung mit der EG: Handel²) (in %)		Sozialprod.³) (in %)		Gewicht in EG⁴) (in %)	Handelsbilanz⁵) (Mrd. ECU)
	1958	1981	1958	1981	1958	1981	1981	1981
BR Deutschland	16,0	23,5	35,8	46,9	5,9	12,0	28,8	+ 11,0
Frankreich	8,9	17,1	28,6	48,2	2,8	8,6	16,6	− 17,3
Italien	8,5	19,8	33,1	43,2	2,9	9,4	12,4	− 13,9
Niederlande	33,9	44,0	57,1	71,3	21,9	35,0	11,2	+ 2,3
Belgien/ Luxemburg	27,9	53,3	53,6	70,0	17,0	39,4	9,1	− 5,7
Großbritannien	14,3	21,8	20,3	41,2	3,2	8,1	17,3	− 0,5
Irland	22,3	47,3	85,1	69,9	21,4	32,8	1,3	− 2,5
Dänemark	25,9	25,5	58,2	46,7	15,8	13,2	2,7	− 1,3
Griechenland	7,4	12,8	50,4	43,3	4,0	5,0	0,7	− 4,1
EG der Zehn	14,3⁶)	23,7	35,3	50,7	5,4	12,5	100	− 32,2

¹) Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt des Landes.
²) Anteil der Exporte in EG-Länder an den Gesamtexporten des Landes.
³) Anteil der Exporte in EG-Länder am Bruttosozialprodukt des Landes.
⁴) Anteil der Gesamtexporte des Landes an den Gesamtexporten aller EG-Länder.
⁵) Handelsbilanz = Differenz zwischen Exporten und Importen: Überschuß (+) oder Defizit (−), ausgedrückt in ECU, der Währungseinheit der EG (1 ECU = 2,51 DM).
⁶) EG der Neun (ohne Griechenland).

So wurden 1969 sehr weitreichende Stufenpläne zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, schließlich einer politischen Union geschmiedet. Bis 1980 wollten die damaligen sechs EWG-Staaten ihr Werk vollendet haben.

Daraus wurde bekanntlich nichts, denn seit der ersten tiefgreifenden Überakkumulationskrise 1974/75, die alle kapitalistischen Staaten erfaßte, haben sich die Rahmenbedingungen für die EG-Staaten entscheidend geändert. Die Profitraten sanken, die industriellen Reservearmeen wuchsen an, das internationale Währungssystem war zerfallen, der Handel stagnierte, die gestiegenen Ölpreise wirbelten die nationalen Zahlungsbilanzen durcheinander und der weltweite Konkurrenzkampf nahm an Schärfe zu.

Diese Krise förderte die ungleichmäßigen Entwicklungen der einzelnen EG-Mitgliedstaaten deutlich zutage — und aufgrund dieser unterschiedlichen Entwicklungen gewannen nationalstaatliche Rezepte gegenüber EG-einheitlichen Krisenlösungen an Bedeutung, so daß der ökonomische und politische Integrationsprozeß insgesamt stagnierte.

Die ,,Sachzwänge des Weltmarkts'' wirkten insgesamt sehr unterschiedlich auf den Einigungsprozeß der EG:

— Sie wirkten *integrativ*, wenn es darum ging, Positionen gegenüber Drittländern zu behaupten. Das drückte sich in der Bildung des ,,Europäischen Währungssystems'' (EWS) Ende der siebziger Jahre als Antwort auf die Dopllarturbulenzen genau so aus, wie in einer geschlossenen Haltung der EG in den handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den USA (,,Stahlkriege'', Agrarstreit usw.)(2).

— Sie wirkten *desintegrativ* auf die innere Kohärenz der EG-Staaten, denn die nationalstaatlichen Spielräume hatten sich in der Krise eingeengt, so daß die chronischen EG-Probleme wie der gemeinsame Agrarmarkt oder der EG-Haushalt bestehen blieben.

Seit 1972 hat sich die Anzahl der EG-Mitgliedsstaaten verdoppelt. Großbritannien, Irland und Dänemark traten der EG vor vierzehn Jahren bei — also noch vor der Weltwirtschaftskrise, während Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986) den ,,Sachzwängen des Weltmarkts'' folgten und der EG im wesentlichen deswegen beitraten, weil sich die Agrarindustrien im Rahmen der EG bessere und gesichertere Absatzmärkte und die exportorientierten Industrien eine Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit erhofften.

Seit Anfang der achtziger Jahre verlief der Integrationsprozeß weiterhin sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite nahmen die ökonomischen und politischen Widersprüche der zehn EG-Länder noch zu, so daß einige EG-Gipfel 1983/84 an Haushalts- und Landwirtschaftsfragen scheiterten. Auf der anderen Seite unternahmen vor allem die BRD und Frankreich seit 1983 (EG-Gipfel von Stuttgart) verstärkte Anstrengungen, an den chronischen EG-Problemen vorbei neue Impulse in Richtung des Ziels einer ,,Europäischen Union'' auszulösen. Wiederum waren diese Initiativen stark von den ,,Sachzwängen des Weltmarkts'' beeinflußt, denn nach der Weltwirtschaftskrise 1980/1983 nahm der Druck und die Einsicht zu, daß die EG-Länder nur bei wesentlichen Fortschritten ihrer Integration im weltweiten Konkurrenzkampf erfolgreich bestehen könnten. Der Luxemburger EG-Gipfel vom Dezember 1985 — schon unter Teilnahme von Spanien und Portugal — endete mit einem ersten Ergebnis dieser angestrebten substantiellen Reformen: erstmals seit 1957 wurden die alten EWG-Verträge (Römische Verträge) verändert und das Ziel gesetzt, bis 1992 den einheitlichen Binnenmarkt zu verwirklichen. Denn der Binnenmarkt bildet die Basis für die westeuropäischen Konzerne, gegenüber den japanischen und US-amerikanischen Konkurrenten bestehen zu können.

Und erstmals einigten sich die EG-Staaten bei ihrer EG-,,Reform'' auf eine institutionelle Änderung. Das bisher geltende Prinzip der Einstimmigkeit der Entscheidungen der EG-Ministerräte wurde für viele wichtige Detailfragen dahingehend verändert, daß auch ,,qualifizierte Mehrheiten'' ausreichen (3).

Es ist schon gesagt worden, daß die materielle Grundlage des sehr widersprüchlichen Prozesses der EG-Integration in der gesetzmäßigen ungleichmäßigen Entwicklung der mittlerweile zwölf Staaten liegt. Hinzu kommen die spezifisch historisch-kulturellen Besonderheiten, das Niveau der Klassenkämpfe, die inneren Widersprüche und Interessen der herrschenden Klassen, die spezifischen Wirtschaftsstrukturen usw. Oder anders ausgedrückt: jedes EG-Land bringt gewissermaßen die Gesamtheit seiner ökonomischen und politischen Interessen und deren Widersprüche in den Integrationsprozeß mit ein.

Achse Bonn-Paris

Die wohl wichtigsten Staaten der EG sind Frankreich und die BRD. Die Achse Bonn-Paris, d.h. die Einigung dieser beiden Länder auf Gemein-

sind Frankreich und die BRD. Die Achse Bonn-Paris, d.h. die Einigung dieser beiden Länder auf Gemein-

schaftsprojekte in der EG war und ist für den Integrationsprozeß von großer Bedeutung. Beide Länder betreiben besonders enge regelmäßige Konsultationen, um die jeweiligen Gemeinsamkeiten bei anstehenden Entscheidungen auszuloten. Dies verdeckt ab und an die zum Teil grundlegenden Interessensgegensätze dieser beiden Staaten.

Die *BRD* ist die ökonomisch stärkste Macht in der EG, ihre Industrieproduktion ist so groß wie die Frankreichs und Großbritanniens zusammen. Außenwirtschaftlich ist die BRD ebenfalls klar führend. Mit Ausnahme der Krisenjahre 1979-1981 weist die BRD positive Handels- und Leistungsbilanzen auf. Währungspolitisch ist die DM die wichtigste westeuropäische Reservewährung und die zweitwichtigste nach dem Dollar in der Welt. In der Tendenz sind in den vergangenen Jahren alle westeuropäischen Währungen gegenüber der DM abgewertet worden. (4).

Die extreme Exportorientierung des westdeutschen Kapitals begründet ihre *welt*weiten Ambitionen; von daher ist die EG Instrument und Sprungbrett mit kalkulierbaren und verläßlichen Absatzmärkten für die weltweiten ökonomischen Interessen. Der BRD-Imperialismus tritt im Rahmen der EG daher auch am entschiedensten für eine Liberalisierung des Handels gegenüber Drittländern ein und wendet sich gegen jede Form von Protektionismus (5).

Die außenpolitischen Interessen der BRD im Rahmen der EG liegen vor allem in einer Vergrößerung ihrer politischen Handlungsfreiheit in der Welt. So ist die BRD Nutznießerin u.a. aus der Aufhebung von Rüstungsproduktionsbeschränkungen, nimmt über Abkommen teil an der Ausbeutung der ehemaligen französischen und britischen Kolonien und sichert ihre Ostpolitik im Rahmen der EG gegenüber den USA ab (s.z.B. die Kontroversen um das Erdgas-Röhrengeschäft mit der Sowjetunion).

Die westdeutsche Außenpolitik weist gegenüber anderen EG-Ländern zwei Besonderheiten auf. Zum einen betrifft dies das ,,Offenhalten der deutschen Frage'', welche im EWG-Gründungsvertrag von den übrigen EG-Staaten vertraglich anerkannt ist (darunter fallen auch die besonderen ,,innerdeutschen Beziehungen'', bei denen die DDR die gleichen Zollvorteile genießt wie die BRD).

Zum zweiten pflegt der BRD-Imperialismus besonders privilegierte Beziehungen zu den USA. Solange eine westeuropäische ,,Verteidigungs''option trotz diesbezüglicher Fortschritte noch keine reale Alternative darstellt, mindestens solange bleibt die herrschende ,,Sicherheits''doktrin der BRD eng mit der der USA verbunden. Ebenso spielen die ehemaligen Siegermachts-Funktionen der USA (Status Westberlins) eine Rolle.

Was die Wirtschaftpolitik anbelangt, so setzt die BRD, ähnlich wie alle anderen Länder auch, auf die ,,Modernisierung'' ihrer Volkswirtschaft, wobei die Rolle des Staates sich allerdings auf die Herstellung günstiger Rahmenbedingungen zu beschränken hat.

Frankreich hat seine — deutlich schwächeren — ökonomischen Positionen gegenüber der BRD im großen und ganzen behaupten können, den Abstand zu Großbritannien sogar leicht vergrößert. Frankreich versucht, mit einer breit angelegten Modernisierungsstrategie seine Rückstände gegenüber der BRD aufzuholen, wobei die französische ,,Planification'', d.h. eine staatlich induzierte Modernisierungspolitik der Volkswirtschaft, einschließlich der Mittel der Verstaatlichungen, ein Spezifikum ist. Die Übertragung dieses ,,Planification''-Modells auf die EG ist immer am Wider-

chungen, ein Spezifikum ist. Die Übertragung dieses ,,Planification''-Modells auf die EG ist immer am Wider-

stand der BRD gescheitert. Das französische Kapital sieht wie die BRD die EG als Plattform für weltweite Ambitionen an, jedoch will es die internationale Konkurrenzfähigkeit bei Abschottung gegenüber Drittländern, Kapitalverkehrskontrollen usw. herstellen. Auch dies ist ein wesentlicher Streitpunkt zwischen der BRD und Frankreich, was die Außenwirtschaftspolitik betrifft.

Die bestehenden ökonomischen Nachteile macht Frankreich zum Teil durch politisch-militärische Vorteile wieder wett. Die BRD hat diesbezüglich schon geäußert, daß sie die Führungsrolle (in Europa) der Atommacht Frankreich anerkennt — und an Frankreich vorbei oder gar gegen Fran kreich läßt sich für den BRD-Imperialismus keine westeuropäische Militäroption realisieren.

Gewisse Vorteile besitzt Frankreich aufgrund seiner ehemaligen Kolonialmacht-Rolle besonders in Afrika.

Großbritannien

Nach der ökonomischen Stellung ist Großbritannien die ,,Nr. 3'' im Rahmen der EG; der britische Imperialismus ist aus historischen Gründen (Commonwealth) vor allem hinsichtlich des Kapitalexports noch stärker als die BRD international ausgerichtet. Die britische Wirtschaft besitzt eine recht dominierende Rolle in den eher rückständigen Branchen (Textilindustrie, Bauindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie). Die extreme weltweite Ausrichtung der britischen Konzerne drückt sich u.a. darin aus, daß der Umfang der Kapitalexporte, bezogen auf die inländischen Investitionen, sehr groß ist.

Der britische Imperialismus verhält sich zur EG insgesamt sehr widersprüchlich: einerseits ist der EG-Markt ein sehr wichtiges Absatzgebiet und wegen der Bedeutung des Handels mit Drittländern treten die Briten ebenso wie die BRD gegen jeglichen Protektionismus ein; das britische Industriekapital jedoch erweist sich insgesamt als chronisch schwach und wenig konkurrenzfähig. Diese Sektoren treten daher — wie Frankreich — für eine gewisse Abschottung des EG-Markts gegenüber Drittländern ein und befürworten eine engere Kooperation im Rahmen der EG.

Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik vertritt der britische ,,Thatcherismus''

Fortsetzung nächste Seite

Das Europäische Währungssystem

Bis zum Anfang der siebziger Jahre spielten währungspolitische Fragen innerhalb der EG kaum eine Rolle, denn die jeweiligen nationalen Währungen und deren Kurse orientierten sich am damaligen festen Wechselkurssystem — ein System, das seit Bretton Woods auf der unbestrittenen Dollar-Hegemonie beruhte.

Diese weltwährungspolitische Hegemonie der USA wurde zu Beginn der siebziger Jahre beschnitten, was in der relativen Schwächung der ökonomischen Stellung der USA gegenüber den aufholenden Konkurrenten aus Westeuropa und Japan zum Ausdruck kam.

Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und dem Übergang zu freien Wechselkursen 1971 wurden die EG-Staaten zu gemeinsamem Handeln gezwungen, denn die Kursschwankungen des Dollar veränderten die Tauschverhältnisse unter den EG-Mitgliedstaaten.

Mitte 1972 wurde als regionale Antwort auf die Krise des Weltwährungssystems die westeuropäische ,,Währungsschlange'' gebildet, der jedoch nicht alle EG-Staaten angehörten. Schon ein Jahr später stiegen Großbritannien, Italien und Irland aus, 1974 auch noch Frankreich, nach kurzer Rückkehr verließ Frankreich endgültig 1976 die ,,Schlange''. Übrig blieben demnach die EG-Länder BRD, Benelux, Dänemark, Norwegen und — bis 1977 — Schweden (letztere beiden Länder als Nichtmitglieder der EG). (7)

Im Kern beinhaltete die ,,Währungsschlange'' eine Fixierungder Wechselkurse innerhalb der ,,Schlangenländer'', sie durften bis zu 2,25% nach oben und unten voneinander abweichen, gegenüber dem Dollar jedoch konnten die nationalen Währungen frei fallen oder steigen.

Allerdings zeigte sich sehr schnell die Begrenztheit, ja Wirkungslosigkeit dieses ,,floatens'' der Währungen. Befördert durch die Ölpreissteigerungen nach 1973 (Ölpreisrechnungen mußten in Dollar bezahlt werden) und den in der Krise ohnehin stärker sichtbaren ökonomischen Disparitäten der einzelnen EG-Länder ließ sich dieser fixe Wechselkursverbund kaum halten. Immer wieder mußte auf den Devisenmärkten interveniert werden, wobei diese Interventionen tendenziell inflationär wirkten.

Im Zusammenhang mit der ,,Währungsschlange'' brach unter den EG-Staaten ein grundsätzlicher Streit über die Zukunft und den Stellenwert einer gemeinsamen Währungspolitik aus. Zwei Strategien standen sich gegenüber:

— Die sogenannten ,,Monetaristen'' (diese Bezeichnung hat nichts mit den konservativen Wirtschaftstheoretikern gleichen Namens zu tun) erhofften sich über eine währungspolitische Integration auch eine weitere Konvergenz ihrer Ökonomien. Vor allem Frankreich zählte zu dieser Richtung. Der Nachteil dieser ,,monetaristischen'' Richtung war, daß aufgrund der ökonomischen Disparitäten die dadurch bedingten Wechselkursschwankungen abgefangen werden mußten. Dies hätte über massive Deviseninterventionen der nationalen Notenbanken erfolgen müssen — mit inflationsfördernden Wirkungen.

— Demgegenüber favorisierten die sogenannten ,,Ökonomisten'' den umgekehrten Weg; Vorausetzung für eine währungspolitische Integration sei die wirtschaftspolitische Konvergenz. Daß vor allem die BRD zu diesen Vertretern zählte, lag auf der Hand, denn sie hätte dadurch eine Anpassung der nationalen Wirtschaftspolitik in Richtung Stabilitätspolitik in den übrigen Mitgliedsstaaten erreicht, bei unangefochtener hegemonialer Stellung der D-Mark. Eine darauf abzielende Stabilitätspolitik, die Senkung der Inflationsraten usw. war für die BRD in den sechziger und den Anfängen der siebziger jedoch nicht durchsetzbar, die Arbeiterbewegung in den anderen EG-Ländern hätte diese Politik mit Sicherheit verhindert. (8) Darüber hinaus bestanden die Differenzen zwischen Frankreich und der BRD darin, daß die BRD ihrer währungspolitischen Stabilität aus binnen- wie außenwirtschaftlichen Gründen absolute Priorität einräumte, während es Frankreich darauf ankam, die währungspolitische Integration der EG als Instrument gegen die USA zu nutzen.

Das ,,Europäische Währungssystem'' (EWS)

1978/79 kam es zu einem neuen Anlauf hinsichtlich der währungspolitischen Zusammenarbeit aller EG-Länder auf Initiative der BRD und Frankreichs. Die Gründe dazu waren vielschichtig; unter anderem war ausschlaggebend, daß die Wechselkursdiskrepanzen zwischen den eher ,,stärkeren'' Ländern und denjenigen, die der ,,Währungsschlange'' gar nicht angehörten, immer größer wurden. Hinter diesem Auseinanderklaffen der Wechselkurse in der EG zwischen den ,,harten'' und ,,weichen'' Währungen standen natürlich die angestiegenen ökonomischen Disparitäten. Dies hatte Auswirkungen beispielsweise auf die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Außerdem nahm die Weltwährungskrise noch an Schärfe zu, staatliche Interventionen zeigten gegenüber den aufgeblähten privaten internationalen Kapitalmärkten immer weniger Wirkung. Ausschlaggebend jedoch für die Schaffung des EWS war die Weltwirtschaftskrise selbst; was die BRD nicht durchsetzen konnte, erreichte diese Krise, nämlich eine schrittweise Konvergenz der Wirtschaftspolitik in den EG-Ländern in Richtung Austerity (restriktive Haushaltspolitik, Kostenentlastung der Unternehmen, Lohnsenkungen, Anti-Infaltionspolitik usw.)

Die BRD hatte also — mit den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Rücken — ihr Ziel erreicht und konnte sich für das EWS stark machen.

durchsetzen konnte, erreichte diese Krise, nämlich eine schrittweise Konvergenz der Wirtschaftspolitik in den EG-Ländern in Richtung Austerity (restriktive Haushaltspolitik, Kostenentlastung der Unternehmen, Lohnsenkungen, Anti-Infaltionspolitik usw.)
Die BRD hatte also — mit den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Rücken — ihr Ziel erreicht und konnte sich für das EWS stark machen.

Beim EWS handelt es sich im Grunde um den Ausbau der ,,Währungsschlange''; im Unterschied zu dieser sind jedoch neun EG-Staaten daran beteiligt. Die beiden neuen EG-Mitgliedstaaten sind noch nicht dabei, und Großbritannien weigert sich aus prinzipiellen Gründen, am EWS teilzunehmen. Das britische Pfund gehört zwar eher zu den ,,weichen'' Währungen, das britische Finanzkapital spielt jedoch noch heute, historisch bedingt, eine gewisse Rolle, was ebenso für London als Ort der internationalen Finanzmärkte gilt. Wie bei der ,,Schlange'' sind die neun EG-Währungen untereinander fixiert, die Wechselkurse haben eine Schwankungsbreite von 2,5% (Ausnahme: Italien mit 6%). Wird diese Schwankungsbreite über- oder unterschritten, sind die Notenbanken dazu verpflichtet, zu intervenieren.

Die neun Währungen sind über den ECU (European Currency Unit) untereinander fixiert, der ECU wiederum wird durch den ,,europäischen Währungskorb'' definiert, dessen Zusammensetzung einer ,,Europäischen Rechnungseinheit'' (ERE) entspricht. Im Währungskorb drückt sich das entsprechende Stärkeverhältnis der beteiligten Länder aus (siehe Abbildung).

Der weitere wesentliche Unterschied zur ,,Schlange'' besteht weiterhin darin, daß das EWS mit einem ausgedehnten Kreditsystem gekoppelt ist; damit sollen die ,,weichen'' Währungen gegebenenfalls unterstützt werden, wozu die EG-Länder jeweils 20% ihrer Gold- und Dollarreserven bereitgestellt haben.

Die Hoffnungen, über die währungspolitische Zwangsmaßnahme EWS die EG zu einer ,,Stabilitätsgemeinschaft'' nach dem Vorbild des ,,Modell Deutschland'' zu führen, haben sich nur teilweise erfüllt. Die ökonomischen Disparitäten, wie sie sich etwa in den unterschiedlichen Inflationsraten und Handelsbilanzen zeigen, bestehen weiter, so daß bisher insgesamt sieben umfangreiche Wechselkursanpassungen erfolgen mußten. In diesem Jahr wird es nicht ausbleiben, daß die im EWS eher unterbewertete D-Mark eine Aufwertung gegenüber den anderen acht Währungen erfahren wird. Außerdem ist das EWS regional begrenzt, so daß die erheblichen Schwankungen der Dollarkurse ebenso in die Wechselkursparitäten eingegriffen haben. Allerdings hat das EWS eine starke disziplinierende Funktion zur Absicherung der Austerity-Politik in den EG-Ländern. Die deutsche Bundesbank schrieb, daß die Regeln des EWS ,,inzwischen zu einem willkommenen disziplinierenden Datum der Wirtschaftspolitik geworden sind'' (9), und in der ,,Financial Times'' hieß es: ,,(Die Deutschen) sind insbesondere von dem Wunsch der italienischen Regierung beeindruckt, die Mitgliedschaft im Währungssystem dazu zu nutzen, zu Hause Disziplin durchzusetzen.'' (9)

Zu deutsch: Jedem EG-Land wird es durch das disziplinierende EWS-System erschwert, beispielsweise nationale Konjunkturprogramme, die mit staatlichen Ausgabenerhöhungen verbunden sind, einzusetzen. Das EWS wird auch dazu benutzt, allzu große Lohnerhöhungen zu dämpfen. Insofern dient das EWS allen Beteiligten der internationalen Absicherung der jeweiligen Austerity-Politik.

Die Differenzen bestehen weiter

Im letzten Jahr hat es vor allem von Frankreich erneute Versuche gegeben, die währungspolitische Zusammenarbeit in der EG voranzutreiben. Frankreich wollte das Ziel einer westeuropäischen Währungsunion vertraglich verbindlich festschreiben und forderte im einzelnen u.a. den Ausbau des ECU zu einer gemeinsamen EG-Währung. Dahinter steckt das alte ,,monetaristische'' Konzept Frankreichs mit dem Ziel, gegenüber dem Dollar und Yen einen dritten Währungsblock zu schaffen. Die Dominanz des Dollar sollte durch ein System dreier relativ gleichberechtigtere Währungszentren abgelöst werden.

Innerhalb der EG zielen die französischen Forderungen darauf ab, die unbestrittene Hegemonie der D-Mark stärker in die westeuropäischen Entscheidungsprozeduren einzubinden. Frankreich setzte sich gegen die ,,Ökonomisten'' aus der BRD und Großbritannien nicht durch. Bundesbankpräsident Pöhl machte dem Kanzler klar, daß an der nationalen Souveränität der westdeutschen Währungspolitik nicht gerüttelt werden dürfe. Der BRD-Imperialismus will sich seine Handlungsfreiheit in keiner Weise beschneiden lassen. Zum einen übt er durch seine besonders restriktive Austerity-Politik indirekten Druck auf alle anderen Länder aus, seinem Beispiel zu folgen. Und außerdem spielt die D-Mark als Weltwährung die zweitwichtigste Rolle; ebenso wichtig sind angesichts der weltweiten ökonomischen Interessen der BRD die Wechselkursentwicklungen außerhalb der EG. Von daher mußte sich Frankreich bei der Reform des EG-Vertragswerks damit begnügen, daß das Ziel einer währungspolitischen Union nur in der Präambel der Römischen Verträge als Absichtserklärung auftaucht.

Insgesamt bleibt es also dabei: die nationalen Souveränitäten der jeweiligen Geld- und Währungspolitik werden nicht angetastet, aber über die Zwangsgemeinschaft EWS stark beeinflußt. Die EG-Länder mit der stärksten Produktivität und geringsten Inflationsraten — allen voran die BRD — üben somit indirekten, manchmal auch direkten Druck auf die Länder mit ,,weicher'' Währung aus, zu Hause für ,,stabile'' Verhältnisse zu sorgen, Haushaltsausgaben zu kürzen usw.

D. Westberlin

Anmerkungen:

(1) Es sei zu den Fragen der militärischen Zusammenarbeit, einer westeuropäischen Option in der ,,Sicherheits''-politik, auf die vorliegende umfangreiche Literatur verwiesen. Außerdem spielt die militärische Komponente im institutionellen Rahmen der EG fast keine Rolle, da vor allem Irland als ,,neutrales'' Land und Nicht-NATO-Mitglied aus prinzipiellen Erwägungen eine militärische Zusammenarbeit, eine EG-definierte ,,Sicherheits''politik bislang verhinderte. Zum Neo-Kolonialismus der EG gegenüber den AKP-Staaten siehe AK 257, ,,Entwicklungspolitik der EG'', S. 23/24, April 1985.

(2) Auf die währungspolitische Integration wird im Abschnitt zur europäischen Währungsunion ausführlicher eingegangen. Zu den ,,Handelskriegen'' zwischen der EG und den USA siehe AK 257, ,,Der Mythos vom freien Welthandel'', April 1985.

(3) Mit der EG-Wirtschaftspolitik wird sich Teil 2 dieser Serie beschäftigen.

(4) siehe Anmerkung 2.

(5) Auch wenn sich die BRD so weltoffen und liberal gibt, praktiziert sie natürlich auch protektionistische Maßnahmen. Zum einen etwa in Bezug auf die GAP gegenüber Drittländern, zum anderen aber auch gegenüber EG-Ländern, etwa über ihre sprichwörtlich peniblen DIN-Normen, mit denen Importe blockiert werden.

(6) Zum EG-Beitritt Spaniens und Portugals siehe AK254 (Januar 1985) und AK 257 (April 1985).

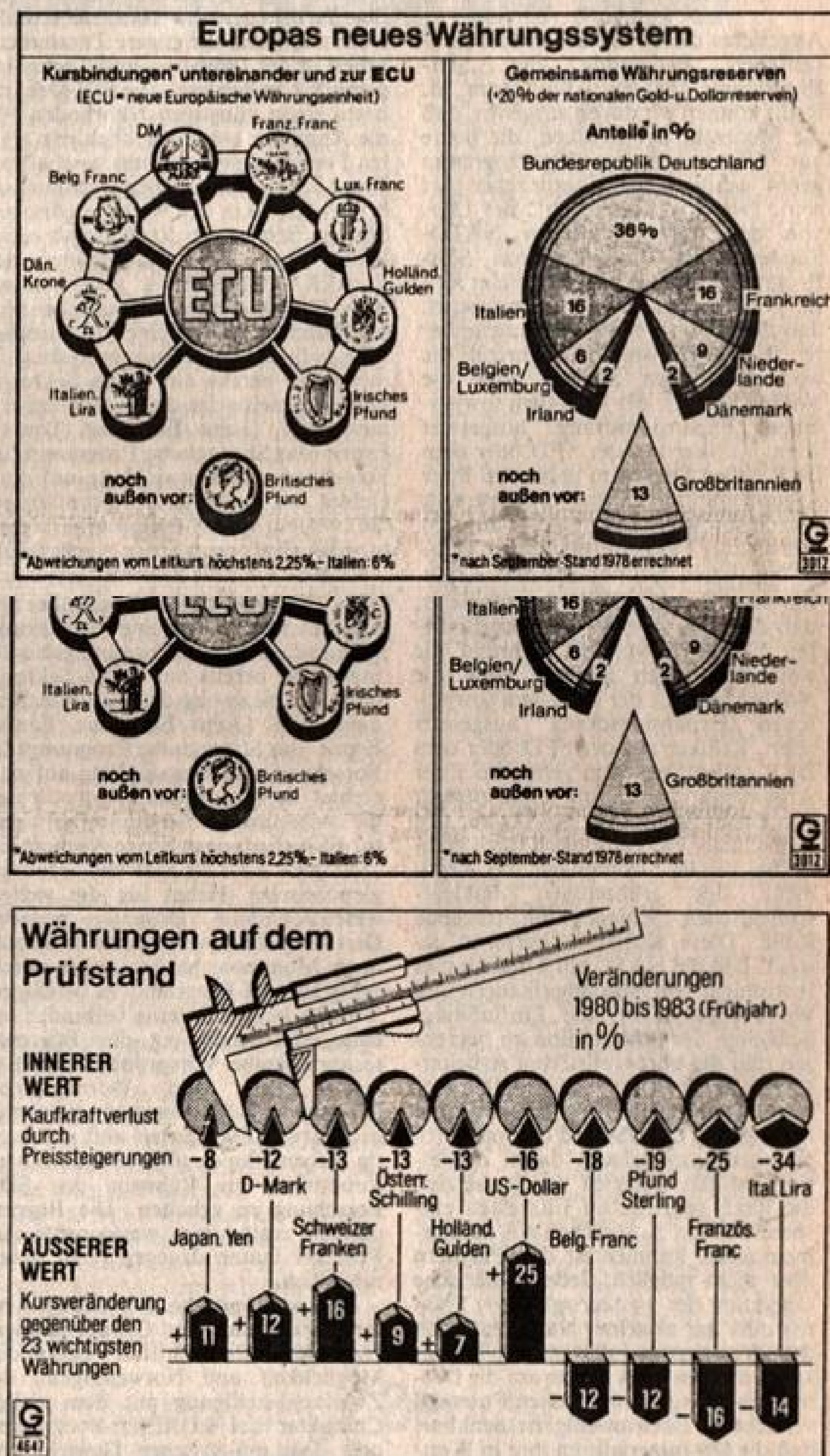
(7) Die Austritte dieser genannten Länder aus der ,,Schlange'' resultieren vor allem aus der innenpolitischen Weigerung bzw. Undurchführbarkeit (Kämpfe der Arbeiter) der daraus folgenden restriktiven Politik.

(8) Die damalige Debatte wurde unter den Schlagworten ,,Stabilitätsgemeinschaft'' kontra ,,Inflationsgemeinschaft'' geführt.

(9) Zitiert nach: Altvater/Hübner/Stanger, ,,Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus'', Westdeutscher Verlag, 1983, S. 77.

Literatur

Neue Tendenzen der ökonomischen und politischen Integration der EG-Staaten, IPW-Forschungshefte 3-1985
Zeitschrift ,,Integration'', Beilage zur ,,Europäischen Zeitung'', Jahrgänge 1984 und 1985
Rudolf Hrbek, Wolfgang Wessels (Hrsg.): EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?, Europa-Union-Verlag, Bonn 1984
E. Altvater, Internationalisierung der Austerity-Politik durch das EWS, in: ,,Wiener Tagebuch'' 1-1979



Fortsetzung von vorheriger Seite

eine extrem neoklassische, rigorose Politik: eine Anpassung an Weltmarktbedingungen wird ohne größere Rücksichten auf das ,,soziale Netz'' und Konfliktvermeidung gegenüber der Arbeiterklasse gewaltsam durchgezogen.

In dreierlei Hinsicht pocht Großbritannien auf seine Sonderrolle:

reichs zu verhindern. Das politische Bestreben dieser Länder ist es , Mitspracherechte im Rahmen der EG auszuüben, die ihnen aufgrund ihrer Größenordnung sonst wohl kaum möglich wären. Die ,,Kleinen'' waren und sind jedoch noch nie in der Lage gewesen, eine Allianz gegen die ,,Großen'' zu bilden. Wir werden nochbei den verschiedenen Einzelfragen sehen, daß die

Fortsetzung von vorheriger Seite
eine extrem neoklassische, rigorose Politik: eine Anpassung an Weltmarktbedingungen wird ohne größere Rücksichten auf das ,,soziale Netz'' und Konfliktvermeidung gegenüber der Arbeiterklasse gewaltsam durchgezogen.
In dreierlei Hinsicht pocht Großbritannien auf seine Sonderrolle:

— Großbritannien ist nicht Mitglied des 1979 ins Leben gerufenen ,,Europäischen Währungssystems'' und möchte die, historisch begründete, Sonderstellung des britischen Pfunds behaupten;

— die so ,,erfolgreiche'' britische Wirtschaftspolitik hat ihre zweifelhaften ,,Erfolge'' dem Umstand mit zu verdanken, daß der britische Imperialismus aus den beträchtlichen Einnahmen seines Nordsee-Öls profitiert; Großbritannien gewährt den übrigen EG-Ländern übrigens keinerlei Vorteile aus ihren Ölgeschäften;

— außenpolitisch pflegt Großbritannien traditionell enge Beziehungen zu den USA.

Die kleineren EG-Länder

Was die Stellung der kleineren EG-Länder anbelangt, so sind sie zum großen Teil hochgradig im Intra-EG-Handel verflochten (Niederlande: 71,3%, Belgien/Luxemburg: 70%, Irland: 69,9%). Hinzu kommt eine engere Spezialisierung im Rahmen der imperialistischen ,,Arbeitsteilung'', womit sie dem verstärkten Druck der stärkeren EG-Länder ausgesetzt sind. Die Brutto-Inlandprodukte (BIP) der ,,Kleinen'' (Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland und Griechenland) liegen insgesamt so hoch wie das Italiens, aber ihre Außenhandelsanteile innerhalb der EG liegen bei 33%. Dabei ist zu beachten, daß es innerhalb der kleineren EG-Länder noch ein beträchtliches Gefälle gibt, denn allein die Benelux-Länder halten einen Außenhandelsanteil im Intra-EG-Handel von 28% und liegen damit auf etwa dem gleichen Niveau wie die BRD — während Dänemark, Irland und Griechenland gerade noch einen Anteil von rund 5% halten.

Von der Warenstruktur her gesehen handelt es sich größtenteils um Zulieferindustrien (Automobilindustrie Belgiens; Elektrobranche Irlands). Der schärfer werdende Modernisierungsdruck dieser Industrien bringt diese Länder in noch größere ökonomische Abhängigkeit von den größeren EG-Ländern. Die außenpolitischen Interessen der kleineren EG-Staaten bestehen zum einen darin, die BRD im Zaume zu halten bzw. eine allzu starke Hegemoniestellung der BRD und Frank-

reichs zu verhindern. Das politische Bestreben dieser Länder ist es , Mitspracherechte im Rahmen der EG auszuüben, die ihnen aufgrund ihrer Größenordnung sonst wohl kaum möglich wären. Die ,,Kleinen'' waren und sind jedoch noch nie in der Lage gewesen, eine Allianz gegen die ,,Großen'' zu bilden. Wir werden nochbei den verschiedenen Einzelfragen sehen, daß die
Bündniskonstellationen höchst unterschiedlich ausfallen.

Gerade der EG-Beitritt Spaniens und Portugals (6) macht noch auf eine weitere Widerspruchskonstellation aufmerksam: es stehen sich nämlich auf der einen Seite die fortgeschrittenen Industrieländer mit einem relativ unbedeutendem Agrarsektor (BRD, Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Länder) denjenigen Ländern gegenüber, in denen die Agrarwirtschaft noch eine zum Teil beträchtliche Rolle spielt (Spanien, Portugal, Irland, Dänemark, Griechenland); Italien nimmt eher eine Mittelstellung ein.

Die kleineren EG-Länder profitieren in sehr unterschiedlicher Weise von der EG:

— Die Länder mit einem bedeutenden Agrarsektor genießen die Vorzüge des Gemeinsamen Agrarmarktes (GAP), da sie gerade bei Überschüssen die Garantiepreise des GAP erhalten.

— Außerdem profitieren diese Länder (etwa Griechenland) vom Sozial- und Regionalfonds der EG, mit dem strukturschwache Regionen der EG-Länder finanziell unterstützt werden.

— Die exportorientierten Teile der Kapitale der kleineren Länder erhoffen sich eine Modernisierung ihrer Industrien und die Einbindung in den Weltmarkt. (Aktuell ist dies eine wesentliche Bgründung der EG-Mitgliedschaft Spaniens).

Die politische Stellung der kleineren EG-Länder ist so schwach nicht. Das ausgeklügelte Mehrheitsentscheidungssystem etwa im Ministerrat der EG verhindert, daß die ,,Großen'' ohne die ,,Kleinen'' ihre politischen Entscheidungen durchsetzen können — und umgekehrt.

Diese sehr grob skizzierten unterschiedlichen Ausgangs- und Interessenlagen der EG-Staaten, ihre ökonomische Bedeutung usw. entscheiden über die jeweiligen Kräfteverhältnisse in Einzelfragen in der EG. Die zumeist über die jeweiligen Nationalstaaten formulierten Interessen geben auch nach wie vor den Grad und das Tempo des westeuropäischen Einigungsprozesses an. Denn das politische Einstimmigkeitsprinzip bei allen zentralen Fragen, des Grads der wirtschafts- und währungspolitischen sowie der politischen Zusammenarbeit in der EG bedeutet, daß Fort- bzw. Rückschritte der Integration nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner möglich sind.

Das US-amerikanische Programm zur Entwicklung einer weltraumgestützten Raketenabwehr, Strategic Defense Initiative (SDI), hat für die westeuropäischen Staaten eine ganze Reihe militär- und technologiepolitischer Fragen aufgeworfen. Mit dem EUREKA-Programm, neuen Initiativen für die Errichtung des westeuropäischen Binnenmarktes und für die Bildung einer Politischen Union Westeuropa mit militärpolitischen Kompetenzen haben die EG-Staaten im Sommer 1985 auf viele von SDI berührten Bereiche reagiert. Ob die westeuropäischen Initiativen der Herausforderung durch SDI gerecht werden und realisiert werden können, bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen, aber die politischen Ziele des westeuropäischen Bürgertums müssen wir genauer betrachten. Erst aus dieser Untersuchung ergibt sich eine Antwort auf die Frage, ob und welche Widersprüche es zwischen den USA und den EG-Imperialisten gibt.

Anmerkung AK: Wir überschlagen hier den Abschnitt des Buches zum SDI-Programm. Red.

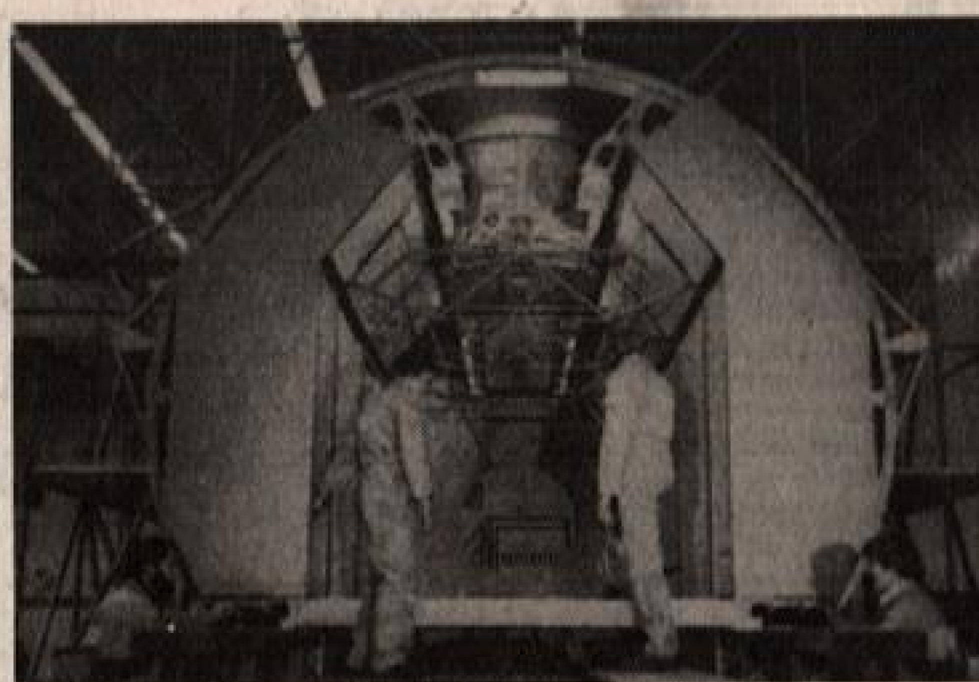
Europäische Weltraumrüstung

Auszug aus dem Buch

"Frieden schaffen mit

europäischen Waffen?"

von Otto Pirschel



2. EG-Weltraumprojekt Spacelab

Bei der Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu Aufrüstungszwecken verlassen sich die westeuropäischen Staaten nicht auf die Unterstützung durch die USA. Hilfe von jenseits des Atlantiks ist, trotz der SDI-Abkommen zwischen den USA und England und der BRD, fragwürdiger geworden, seit die US-Regierungen Ende der siebziger Jahre begannen, Forschungsergebnissen zunehmend den Stempel „top secret" aufzudrücken. Die westeuropäischen Imperialisten scheuen deshalb keine Mühe, mit eigenen Forschungsprogrammen ihre Kriegsfähigkeit zu vergrößern. Im Rahmen des EUREKA-Programms oder in unmittelbarer Verknüpfung damit wird gegenwärtig die konventionelle Rüstung und die militärische Nutzung des Weltraums vorangetrieben.

Einen Überblick über laufende Vorhaben und ihre militärtechnische Bedeutung gibt der Auszug aus dem Buch „Frieden schaffen mit europäischen Waffen? — Westeuropäische Rüstungspolitik zwischen Eigenständigkeit und US-amerikanischer Vorherrschaft" von Otto Pirschel, das zum Kölner Kongreß „Frieden mit der NATO?" im isp-Verlag erscheinen wird.

Die westeuropäischen Interessen

Angesichts dieser Tatsachen (der militärischen Bedeutung des SDI-Programms für die USA, Anm. d. Red.) können wir davon ausgehen, daß die Mehrzahl der Kritiken, die heute aus Westeuropa am SDI-Programm geübt werden, eher rhetorischer Art sind. Eine „Abkoppelung" der USA von den westeuropäischen NATO-Staaten wird es durch das SDI-Programm nicht geben. Bei dieser Kritik wird in der Regel vorausgesetzt, daß die USA zu einer „uneinnehmbaren Festung" würden, während die westeuropäischen Staaten ohne die Nukleargarantie der USA dem sowjetischen „Expansionsdrang" ausgesetzt seien. Kritiker aus der SPD oder dem DKP-nahen Spektrum gehen bei ihrer Argumentationsführung zwar zurecht

schen „Expansionsdrang" ausgesetzt seien. Kritiker aus der SPD oder dem DKP-nahen Spektrum gehen bei ihrer Argumentationsführung zwar zurecht

von einem Angriff der NATO auf den Warschauer Pakt aus, doch spielt gerade bei diesen Strömungen das Argument des frühzeitigen nuklearstrategischen Schlages die tragende Rolle. Diese Kritiken übersehen jeweils, daß die NATO ein gemeinsames Instrument von Nordamerikanern und Westeuropäern ist, die Einflußmöglichkeiten der Sowjetunion zu begrenzen und die bürokratisierten Arbeiterstaaten zu vernichten. Innerhalb dieser ihnen gemeinsamen Zielsetzung sind naturgemäß die US- und die westeuropäischen Imperialisten daran interessiert, Militärstrategien durchzusetzen, die ihren spezifischen Interessen entsprechen. Ein Ausbrechen aus dem gemeinsamen Rahmen ist den Partnern aber nicht möglich. Jede militärische Operation der westeuropäischen Staaten oder gar einzelner Nationen gegen den Warschauer Pakt ohne Übereinkunft mit den USA müßte auf die Drohung mit deren strategischen Potential verzichten. Ebensowenig ist denkbar, daß die US-Imperialisten ihre in Westeuropa stationierten Truppen eigenmächtig gegen den Warschauer Pakt in Bewegung setzen könnten, weil dies zum Bruch im NATO-Bündnis führen müßte.

Nein, die Gefahren einer Zuspitzung der internationalen Lage, die sich aus der Durchführung des SDI-Programms ergeben, das seitens der BRD, Großbritanniens und Italiens auch staats-offiziell unterstützt werden soll, liegen gerade im Schnittpunkt der US-amerikanischen und der westeuropäischen Zielsetzungen. Die Verbesserungen nicht-nuklearer Waffensysteme, die aus der SDI-Forschung zu erwarten sind, und die eine nicht-atomare Kriegsführung ermöglichen sollen entsprechen insbesondere den Interessen der westdeutschen Bourgeoisie (s. Kap. 3). Widersprüche zwischen den NATO-Partnern und der Gegensatz von SDI und EUREKA haben rüstungs- und zivilwirtschaftliche Gründe, denn die Westeuropäer wollen den USA weder eine Monopolstellung auf dem Markt für hochtechnologisierte Waffensysteme noch für die zivile Anwendung neuer Technologien überlassen.

Die Initiative für EUREKA (European Research Coordination Agency), die Bildung einer westeuropäischen Agentur für die Zusammenfassung der Hochtechnologieforschung, ging von der französischen Regierung aus und erfuhr von Beginn an lebhafte politische Unterstützung beim BRD-Außenminister Genscher. Obgleich der französische Vorschlag der Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt präsentiert wurde, als die SDI-Debatte vollends nach Westeuropa übergeschwappt war, sollte EUREKA nicht als einfache „Antwort auf SDI" angesehen werden. Vielmehr gehörte es auf den EG-Gipfeln der letzten Jahre zum Standard-Repertoire der Abschluß-Kommuniqués, die engere Zusammenarbeit in der Industrie- und Technologiepolitik zu fordern. Die SDI-Debatte hatte einen günstigen Nährboden für die Annahme eines angeblich rein zivilen Forschungsprogramms geschaffen. Trotz der grundsätzlichen Zustimmung breiter Kreise in den westeuropäischen Staaten fällt es den Regierungen nicht leicht, bei der Umsetzung der EUREKA-Pläne zügig voranzukommen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine westeuropäische Industrie- und Forschungszusammenarbeit bereits auf vielen Sektoren gibt: Beispielsweise das Fusionsexperiment JET (Joint European Tours), Esprit (das Strategische Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie),

ment JET (Joint European Tours), Esprit (das Strategische Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie),

die westeuropäische Raumfahrtagentur ESA (European Space Agency) (9).

EUREKA ist als zentraler technologiepolitischer Hebel für die weitere westeuropäische Einigung gedacht. Dies soll jedoch weder einzelne Staaten noch Monopole hindern, sich gleichzeitig am SDI-Programm zu beteiligen. Westdeutsche Konzerne verbinden mit einer SDI-Beteiligung das Interesse, technologische Vorsprünge (zum Beispiel MBB und Dornier bei Instrumenten-Plattformen) möglichst profitabel zu verwerten und gleichzeitig Informationen über neugewonnene Kenntnisse im Rahmen der SDI-Forschung zu erhalten. Die Begründungen zuständiger westeuropäischer Politiker lauten dagegen recht unterschiedlich.

Der westdeutsche Forschungsminister Riesenhuber und Großbritanniens Handelsminister Brittan begründen Möglichkeit und Notwendigkeit der Zweifachbeteiligung mit dem zivilen Charakter des EUREKA-Programms und dem militärischen Gewicht von SDI. Der bayerische Weltpolitiker Strauß erkennt und vertritt viel genauer den Doppelcharakter beider Programme: So wie das SDI-Programm die technisch-industrielle Welt auch dann verändere, wenn nicht alle militärischen Zwecke erfüllt würden, müsse EUREKA umgekehrt auch unter dem Blickwinkel militärischer Nutzungsmöglichkeiten gesehen und betrieben werden. Für Staaten und Konzerne sei es zwingend, an den Erkenntnissen und Entwicklungen beider Programme teilzuhaben.

Mit dem EUREKA-Programm verbunden werden soll die Arbeit für eine Europäische Verteidigungsinitiative EVI. EVI wird gemeinhin dargestellt als ein System zur Abwehr sowjetischer Kurz- und Mittelstreckenraketen, Lenkflugkörper und Flugzeuge. Wegen der weit kürzeren Entfernungen und Flugzeiten sind solchen Abwehrsystemen in Westeuropa noch engere technische Grenzen gesteckt als dem Versuch einer Abwehr von Interkontinentalraketen. EVI wird deshalb nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der NATO-Militärstrategie propagiert. EVI und EUREKA sollen zur *„Entwicklung ‚intelligenter' Waffen, die ihre Ziele selbst suchen, und (zur) Entwicklung der Aufklärungs- und Trägersysteme für das Konzept Follow-on-Forces-Attack (FOFA) der NATO zur weitreichenden Abwehr gegen die zweite gegnerische Staffel"* verhelfen (10). Tatsächlich überlappen sich die rüstungstechnischen Anforderungen, die sich aus dem Rogers-Plan ergeben,

rüstungstechnischen Anforderungen, die sich aus dem Rogers-Plan ergeben,

schon heute in einigen Teilen mit Projekten des EUREKA-Programms. Der Rogers-Plan fordert die umfassende Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnik und neuer Sensor-, Laser- und Computertechnologien (11) und die Verwendung „konventioneller Flächenfeuermunition und gelenkter Tochtergeschosse (Submunition); Treffsicheres Verschießen gelenkter Tochtergeschosse durch boden- oder luftgestützte nicht-nukleare Raketen oder sonstige Abstandwaffen; nahezu zeitverzugslose Datenübertragung für Gefechtsfeldüberwachung und Zielerfassung" (12). Die Entwicklung eines Hochenergielasers, die auf der Hannoveraner EUREKA-Konferenz beschlossen wurde und an der sich BRD, Italien, Großbritannien und Frankreich beteiligen wollen, ist von militärischen Zwecken nicht zu trennen.

„Gebündelte kinetische Energie kann der Metallverarbeitung dienen, aber auch zum Abschuß von Panzern und Flugzeugen. Die Utopie ist hier der Wirklichkeit nur mehr wenig voraus. (...) Laserkanonen befinden sich bereits im Versuchsstadium", schreibt dazu die Frankfurter Rundschau (13). Gerade im Bereich der Luftabwehr gegen Hubschrauber und Kampfflugzeuge, aber auch gegen Raketen und Marschflugkörper sind Laser-Waffensysteme sehr weit entwickelt. In Westeuropa gilt das Modell eines entsprechenden Hochleistungs-Lasers von MBB und Diehl als das fortgeschrittenste. Den Anspruch auf „die Federführung bei EVI" hat der MBB-Vorstandsvorsitzende Vogels schon angemeldet. Die Weiterentwicklung optoelektronischer Systeme, die im EUREKA-Rahmen französische und italienische Firmen betreiben wollen, kann im Bereich der Aufklärung und Zielerfassung ebenfalls der Verbesserung neuer Waffen- und Führungssysteme dienen.

Militärische Operationen sind ohne die Einbeziehung von Spionage-, Navigations- und anderer Satelliten undenkbar geworden. Die Anwendung des technologischen Potentials in der Raumfahrt ist für die imperialistischen Staaten deshalb zur Notwendigkeit geworden. Für die Westeuropäer trug der französische Staatspräsident Mitterand diesen Gedanken im Februar 1984 unüberhörbar in die Öffentlichkeit: *Wenn Europa in der Lage ist, eine bemannte Station in den Weltraum zu bringen, die ihm erlaubt, jede mögliche Bedrohung zu beobachten, zu übermitteln und damit zu verhindern, dann wird es einen großen Schritt auf seine eigene Verteidigung hin getan haben. Nicht zu vergessen die Fortschritte bei der elektronischen Datenverarbeitung und dem künstlichen Gedächtnis sowie die bereits bekannte Fähigkeit, Projektile abzufeuern, die sich mit Lichtgeschwindigkeit fortbewegen. Eine europäische Weltraumgemeinschaft wäre meiner Meinung nach die beste Antwort auf die militärischen Realitäten von morgen"* (14).

Die Westeuropäer versuchen dorthin sowohl über die Kooperation mit den USA als auch über eigenständige Projekte zu gelangen. Tragende Rolle spielt die Europäische Raumfahrtagentur ESA, der gegenwärtig Belgien, die BRD, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Irland, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und Spanien angehören. Während die USA wenig Federlesen bei der Verquickung ziviler und militärischer Raumfahrt machen, soll in Westeuropa die Westeuropäische Union die formelle Trägerschaft für militärische Weltraumprojekte übernehmen, denn die ESA darf laut Gründungsvertrag nur zivile Raumfahrt betreiben. Wie immer dieses juristische Problem letztlich gelöst werden wird, das zivile und militärische Raumfahrtprogramm der Westeuropäer läuft bereits.

Die Parlamentarier-Versammlung der WEU verfaßte im Juni 1984 eine „Empfehlung" an den Ministerrat, in der dieser aufgefordert wurde, *„eine größere europäische industrielle Beteiligung ... sowohl für die NATO-*

der WEU verfaßte im Juni 1984 eine „Empfehlung" an den Ministerrat, in der dieser aufgefordert wurde, „eine größere europäische industrielle Beteiligung ... sowohl für die NATO-

Nachrichtensatelliten und NATO-Militär-Satelliten-Programme wie bei der dazugehörigen Bodenstation-Infrastruktur" durchzusetzen und *„klare Ziele und Prioritäten europäischer Weltraumpolitik ... für die Gebiete von Trägern, bemannten Modulen, Weltraumstations-Integration, Nachrichtenübermittlung, Wetter- und Fernerkundungs-Satelliten und bemannten, wiederverwendbaren Wartungs- und Raumtransportschiffen"* zu entwickeln (15). Einige der angeführten Weltraumfahrzeuge und -plattformen sind bereits gebaut oder sind konkret als westeuropäische oder transatlantische Kooperationsprojekte für die nächsten fünfzehn Jahre geplant.

Ein etwas genauerer Blick auf die Liste dieser Projekte zeigt die militärische und wirtschaftliche Brisanz dieses Programms, das in wichtigen Teilen auf der ESA-Konferenz im Januar 1985 verabschiedet wurde.

— **Das Projekt Ariane.** Im zweiten Bericht der Europäischen Sicherheitsstudie, ESECS II, einer Untersuchung zur „Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa" wird die Ariane-Rakete als eines der kosteneffektivsten Systeme zur Weiterentwicklung einer Boden/Boden-Flugkörperwaffe gegen Flugplätze des Warschauer Paktes empfohlen. Die Ariane-Rakete erhielte damit einen wichtigen Platz in der Umsetzung des Rogers-Planes (15a). Die ESA hat sich zu einer Fortentwicklung der Ariane entschlossen. Der angestrebte Bau der Trägerrakete Ariane-5 bis 1995 soll 7,4 Milliarden DM kosten, der bundesdeutsche Anteil 1,7 Mrd. Mark betragen. Die Ariane-5 wird mit einer erheblich größeren Transportfähigkeit gegenüber der jetzt eingesetzten Ariane-3 ausgestattet sein und wird die technischen Voraussetzungen für eine bemannte Raumfahrt erfüllen. Das Raumtransport-Unternehmen Arianespace ist auch nach Ansicht westeuropäischer Experten wegen der höheren Zuverlässigkeit und günstigerer Preise gegenüber dem US-Raumgleiter Space Shuttle wirtschaftlich voll konkurrenzfähig (16). — Mit der Ariane sind schon Satelliten in die für militärische Einsätze bedeutenden geostationären Umlaufbahnen in 36.000 km Höhe transportiert worden.

— **Das Projekt Columbus.** Die ESA wird sich an der bemannbaren US-Raumstation beteiligen, die 1992 im All stationiert werden soll. Der westeuropäische Abschnitt mit dem Namen Columbus wird bis 1995 mindestens 7,4 Mrd. DM, davon 2,8 Mrd. aus der BRD, verschlingen. Zwischen der ESA und der NASA ist ein Abkommen über gemeinsame Vorstudien getroffen worden, aber erst nach dem Abschluß der Vorbereitungsphase wird endgültig über dieses Projekt transatlantischer Zusammenarbeit entschieden. Die Westeuropäer werden dafür bei den USA die Einhaltung klarer Bedingungen einfordern. Verhandlungsgegenstand sind

„— (eine) Garantiezusage für den Zugang und für notwendige Leistungen zu nicht diskriminierenden Bedingungen;
— (die) Gewährleistung uneingeschränkter wissenschaftlicher und kommerzieller Nutzbarkeit der gewonnenen Ergebnisse;
— keine Beschränkung beim Technologietransfer für die Entwicklung des eigenen Anteils und für die kommerzielle Nutzung von Geräten und Erfahrungen;
— (die) Einsatzmöglichkeit europäischer Transportkapazität" (17).

— **Das Projekt Hermes.** Neben der Ariane-5 könnte Ende der 90er Jahre auch der Raumgleiter Hermes zur westeuropäischen Transportkapazität gehören. Obgleich die ESA auf ihrer letzten Konferenz Hermes noch nicht in das offizielle Programm aufnahm, signalisierten alle Staaten Zustimmung zu weiteren Entwicklungsarbeiten, die derzeit von den französischen Firmen

letzten Konferenz Hermes noch nicht in das offizielle Programm aufnahm, signalisierten alle Staaten Zustimmung zu weiteren Entwicklungsarbeiten, die derzeit von den französischen Firmen

Aérospatiale und Dassault Breguet getragen werden. Frankreich hat auch erklärt, die Hermes-Pläne „notfalls" alleine zu verwirklichen, falls die BRD trotz der Anzahlung von „ein paar Dutzend Millionen Mark" (Riesenhuber) sich nicht weiter am Hermes-Projekt beteiligen wird.

— **Die Instrumenten-Plattformen.** Von den Firmen MBB und Dornier sind bereits die Instrumenten-Plattformen SPAS und IPS gebaut worden. Bei IPS handelt es sich um ein Feinausrichtungssystem, mit dem startende Raketen genau zu orten und ihre Bahnen zu vermessen sind. Mit dem IPS kann einer Steigerung der Zielgenauigkeit von Trägersystemen bis zu dem Maß erreicht werden, „daß dann auch strategische militärische Ziele mit konventionellen (statt bis dato atomaren) Gefechtsköpfen zerstört werden" können (18). Erklärtermaßen ist das Pentagon an IPS und SPAS als Experimentalkomponenten bei SDI höchst interessiert.

Anmerkung AK: es folgt das Kapitel, daß die Bedeutung der europäischen Weltraumprogramme und Kooperationen für die EG und weiteren Einigungsbemühungen darstellt.

Anmerkungen zu Kapitel 4:

9) Neben weiteren übernationalen Forschungseinrichtungen, die außerhalb der EG angesiedelt sind — CERN (Europäische Organisation für Kernforschung), EMBL (Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie), der Europäischen Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Brennelemente u.a. — gibt es Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der westeuropäischen Monopole. Am Projekt European Map User Group (EMUG), das der Vereinheitlichung von Schnittstellen unterschiedlicher Automatisierungsgeräte dienen soll, beteiligen sich 40 westeuropäische Firmen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.1985).
10) K. Seitz, SDI — die technologische Herausforderung für Europa, in: Europa-Archiv, 13/1985, S. 389.
11) Vgl. Wehrtechnik, 9/1985, S. 85.
12) ESECS-Lenkungsgruppe, Wege zur Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa. Vorschläge für die 80er Jahre, zit. in: Die Grünen im Bundestag (Hrsg.), Angriff als Verteidigung, Bonn/Hamburg 1984, S. D 48.
13) Frankfurter Rundschau vom 18.9.1985
14) Zit. in: Europa-Archiv, 7/1984.
15) Empfehlung der WEU-Versammlung zur militärischen Nutzung des Weltraums. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1984.
15a) Vgl. European Security Study ESECS, Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa, Baden-Baden 1985, S. 80 ff.
16) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.5.1985.
17) Bayernkurier, 20.4.1985.
18) Frankfurter Rundschau, Silvester 1984.

Studentenerwachen hat Nachspiel

Westberliner Studenten werden wegen Streikaktionen vor Gericht gezerrt

Die Auseinandersetzungen an den Westberliner Hochschulen um die Verlängerung des Tarifvertrages der studentischen Beschäftigten und um die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes (AK 267) haben jetzt überraschend ein juristisches und disziplinarisches Nachspiel. Der Ordnungsausschuß der Technischen Universität hat gegen sechs Studenten Ordnungsverfahren eingeleitet, da sie „durch Anwendung von Gewalt Klausurprüfungen ... gestört und verhindert" hätten. Außerdem wird gegen vier dieser Studenten wegen des Verdachts der Nötigung ermittelt. Warum plötzlich so forsch?

Hintergrund: Tutorenstreik

Der Senat kündigte am Ende des letzten Jahres den Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten, die in Bibliotheken, als Tutoren oder sonst an der Uni arbeiten. Das neue Senatsangebot war so haarsträubend, daß es nur eine angemessene Antwort gab: Streik. Das Druckmittel war das zu erwartende Chaos: Ohne Tutoren können keine Klausuren beaufsichtigt bzw. korrigiert werden, und auch die Lehre wird teilweise arg in Mitleidenschaft gezogen. „Keine Klausuren" bedeutet aber auch: „Keine Scheine", also: Stillstand der Ausbildungsmaschinerie. Das war natürlich hart für die Studenten, die dadurch womöglich ein Semester verloren hätten. Da aber auf den meisten Flugblättern und Diskussionen argumentiert wurde, daß die Verbindung von Tarifvertragskündigung und Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes auf eine Abschaffung der Tutorien hinauslaufe, auf der anderen Seite die Tutorien in vielen Studiengängen an der TU eine große Bedeutung haben, konnte eine Spaltung zwischen Studenten und Tutoren verhindert werden. Stattdessen fanden Solidaritätsstreiks der Studenten statt.

Insel der Ordnung

Insel der Ordnung

Der Streik der Tutoren endete schon vor der „Klausurenzeit" mit der Annahme eines Senatsangebotes durch die ÖTV, das zwar leichte Lohneinbußen enthielt, aber weit über das ursprüngliche Angebot hinausging. In nahezu allen Fachbereichen suchten und fanden Studenten und Professoren nun Regelungen, mit denen die durch Streik und Solidaritätsstreik versäumten bzw. ausgefallenen Lehrinhalte aus den Klausuren gestrichen wurden oder die Klausuren verschoben bzw. anders entschärft wurden. Nur ein Fachbereich meinte, geschlossen aus der Reihe tanzen zu müssen: der FB 18, Wirtschaftswissenschaften.

Der FB 18 war während der Auseinandersetzungen schon des öfteren unangenehm aufgefallen. Fest in der Hand der Aktenkofferfraktion, beteiligte er sich praktisch überhaupt nicht an studentischen Solidaritätsaktionen. Der einwöchige Vorlesungsboykott fand bei den Wirtschaftswissenschaftlern nicht statt, da sich immer wieder genügend „Lernwillige" einfanden. Diskussions-und Überzeugungstrupps aus Studenten anderer Fachbereiche wurden feindselig behandelt, zum Schluß wollten sich gar einige für ihre Vorlesung schlagen. Und als ob das noch nicht genug wäre, standen jetzt auch noch Klausuren an. Alle Wirtschaftswissenschaftler, die von sich aus die Lehrveranstaltungen boykottiert hatten, sollten dafür „bestraft" werden, indem sie mit ihrem Rückstand ins Rennen geschickt wurden.

Eine Klausur fällt aus

Großer Andrang am 12.2. vor den Klausurräumen. So großer Andrang, daß Polizei eingesetzt wird, die Eingänge zu bewachen. Aber die Wege des Herrn sind unergründlich wie seine Hörsäle: ein großer Saal muß mehrere Ausgänge haben, und die müssen unverschlossen sein — aus Sicherheitsgründen. Die Studenten kennen sich aus, die Polizei nicht. Hektik unter den Beamten. Dann wird Richtung Haupteingang geschoben, es wird eng. In der ersten Reihe verlieren einige den Bodenkontakt. Unter diesen Bedingungen ist kein Nahkampf möglich. Ein entnervt gezogener Polizeiknüppel bleibt senkrecht in der Luft stehen, weil Studenten den ihn führenden Arm beruhigend an sich genommen haben. Irgendwann platzt die Kette kurz auf und einige Studenten spritzen in den Saal. Die Klausur wird abgesagt.

Zwei Tage danach die nächste Klausur. Der persönliche Referent des Präsidenten eilt von Student zu Student und ruft: „Ich kenne Sie! Ich weiß Ihren Namen! Ich werde Sie anzeigen!" — Veni, vidi, vici — er muß Julius Caesar vor Augen gehabt haben. Immerhin, der Feldherr wußte wirklich einige Namen, deren Träger jetzt Schwierigkeiten bekommen. Aber ob sich diese Personen auch mit dem zusammenbringen lassen, was ihnen vorgeworfen wird? Die Polizei zog es übrigens nach ihrem ersten Mißerfolg vor, nicht wieder zu erscheinen. Offenbar hat das Geplänkel eine zu demoralisierende Wirkung hinterlassen. Das Drängeln als Kampfmethode ist zwar sportlich sauber, aber dabei kann die Polizei nicht gewinnen. Die Beamten mußten an der subtilen Aufgabenstellung einfach scheitern: Die Störungen verhindern, ohne das Audimax in einen rauchenden Krater zu verwandeln. Denn es kam ja gerade darauf an, daß die Klausur stattfindet. Dies ist jedoch kein Vorwurf an die eingesetzten Polizisten. Sie werden eben einfach nicht subtil genug ausgebildet.

Späte Rache

Einen Monat später die Verfahren. Was soll das, jetzt einen Monat nach Ende des Uni-Kampfes noch einmal die große Keule zu schwingen, wo die TU die ganze Zeit über ein einziger „rechtsfreier Raum" war? Präsident Fricke hat in den Auseinandersetzungen eine deeskalierende Rolle gespielt. Er machte keine Anstalten, Ruhe und Ordnung während des Streiks gewaltsam durchzusetzen. Er trat öffentlich dafür ein, den Konflikt von keiner Seite zu verschärfen. Dafür hat er sich einiges an Vorwürfen anhören müssen. Schließlich war es Senator Kewenig, der von ihm forderte, die Klausuren notfalls unter Polizeischutz schreiben zu lassen. Nein, Fricke schien überhaupt nicht auf Bestrafen aus zu sein.

der von ihm forderte, die Klausuren notfalls unter Polizeischutz schreiben zu lassen. Nein, Fricke schien überhaupt nicht auf Bestrafen aus zu sein.

Sehen wir uns die Aktenlage an: Die Ordnungsverfahren wurden am 24.2. vom Präsidenten beantragt. Damit waren also zehn Tage seit den letzten Störungen vergangen. Eigentlich eine ganz schön lange Zeit für einen Universitätspräsidenten, um zu entdecken, daß die Ereignisse die Uni-Ordnung verletzt haben könnten. Wo ihm doch außerdem ein Schreiben des betroffenen Wirschafts-Profs Scheidl vom 14.2. vorlag, in dem dieser die Störungen aus seiner Sicht schildert und gar fordert, Strafanzeige zu stellen. Es scheint eher so gewesen zu sein, daß der Präsident im Interesse der Ruhe an der Uni die Verfahren nicht gewollt hat, von der Anzeige ganz zu schweigen, und daß die Hardcore-Fraktion ihn erst zehn Tage lang „überzeugen" mußte.

Eine CDU-Anfrage im Abgeordnetenhaus, was die Uni-Leitung denn bezüglich der Vorfälle zu tun gedenke, hat wahrscheinlich ein Übriges getan.

Jetzt, in der Stille der Semesterferien, meinen sie, wieder die Oberhand gewinnen zu können. Am 9. April, also schon am dritten Vorlesungstag, soll die Disziplinarverhandlung steigen, in der es in Wirklichkeit weniger um die Störung dieser zwei Klausuren geht, als um die Wiederherstellung der rechten Position an der TU. In der Tat gibt es einiges politisches Terrain zurückzuerobern.

Verlierer

Parteipolitisch ist der Senat, ist die CDU, ein eindeutiger Verlierer der jüngsten Uni-Kämpfe. Wissenschaftssenator Kewenigs Neuentwurf für das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) war ein Hammer, der bis in bürgerliche Kreise hinein auf Ablehnung stieß. Der entschlossene Kampf der Tutoren, die Solidarität der Studenten, die streikten und demonstrierten, all das kam daher ungewöhnlich genau in die Presse und mit einem leichten Anflug von Verständnis. Die Hochschulleitungen taten sich durch eine konfliktentschärfende Haltung in der Öffentlichkeit hervor. Schließlich mischte sich noch Innensenator Lummer ein, um seinen Kollegen Kewenig von seiner harten Haltung abzubringen. Kewenig belastete die CDU nämlich noch durch einen Streit um die Krankenhausplanung und in der Ferne tauchte bereits der Korruptionsskandal auf.

In der Uni lehnen auch rechte Profs Kewenigs Pläne ab, die Tutoren ganz abzuschaffen. Jeder Kenner der TU kennt die Rolle, die die Tutorien bei der Wissensvermittlung spielen. Wer also irgendwie daran interessiert ist, daß gut gelernt wird an der Uni, muß das neue BerlHG ablehnen. Vor diesem Hintergrund reagierten breite Kreise an der Uni auf die drastischen Kürzungen der Tutoren-Gehälter mit Hellhörigkeit und unterstellten dem Senat sofort, durch seinen Schritt die Tutoren sozusagen auf kaltem Wege abschaffen zu wollen. So konnte die Uni-Linke durch eigene Kampfkraft und fremdes Wohlwollen zum ersten Mal seit langer Zeit wieder eine vorherrschende Rolle spielen, während die Rechten isoliert waren. Einzelne lancierte Artikel in die Regionalpresse, die nach Ruhe und Ordnung riefen, blieben ohne Wirkung.

Das soll jetzt gerächt werden, nicht zuletzt in Hinblick auf das kommende Semester, in dem der Beschluß eines neuen BerlHG ansteht. Die meisten Korken mußte Kewenig inzwischen entfernen, und so ist noch nicht klar, ob es noch einmal Kämpfe geben wird. Jedenfalls würden bestimmte Kreise an der Uni der Studentenschaft die Verfahren gerne prophylaktisch reinwürgen. Außerdem mußte der Ordnungsausschuß deshalb ins Spiel gebracht werden, weil er in dem neuen Gesetz nicht mehr vorkommen sollte. Seit seiner Einrichtung ist er nämlich noch nie angerufen worden.

Ob die Rechten durchkommen, das hängt von Interessen- und Kräfteverhältnissen ab, die sich zur Zeit erst zusammenballen. Große Unbekannte ist im Augenblick der Präsident. Seine Position und die Solidarität der Studenten dürften die Ordnungsverfahren entscheiden. Die Höchststrafe, die der Ausschuß verhängen kann, ist eine zwangsweise Studienpause für vier Semester.

fets, Westberlin



Staatliche Schikanen gegen die MLPD

Nachdem die Deutsche Bank der MLPD die Konten gekündigt hat (siehe AK 267), haben jetzt staatliche Stellen die Schikanen gegen die kleine, aber aufstrebende Arbeiterpartei (gern gebrauchte Eigencharakterisierung) verstärkt.

Einmal soll ihr der Parteicharakter aberkannt werden (obwohl sie bereits mehrfach — zuletzt bei den Landtagswahlen in NRW — kandidiert hat). Unter Berufung auf den fehlenden Parteicharakter hat das Essener Finanzamt eine Steuerüberprüfung eingeleitet. Die Einstufung der MLPD als politischer Verein und nicht als Partei nach dem Parteiengesetz hätte erhebliche steuerliche Nachteile. In Hamburg, wo die MLPD ihr „Tribunal gegen Sozialimperialismus und Modernen Revisionismus" Mitte März abhielt, untersagte das Bezirksamt Eimsbüttel unter Berufung auf den fehlenden Parteicharakter das Aufstellen von Schildern. Eine Maßnahme, die allerdings per einstweiliger Verfügung vor dem Verwaltungsgericht Hamburg rückgängig gemacht werden mußte. Offenkundig zielt dieses Vorgehen in Richtung Bundestagswahlen. Seit mehr als vier Monaten führt die MLPD einen Streit mit dem Bundeswahlleiter, der ihr Statut als eine „Nichtsatzung" bezeichnet und unverhüllt die Nichtanerkennung einer Wahlkandidatur angedroht hat. Rechtsanwaltliche Gutachter haben im Auftrag der MLPD festgestellt, daß der Bundeswahlleiter bei einer inhaltlichen Zensierung der Parteisatzung seine Befugnisse noch über das bestehende Parteiengesetz hinaus überschreitet. Dies aber, so die Gutachter, *„zielt im Kern auf eine Einschränkung des Koalitionsrechts ab"*, ein Vorgang, der nicht nur die MLPD berührt (wobei wir auch solidarisch wären, wenn er nur diese berührte). Folge des Vorgehens gegen die MLPD: in Baden-Württemberg hat der Landeswahlleiter unter Berufung auf die Nichtführung der Partei im Verzeichnis des Bundeswahlleiters die Vordrucke für die Sammlung von Zulassungsunterschriften verweigert.

einstweiliger Verfügung vor dem Verwaltungsgericht Hamburg rückgängig gemacht werden mußte. Offenkundig

Für die MLPD brachte die Stadtversammlung Gelsenkirchen das Schikanefaß zum Überlaufen. Am 17.2.86 veröffentlichten die „Ruhr-Nachrichten" interne Informationen, nach denen die gewählten Stadtvertreter der SPD Überlegungen anstellten, wie sie das geplante bundesweite Pfingstjugendtreffen der MLPD auf dem Gelsenkirchener Wildenbruchplatz am 17./18.5. verhindern könnten. Unverhüllt stand da, daß man rechtlich keine Möglichkeit sehe, den Antrag abzulehnen, *„politisch soll, wenn eben möglich, das Pfingsttreffen der Kommunisten blockiert werden"*. In einer einstweiligen Anordnung konnte die MLPD bislang die unbegründete Verweigerung des Platzes rückgängig machen. Das dürfte aber noch nicht das letzte Wort gewesen sein.

hüllt stand da, daß man rechtlich keine Möglichkeit sehe, den Antrag abzulehnen, „politisch soll, wenn eben mög-

Die MLPD rief daraufhin zur bundesweiten Aktionseinheit am 22. März nach Gelsenkirchen zu einer Demonstration auf. Mit dem richtigen Augenmaß für Proportionen wurden die Angriffe auf die MLPD verbunden mit den Angriffen aufs Streikrecht, den Sicherheitsgesetzen und dem Asylrecht. Mehr oder weniger mußte die MLPD bei ihrem Vorgehen unter sich bleiben, ließ aber nach eigenen Angaben bundesweit 300.000 Flugblätter verteilen. 1.500 Menschen sind nach ihren Angaben nach Gelsenkirchen gekommen. Unterstützt wurde das Vorhaben von einigen Aktionsgruppen aus ihrem Umfeld. der abgespaltenen KPD/ML sowie einer IGM-Betriebsjugendgruppe. *„Mit der Vielfalt der Organisationen und Beispiele der Redner zeigte die Veranstaltung, daß zur Verteidigung des Koalitionsrechtes sich Demokraten, Friedenskämpfer, Kommunisten, Gewerkschafter und Parteilose erfolgreich zusammenschließen können"* ließ die MLPD am 24.3. per Presseerklärung mitteilen. *„Die Schwäche aller dieser Angriffe"* auf die MLPD, schreibt ihr Vorsitzender Stefan Engel, *„besteht allerdings darin, daß sich die Staatsorgane gezwungen sehen, diese Verbote durchzuführen, ohne sie als solche in der Öffentlichkeit hinzustellen, um die Bevölkerung nicht auf das eklatante Vorgehen aufmerksam zu machen. Das offensive Zurückschlagen der Angriffe ... hat diese Einschätzung bereits bestätigt"*, da dem *„eine breite Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei voraus(ging), die zu einer starken Solidarisierung unter den Werktätigen führte"* (Rote Fahne, 28.3.).

Staatsorgane gezwungen sehen, diese Verbote durchzuführen, ohne sie als solche in der Öffentlichkeit hinzustel-

Man muß ja nicht jeden Unsinn an Einschätzung teilen, um staatliche Schweinereien als solche zu erkennen.

amnesty international legt Bericht vor:
Türkische Minderheit in Bulgarien verfolgt

In Bulgarien sind Hunderte von Bürgern türkischer Abstammung inhaftiert und zwngsweise umgesiedelt worden. Dies ereignete sich im Rahmen einer landesweiten offiziellen Kampagne zur Assimilierung der türkischstämmigen Bevölkerung des Landes.

In einem heute, 2. April 1986, vorgelegten Bericht veröffentlicht amnesty international unter anderem Zeugenaussagen über vorsätzliche Tötungen von Angehörigen der türkischen Minderheit durch bulgarische Polizei- und Armeekräfte. Solche Festnahmen und Tötungen sollen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen, zahlreiche andere allerdings im Verlauf von friedlich geäußertem Widerstand gegen die Assimilierungspolitik erfolgt sein.

Von Dezember bis März 1985 haben die rund 900.000 Bulgaren türkischer Herkunft — etwa 10% der Gesamtbevölkerung — ihre Namen ändern müssen, in manchen Fällen unter vorgehaltener Waffe. Trotz strikter amtlicher Nachrichtenzensur sind ai über 250 Personen bekannt, die aufgrund ihres Widerstandes gegen die Namensänderung festgenommen und inhaftiert wurden.

Wie es im ai-Bericht heißt, sollen die Sicherheitskräfte mindestens 100 Personen türkischer Abstammung getötet haben. Zum Teil soll dies bei Auseinandersetzungen geschehen sein, in deren Verlauf es auf beiden Seiten zu Gewalttätigkeiten kam. Zahlreiche Aussagen legen jedoch nahe, daß in mehreren Fällen friedliche Demonstranten vorsätzlich getötet wurden. So heißt es in einem Augenzeugenbericht, der vielen anderen ähnelt, die ai erhalten hat, daß Polizeibeamte mit Hunden sowie Soldaten in Panzern das südbulgarische Dorf Gorski Izvór umstellt hatten. In diesem Ort leben vor allem Angehörige der türkischen Minderheit. Die Sicherheitskräfte suchten jedes Haus auf und verteilten Ausweispapiere mit den neuen Namen der Bewohner. Dabei wurden fünf Personen, die die Annahme der Ausweise verweigerten, festgenommen und inhaftiert. Am nächsten Tag versammelten sich die Einwohner Gorski Izvors und mehrerer benachbarter Orte zu einem friedlichen Protestzug gegen die Namensänderungspolitik. Aussagen zufolge haben die Sicherheitskräfte Tränengas eingesetzt und in die Demonstration geschossen. Sechs Demonstranten, unter ihnen ein zwei Jahre altes Mädchen und seine Mutter, seien getötet und 40 Personen verletzt worden.

Andere Bürger türkischer Herkunft sind Berichten zufolge zwangsumgesiedelt worden. In einem Fall stellte ein für zwei Monate inhaftierter Mann aus Zentralbulgarien bei seiner Rückkehr aus dem Gefängnis fest, daß die gesamte Familie verschwunden war. amnesty international vermutet, daß sie zwangsumgesiedelt wurde.

Wie es im Bericht von amnesty international weiter heißt, hat es Versuche der bulgarischen Regierung gegeben, den Gebrauch der türkischen Sprache zu unterdrücken. Wer die türkische Sprache verwendet, kann zu einer Geldstrafe verurteilt werden. Briefe aus dem Ausland, die an Personen türkischer Abstammung mit islamischen Namen gerichtet waren, wurden mit dem Vermerk „Adressat unbekannt" zurückgeschickt. Telefonanrufe sind unterbrochen und die Gesprächspartner angewiesen worden, nicht türkisch zu sprechen.

Die traditionelle muslimische Knabenbeschneidung wird offiziell mißbilligt und kann mit einer hohen Geldstrafe oder Haft bis zu drei Jahren geahndet werden.

Der vollständige Bericht „Bulgaria — Imprisonment of Ethnic Turks, Human Rights Abuses during the Forced Assimilation of the Ethnic Turkish Minority" 42 Seiten, kann im Sekretariat von ai in Bonn bestellt werden.

Rechtsopportunismus und Nachtrab hinter der Sozialdemokratie

Die Auseinandersetzung um den § 116 und die organisierte Gewerkschaftslinke

Die sozialistische Linke in Betrieben und Gewerkschaften, die außerhalb der Sozialdemokratie organisiert ist, spielt immer weniger eine eigenständige politische Rolle. Organisationen, die sich unter Berufung auf die Arbeiterpolitik dem Sog zur grünen Partei entgegenstemmten oder damit ihre Existenz begründen, geraten mit ihrer Gewerkschaftspolitik zunehmend in den Sog der Sozialdemokratie. Was sich 1984 bei der Diskussion um die 35-Stundenwoche bereits ankündigte, ist im aktuellen Konflikt um den § 116 noch beschleunigt worden. Dieser Teil der Linken bezieht heute kaum noch eine ernsthafte kritische Position zu den Gewerkschaften. 35-Stundenwoche und § 116 haben die Mao-Bibel, den Trotzki, Lenin oder das Kommunistische Manifest ersetzt, die IG Metall ist zum „revolutionären Zentrum" herangereift. In der folgenden Auseinandersetzung soll es weniger um die Änderung des § 116 gehen, als vielmehr um die These vieler sozialistischer Linker, daß es um die Existenz von Gewerkschaften schlechthin geht. Demgegenüber steht die Einschätzung, daß es sich beim aktuellen Konflikt im wesentlichen um den Erhalt sozialdemokratischer Sozialpartnerschaftsvorstellungen geht, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurden.

Die Politik der Gewerkschaftslinken befindet sich schon seit Jahren in einer politischen Legitimationskrise. Den stürmischen Jahren der diversen Arbeiterparteien der siebziger Jahre, des Ökonomismus und der Tarifkampfrituale, des linearen Denkens von politischer Agitation auf ökonomischem Boden, der Vorausschau krisenhafter Zusammenbrüche und zwangsläufiger Radikalisierung, für die man den (gewerkschafts)politischen Boden bereite, folgte Ende der siebziger Jahre der individuelle Katzenjammer, der Rückzug aus den Betrieben, die Entdeckung anderer Bedürfnisse, manchmal auch neuer Theorien ('Abschied vom Proletariat'). Aus den härtesten linken Proleten wurden wieder gestandene Kleinbürger, das Studium wurde wiederaufgenommen, alternative Unternehmen gegründet.

Ein Teil wechselte die Partei, von der Arbeiteranvantgarde zur Mittelschichten-Avantgardepartei die Grünen. Dabei muß zu deren Ehrenrettung gesagt werden: Daß sie im Gegensatz zu den diversen Arbeiterparteien der siebziger Jahre mit einer solchen nicht verwechselt wurden, war zum einen durchaus gewollt und entsprach zum anderen ein Stückweit mehr Ehrlichkeit. Man bekannte sich wieder zur eigenen Interessenlage und wilderte nicht mehr in fremden Revieren. Noch eine Ehrenrettung: Alles, was Gewerkschafter in Zusammenarbeit mit den Grünen an eigenen Vorstellungen über politische Möglichkeiten jenseits sozialdemokratischer Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik diskutierten oder experimentierten — gebrauchswertorientierte Produktion, alternative Fertigung, Rüstungskonversion, Umweltschutz und Arbeitsplätze, Chemieproduktion und Entgiftung etc. — ist zwar nicht weniger anfällig für sozialdemokratische Integration, als der ökonomistische Reformismus, läßt aber zumindest den Ansatz strategischer Orientierungssuche erkennen.

Ein solches Lob kann man der verbliebenen organisierten Gewerkschaftslinken nicht machen. Im Gegenteil, der sich dort entwickelnde und fortschreitende Rechtsopportunismus und Nachtrab hinter der Sozialdemokratie ist politisch grausam und zunehmend öde. Bei der heute einzigen Arbeiterpartei DKP dürfte das weniger verwundern. Um so mehr eigentlich beim überwiegend noch verbliebenen linken Spektrum, das sich heute „Revolutionäre Sozialisten' nennt, hier insbesondere bei dem neuen Geschwisterpaar GIM und KPD (ehemals KPD/ML). Gesagtes trifft vielfach auch auf die existierenden Zirkel ehemals organisierter linker Gewerkschafter an vielen Orten zu.

Katalysator hierfür war insbesondere die 35-Stundenwochen-Auseinandersetzung 1984, die von vielen dieser Linken als der lange beschworene Durchbruch klassenkämpferischer Ge-

ter an vielen Orten zu.

Katalysator hierfür war insbesondere die 35-Stundenwochen-Auseinandersetzung 1984, die von vielen dieser Linken als der lange beschworene Durchbruch klassenkämpferischer Ge-

werkschaftspolitik abgefeiert wurde. Höhepunkt dieser Entwicklung ist in den zurückliegenden Monaten die Diskussion um die Änderung des § 116 und um das Streikrecht gewesen, die eine Unterscheidung zwischen offiziellen gewerkschaftlichen Positionen und denen von Linken und Kommunisten oftmals kaum zuläßt. Allein die bekannte übliche Diktion und je nach Temperament der verbale Radikalismus sowie — so weit noch vorhanden — Parteiabzeichen und -kürzel lassen eine andere Herkunft erkennen. Woran liegt es, wo geht da die Reise hin?

Bei einigen ist Kontinuität erkennbar. Gehen wir nach Wichtigkeit vor.

Die Grünen: Realpolitische Annäherung an die Gewerkschaften

War bei den Grünen 1983 Arbeitszeitverkürzung überhaupt noch umstritten, so hatte sich dies 1984 gewandelt. Man begann sich mit der IG Metall zu solidarisieren. Bei der Änderung des § 116 ist dies keine umstrittene Frage mehr. Die Grünen erklären sich mit den gewerkschaftlichen Zielen identisch. Hans Janßen wird auf dem Hagener Parteitag gefeiert und der Grund ist ganz einfach: Die Gewerkschaften können zum wichtigen Kettenglied für ein rot-grünes Bündnis werden. Die Entdeckung der Gewerkschaften durch grüne Strategen hat daher weder etwas mit Neuentdeckung der Arbeiterklasse oder Orientierung der Partei auf die Betriebe zu tun, sondern einzig und allein mit bündnispolitischen Optionen in Richtung Koalition. DKP, SB und GIM können ihre kritischen Appelle in Richtung Grüne beruhigt weiterführen, die da lauten, die Grünen sind zwar mit den Gewerkschaften solidarisch, aber sie sind noch zu wenig an der Basis verankert und müßten mehr tun. Das ist einmal gar nicht nötig für diese Politik und es ist zum zweiten auch gar nicht gewollt.

Die DKP: Bündnis von Kommunisten und Sozialdemokraten

Die DKP überschlägt sich Woche für Woche mit schwärmerischen Aufrufen. Kostprobe: „*Das war die Manifestation der Arbeiterklasse, die bereit und willens ist zu kämpfen, und die an diesem Tage ihre Kraft zeigte. Frauen und Männer, jung und alt, deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen (Anmerkung: Christen und Kommunisten fehlten!) standen zu ihren Gewerkschaften, folgten dem Ruf ihrer Organisationen, legten den Hebel um, gingen durch die Tore nach draußen*" (Parteipräsidiumsmitglied Cieslak in der UZ zum Aktionstag am 6. März). Völker hört die Signale? Nun, es geht um die „*Volksbewegung gegen Kapital und Kabinett*" (Cieslak), den bekannten „*Anschlag auf das Streikrecht*". Kleinliche Krittelei angesichts eines präfaschistischen Angriffs auf elementare Grundrechte sind da wirklich fehl am Platze. Nach der Überlebensfrage SDI jetzt die Überlebensfrage § 116, ergo: „*Die DKP unterstreicht die Notwendigkeit, daß die SPD (!!) sich verstärkt zum Verteidiger der Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen macht, die Forderungen und Anliegen der Belegschaften aufgreift und so zur Stärkung der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte beiträgt*" (Erklärung des DKP-Präsidiums zum Streikrecht, UZ, 7.2.86).

Die KPD: Gewerkschaften als „Zentrum der gesellschaftlichen Gegenbewegung"

Die KPD: Gewerkschaften als „Zentrum der gesellschaftlichen Gegenbewegung"

„*Eine bürgerliche Gesellschaft, in der das Streikrecht faktisch vernichtet ist, alle anderen demokratischen Grundrechte aber wahrgenommen werden können, gibt es deshalb so wenig wie es eine bürgerliche Gesellschaft gibt, in der die fortschrittlichen Kräfte ein relatives Maß politischer Freiheiten wahrnehmen können, die Gewerkschaftsfreiheit aber aufgehoben ist (...) Der Angriff auf Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit ist in der Tendenz immer auch ein Angriff auf die Demokratie, auch in ihrer verstümmelten bürgerlichen Verfassung.*" Das sagte nun nicht die DKP, sondern die KPD, gewerkschaftspolitisch eher bekannt durch ihre vergangene RGO-Politik. Sie sagt zwar nicht, die SPD sei die Hüterin dieser Grundfreiheit, aber es klingt ähnlich: „*Bei aller Beschränktheit und tatsächlichen Integration in das bürgerliche System haben sich seit der Wende in Bonn die Gewerkschaften auch bei uns als Zentrum der gesellschaftlichen Gegenbewegung erwiesen*" (Roter Morgen, 10.1.86). Diese These wird keineswegs inhaltlich relativiert sondern im Trend durch die Aufforderung verstärkt, in allen DGB-Gewerkschaften eine einheitliche Front gegen den § 116 zu bilden und dazu die nichtgewerkschaftlichen sozialen Bewegungen ranzuholen. Die Stadtteilinitiativen für die 35-Stundenwoche sollten kurzerhand in Initiativen gegen die Änderung des § 116 umbenannt werden (KPD-Parteitag, Anfang Februar 1986). So politisch wie die DKP, die das Bündnis der Kommunisten mit der SPD, den Gewerkschaften und den Grünen gegen Rechts propagiert, ist die KPD noch nicht. Ihr reicht das vermeintliche Bündnis mit den Gewerkschaften um die IG Metall.

Das SB: Es geht um die „Autonomie von Gewerkschaften"

Die Änderung des § 116 berühre, so die KPD, „*die Frage der Existenz der Gewerkschaften als autonome, solidarische und kampffähige Interessenorganisation der Gewerkschaften im Kern*" (Roter Morgen, 10.1.86). Darin ist sie sich einig mit dem SB: „*Es geht um einen Kernbestandteil von Demokratie — die Autonomie von Gewerkschaften — und es geht darum, ob in Zukunft überhaupt noch eine gewerkschaftliche*

nisation der Gewerkschaften im Kern" (Roter Morgen, 10.1.86). Darin ist sie sich einig mit dem SB: „*Es geht um einen Kernbestandteil von Demokratie — die Autonomie von Gewerkschaften — und es geht darum, ob in Zukunft überhaupt noch eine gewerkschaftliche*

Politik möglich ist, die für Arbeitszeitverkürzung, menschliche Arbeitsbedingungen, für ökologisches Produzieren, gegen wirtschaftliche Übermacht und die Spaltung der Gesellschaft kämpft — und zwar nicht im Saal und verbalradikal, sondern gesellschaftlich und politisch relevant", so der SB-Arbeitsausschuß in einer Erklärung, die die Besorgnis ausdrückt, daß „*manche Linke und die meisten Grünen offensichtlich die Bedeutung dieses Konflikts*" verkennen. Seit langem fand das SB mit einem solchen Appell wieder Berücksichtigung in der „Frankfurter Rundschau", die ihn am 20.12.85 vollständig abdruckte.

Die Identität der politischen Positionen in der Einschätzung der Änderung des § 116 bei so unterschiedlichen Gruppierungen wie den Grünen (in ihrer Mehrheit), der DKP, der KPD/GIM und dem SB ist frappierend. Das ist sicher noch kein Argument gegen die Richtigkeit ihrer Einschätzung, wenngleich ein deutliches Indiz für die Grundlage der Gemeinsamkeit: Die Haltung dieser Gruppierungen bzw. ihrer Mehrheitsströmungen zur Sozialdemokratie. Bei den Grünen und der DKP ist diese bündnispolitisch bedingt und nicht neu. Beim SB entspricht sie dessen traditioneller Rolle des Agierens am linken Rand der Sozialdemokratie. Auch bei der GIM ist die Position aus ihrer traditionellen SPD- und Gewerkschaftspolitik (verbürgerlichte Arbeiterorganisationen) erklärbar. Bei der KPD kann man vermuten, daß der Abschwur von alter, sektiererischer Linksradikalität eine solche bereits erkennbare Hinwendung zur Sozialdemokratie beschleunigen wird, die — wenn sie nicht subjektiv gewollt — so doch aus ihrer derzeitigen Einschätzung gewerkschaftlicher Politik ableitbar ist.

Unhinterfragt und ohne eigene Analyse wird von den kritisierten Gruppen die gewerkschaftliche Sichtweise übernommen, es gehe bei der Auseinandersetzung um den § 116 um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften. Dem will ich in den folgenden Überlegungen ausdrücklich widersprechen.

1. Das Streikrecht

Die Gesetzesänderung bedeutet nicht die Abschaffung des Streikrechts, sondern die scheibchenweise Aufkündi-

1. Das Streikrecht

Die Gesetzesänderung bedeutet nicht die Abschaffung des Streikrechts, son-

dern die scheibchenweise Aufkündigung eines seit der BRD-Gründung herausgebildeten sozialpartnerschaftlichen Konsenses.

Es gibt in der BRD kein Grundrecht auf Streik, es gibt nur die grundgesetzliche Koalitionsfreiheit. Streiks gelten heute als „volkswirtschaftlich unerwünscht", als „ultima ratio" in der Auseinandersetzung zwischen den Tarifpartnern. Sie müssen „sozialadäquat" sein, „d.h. sie müssen sich gegen den Arbeitgeber richten und ein tariflich regelbares Ziel zum Gegenstand haben". Dies heißt in die derzeit geltende Rechtswirklichkeit übersetzt: Es gibt kein individuelles Streikrecht in der BRD, sondern nur eines von Gewerkschaften, die anerkannte Tarifpartner sind. Darüberhinausgehende Streiks sind illegale „wilde Streiks" und verboten. 1969 und Anfang der siebziger Jahre haben die Gewerkschaften diese Rechtsgrundlage benutzt, um gegen selbständige „wilde Streiks" von Belegschaften zu Felde zu ziehen. Weiterhin sind mit der Festlegung auf „ein tariflich regelbares Ziel" politische Streiks verboten. Das bestehende Streikrecht in der BRD ist ein eingeschränktes, auf sozialpartnerschaftlichen Konsens mit den Gewerkschaften zugeschnittenes.

2. Das Recht auf Aussperrung

So wenig wie das Streikrecht ist die Aussperrung Grundrecht, nichtsdestotrotz aber akzeptierter Bestandteil der BRD-Sozialpartnerschaft seit Mitte der fünfziger Jahre. „Waffengleichheit" im Arbeitskampf und „Kampfparität" sind die hierfür gefundenen juristischen Formeln. Dem hat die „Große Koalition" aus CDU und SPD 1969 unter dem CDU-Arbeitsminister Katzer bei der Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes Rechnung getragen. Der derzeit noch geltende § 116 AFG akzeptiert die Aussperrung als legitimen Bestandteil des Arbeitskampfrechts und versucht die Grenzen zu beschreiben, innerhalb derer die Bundesanstalt für Arbeit ihrer Pflicht zur Zahlung von Kurzarbeiter-/Arbeitslosengeld im Fall von Arbeitskämpfen nachkommen muß oder dies nicht braucht. Dem Staat wird so unter dem Stichwort „Neutralität" das Recht zugestanden, den vom Unternehmen vorenthaltenen Lohn bei Aussperrungen entweder aus den Geldern der BfA zu zahlen oder ihn zu verweigern. So wie das Streikrecht ist auch das Recht auf Aussperrung eingeschränkt. Angriffs-, Total- und Selektivaussperrung (z.B. Aussperrung nur gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter) sind verboten. Ausdrücklich erlaubt ist die Abwehraussperrung in den Grenzen der „Verhältnismäßigkeit", damit Gewerkschaften durch Teilstreiks kein „Verhandlungsübergewicht" erhalten.

Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern haben sich im Rahmen dieser Spielregeln abgespielt. Die Problematik von Aussperrungen stellte sich erst in dem Maße, wie die Kapitalistenverbände verstärkt zur Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen auf dieses ihnen zugestandene Recht zurückgegriffen haben — übrigens maßgeblich unter Federführung des früheren BdA-Chefs Schleyer. Die Gewerkschaften haben darauf in erster Linie mit der Entwicklung neuer Streiktaktiken reagiert („Neue Beweglichkeit", „Mini-Max"-Schwerpunktstreik). Sozialdemokraten in SPD und DGB-

lich unter Federführung des früheren BdA-Chefs Schleyer. Die Gewerkschaften haben darauf in erster Linie mit der Entwicklung neuer Streiktaktiken reagiert („Neue Beweglichkeit", „Mini-Max"-Schwerpunktstreik). Sozialdemokraten in SPD und DGB-

Gewerkschaften haben zu keinem Zeitpunkt in dreizehn Jahren sozialdemokratischer Regierung ernsthaft versucht, die politischen Bedingungen für die Gewerkschaften zu verändern, weder durch Verbot der Aussperrung, noch durch die anderen europäischen Ländern vergleichbare Pflicht für Unternehmen, bei Aussperrungen den Unternehmen die Lohnweiterzahlung aufzubürden, statt damit die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit zu belasten. Der Grund hierfür lag im Festhalten von SPD und DGB an den bewährten Spielregeln der Sozialpartnerschaft.



3. Die Sorge um den sozialen Frieden

Der DGB zieht in seiner aktuellen Kampagne gegen die Änderung des § 116 alle Register der bewährten Sozialpartnerschaft. Seine Mobilisierung basiert erstlinig auf der Erhaltung des bewährten status quo und dem Schüren von Empörung darüber, daß eine unvernünftige Bundesregierung den sozialen Frieden gefährden könnte. Die am häufigsten gebrauchten Schlagworte in dieser Auseinandersetzung sind „sozialer Friede", „Demokratie in Gefahr" (schwarz-rot-gold) und die Warnung vor einer „anderen Republik" sowie der Erhalt der „Neutralität des Staates". Begleitet wird dies von der SPD mit der biedermännischen Anstandskampagne des Johannes Rau und dem billigsten aller möglichen Wahlversprechen, nämlich den alten § 116 wiederherzustellen. Zweifellos sind Gewerkschaften und SPD erfolgreich dabei, die Bundesregierung mit ihrem Vorhaben optimal in Bedrängnis zu bringen, wobei die Auseinandersetzung sich schwerpunktmäßig nicht um eine klassenmäßige Orientierung der Gewerkschaften dreht, sondern als Kampf um die politische Mitte geführt wird. Sichtbarer Beleg dafür ist das Ringen um die CDU-Sozialausschüsse.

Hier liegt auch die Basis für eine Weiterführung der Auseinandersetzung in Richtung Wahl der SPD bei den Bundestagswahlen 1987, sofern diese es schafft, das Thema bis dahin zu kochen.

4. Konservative Strategie

Der Vorstoß von CDU/CSU und FDP zur Gesetzesänderung hat seine Grundlage nicht in einem politischen Kursschwenk der Gewerkschaften oder der Annahme ernsthafter Gefährdung der bisherigen Machtverteilung zwischen Unternehmen und Gewerkschaften. Der Grund liegt in den veränderten internationalen Konkurrenzbedingungen und den für die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit für notwendig gehaltenen Anpassungen in den bestehenden Arbeitsbeziehungen. Welche Richtung dabei eingeschlagen wird, haben anschaulicher als die Änderung des § 116 die Verabschiedung des Beschäftigungsförderungsgesetzes und die Flexibilisierungskomponenten der Tarifabschlüsse um die Arbeitszeitverkürzung gezeigt. Die konservativen Wirtschaftspolitiker drängen nach der gesetzlichen Realisierung von mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt, nach den gesetzlichen und tarifvertraglichen Anfängen produktionsangepaßter betrieblicher Arbeitszeiten, jetzt auf mehr Markt in den Tarifbeziehungen und im Arbeitsrecht. Gewerkschaften und Streikrecht sollen nicht abgeschafft, sondern zeitgemäßer gestaltet, die bewährte Sozialpartnerschaft modernisiert werden. Dies entspricht zu einem guten Teil schon der Realität in den Beziehungen zwischen den Tarifpartnern vieler Branchen. Daß dabei mit gewerkschaftlicher Vernunft kalkuliert werden kann, zeigt beispielsweise die seit Jahren währende Lohnzurückhaltung aller DGB-Gewerkschaften, die nach den jüngsten DGB-Berechnungen zu einem Rückgang des realen Nettolohns auf den Stand von 1977 geführt hat, während das reale Nettoeinkommen der Unternehmen seitdem um 49 Prozent gestiegen ist. Dennoch hält diese politische Anpassungsentwicklung mit den ökonomischen Wünschen nicht schritt.

Der Vorstoß der Bundesregierung gegen den bestehenden § 116 sollte die Anpassung gesetzlich beschleunigen und ist aus konservativer Sicht durchaus logisch. Warum soll man eine einmal bei Wahlen erreichte rechte Mehrheit nicht nutzen, zumal sie beim Beschäftigungsförderungsgesetz auch funktioniert hat? Nur daß diesmal die Rechnung politisch nicht aufzugehen scheint. Allerdings ist die politische Strömung, die ernsthaft auf Liquidierung von Gewerkschaften setzt, aktuell eine Randerscheinung, genauso wie die vielbeschworene ,,Japanisierung'' der Gewerkschaften (die Herausbildung von Betriebsgewerkschaften) derzeit nicht mehr ist, als ein gedachtes Entwicklungsmodell. Damit sollen nicht die möglichen Gefahren verniedlicht werden, sondern nur verstärkt das Augenmerk darauf gelenkt werden, daß eine falsche Bestimmung der Gefahren, die Heraufbeschwörung eines Alles oder Nichts, einzig und allein der Sozialdemokratie nützt. Dies entspricht einer Strategie ,,gegen Rechts'' in der verhunzten Form der DKP, die über die Beschwörung des möglichen größeren Übels den Blick für das bereits bestehende Übel § 116 und seine Akzeptanz durch die Gewerkschaften versperrt.

5. Sozialdemokratische Strategie

Allein die IG Metall und die IG Druck haben in den letzten Jahren wirksam versucht, auf Grundlage der alten Spielregeln kollektive Tarifabschlüsse nicht nur auszuhandeln, sondern im Notfall auch zu erstreiken, wenngleich sie die mit der Modernisierung der Produktion verbundenen Nachteile nicht verhindern, sondern nur begrenzen konnten. Dies hat seine Gründe nicht nur in den derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, sondern auch in der Halbherzigkeit sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Positionen, die einerseits die Prämissen ,,internationale Konkurrenzfähigkeit'' und ,,technologische'' oder zeitgemäßer ,,ökologische Modernisierung'' teilen, andererseits die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen nicht vollständig akzeptieren können, ohne Bruch mit ihrer bisherigen Organisationspolitik und Teilen der eigenen Klientel. Die aktuelle Kampfperspektive des Beharrens auf dem status quo und der Wiedereinsetzung der SPD in die Regierung bietet allerdings weder den bisher vom Sozialabbau Betroffenen, noch den Arbeitslosen, noch den derzeit in Arbeit Stehenden eine andere Aussicht, als die Vertröstung, mit uns käme es bei der gleichen Entwicklung für euch nicht so schlimm. Dies gilt um so mehr, als auch die Linke auf die Vereinseitigung der gewerkschaftlichen Kampagne als Verteidigung eines Grundrechts hereinfällt und nicht ihrerseits den Zweck der Einengung politischer Freiheiten, den weiteren Abbau sozialer Rechte schwerpunktmäßig thematisiert, weil nur so ernsthaft über eine Veränderung gewerkschaftlicher Politik diskutiert werden kann.

6. Linke ohne Strategie

Zweifellos würde die vorgesehene Änderung des § 116 die Bedingungen für eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung verschlechtern, wäre daher die Aufgabe dieses Vorhabens durch die Bundesregierung oder zumindest ein Beitrag für deren Wahlniederlage ein Erfolg. Aus einer solchen selbstverständlichen Feststellung folgt die ebenso selbstverständliche der Ablehnung der Änderung und der Unterstützung von Aktionen dagegen, auch wenn diese Auseinandersetzung auf dem derzeitigen politischen Niveau der Arbeiterbewegung kaum eine andere, als die sozialdemokratische Variante in Neuauflage zulassen wird. Wir wollen schließlich nicht dem linken Sektierertum das Wort reden.



Genauso selbstverständlich dürfte es sein, daß die gewerkschaftliche Linke kräftig in den aktuellen Mobilisierungen mitmischt, daß sie den Aspekt gemeinsamer Streik- und Demonstrationserfahrungen, die in der Auseinandersetzung steigende Bereitschaft für politische Diskussionen, um das bisherige Tabu auch der Gewerkschaften bezüglich politischer Streiks nutzt.

Doch für die organisierte Linke, besonders wenn sie sich revolutionär oder sozialistisch nennt, macht das wohl kaum die anzustrebende politische Eigenständigkeit aus. Sie müßte diskutieren, was an Entwicklungsmöglickeiten in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation über die beschriebene Polarisierung konservativ-liberal kontra sozialdemokratisch hinaus möglich ist. Es wäre schon ein Erfolg, wenn die Linke dabei zu etwas nüchterneren Einschätzungen käme, was den Stand und die politischen Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeiterbewegung angeht, anstatt zum wiederholten Male nach Septemberstreiks 1969, wilden Streiks Anfang der siebziger, Lohntarifkämpfen und 35-Stundenwoche das Aufkommen einer neuen Arbeiterbewegung zu beschwören und in der Realität sich immer stärker sozialdemokratischen Vorstellungen anzunähern. Da traut sich diese Linke nicht einmal mehr (oder weiß sie es womöglich gar nicht?), daß der alte § 116 bereits eine Fessel ist; daß die Zuspitzung auf die Verteidigung eines Grundrechts die Abkoppelung von der entscheidenden Frage der Wahrung und dem Ausbau eines Rechts gegen die Kapitalinteressen und in den letzten Jahren betriebene staatliche Sozialabbaupolitik ist; daß die Linke ihre bescheidenen Möglichkeiten nutzen müßte, Druck auf die Sozialdemokratie zu machen, wo diese ernsthaft in Konflikt mit dem Kapitalinteresse geräte, etwa in der Rückgängigmachung des Beschäftigungsförderungsgesetzes und beim Verbot der Aussperrung. Stattdessen erlebt man die organisierte Gewerkschaftslinke hauptsächlich als Verstärker der DGB-Propaganda, bis dahin, daß heute schon mal die schwarz-rot-goldene IGM-Plakette angelegt wird. Die in schöner Regelmäßigkeit und permanenter Penetranz sich wiederholenden Rufe nach Kampfausweitung und noch mehr Mobilisierung, nach Generalstreik jetzt, auf die sich vor allem die GIM spezialisiert hat, veröden das politische Niveau der sozialistischen Gewerkschaftslinken zunehmend in Richtung des konsequenten Nur-Noch-Gewerkschafters.

Wird dieser Weg weiterhin beibehalten, dürfte der weitere politische Abstieg dieses Teils der Linken und der zunehmende Nachtrab hinter der Sozialdemokratie nicht aufzuhalten sein.

hr.

Friedensliste: Anlauf zur Bauchlandung

Am 9. März hatte die Mitgliederversammlung der *Friedensliste* über das Ob und Wie ihrer Beteiligung an den Bundestagswahlen zu beschließen. Formal war der ganze Vorgang nicht mehr als eine Farce: Was am 9. März beschlossen werden sollte, hatte mensch bereits am 22. Februar der DKP-Tageszeitung ,,UZ'' entnehmen können. An diesem Tag publizierte die ,,UZ'' die Hauptpunkte der Beschlußvorlage des FL-Bundesvorstands, die mit der dann am 9. März schön demokratisch (eine Gegenstimme, sechs Enthaltungen) verabschiedeten Stellungnahme völlig identisch war. Am 26. Februar schob die ,,UZ'' die ,,Grundlinien der Wahlkampfstrategie der DKP für die Bundestagswahlen'' nach. Die DKP unterstütze die Beschlußvorlage des FL-Bundesvorstands, las mensch da. Eine überflüssige Feststellung, denn anderenfalls wäre die Beschlußvorlage sowieso nicht zustande gekommen. Und weiter: Jetzt gehe es vor allem darum, die FL ,,*bei den nächstliegenden Aufgaben zu unterstützen*'', nämlich **,,bei der Gewinnung von Wahlkreiskandidaten''**. Nochmals gesagt: ,,UZ'' vom 26. Februar. Formal sollte die FL-Mitgliederversammlung allerdings erst am 9. März beschließen, ob überhaupt kandidiert werden soll. Bündnispolitik Marke DKP.

Selbstverständlich hätte die DKP mit ihrem Beifall für den Beschluß der FL auch noch die knapp zwei Wochen bis zur tatsächlichen Beschlußfassung durch die Mitgliederversammlung abwarten können. Aber sie hat es offensichtlich überhaupt nicht nötig. Und kein einziger FLer weit und breit, der da mal öffentlich Laut gibt.

Wie sieht nun die Beschlußlage der FL aus? Punkt 1, damit es allen klar ist: **,,Die Friedensliste kandidiert zu den Bundestagswahlen 1987''**. ,,*Aus Verantwortung für eine neue Politik*'', und ganz ohne Wenn und Aber. Punkt 2: Die FL ,,*beginnt mit der Aufstellung ihrer Wahlkreiskandidaten (Direktkandidaten für die Erststimmen)*''. Punkt 3: Ob die FL auch Landeslisten für die Zweitstimmen aufstellt, wird vorläufig offengehalten und soll erst im Verlauf des Sommers geklärt werden. Das ,,*hängt davon ab, inwieweit der Verständigungsprozeß mit anderen politischen Kräften vorankommt bzw. in welchem Ausmaße die Friedensliste ihre politischen Ziele bei anderen Parteien wiederfindet*''. Insbesondere gehe es dabei um ,,*Bemühungen gegenüber den Grünen, vor allem bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens bei der Aufstellung von Landeslisten*''. Banal gesagt: Die Grünen sollen einzelne FLer auf ihre Landeslisten nehmen.

Dieses Ansinnen aus DKP- und FL-Kreisen ist nicht völlig neu. Aber ist es auch realistisch? In Bayern schien ein kleiner Durchbruch im Februar erreicht zu sein: Nach ergebnislosen Geheimverhandlungen, die der Schriftsteller Kroetz (ehemals DKP) initiiert hatte, waren auf Kreisverbandsebene doch noch drei FL-Leute auf grüne Listenplätze zur bayerischen Landtagswahl 1987 gelangt. Nicht einmal schlechte Plätze waren das: Platz 3 in Mittelfranken und Platz 4 in Oberfranken immerhin.

Die FL war sofort bemüht, den zarten Kleinerfolg mit einem Massenflugblatt publicitymäßig zu nutzen. Daß die Sache eher Geduld, Takt und Diskretion verlangt hätte, um sich vielleicht allen sonstigen Widrigkeiten zum Trotz weitergehende Chancen bei den Grünen offenzuhalten, schien den Verantwortlichen nicht klar zu sein. Oder aber der absehbare Eklat wurde bewußt provoziert. Jedenfalls: Der grüne Bundesvorstand intervenierte umgehend mit schweren Holzhämmern: Im Prinzip könne es zwar auch Kandidaten ohne grünes Parteibuch auf den Listen der Grünen geben. **,,Eine inhaltlich-programmatische und politische Loyalität zu den GRÜNEN''** müßten die aber doch haben. Dem ,,*Anliegen der Friedensliste und der DKP nach Absprachen über eine gemeinsame Liste*'' müsse ,,*eine eindeutige Absage*'' erteilt werden. Und Mitglieder einer anderen Partei könnten ohnehin nicht Kandidaten für die Grünen werden. So die Stellungnahme des grünen Bundesvorstands vom 11. März.

Die Bayern-Grünen brauchten anscheinend einen Tag länger, um den Ernst der Lage zu begreifen: Am 12. März wandten sich Bundesvorstand und bayerischer Landesvorstand in einem gemeinsamen Brief an alle Orts- und Kreisverbände der Grünen in Bayern. Tenor auch hier: FL-Leute haben auf grünen Listen nichts zu suchen. Dies müsse für die noch nicht erfolgte Listenaufstellung in Oberbayern ,,Konsequenzen haben''. FL-Kandidaten seien allenfalls ,,auf die hinteren Listenplätze zu wählen''.

Ebenfalls im Februar war in Niedersachsen ein Versuch der FL gescheitert, einen Vertreter auf Platz 8 der grünen Kandidatenliste zu den Landtagswahlen im Juni zu schieben. Der FL-Landesvorstand beschloß daraufhin, überhaupt nicht zu den Landtagswahlen zu kandidieren. Begründung: Die ,,*Verantwortung, einen Beitrag zur Ablösung der Albrecht-Regierung zu leisten, den Dialogprozeß der linken und demokratischen Kräfte fortzusetzen und die Ziele der Friedensliste optimal im Landtagswahlkampf zu realisieren.*''(,,UZ'', 29.2.86). Angesichts dieser Begründung für die Nicht-Kandidatur der FL stellt sich allerdings die Frage, wie die Tatsache erklärt werden könnte, daß nun die DKP im Alleingang zur Niedersachsen-Wahl antritt.

Jedenfalls, Bayern scheint kein exemplarischer ,,Schritt in die richtige Richtung'' zu sein, sondern eher ein einmaliger ,,Fehltritt'' der Grünen. Es gibt kein Indiz dafür, daß die Grünen bereit sein könnten, 1987 FL-Leute zum Bundestag kandidieren zu lassen. Dies umso weniger, da die DKP kaum darauf verzichten würde, wenigstens ein bekanntes Parteimitglied mit auf die grünen Landeslisten zu kriegen. Auch inhaltlich sind ihrer Selbstverleugnung höchstwahrscheinlich Grenzen gesetzt. Konkret, es klingt ausgesprochen phantastisch und unglaubwürdig, wenn in der Stellungnahme des grünen Bundesvorstands vom 11. März behauptet wird: ,,*Von interessierten Führungskadern von Friedensliste und DKP sind an die GRÜNEN Angebote herangetragen worden, die besagen, daß bestimmte Personen als Eintrittsticket für grüne Listen bisherige politische Positionen revidieren und sich in Zukunft eher sowjetkritisch äußern würden.*''

Für die DKP müßte von vornherein kalkulierbar gewesen sein, daß es 1987 keine Gratis-Fahrt in den Bundestag auf dem grünen Trittbrett geben wird. Es war darüber hinaus ebenfalls von vornherein äußerst unwahrscheinlich, daß überhaupt irgendein noch so bescheidenes Arrangement mit den Grünen gelingen könnte. Dies schon einfach deshalb, weil die FL bei den Bundestagswahlen höchstens 0,5% auf die Waage bringen könnte. Andererseits sich die Grünen aber selbstverständlich die Frage stellen, ob ihnen ein Bündnis mit dem DKP-Umfeld nicht Verluste bringen würde, die deutlich über dem möglichen Zugewinn liegen. Spätestens die unvermeidliche Neigung der DKP-Funktionäre, jeden Minimalerfolg lautstark hinauszukrakeelen und die eigene Partei penetrant in den Vordergrund zu schieben, würde tödlichen Frost auf jeden vorstellbaren Ansatz einer Kooperation Grüne-FL fallen lassen.

Was also ist der Zweck der Entscheidung der FL zur Bundestagswahl? Wäre tatsächlich denkbar, daß die FL sich mit Direktkandidaten begnügt und für die Zweitstimmen zur Wahl der Grünen (eventuell auch der SPD) aufruft, mit dem Argument, sich dort politisch ausreichend wiederfinden zu können? Oder handelt es sich um einen schlichten Trick des DKP-Parteivorstands, erst etwas Unmögliches vorzuschlagen (Wahlbündnis mit den Grünen), um anschließend feststellen zu können, daß man leider vergeblich alles Menschenmögliche versucht habe und nun gezwungenermaßen auch eigene Landeslisten aufstellen müsse? Daß in der DKP und ihrem Umfeld Verdrossenheit verbreitet ist angesichts der ständigen, zwanghaften, niemals praktisch diskutierten Kandidiererei ohne jede Aussicht auf Erfolgserlebnisse, hat sich herumgesprochen. Die Frage ist nur, ob der DKP-Parteivorstand zur Bundestagswahl 1987 dieser Verdrossenheit Rechnung tragen oder ob er sie nur listig übertölpen will. Ende Juni soll ein Wahlkongreß der FL stattfinden, mit dem zugleich der Wahlkampf der FL offiziell eröffnet werden soll. Wahrscheinlich wird danach einiges klarer sein.

Vorläufig unklar ist auch, in welcher Form sich die sogenannten *revolutionären Sozialisten*, ein Bündnis mehrerer kleinerer linker Gruppen, zur Bundestagswahl 1987 einbringen wollen. Eine wichtige Strömung, die KPD (ehemals KPD/ML), hat auf ihrem Parteitag im Februar ihr Desinteresse an einer Kandidatur im Rahmen der *revolutionären Sozialisten* bekundet. Diese Aussage soll demnächst durch eine Mitgliederurabstimmung in der KPD überprüft werden, aber es ist völlig unwahrscheinlich, daß sich dabei ein anderes Bild ergeben könnte. Die trotzkistische GIM und der aus dem früheren KBW hervorgegangene BWK haben sich denn auch darauf eingerichtet, daß es mit Landeslisten der *revolutionären Sozialisten* 1987 wohl nichts werden wird. Allerdings ist inzwischen neu die Option ins Spiel gebracht worden, daß man ohne politische Probleme Direktkandidaten für die Erststimmen aufstellen könnte. Dabei wird ähnlich argumentiert wie seitens der Friedensliste: Wahlentscheidend sind letztlich die Zweitstimmen. Wenn man nur für die Erststimmen kandidiert, entzieht man sich dem Vorwurf, man nehme ohne eigene Chancen lediglich der SPD und den Grünen Stimmen weg, nutze also letztlich der Regierungskoalition. Was allerdings der positive Zweck einer Kandidatur, und sei es auch nur für die Erststimmen, sein soll, bleibt weiterhin rätselhaft. Daß die radikale Linke jenseits der DKP wahlmäßig im Zehntelpromill-Bereich liegt, weiß mensch doch eh. Dies 1987 noch einmal vorzuführen, könnte getrost der MLPD überlassen bleiben.

Kt., Hamburg

„was tun" 3.4.86

Hamburg

Hochzeit der Jugend

Als Braut trat ganz in weiß Kirsten für die Hamburger *Maulwürfe* in den Saal des Eidelstedter Bürgerhaus. An ihrer Seite Erni für die *KJD* (mit der KPD verbundene Jugendorganisation); er hatte extra den schwarzen Anzug aus der hintersten Ecke des Kleiderschrankes hervorgeholt. Stellvertretend für den Zusammenschluß ihrer Jugendgruppen auf örtlicher Ebene wurde das ungewöhnliche Brautpaar am 21. März „getraut" und von den versammelten Gästen mit Reis beworfen. Mit dieser Parodie wollten die Jugendlichen auch dem KB (Kommunistischen Bund) wenigstens ein wenig recht geben. Der orakelte vor etlichen Monaten über eine „Hochzeit des Jahres" zwischen Trotzki und Stalin.

Die Hamburger eilen mit ihrer Einigung auf eine gemeinsame Plattform der bundesweiten Diskussion etwas voraus. Ein neuer Name für die Jugendorganisation ist noch nicht gefunden, aber, so der Tenor: „Wir hatten keinen Bock, noch länger zu warten." *-tob-*

... und wir wären SO GERN zum Polterabend eingeladen worden

Gewerkschaften und Betriebsverfassungsgesetz 1952
''Wählt einen besseren Bundestag''

,,Wir werden (dafür) Sorge tragen, daß alle Wahlberechtigten wissen, welche Abgeordneten im Parlament sich für die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingesetzt haben. Wir sind sicher, daß die schaffenden Menschen die Art der Verabschiedung des Gesetzes bei den kommenden Wahlen noch gut in Erinnerung haben werden''.

Der das sagte, war nicht Ernst Breit, auch nicht Hans Mayr und erst recht nicht Gustav Fehrenbach. Die Aussage stammt vom Juli 1952 aus einer Rundfunkansprache Christian Fettes (1), seines Zeichens Bundesvorsitzender des DGB. Und das Gesetz, von dem hier die Rede ist, ist nicht der geänderte § 116 Arbeitsförderungsgesetz, sondern das erste Betriebsverfassungsgesetz der Nachkriegsgeschichte. Die bürgerliche Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP bereitete dem DGB mit dem BVG eine Niederlage. Aus den Bundestagswahlen 1953 ging sie wesentlich gestärkt hervor (2). Beides muß sich diesmal nicht wiederholen, so wie sich Geschichte nicht linear wiederholt, waren die Ausgangsbedingungen 1952 doch andere. Aber es gibt dennoch verblüffende Parallelen zur aktuellen Entwicklung.

Vorangegangen war der BVG-Verabschiedung die Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Mitbestimmung in den Unternehmen, die mit der Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes endete. Es war auf die Eisen- und Stahlindustrie sowie den Bergbau beschränkt. Es sah eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte vor sowie einen sogenannten ,,Neutralen'', der einvernehmlich berufen werden mußte. Der damalige DGB-Vorsitzende Hans Böckler sprach zwar von einem Anfang, der gemacht sei und auf die übrige Industrie ausgedehnt werden müsse, doch hatte der DGB bereits der Formulierung zugestimmt. ,,*Die Regelung greift nicht*
und auf die übrige Industrie ausgedehnt werden müsse, doch hatte der DGB bereits der Formulierung zugestimmt, *,,Die Regelung greift nicht über auf die übrigen Bereiche der Wirtschaft''.*

Die Montanmitbestimmung blieb die weitestgehende Form gewerkschaftlicher Einflußnahme und war gemessen an den ursprünglichen Nachkriegsforderungen ein großer Mißerfolg auch für ein sozialdemokratisches Modell wirtschaftlicher Mitbestimmung.

Verhandlungen

Schon etwa seit dem Frühjahr 1950 war den führenden DGB-Vertretern bekannt, welche Pläne für die Betriebsverfassung bestanden. Seitdem beteiligten sie sich an den ,,Hattenheimer Gesprächen'' mit Unternehmensvertretern auf Einladung der Bundesregierung unter CDU-Kanzler Adenauer. Man einigte sich auf die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates, sowie entsprechende regionale Gremien, nicht jedoch auf die von Gewerkschaftsseite geforderte paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammern, sowie die innerbetriebliche Mitbestimmung.

Auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB im Juni 1951, auf dem anstelle des verstorbenen Böckler Christian Fette zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, meinte dieser an innergewerkschaftliche Kritiker der gewerkschaftlichen Verhandlungspolitik gewandt, die Kampfmaßnahmen gegen die reaktionären Regierungspläne forderten: ,,*Nicht diejenige Gewerkschaft — merkt es Euch, Freunde von links — die am meisten streikt, hat die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern diejenige Gewerkschaft, die Rückgrat an Organisierten und Pulver hat, weil man mit dieser keinen Streik aufnimmt.''* (3)

Vorsicht war schon immer die Mutter der Porzellankiste. Doch als die Verhandlungen völlig festgefahren waren und die Regierung nur noch auf Zeit spielte, beschloß der DGB-Bundesvorstand am 24. Juli 1951 mit der Faust in der Tasche die Mitarbeit der Gewerkschaften in allen wirtschaftspolitischen Gremien einzustellen. Der Beschluß wurde dann jedoch aufgrund der erklärten Gesprächsbereitschaft Adenauers noch mehrere Male aufgeschoben. Teile der Gewerkschaftsführung plädierten sogar für ein Weiterverhandeln.

Der Gesetzentwurf, den der Bundestagsausschuß für Arbeit, dann schließlich vorlegte, widersprach völlig den gewerkschaftlichen Vorstellungen. Von der wirtschaftlichen Mitbestimmung der Betriebsräte war nur noch der betriebliche Wirtschaftsausschuß übriggeblieben mit einem Anspruch auf Unterrichtung durch die Betriebsleitung und eine Beteiligung von einem Drittel Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat. Artikel 49 betonte die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat ,,zum Wohl des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Be-
Aufsichtsrat. Artikel 49 betonte die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat ,,zum Wohl des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Be-rücksichtigung des Gemeinwohls''. Die Besorgnis der Gewerkschaften, der Betriebsrat, für den das Mittel des Arbeitskampfes verboten wurde, werde wieder eine Zwitterstellung erhalten, statt eindeutiger Interessensvertreter der Belegschaft zu sein, bewahrheitete sich. Außerdem war lediglich von einem Zusammenwirken mit den Gewerkschaften die Rede, nicht, wie noch im alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 22, von einem Recht der Gewerkschaften, direkt auf die Bildung des Betriebsrates einzuwirken und ihn in seiner Arbeit anzuleiten.

Streiks

Doch erst am 10. April 1952, nachdem die Bundesregierung ihren schon im November 1950 angedeuteten Plan bekannt gemacht hatte, ein Sondergesetz für den öffentlichen Dienst (Personalvertretungsgesetz) zu schaffen, um die Arbeiterklasse zu spalten, beschloß der DGB-Vorstand Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Auf einer Pressekonferenz am 12. Mai 1952, also mehr als zwei Jahre nach den gescheiterten Verhandlungen von Hattenheim, informierte der DGB-Vorstand die Öffentlichkeit darüber, daß Vorstand und Ausschuß *,,beschlossen hätten, gegebenenfalls durch Einsatz gewerkschaftlicher Machtmittel auf die Schaffung eines Betriebsverfassungsgesetzes hinzuarbeiten, das auch die Zustimmung des Deutschen Gewerkschaftsbundes finden kann''.* Gleichzeitig wurde ein Flugblatt in zehn Millionen Auflage vorbereitet, daß die Beschäftigten über die Situation aufklären sollte.

Kundgebungen, die mit Arbeitsniederlegungen verbunden waren, und Warnstreiks bildeten den Auftakt der Aktionen. Darstellungen der Gewerkschaftspresse zufolge demonstrierten und streikten von Mitte Mai bis Anfang Juni in Hamburg 175.000, in Hessen mehr als 100.000, in Braunschweig 40.000, im gesamten Nordrhein-Westfalen etwa 600.000 und in Bayern etwa 560.000 Kolleginnen und Kollegen. Der Historiker Theo Pirker schreibt, *,,daß ein nicht geringer Teil der Demonstranten in den gewerkschaftlichen Aktionen eine Möglichkeit sah, ihrem Willen gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Ausdruck zu geben''.* (4)

Aufgrund eines Streiks der Drucker gegen die Gesetzespläne erschienen am 28. und 29. Mai bis auf wenige Ausnahmen keine Tageszeitungen. Die bürgerliche Journaille beantwortete diese Aktion mit einer wüsten Polemik gegen den DGB. Dieser ging sofort in die Defensive und beteuerte, daß der Streik sich nicht gegen die Pressefreiheit gerichtet habe.

Streikabbruch und erneute Verhandlungen

Streikabbruch und erneute Verhandlungen

Dem kurzzeitigen Aufflackern der Aktionen folgte ein weiterer Rückzug, als der DGB-Vorstand am 4.6.1952 beschloß *,,mit Rücksicht auf die bevorstehenden Beratungen mit der Bundesregierung vom 11. Juni an''* (5) alle Aktionen abzubrechen. Dies stieß auf heftigen Protest nicht nur der Funktionäre, sondern auch beim bewußten Teil der Mitgliedschaft. Ein Ausdruck dieses Protestes war die auf dem zweiten Gewerkschaftstag der IG Chemie im Juni 1952 eingebrachte Entschließung der Verwaltungsstelle Wuppertal, in der gefordert wurde *,,die gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen um ein ... fortschrittliches BVG zu erzwingen''.* Die Antragskommission hatte die Entscheidung anfänglich mit der Begründung abgelehnt, *,,daß im Zeichen des augenblicklichen Burgfriedens mit der Regierung diese Resolution nicht angebracht erscheint''.* (5)

In der Jubiläumsschrift der IGM, die 1966 anläßlich des 75jährigen Bestehens der Industriegewerkschaft erschien, heißt es: *,,Der jähe Abbruch der Aktionen verärgerte breite Teile der Mitgliedschaft.''* und weiter: *,,Massenaktionen haben ihre eigenen Gesetze. Sie verlieren an Durchschlagskraft, wenn sie sich zu lange hinschleppen. Nach dem Abbruch aber lassen sie sich nicht zu irgendeinem Zeitpunkt beliebig wieder aufnehmen.''* (6)

Als Belohnung für den Abbruch der Kampfmaßnahmen willigte die Bundesregierung dann in die Bildung einer paritätisch besetzten Achter-Kommission ein, die vom DGB als Erfolg gefeiert wurde. Nun, so hieß es in einer DGB-Presseerklärung vom 14. Juni, sei eine neue Situation entstanden, *,,weil nunmehr zugesichert sei, daß die Vorschläge der Gewerkschaften nicht nur beraten, sondern auch stärkste Berücksichtigung finden werden.''*

Einige DGB-Bundesausschußmitglieder forderten eine offizielle Verlautbarung, daß für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen, die gewerkschaftlichen Aktionen weitergeführt würden. Walter Freitag war jedoch entschieden der Meinung, daß *,,eine Weiterführung der gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen ... nicht auf der Tagesordnung''* stände. (7)

Die Verhandlungen der Achter-Kommission brachten erwartungsgemäß keine Annäherung. Als zusätzliche Brüskierung mußten die DGB-Führer es empfinden, daß sie erst im Verlaufe der Verhandlungen am 7. Juli erfuhren, daß bereits am Vormittag des 13. Juni vom Bundeskabinett der abgeänderte Entwurf des Personalvertretungsgesetzes für den öffentlichen Dienst beschlossen und am 4. Juli dem Bundestag zugeleitet worden war. Erst jetzt konnten sich die DGB-Vertreter dazu durchringen die Verhandlungen abzubrechen. Angesichts dieser verfahrenen Situation lag die letzte Hoffnung der DGB-Spitze bei den CDU-Sozialauschüssen und Adenauer, mit dem auf Vermittlung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold, ein erneutes Gespräch vereinbart worden war.

Obwohl der Handlungsspielraum für die Gewerkschaften immer kleiner wurde — die 3. Lesung des Gesetzes war für den 18. Juli anberaumt — erklärte Fette am 12. Juli vor dem DGB-Bundesausschuß, man müsse zwar gegenüber dem Kanzler sehr deutlich
war für den 18. Juli anberaumt — erklärte Fette am 12. Juli vor dem DGB-Bundesausschuß, man müsse zwar gegenüber dem Kanzler sehr deutlich
werden. *,,Es jedoch in der Öffentlichkeit schon zu sein, hieße sich erneut dem Vorwurf auszusetzen, daß man das Parlament unter Druck setzen wolle.''* (8)

Auf der Sitzung des DGB-Bundesausschusses am 15. Juli gab es dann noch einmal eine Debatte um die Kampfmaßnahmen, die u.U. nötig seien, um die Mitglieder nicht völlig vor den Kopf zu stoßen, so Fette. Bei der Abstimmung sprachen sich jedoch nur 15 Mitglieder des Bundesausschuß für Kampfmaßnahmen aus, 24 waren dagegen und 10 enthielten sich.

Am 19. Juli wurde das BVG schließlich mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsparteien vom Bundestag verabschiedet. Aus den Reihen der Koalitionsparteien enthielten sich nur sieben den Gewerkschaften angehörige CDU-Abgeordnete der Stimme.

Nachspiel und Bundestagswahlen

Walter Freitag erklärte Kritikern auf dem IGM-Gewerkschaftstag im September 1952: *,,Wir haben die Haltung eingenommen, alle zusammen, wie sie nur eingenommen werden konnte: Das Parlament hat gesprochen und der Entscheidung des Parlaments müssen wir uns beugen.''* (9)Wieso er gerade einen Monat später Nachfolger des DGB-Vorsitzenden Fette auf dem 2. DGB-Kongreß wurde, bleibt ein politisches Rätsel. Fette nützten seine Beteuerungen nichts, er habe sich der Mehrheit im Bundesvorstand beugen müssen. Mit 154 gegen 184 Stimmen unterlag er bei der Wahl gegen Freitag und wurde sichtbares Opfer für den Unmut an der Gewerkschaftsbasis. Inhaltlich blieb alles beim Alten. Der Kongreß nahm eine vage Vorstandsentschließung an, *,,seine Bemühungen um eine fortschrittliche Regelung des BVG fortzusetzen''* und legte ohne Debatte Anträge auf Fortführung von Kampfmaßnahmen zu den Akten.

,,Wählt einen besseren Bundestag!'' war der Wahlaufruf des DGB vom August 1953 überschrieben. Wurden auf dem DGB-Kongreß dir Forderungen nach Gewerkschaftsausschluß aller organisierten Bundestagsabgeordneten, die dem BVG zugestimmt hatten, ignoriert, heißt es in dem Aufruf einfach: *,,Im alten Bundestag und in der alten Bundesregierung saßen zu wenig Männer und Frauen, die gewillt waren, den arbeitenden Menschen die Rechte zu geben, die sie sich insbesondere aufgrund ihrer großen Leistungen nach 1945 erworben haben ... Gebt nur solchen Männern und Frauen Eure Stimme, die entweder Mitglieder der Gewerkschaften sind oder durch ihre Haltung in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie im neuen Bundestag Eure berechtigten Forderungen erfüllen.''* (10)

Bleibt noch nachzutragen, daß als die SPD schließlich 1969 zusammen mit der FDP die Regierung stellte und ,,mehr Demokratie wagen'' wollte, von den Forderungen der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit nichts mehr wissen wollte. Weder das 1972 verabschiedete BVG noch das 1976 verabschiedete Mitbestimmungsgesetz brachten einen Machtzuwachs für die Arbeiterklasse.

Zum Abschluß möchten wir noch einmal den vorletzten DGB-
brachten einen Machtzuwachs für die Arbeiterklasse.

Zum Abschluß möchten wir noch einmal den vorletzten DGB-
Vorsitzenden zu Wort kommen lassen. Auf die Frage des ARBEITERKAMPF, was von den Nachkriegsforderungen heute in den Gewerkschaftsetagen gehalten wird meinte er ganz unverblümt: *,,Mitbestimmung in Institutionen ist im Vergleich zur Mitbestimmung durch Streik — denn das ist die Alternative — für alle Beteiligten wirtschaftlich effektiver. Für die Arbeitnehmer ebenso wie für die Unternehmer und die Öffentlichkeit ... Wenn die Gewerkschaften gehindert werden, den bislang von ihnen bevorzugten ... Weg der Mitbestimmung zu gehen, dann könnten sie auf andere Wege und Techniken der Interessensvertretung abgedrängt werden. Ausländische Beispiele machen deutlich, mit welchen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reibungsverlusten das verbunden ist.''* (11)

Diese weisen Worte haben an Aktualität nichts verloren, ihnen ist nichts hinzuzufügen.

B&G-Kommission


DGB-Kundgebung gegen das Betriebsverfassungsgesetz

AUFRUF

des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

1945 lag die deutsche Wirtschaft in Trümmern. [illegible]

Ihr allein habt das vollbracht, was andere als das „deutsche Wirtschaftswunder" bezeichnen.

[illegible]

Was aber geschieht heute?

[illegible]

Die echte Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der übrigen Wirtschaft und in der Verwaltung soll verhindert werden.

[illegible]

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!

[illegible]

- Es geht hier nicht um gewerkschaftliches „Machtstreben".
- Es geht um eine gerechte Ordnung.
- Es geht um den Bestand der Demokratie.
- Es geht um die Stabilität der Wirtschaft.
- Es geht um die Sicherung Deines Arbeitsplatzes.
- Es geht um das Wohl der gesamten Nation.

Haltet Euch bereit! Übt Disziplin!
Folgt den Weisungen Eurer Gewerkschaften!

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
DER BUNDESVORSTAND
Christian Fette, Vorsitzender

Düsseldorf, den 12. Mai 1952

Anmerkungen:
1) Zitiert bei Theo Pirker, Die blinde Macht, Band 1, S. 285
2) Die bürgerliche Koalition aus CDU (31%), FDP (11,9%) und DP (4%) hatte bei den ersten Bundestagswahlen 1949 die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag erhalten. Die zweite Bundestagswahl im August 1953 brachte einen großen Sieg der Bürgerlichen, insbesondere der CDU, die 45,2% erhielt (FDP 9,5%, DP 3,2%). Die SPD verlor wenig, 28,8 (gegenüber 29,2% 1949), die KPD zog mit 2,2% (5,7%) nicht wieder in den Bundestag ein.
3) Zitiert bei: Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952, S. 205
4) Pirker, S.258
5) Schmidt, S. 213/14
6) IGM, 75 Jahre Industriegewerkschaft (1966), S. 391
7) Horst Thum, Mitbestimmung in der Montanindustrie, S. 139
8) Schmidt, S. 217
9) Schmidt, S. 43
10) Im Wortlaut dokumentiert in: Die Adenauer Ära 1949 - 1963, DTV-Dokumente, S. 219
11) Heinz Oskar Vetter, Einleitungsreferat auf der wissenschaftlichen Konferenz des DGB „Mitbestimmung — Wirtschaftsordnung — Grundgesetz", 1975, S. 21

Debatte um die These von der Faschisierung: Gewaltherrschaft, bürgerliche Demokratie und Marx-Interpretation

Dieser Artikel ist die stark gekürzte Fassung einer Erwiderung auf die von jb in AK 267 dargestellten Positionen. Da seine Ausführungen in weiten Teilen meine Positionen falsch wiedergeben, hatte ich zunächst versucht, auf alle einzelnen Differenzen und Zitierkünste einzugehen, was meinen Artikel aber unverhältnismäßig überladen hätte, von dem Nutzen eines solchen Verfahrens ganz zu schweigen. Aus diesem Grunde gehe ich in dem hier veröffentlichten Text nicht auf alle Punkte ein. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in den Ausführungen von jb nichts, aber auch gar nichts gibt, was einer ernsthaften Auseinandersetzung standhält.



Zunächst will ich einen gewissen „tragikomischen" Charakter an einigen Beispielen verdeutlichen: Der Genosse formuliert, ich hätte ihn *gewaltig* mißverstanden, weil ich meinen würde, es gäbe nicht nur formale, sondern auch reale Freiheiten in der bürgerlichen Republik. *„Schon dieser Gegensatz ist absurd, weil natürlich auch Formales ganz ‚real' ist"*. (AK 267, S.40, 2.Spalte) Nach dieser tiefschürfenden Erklärung erstaunt es dann etwas, wenn jb genau diesen „absurden Gegensatz" zur Bestimmung der bürgerlichen Demokratie verwendet. Direkt vor der hier zitierten Aussage von jb heißt es bei ihm: *„Die bürgerliche Demokratie und Revolution setzt nur eine formale Individualität frei, weil sie die Menschen dem Staat gegenüber zu **formal** freien und gleichberechtigten Bürgern macht, aber ihre **reale**, soziale Unfreiheit unangetastet läßt"*. In der folgenden Spalte heißt es bei jb: *„Sie (die republikanische Demokratie) ist abstrakte, **formale** Freiheit, die auf der **realen** Unfreiheit und Ungleichheit basiert"*. **Der Gegensatz von formal und real, den jb für „absurd" hält, bestimmt seine Einschätzung der bürgerlichen Demokratie: formale Freiheit versus reale Unfreiheit.** Wenn aber Formales auch ganz „real" ist, dann ist der Gegensatz von formaler Freiheit und realer Unfreiheit als Gegensatz von formal und real tatsächlich ganz „absurd". Nur habe nicht ich diesen absurden Gegensatz postuliert, sondern jb selbst. Wenn wir im Unterschied zu jbs wirren Definitionsversuchen vom Gegensatz einer relativen Freiheit und Gleichheit (z.B. bürgerliche Wahlen und bürgerliches Recht) dem Staat gegenüber und von „sozialer Unfreiheit" andererseits ausgehen, kommen wir zu nichts anderem als einer realen Freiheit in einem Teilbereich (dem Staat gegenüber) und ebenso realer Unfreiheit in einem anderen Teilbereich, nämlich sozialer Unfreiheit in der Gesellschaft. Mit jb bin ich tatsächlich der Auffassung, daß der Gegensatz von „formal" und „real" absurd ist, deswegen ist aber gerade die von jb vorgenommene Entgegensetzung von formaler Freiheit und realer Unfreiheit ebenfalls „absurd", seiner eigenen Argumentation folgend.

Ein zweites Beispiel: Der Genosse argumentiert im gleichen Zusammenhang, daß Marx die wirkliche Emanzipation als eine *„Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse auf den Menschen selbst"* begriff (ebd. S. 40, 2. Sp.). Was Marx von den „radikalen Demokraten" unterschieden habe, *„war die These, daß Emanzipation sich nicht allein auf der politischen Ebene abspielen könne"*. Nun kann man diese Position durchaus vertreten. Problematisch ist dies allerdings, wenn sich jb im folgenden Absatz positiv auf Althussers Position bezieht, wonach es einen „tiefen Umbruch" im Marxschen Denken gegeben habe, *„aus dem der eigentliche Marxismus entstand"* (ebd., 2.Sp.)

Die Position von Marx, die jb als Beleg gegen die „radikalen Demokraten" anführt, wird von Althusser nun gerade vor diesem „tiefen Umbruch" eingeordnet. So argumentiert Althusser: *„Wenn Marx nicht von dem Menschen ausgeht, wenn er sich weigert, die Gesellschaft und die Geschichte aus dem Begriff des Menschen theoretisch abzuleiten, so deshalb, weil er mit ... (der) Mystifikation brechen will, die lediglich ein ideologisches Kräfteverhältnis ausdrückt, das auf dem kapitalistischen Produktionsverhältnis basiert"*. Entsprechend ordnet Althusser denn auch den Text, aus dem jb die Position zur „wirklichen Emanzipation" zitiert, der ideologischen Phase im Marxschen Denken zu: *„Ein Text wie die ‚Judenfrage' zum Beispiel ist ein **politisch engagierter** Text im Kampf für den Kommunismus. Aber es ist ein zutiefst ‚ideologischer' Text, also kein Text, der den späteren theoretisch gleichgestellt werden kann, den Texten, die dann den historischen Materialismus definieren"* (beide Zitate aus „Ideologie und ideologische Staatsapparate", S. 86 und S. 50). Nun muß man weder der einen noch der anderen Position folgen, beiden gleichzeitig zuzustimmen, ist aber eine Tragikomödie. Entweder begreifen wir die wirkliche Emanzipation als Zurückführung aller gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Menschen, oder wir brechen gerade mit einer solchen Vorstellung, wie dies Althusser tut, der deshalb von einem „eigentlichen Marxismus" spricht.

Erwähnen will ich in diesem Zusammenhang lediglich, daß Marx **natürlich nicht nur das**, was er „wirkliche Emanzipation" nannte, als Zurückführung der menschlichen Welt auf den Menschen selbst begriff, sondern **alle** Emanzipation, also auch die politische. In der Schrift über die „Judenfrage" heißt es klipp und klar: *„Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst."* (MEW 1, S. 370). Marx fährt fort: *„Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, ..., andrerseits auf den Staatbürger."* Nun mag jb die Unterscheidung von „alle" und „wirkliche" Emanzipation für Wortakrobatik halten, wie er dies in anderem Zusammenhang selbst praktiziert. Doch wenn schon die begriffliche Wiedergabe der Marxschen Position in diesem Zusammenhang so in die Hose geht, ist die Interpretation entsprechend.

Ein weiteres Beispiel: Unter der Zwischenüberschrift *„Rudolfs Staatsverständnis — Philosophie statt Analyse?"* heißt es bei jb, ich hätte ihn gezwungen, sich auf eine philosophische Diskussion einzulassen. Da ich meine Position in unverständlicher Art dargelegt habe, sei er zu dem undankbaren Geschäft gezwungen, erklären zu müssen, was ich vermutlich (!) meine. Hier zunächst ein unüberbietbarer Maßstab für die Qualität seiner Erläuterungen: Er meint doch tatsächlich, bei meiner Kritik eines Denkens der Wirklichkeit in Kategorien der Totalität den Leser darauf hinweisen zu müssen, daß die Wirklichkeit gar nicht denkt. Das nenne ich Hohe Schule der Philosophie ...

Was erklärt jb in diesem Zusammenhang weiter? Seiner Auffassung nach geht es darum, ob man die Welt aus einem Grundprinzip erklären kann oder ob man nicht jeden Gegenstand in seiner eigenen Logik begreifen müsse. So gebe es in einer Gesellschaft eigenständige Bereiche, Ökonomie, Politik, Wissenschaft, Religion usw. usf., die wieder jeweils aus unendlich (?) vielen Teilen, Aspekten etc. bestünden. Nun würde niemand bestreiten, daß man zunächst jeden Teilbereich für sich untersuchen müsse. *„Aber — und jetzt wird es erst interessant — dann kommt das Problem: Wie wird aus all den Teilchen eine konkrete Gesellschaft, was ist das Einheit stiftende Moment?"* (alle Zitate in diesem Zusammenhang AK 267, S. 41, 1. Spalte).

Meiner Auffassung nach hat jb damit exakt am Problem vorbeigetroffen. Die Problematik ist nicht diejenige, daß es „erst interessant" wird, wenn wir die Frage stellen, wie aus den „Teilchen eine konkrete Gesellschaft" wird. Dies würde gerade eine dualistische Bestimmung der Teile außerhalb ihres Zusammenhangs bedeuten wie die Bestimmung des Zusammenhangs außerhalb der konkreten Entwicklung der Teile. Sehen wir mal nach, wie jb bei Marx das „Einheit stiftende Moment" der Gesellschaft sieht. Bei jb heißt es: *„Marx z.B. erklärte, daß in letzter Instanz die Entwicklung der Produktivkräfte über die Entwicklung der ganzen Gesellschaft bestimme"* (ebd., S. 41, 1. Sp.) Nun sollte jedem klar sein, der uns die „Marxsche Position" vorstellen will, daß der Begriff der letzten Instanz nicht von Marx stammt, sondern von Engels. Engels wiederum hat diesen Begriff der letzten Instanz nicht im Zusammenhang mit den Produktivkräften verwendet, sondern im Zusammenhang mit der Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebensprozesses der Menschen (Engels an Bloch vom 21. Sept. 189o, MEW 37, zitiert nach Haug, „Pluraler Marxismus", Bd 1, S. 132). Dort heißt es u.a.: *„Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite"* gelegt werde, als ihr *„zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen"*. Die Interpretation, daß diese Kategorie der „letzten Instanz" das Marxsche Denken selbst verdeutliche, stammt nun von Althusser. Dieser bezieht den Begriff der letzten Instanz aber auch nicht auf die Produktivkräfte, sondern auf die Ökonomie. Unter Ökonomie wiederum versteht Althusser die Einheit von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften *„unter der Dominanz der Produktionsverhältnisse"* (Althusser, „Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?" in: „Ideologie und ...", S. 60). Sollten wir nicht eher über die Interpretation von Marx oder Engels durch den Genossen jb sprechen, anstatt sich hinter einem „scheinhaften' Marx immer wieder neu zu verstecken? Nebenbei bemerkt, ist die Position einer „letzten Instanz" eine derjenigen, die wir als erstes über Bord schmeißen müssen: Die entscheidende Problematik dieser Kategorie ist, daß sie zwar eine Reihe von Vermittlungen zwischen der „Ökonomie" und der realen Entwicklung ermöglicht, dies aber damit bezahlt wird, daß in „letzter Instanz" eine absolute Identität bestimmt werden muß, eine absolute Identität, weil es sich sonst ja nicht mehr um eine letzte Instanz handelt. Hier wird der Hegelsche Weltgeist als Absolutes lediglich durch eine absolute Materie ersetzt.

Der Genosse bestreitet nahezu eineinhalb Spalten mit dem *„Demokratiefetisch der SPD"*. In diesem Kapitel behauptet jb: *„Und genau diese These taucht bei Rudolf wieder auf."* Was taucht bei mir wieder auf? Die SPD habe also behauptet, daß die Sozialreform (in ihrem Verständnis: der Sozialismus) bereits in der Idee der Demokratie liege, daß der Kapitalismus ihrem Wesen widerspreche (AK 267, S. 40, 5.Sp.). Nun könnte man aus meiner Aussage, daß Demokratie und Repression „in der Absolutheit der Begriffe" unvereinbar sind, eine Position interpretieren, daß der Sozialismus in der „Idee der Demokratie" liege, daß Kapitalismus und Demokratie **in ihrem Wesen** einen unversöhnlichen Gegensatz beinhalten. Jawohl, dies könnte man so interpretieren. Ich habe aber nirgends formuliert oder angedeutet, daß der Sozialismus deswegen mit einer Sozialdemokratischen „Sozialreform" gleichzusetzen wäre, daß Kapitalismus und Demokratie deswegen unvereinbar seien, *„weil Republik heiße, daß der Mehrheitswille herrscht und der Mehrheitswille ... nur sozialistisch"* sein könne (jb im Ak 267, S. 40, 5. Sp.). Die ganze Polemik von jb in dieser Spalte basiert auf **seiner** Annahme, die These der Sozialreform (zumal als Sozialismus verstanden) tauche bei mir wieder auf. In diesem ganzen Abschnitt führt jb nicht einen einzigen Beleg für seine Behauptung an, was allerdings auch nicht verwunderlich ist, weil es hierfür in meinen Texten keine gibt.

Kommen wir zur Einschätzung des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Demokratie. Auf jbs Darstellung der Marxschen Position will ich hier nicht eingehen, sie entspricht in ihrem theoretischen Gehalt der Qualität, die jb in der Darstellung der Marxschen Position zu den „Produktivkräften" und zur „letzten Instanz" vorgelegt hat. Eingehen will ich auf einen Trick von jb, der eine scheinhafte Eindeutigkeit suggeriert. Dieser Trick besteht darin, daß er verschiedene Differenzierungen in den Begriffen bürgerliche Demokratie und bürgerlicher Staat assoziativ verknüpft und vollkommen austauschbar verwendet. In einem Abschnitt wird dies besonders deutlich. Von einem Satz zum nächsten verwendet jb die Begriffe „bürgerliche Demokratie", dann „republikanische Demokratie", dann „formale Demokratie", um mit der Überleitung „Kern der bürgerlichen Staatsauffassung" und „Haltung des bürgerlichen Individuums zum Staat" zum Schluß zu kommen: „Dieser bürgerliche Staat ist also Klassenstaat" (alle Zitate AK 267, S.40, 3.Sp.). Mit assoziativen Verknüpfungen wie „sondern", „da", „daher", „dies ist", „also" gelangen wir zu einer Identität von bürgerlicher Demokratie und bürgerlichem Staat. Die hieraus folgende Austauschbarkeit der Begriffe verwendet jb ebenso in einem anderen Abschnitt. Dort heißt es in zwei aufeinanderfolgenden Sätzen: Seit der bürgerliche Staat soziale Funktionen wahrnehme, erscheine er dem Alltagsbewußtsein als Hort der Freiheit, sozialen Sicherheit und des Klassenkompromisses. Der Genosse folgert dann: *„Diesem Anschein erliegt Rudolf völlig, wenn er die politische Form des Kapitalismus, d.h. die bürgerliche Demokratie als wahre Demokratie in einem 'Teilbereich' abfeiert"* (AK 267, S.40, 4.Sp., Herv. im Original). In einem weiteren Fall bedient sich jb dieser Methode, wenn er bürgerliche und repräsentative Demokratie oder Repräsentativsystem und bürgerliche Republik gleichsetzt (ebd., S.41, 1. Sp.).

Nun gibt es ohne Frage eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Beziehungen zwischen diesen Begriffen, jedoch auch bestimmte Unterschiede. Um nur einen, von jb selbst angeführten, aufzugreifen: Der Genosse formuliert, daß die bürgerliche Revolution und Demokratie die Menschen **dem Staat gegenüber** zu formal freien und gleichberechtigten Bürgern macht (AK 240, S.40, 2. Sp.). Dies impliziert natürlich nicht Identität, sondern ein Spannungsverhältnis zwischen bürgerlich demokratischem Anspruch und staatlichem Interesse, wie es ja in Sicherheitsgesetzen , Überwachungsmaßnahmen, Geheimdiensten etc. zum Ausdruck kommt. Ich selbst gehe davon aus, was in meinem Artikel auch deutlich gewesen ist, daß nicht die bürgerliche Demokratie als Ganzes ein demokratischer Teilbereich ist, sondern daß es in der bürgerlichen Demokratie notwendigerweise demokratische und repressive „Teilbereiche" nebeneinander, miteinander verknüpft, gegeneinander, wechselseitig gebrochen usw. gibt. In meinem ganzen Text war nirgends davon die Rede, daß die bürgerliche Demokratie als solche ein demokratischer Teilbereich wäre, ich spreche vielmehr von der bürgerlichen Reduktion von Demokratie, **gegen** die wir die Totalität von Demokratie anstreben müssen.

Ich befinde mich da in Übereinstimmung mit einem nicht ganz Unbekannten, der uns auch so 'nen sozialdemokratischen Staatsbegriff „andient" (jb über meine Position in AK 267, S.40, Vorspann). Dieser hatte doch tatsächlich in Bezug auf die kommunistische Gesellschaft formuliert *„Absterben des Staates"* und *„Anders: ... Wirklich vollständige Demokratie, die zur Gewohnheit wird und deshalb abstirbt ... Vollständige Demokratie ist gleich keinerlei Demokratie. Das ist kein Paradoxon, sondern die Wahrheit!"* (Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1971, S. 44-45). Nun will ich nicht behaupten, daß Lenins Position zur Demokratiefrage immer so eindeutig ist, daß wir aus dieser einzelnen Stelle eine verbindliche Position interpretieren könnten, es gibt auch bei Lenin durchaus widersprüchliche Bestimmungen des Demokratiebegriffes, eine Tatsache, die nicht so sehr ihm selbst geschuldet ist, sondern im Wesen der Sache „Demokratie" selbst begründet ist. Trotz dieser Problematik gehe ich im Gegensatz zu der Annahme von jb nicht von einem „total abstrakten Demokratiebegriff" aus, sondern davon, daß es in der historischen Entwicklung immer wieder Vorformen, „gebrochene" Formen von Demokratie, auf bestimmte Teilbereiche begrenzte demokratische Formen gegeben hat, die sich im Kampf gegen Formen von Herrschaft herausgebildet haben. Solche „gebrochenen Formen" von Demokratie, auf bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche begrenzt, gibt es auch in der bürgerlichen Demokratie. An diesen „Teilbereichen" ist anzusetzen, um sie **gegen** die kapitalistische Herrschaft zu wenden. In Bezug auf die bürgerliche Demokratie heißt es bei Lenin: *„Demokratie lediglich als Ausnahme, niemals vollständig ..."* (Marxismus und Staat, S.45). Diese Bestimmung von „bürgerlicher Demokratie" setzt notwendig die Vorstellung einer „vollständigen Demokratie" voraus, aber auch die Annahme reduzierter demokratischer Formen in der bürgerlichen Demokratie, sonst wäre der Begriff „nicht vollständig" sinnlos. Lenin verwendet an mehreren Stellen denn auch unterschiedliche Begriffe, um die unterschiedlichen Bestimmungen im Begriff der Demokratie zu kennzeichnen. In „Staat und Revolution" verwendet er beispielsweise den Begriff des „Demokratismus". So kommentiert Lenin die Konsequenzen, die Engels zwanzig Jahre nach der Pariser Kommune zog: *„Denn ein vollauf konsequenter Demokratismus ist unter dem Kapitalismus unmöglich, im Sozialismus wird aber jede Demokratie **absterben**"* (wie wir zuvor gesehen haben, wird sie absterben, wenn sie vollständig ist). Zuvor kommentiert Lenin: *„Engels gelangt hier an jene denkwürdige Grenze, wo eine konsequente Demokratie sich auf der einen Seite in Sozialismus **verwandelt** und auf der anderen Seite den Sozialismus **erfordert**."* (Beide Zitate „Staat und Revolution", Berlin 1977, S.82). Danach fährt Lenin fort: *„Entwicklung der Demokratie **bis zu Ende**, Auffinden der **Formen** einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der **Praxis** usw., das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie 'für sich genommen', sondern er wird mit anderen Erscheinungen 'zusammengenommen', er wird seinen Einfluß auch auf die Ökonomik ausüben, **ihre** Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklungen unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte."* („Staat und Revolution", S.82-83, alle Herv. im Original)

Die Auseinandersetzungen von Lenin mit Kautsky machen deutlich, daß dies der **Ausgangspunkt** einer politischen Strategie ist, nicht diese **Strategie selbst**. Dies gilt sowohl gegenüber einer reformistischen Perspektive, die den Begriff einer „vollständigen" oder „konsequenten" Demokratie schon in der bürgerlichen Reduktion verwirklicht sieht wie auch gegenüber einem „linken Radikalismus", der in Auseinandersetzung mit dem Reformismus und der **bürgerlichen** Demokratie die Demokratieproblematik auf den St. Nimmerleinstag **nach** der Revolution verschiebt. Doch eins ist klar: Wenn es nicht gelingt, die Demokratiefrage im Kapitalismus — und das heißt gegen die kapitalistische Herrschaft — zu stellen, zu „setzen", wird es auch keine Revolution geben. Daß diese Aufgabe in einer relativ „entwickelten" bürgerlichen Demokratie eine **besondere** Problematik ist, ist kein Grund, diese Perspektive als solche über Bord zu schmeißen.

Eine Frage zu stellen, heißt, sie zu beantworten, habe ich mal „irgendwo" gelernt. Daß wir **diese** Frage überhaupt nicht mehr stellen, wenn wir die „bürgerliche Demokratie" als **politische Form** des Kapitalismus begreifen, dürfte klar sein. In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen von jb besonders aufschlußreich: Dem Genossen gelingt das Kunststück, auf der ersten seiner bei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

den AK-Seiten das Gegenteil dessen zu propagieren, was er auf der zweiten Seite des gleichen Artikels vertritt (alles mit der Attitüde, ,,die Diskussion wieder auf die Füße stellen'' zu wollen, ,,Grundwissen'' zu vermitteln, die ,,Marxsche Position'' vorzustellen usw. usf.). Um dies zu verdeutlichen: jb geht in seiner Einschätzung der bürgerlichen Demokratie von einer ,,ökonomistischen'' Position aus, in der Bewertung eines neuen Faschisierungsprozesses dagegen von der Priorität der Politik. Zunächst die Position, die ich als ,,ökonomistische'' verstehe: *,,... die republikanische Demokratie ist der adäquate Ausdruck einer Gesellschaft, die auf dem 'freien' Warenaustausch beruht; ... sie ist der logische Ausdruck der juristischen Ideologie, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, d.h. der logische und vernünftige Ausdruck rein formaler Menschen- und Bürgerrechte''* (ebd. S.40, 3.Spalte).

In dem Begriff eines adäquaten, logischen oder vernünftigen Ausdrucks betont jb die an anderer Stelle gemachte Aussage (ebd., 4.Spalte), die bürgerliche Demokratie sei die **politische Form** des Kapitalismus. Dieser Sachverhalt wird bei jb dadurch betont, daß er diese Aussage als Zusammenfassung der Positionen eines zurechtgestutzten Marx an den Schluß dieses Abschnittes stellt.

Auf der folgenden Seite (im gleichen Text) wechselt jb vollständig die Fronten. Hier kritisiert er meinen angeblichen Ökonomismus und die stalinistische Tradition in der Bestimmung des Faschismusbegriffes (S.41, 2.Spalte). Zwar sieht jb ökonomische Krisen als Mitverursacher politischer Krisen an. Dann fährt er aber fort, es müsse *,,die Frage nach der absehbaren Krisenqualität auch nicht auf dem Gebiet der Ökonomie, sondern auf dem Gebiet der Politik beantwortet werden, d.h. aus der Frage, ob der politische ,Überbau' soweit hinter der gesellschaftlichen Entwicklung zurückbleibt, ..., daß er gesprengt werden muß (in Gestalt einer Revolution oder reaktionären Diktatur)''* (ebd., S.41, 3.Spalte) Jetzt schlägt's doch dreizehn! Der Genosse hatte die bürgerliche Demokratie als die politische Form des Kapitalismus bezeichnet. Wie soll dann der politische Überbau hinter der gesellschaftlichen Entwicklung zurückbleiben, so daß er durch eine reaktionäre Diktatur ,,gesprengt werden muß''?

Entweder gibt es diese Möglichkeit des Zurückbleibens, dann ist aber die bürgerliche Demokratie oder von mir aus Republik nicht die einzige politische Form des Kapitalismus. In dieser Logik ist dann sogar die Möglichlichkeit enthalten, daß die Demokratie und sogar die bürgerliche Demokratie eine Behinderung der Kapitalentwicklung sein kann, was mir laut jb schwer fallen würde zu beweisen (ebd., S.41, 2.Spalte).

Oder aber bürgerliche Demokratie ist **die** politische Form des Kapitalismus, dann kann es ja kein **weiteres** Zurückbleiben des politischen Überbaus hinter der gesellschaftlichen Entwicklung geben, wenn diese politische Form erst einmal erreicht ist, zumindest nicht ein solches Zurückbleiben, das zu einer Sprengung in Gestalt einer reaktionären Diktatur führen würde.

Meiner Wahrnehmung nach schließen sich beide Aussagen gegenseitig aus. In seiner ersten Polemik gegen mich (Antwort auf meine Kritik an der Artikelserie von F.) konnte jb diese sich gegenseitig ausschließenden Positionen noch auf ,,elegante'' Art und Weise dadurch lösen, daß er das Problem nahezu ausschließlich in die Vergangenheit verlegte: Die Faschisierungsthese arbeite *,,mit Begriffen und Vorstellungen, die sich auf eine vergangene Etappe des Kapitalismus beziehen, nämlich auf die Phase zwischen den Weltkriegen''*.(AK 267)

Wir wollen hier nicht darüber diskutieren, daß der Genosse jb im gleichen Text von der Möglichkeit eines ,,reinen, idealtypischen Faschismus''-Begriffs spricht (der sich dann aber auch folgerichtig nicht auf den Kapitalismus, sondern auf den Staat bezieht). Entscheidend ist lediglich, daß sich beide hier diskutierten Positionen gegenseitig ausschließen, mit Ausnahme der völligen Einordnung des Faschismus als **vergangene** Etappe des Kapitalismus. Diese grundsätzliche Auffassung — bürgerliche Demokratie als politische Form des Kapitalismus, Faschismus als vergangene Form des Staates — bestimmt dementsprechend eine Vielzahl der ,,empirischen'' Einschätzungen des Genossen. Ob der bürgerliche Staat strukturell ,,repressiv'' sein muß aufgrund der Trennung von Staat und Gesellschaft (S.40) oder aber den Bürgerkrieg vorbereitet, ist für ihn offenbar eh dasselbe. Wenn ich argumentiere, daß es in der ,,Absolutheit der Begriffe'' überhaupt keine ,,demokratische Repression'' geben kann, daß in der Wirklichkeit ,,logischerweise eine Verknüpfung von demokratischen mit anderen repressiven Teilbereichen'' (AK 266) existiert und wir argumentieren können, daß es sich in den entsprechenden Teilbereichen (den repressiven) entgegen dem bürgerlichen Anspruch gar nicht mehr um Demokratie handelt, was macht jb hieraus? Er interpretiert mein ,,nicht mehr'' in historischem Sinn und polemisiert, ich solle ihm *,,ein einziges Argument (nennen), wann und wo es je eine bürgerliche Demokratie gab, die nicht gleichzeitig die Instrumente der Diktatur gepflegt hätte''* (AK 267, S.41, 4.Spalte). Das ist doch überhaupt nicht die Frage in der gegenseitigen Ausschließlichkeit, wenn es auch historische Differenzierungen gibt in der Spannbreite von strukturell repressiv bis hin zur Vorbereitung und dann Praktizierung des Bürgerkrieges.

Die entscheidende Problematik bringt der Genosse auf den Punkt, wenn er behauptet: *,,Und theoretisch abgeleitet ist nicht eine offene Gewaltherrschaft, sondern der stumme Zwang das Spezifikum des Kapitalismus, denn im Unterschied zu den vorbürgerlichen Formen der Eintreibung von Mehrarbeit ... sorgt der ,täuschende Schein' dafür, daß sich die Menschen frei wähnen und gerecht behandelt fühlen, bekommen sie für ihre Plagen nur den ,gerechten' Lohn''* (AK 267, S.41, 3.Sp. oben).

Diese Aussage heißt nichts anderes als daß ,,offene Gewaltherrschaft'' **nicht** theoretisch ,,ableitbar'' ist als Spezifikum des Kapitalismus. Dies allgemein in den Raum zu stellen und dabei Lenins Imperialismustheorie nicht einmal einer kritischen Anmerkung zu würdigen (um dogmatische Übereinstimmung geht es ja gar nicht, aber die Ignoranz ist doch beachtlich!), geschweige denn den Imperialismusbegriff selbst zu reflektieren, halte ich für kühn. Dabei dann auch noch, damit alles zueinanderpaßt, den Faschismus kurzerhand als vergangenes Kapitel beiseitezuwischen, ist für einen Linken in diesem Land schlicht absurd.

Der Genosse hat in seinem von ihm erwähnten Artikel zur Krisentheorie im Kapital (AK 230, S.41-43) einen wichtigen Schlußsatz geschrieben: *,,Jede Theorie, die einzelne Tendenzen verallgemeinert, sie nicht im Wechselspiel mit den gegensätzlichen Tendenzen begreift, sondern eine Tendenz einseitig und gradlinig als das Alpha und Omega der Wirklichkeit darstellt, ist falsch und undialektisch''*. Offenbar sind es zwei verschiedene Paar Stiefel, dies zu **erkennen** und die Erkenntnis auch zu **praktizieren**. Die Positionen von F. zur Faschisierungsthese und zum präventiven Sicherheitsstaat, von jb zum Faschismusbegriff, zur bürgerlichen Demokratie und zum ,,stummen Zwang'' sind ganz deutlich solche Verallgemeinerungen ,,einzelner Tendenzen''. Die stellenweise Maßlosigkeit der Polemik (,,Bruder Kleist'' in AK 267), gepaart mit einer bornierten Selbstüberschätzung, erklärt sich nicht allein aus den unterschiedlichen Auffassungen in einzelnen Fragen. Den beiden Genossen geht es nicht bloß um eine Kritik und Weiterentwicklung der Positionen zu Faschismus und bürgerlicher Demokratie, sondern um eine grundlegende Umorientierung, eine Ersetzung der Faschisierungsthese. An dieser gibt es nun einiges zu kritisieren, ihre völlige Ersetzung ist in den Argumentationen von jb und F. jedoch weder theoretisch noch politisch ausgewiesen.

Meiner Auffassung nach ist der Sinn einer wechselseitigen Kritik in Form einer generellen Debatte über die Gesamtheit des Themas, in dem zahlreiche einzelne Probleme entscheidend sind (bürgerliche Demokratie, Faschismus, Kapitalismus, Form — Inhalt, Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, ,,letzte Instanz'', Krisentheorie, Dialektik, ,,Teilung und Zusammenfassung'' statt Widerspiegelungstheorem, Staatstheorie) erschöpft, teilweise überzogen. Aus diesem Grunde würde ich dafür plädieren, einzelne besonders wichtige Punkte im weiteren Verlauf der Debatte zunächst einzeln zu behandeln. Denn es dürfte das eigentliche ,,Skandalon'' meiner Ausführungen in den Augen von jb sein, was übrigens ein hilfreicher AK-Redakteur an den Anfang meines letzten Artikels setzte: *,,Immer noch in Gang und wohl noch lange nicht abgeschlossen ist die Debatte um die Faschisierungthese...''* (AK 266) Hierbei geht es nicht um eine ,,Wiederholung'', sondern um eine Kritik und Weiterentwicklung, **die aber den besonderen und spezifischen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus aufrechterhält.**

Rudolf/Frankfurt

Betrifft AK 268: Zum Parteitag der KPdSU

betr.: Artikel in AK 268 zum XXVII. Parteitag der KPdSU, Teil 1: Innenpolitik

,,das gerede, das man überall hört, die bolschewistische Partei habe sich von grund auf verändert, ist gewiß nicht richtig. es ist eher das unglück, daß sie sich nicht verändert hat ... immer noch nicht entscheidet das volk, die masse, das proletariat, sondern die regierung entscheidet für das volk, die masse, das proletariat.''

Diese Notiz ist datiert vom 21. September 1939 und stammt aus Bertolt Brechts ,,Arbeitsjournal''. Folgt man der Einschätzung im AK 268 zum 27. Parteitag der KPdSU, dann bestehen gute Aussichten, daß Brechts Feststellung allenfalls noch eine historische Gültigkeit beanspruchen kann, aber der künftigen sowjetischen Realität kaum gerecht werden wird. jb, der Autor des Artikels, fragt, ob sich die KPdSU nun endgültig vom Stalinismus verabschiede, und kommt angesichts des neuen Kurses unter Gorbatschow zu erstaunlichen Erkenntnissen: Die Wirtschaftsreform kommt den sozialen Interessen der Werktätigen entgegen; die Kulturpolitik schafft neue Freiräume für die Kulturschaffenden und ebnet innerhalb bestimmter Grenzen Möglichkeiten zur produktiven Kritik; zwar bleibt im Strafvollzug alles beim alten, dafür erhalten aber die Basisorganisationen einen größeren Spielraum, den es zu nutzen gilt. Kurz und gut — insgesamt eine äußerst erfreuliche Entwicklung, so daß jb., wenn schon von keiner Revolution, so doch immerhin von einer radikalen Reform sprechen kann.

Dieser positiven Kritik der Entwicklungen in der sowjetischen Innenpolitik kann ich mich nicht anschließen. Gorbatschows wirtschaftspolitische Maßnahmen gehen — wie jb richtig bemerkt — auf Analysen von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten zurück, die bereits unter Andropow angefertigt wurden. Nach Angaben des Nowosibirsker Instituts haben die Gleichgültigkeit, die Konsummentalität und die Disziplinlosigkeit der Arbeiter wesentlich zur wirtschaftlichen Misere beigetragen. Genau hier setzt Gorbatschows 'rrradikale Reform' an — zunächst in Form einer Kampfansage gegen den Alkoholmißbrauch. Diese Kampagne zeichnet sich m.E. vor allem dadurch aus, daß sie Ursache und Wirkung miteinander verwechselt: Die Arbeiter saufen nicht, weil sie mit einer schlechten Realität konfrontiert sind, sondern die Realität ist schlecht, weil die Arbeiter saufen. Dementsprechend galten Gorbatschows erste Anstrengungen einer Hebung der Arbeitsmoral — Anstrengungen, die so 'radikal' waren, daß die Axt nicht an der Wurzel angelegt wurde, sondern mitten in der Baumkrone.

Auch die angekündigten strukturellen Veränderungen in der Ökonomie scheinen mir wenig geeignet, die tatsächlich vorhandenen Probleme und Schwierigkeiten zu lösen, da sie gerade nicht an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter ausgerichtet sind. Schließlich ist die Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse zugunsten der Einzelbetriebe noch längst nicht gleichbedeutend mit wachsenden Mitspracherechten der unmittelbaren Produzenten über den Arbeits- und Produktionsprozeß, geschweige denn mit einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Vielmehr zielt die Wirtschaftsreform primär auf die Intensivierung und Effektivierung der Produktion, was durch die Aufgabe des alten Prämienssystems und die Einführung neuer Leistungsanreize gewährleistet werden soll. Der Zwang zur rentablen Produktion mag für die SU eine ökonomische Notwendigkeit und langfristig sogar eine Überlebensfrage sein; für die Arbeiter bedeutet die Koppelung der Löhne an die Einnahmen, die der einzelne Betrieb real erzielt, zunächst einmal eine höhere Arbeitsdichte, mehr Maloche, mehr Schweiß. Ob mit der Wirtschaftsreform die erhoffte Produktivitätssteigerung erreicht werden kann, vermag ich nicht zu beurteilen; eine stärkere Identifizierung der Arbeiter mit dem Produktionsprozeß wird sich auf diese Weise wohl kaum herstellen lassen.

Flankiert werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen von einer Kulturpolitik, die — soweit sich dies von hier aus beurteilen läßt — wenig Neues bringt. Die Forderung, sich künftig mehr aktuellen Themen zuzuwenden und verstärkt innergesellschaftliche Widersprüche zu thematisieren, wurde bereits in der Breschnew-Ära immer wieder mal erhoben, ohne daß merkliche Auswirkungen auf die Inhalte der Kulturarbeit zu spüren gewesen wären. Bemerkenswert hingegen ist, daß seit Gorbatschows Machtantritt in Kunst und Literatur anscheinend der positive Held wieder zu neuen Ehren kommt (nachzulesen in den Feuilletons der hiesigen Presse). Der positive Held? Das ist jener, der alle vorwärtsweisenden Charaktermerkmale und Eigenschaften in sich akkumuliert; der mit den prallen Muskeln; der zugreift und mit anpackt, wo es nötig ist; der mit dem optimistischen Zukunftsblick; der uns Mut macht, der uns vorwärtsreißt, wenn wir einmal verzagen wollen; der uns mit seinen starken Armen die Richtung weist — dort wo der Kommunismus liegt. Das Fatale liegt nicht primär darin, daß die neuen-alten Tendenzen in der Kulturpolitik in bester bzw. schlechtester stalinistischer Tradition stehen, sondern daß die Arbeiter erneut auf Vorbilder verpflichtet werden, anstatt endlich einmal den Versuch zu machen, die Arbeiter auf sich selbst zu verpflichten — auf ihre eigenen Fähigkeiten, Wünsche und Hoffnungen.

,,Die Herausbildung einer echten Volksmacht'', die Gorbatschow sich erträumt, ist und bleibt eine politische Frage. Sie wird weder dadurch gelingen, daß die Arbeiter zur Vorbildimitation angehalten werden; noch läßt sich eine echte Volksmacht realisieren, indem weiterhin der Lohnhebel als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts eingesetzt wird und die alten Produktionsstimuli einfach durch neue ersetzt werden. Das Festhalten der neuen KPdSU-Führung an dem alten rigiden Ökonomismus verhindert planmäßig eine politische Aktivierung und Mobilisierung der Massen, die sich jb offensichtlich von den Reformmaßnahmen erhofft. Seine Vermutung, aus den jüngsten Kreml-Verlautbarungen spreche die Erfahrung, daß bislang *,,die diversen Basisorganisationen die ihnen zustehenden Rechte und Kompetenzen nicht einmal in dem Rahmen wahrnehmen, den ihnen die sowjetische Verfasstheit zuspricht''*, hilft da wenig weiter. Warum haben denn die Baisorganisationen ihre Kompetenzen nicht wahrgenommen? Warum, zum Teufel, haben sie ihre verbrieften Rechte nicht eingeklagt? Liegt es tatsächlich an der Lethargie, Passivität und notorischen Denkfaulheit der Basis, wie Gorbatschow glauben machen will? Oder liegt es nicht etwa daran, daß sich (seit Stalin!) an dem grundsätzlichen Verhältnis von Partei und Staat nichts geändert hat und — wie jb treffend feststellt — sich auch künftig *,,nichts ändern wird''*. Solange es an offenen Diskussionen über Weg und Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung mangelt, solange es keine wirklich kritische Auseinandersezung mit den inneren Widersprüchen gibt, wird der Staatsapparat den unmittelbaren Produzenten weiterhin als fremde Macht gegenüberstehen. Daher besteht die entscheidende Frage auch nicht darin, *,,wie groß das Bedürfnis und die Bereitschaft zu sozialem und politischem Engagement an der Basis sind''* und erst recht nicht darin, *,,inwieweit an der Basis die Lethargie durchbrochen werden kann''*. Entscheidend ist vielmehr, welche realen Einfluß- und Partizipationsmöglichkeiten die Basis erhalten wird und ob die Strukturmechanismen abgeschaltet werden, die die Lethargie an der Basis produzieren. Eine gesteigerte Bereitschaft der sowjetischen Führung das Proletariat als nominell herrschende Klasse aktiv und entscheidend in den Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung einzubeziehen, vermag ich aus den Reformmaßnahmen jedenfalls nicht herauszulesen.

Der eingangs zitierte Brecht war ein sehr genauer Beobachter der Entwicklung in der Sowjetunion. Angesichts der Bedingungen im nachrevolutionären Rußland, die durch ökonomische Rückständigkeit, Zerstörung der Produktivkräfte durch Krieg und Bürgerkrieg, Hunger und Analphabetismus gekennzeichnet waren, erachtete er eine bestimmte Form der Diktatur für notwendig, nämlich jene, welche gegen die oben genannten Zustände vorgeht. *,,Das sind nämlich Diktaturen, die ihre eigene Wurzel ausreißen''*. Auf die Frage aber, ob man einen Fehler Stalins benennen könnte, antwortete Brecht:

> *,,Daß er die Organisation der Planarbeit zu einer ökonomischen statt zu einer politischen Sache machte, war ein Fehler.''*

Diesen Fehler hat auch Gorbatschow bislang nicht korrigiert. Und solange der Staatsapparat nicht seine eigene Wurzel ausreißt, d.h. solange es keine sukzessive Rücknahme der Staatsgewalt zugunsten der unmittelbaren Produzenten gibt, sollte man diese Reformen auch nicht radikal nennen.

bdt/Göttingen

Die Stimme Albaniens

31/III: Unter dem Titel ,,GORBATSCHOW im Kreml: Ein neuer Name für eine alte Politik'' schreibt die *albanische* KP-Zeitung Zeri i Popullit u.a.: ,,Der neue Kremlführer Michail GORBATSCHOW und die sowjetischen Massenmedien haben in den letzten drei Wochen den Eindruck zu erwecken versucht, als werde die sowjetische Innen- und Außenpolitik eine ,entscheidende Wende' vollziehen sowie eine ,neue Dynamik' und einen ,neuen Inhalt' bekommen.'' Selbst die westliche Presse lasse GORBATSCHOW eine große Aufmerksamkeit zukommen. ,,Dies ist eine seit langem bekannte politische Mode der Bourgeoisie, und zwar sowohl der kapitalistischen als auch der revisionistischen Bourgeoisie, die sich bemüht, die Vorstellung zu verbreiten, daß sich mit jedem neuen Namen zweifellos eine neue Poitik verbindet.'' Dabei sei klar, daß der Kurs der KPdSU in Politk, Ideologie, Wirtschaft usw. auf der Linie des CHRUSCHTSCHOWschen Revisionismus verbleibe. ,,Der Lärm, den GORBATSCHOW entfacht, verfolgt ganz bestimmte Absichten. 1. soll dieses lautstarke Auftreten diesem Apparatschick, der aus der Provinz kommt und dessen größtes Verdienst in seinem engen Verhältnis zu ANDROPOW besteht, eine gewisse Persönlichkeit verleihen ... 2. soll dadurch, daß man Anzeichen für ,Wandel und Veränderungen' zu sehen vorgibt, das Scheitern der Politik des sowjetischen Sozialimperialismus im Innern und nach außen bemäntelt werden. Die gegenwärtige Lage in der UdSSR ist mit der in den kapitalistischen Ländern nach Präsidentschaftswahlen bestehenden vergleichbar, wenn der neue Präsident die Wähler auffordert, die nicht verwirklichten Wahlversprechen zu vergessen und auf neue Versprechungen zu hoffen. Hier hat GORBATSCHOW von der Erfahrung der bourgeoisen Politiker profitiert. ,Die intensive Phase der Wirtschaft', erklärte er, ,muß dieselbe Bedeutung und dasselbe Echo finden wie seinerzeit die Industrialisierung des Landes'. Mit dieser Parole verlangt er von den werktätigen Massen, die Folgen der von ihm beabsichtigten neuen Wirtschaftsreformen zu ertragen. GORBATSCHOW weiß jedoch, daß diese Reformen, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den kapitalistischen Charakter der Produktion in der Sowjetunion festigen, bei den werktätigen Massen kein positives Echo hervorrufen.'' (ATA/mdw)

Quelle: Archiv der Gegenwart vom 16. Mai '85, Seite 28761.
ATA = albanische Nachrichtenagentur
mdw = Mitteilungsdienst der Deutschen Welle



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Stammheimliches

... und es hat boumm gemacht.
Tja, tausendmal ist nix passiert, wenn linke gegen isolationshaft und selbstmordlügen protestierten. Höchstens, daß leute im eigenen saft von der staatsgewalt exemplarisch abgekocht wurden. Ich freu mich, daß über ,,Stammheim'' geredet wird. Denn zu 'nem allseits verdrängten thema kann mensch auch keine linken positionen ausbreiten.

Jetzt, wo Stammheim die schaurige runde macht und der besoffene penner im bus laut von Baader schwärmt, hört dir auch schon mal eine/r zu, wenn du von vernichtung im knast redest.

An Stammheim läßt sich einiges über den staat in dem wir leben verdeutlichen.

Sommer 77. Andy bringt den neuen AK mit in den jugendtreff, und neuigkeiten. Habt ihr schon gehört — sie haben Schleyer entführt, strahlt er. Gejohle und geklatsche. Klar, wir freuen uns. Gibt auch selten genug gute nachrichten.

An das, was auf die linke zukommt an repression und zerreißproben, denkt keiner. Aber Schleyer ist uns ein begriff. Im ,,Rebell'' hatten wir ein halbes jahr vorher das offizielle ,,ladendiebstahl-lohnt-sich-nicht''-plakat verarscht. Unter dem foto von kapitalistenchef Schleyer stand da: ,,ausbeutung lohnt sich nicht — denk an die folgen ...''

Später wurde uns allmählich klar, was sache ist. Alltägliche repression allerorten. Mit ein paar freunden wollen wir mal kurz nach Dänemark rüber-
beutung lohnt sich nicht — denk an die folgen ...''

Später wurde uns allmählich klar, was sache ist. Alltägliche repression allerorten. Mit ein paar freunden wollen wir mal kurz nach Dänemark rüber-
fahren. Als wir von weitem die schlange an der grenze sahen, drehten wir um. plötzlich wurden wir verfolgt, angehalten, kontrolliert. BGS. Verdächtig, weil wir gerade an der grenze abgedreht hatten. Und dann noch junge leute im BMW. Verdächtig. Darauf mußt du erstmal kommen.

Beim AK-Verkaufen am bahnhof wurdest du angemacht. es haben nur noch 4, 5 genoss/inn/en zusammen verkauft. Die hetze, die aus allen medien gegen ,,terroristen'' quoll, schlug dir entgegen. Bei der großen anti-akw-demo in Kalkar (23.9.77) gings dann voll ab. Kalkar-Schock — von 150.000 demonstranten aus der ganzen brd sind cirka 60.000 angekommen, der rest blieb im netz hängen. Überall straßensperren, bullenkontrollen, Bullen mit schußsicherer weste, chemical mace, maschinenpistole, finger am abzug.

Ich denk mal, ich hatte noch glück: war ziemlich jung, hab vieles einfach noch nicht mitgekriegt — hing aber an 'nem festen zusammenhang dran, der der hysterie standhielt. Im AK stand drin, was Schleyer alles verbrochen hatte. Parallel dazu gab's eine anweisung des Hamburger schulsenators, in der untersagt wurde, in den schulen über Schleyers nazi-vergangenheit zu reden.

Als die RAF-ler in Stammheim gestorben wurden, sprachen wir uns in der schule ab, aus trauer schwarze armbinden zu tragen. Der direx lief durch die schule, legte namenslisten von uns an. Ich weiß nicht, ob ich das durchgehalten hätte, nicht den überblick verloren hätte, wenn ich nicht 'nen politischen zusammenhang gehabt hätte.

,,Wir glauben nicht an selbstmord'' titelte der AK, während jede popelige land-wg von den bullen hochgenommen wurde.

Jahre später sah ich ,,deutschland im herbst'', die beerdigung der toten Stammheimer genoss/inn/en im film. Ein riesenbullenaufgebot, beklemmend. Die trauergäste, auf ihre art entschlossen, ermuntern dich. Aber vor allem die bullen, dich einengend.

Gedankensplitter zum Austbuch

Da stürzt ,,challenger'' ab. Mit einem riesigen bestürzten trauerspektakel danach. Bei gleichzeitigem verschweigen der imperialistischen kriege in El Salvador, Philippinen etc. Ausdruck gesellschaftlicher, zementierter friedhofsruhe. Die einen zur verzweiflung treiben kann, zum kurzschluß.
Die ungerechtigkeit, das schreiende elend ist dasselbe wie 69.
Seinerzeit: großer rummel um kaufhausbrände in brüssel bei gleichzeitigem verschweigen des vietnamkrieges.

Das ungeduldige greifen zu falschen, weil isolierten kampfmethoden liegt hier find ich sehr dicht bei dem versuch, alltäglich linksradikale politik im kleinen zu machen.

In seinem krampfhaften bemühen, alle staatliche repression zur entgleisung (=ausnahme) zurechtzubiegen, schlägt Aust absurde purzelbäume: So erklärt er die berufsverbote nicht als bewußt gewollte und effektive einengung der legalen linken, sondern als hysterische abgrenzung der SPD gegen die RAF: ,,Es war nicht die Zeit der Besinnung ... Selbst als ,milchbrüder des terrorismus' verdächtigt, beeilten sich die sozialdemokraten, den forderungen der konservativen opposition nachzukommen.

Kein wunder, daß ausgerechnet jetzt, am 28. januar 1972 die ministerpräsidenten unter vorsitz des bundeskanzlers Willy Brandt einmütig sanktionen gegen das für die innere sicherheit belanglose häuflein von DKP-genossen verabschiedeten.'' (s. 214, Austbuch).

Ja,ja, so geht alles seinen schicksalhaften gang ... die arme regierung: opfer der trampeligen RAF, die die regie-
rung durch ihre tolpatschigkeit und die
genossen verabschiedeten.'' (s. 214, Austbuch).

Ja,ja, so geht alles seinen schicksalhaften gang ... die arme regierung: opfer der trampeligen RAF, die die regierung durch ihre tolpatschigkeit und die darauf folgende hysterie dazu zwang, die berufsverbote einzuführen.

Die aufgerissene Lücke

Es gibt zwei wege, sich zu Stammheim zu äußern. Die einen sind dankbar dafür, sich gegen revolutionäre versuche, die BRD grundsätzlich zu ändern, abgrenzen zu können. Die auseinandersetzung mit linksradikalen gedanken und handlungen braucht jetzt nicht mehr politisch geführt zu werden. Aust hat am beispiel RAF doch gezeigt, daß revolutionäre zwangsläufig paranoid und unmenschlich werden, wenns mit gewalt ans eingemachte des systems geht. Unter dem begriff ,,ausgeflippte RAF'' wird stellvertretend jede revolutionäre gewalt verketzert.

Der andere weg ist, den Stammheimrummel als chance zu begreifen, da von links was reinzusetzen. Die kuckuckseitaktik.

Stammheim als konkreten ausdruck des staates brd begreifen.
und
Stammheim geht weiter. Täglich.
Moritz

Betrifft: Notstand in Nicaragua (AK 264, 266 u. 267)

Das reicht uns nicht

,,Da steh ich nun, ich armer Tor!
Und bin so klug als wie zuvor'' (Faust)
So ähnlich wie dem armen Faust ergeht's uns nach der Diskussion der Nicaragua-Artikel zum Notstand (einschließlich des Leserbriefs von kl.). Denn daß der erweiterte Notstand nur von daher beurteilt werden kann, inwieweit er die sandinistische Revolution vorantreibt oder nicht bzw. inwieweit er im Interesse der nicaraguanischen Bevölkerung liegt, war uns auch schon vorher klar. Ohne nun weiter an den genannten Artikeln rumzumäkeln, kurz die Fragen, die wir für eine genauere Untersuchung und damit für eine Auseinandersetzung mit den ,Entsolidarisierern' für wichtig halten:
1. Genauere Beschreibung des Notstands: z.B. wer legt fest, welche Aktivitäten Contra-Aktivitäten sind und/oder dem Aufbau einer ,,inneren Front'' dienen und welche ,,einfache'' Unmutsäußerungen der Bevölkerung sind? Gibt es eine genauere Definition oder handelt es sich um Gummiparagraphen, was für Kontrollmöglichkeiten gibt es? Und wie sieht die Praxis aus, wer war praktisch bisher von Notstandsmaßnahmen betroffen? Hat es Versammlungen, Streiks gegeben, die im Zuge des Notstands verboten/erlaubt worden sind? Beispiele der Pressezensur und anderer Notstandsmaßnahmen — gegen wen?
2.Abgesehen davon, daß U. + U. nicht schreiben, wie nun die Kritik der legalen Parteien an den Notstandsgesetzen lautet, interessiert uns v.a., wie die Haltung der Bevölkerung zu dem erweiterten Notstand ist, **welche** Zustimmungen, **welche** Kritik gibt es?
3.Wie laufen die Versuche des Aufbaus einer ,,inneren Front'' **konkret?** Und wie ist die Gefahr einzuschätzen?
4.Wie ist der Einfluß der reaktionären Kirchenfürsten wie Kardinal Obando Y Bravo einzuschätzen (in der taz vom 14.3. heißt es immerhin, daß Obando Y Bravo mit seiner Werbetournee für einen Dialog zwischen FSLN und Contras ,,beim einfachen Volk, v.a. auf dem Lande, oft sehr gut'' ankommt).

Auch wenn klar ist, daß sich Nicaragua im Krieg befindet, immensen objektiven Zwängen von innen und außen ausgeliefert ist, reicht uns eine Diskussion über diese Zwänge und die in diesem Zusammenhang stehenden Notstandsmaßnahmen nicht aus zur Festi-
gung der Nicaragua-Solidaritätsbewe-
ven Zwängen von innen und außen ausgeliefert ist, reicht uns eine Diskussion über diese Zwänge und die in diesem Zusammenhang stehenden Notstandsmaßnahmen nicht aus zur Festi-
gung der Nicaragua-Solidaritätsbewegung. Deshalb:
5.Welche Maßnahmen zur materiellen Verbesserung des Lebens der Nicas gibt es, welche konkreten Schwierigkeiten dabei, welche Erfolge (das geht von der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln über Löhne, Gesundheitsversorgung, Schulen, Kindergärten bis zur Agrarreform, Ansätze von Verstaatlichung d. Wirtschaft etc.)
6.Welche ideologische Arbeit wird von der FSLN geleistet, für die sandinistische Revolution, gegen den Einfluß der Unternehmerverbände, der reaktionären Kirchenfürsten, den Aufbau der ,,inneren Front'' — oder anders ausgedrückt: wie sieht der Klassenkampf im eigenen Land aus, ideologisch betrachtet.
So, das wärs erst mal,
Antirep-Zelle

Betrifft: Gorbatschow-Plan (AK 268)

Unpolitisch

Liebe Genossinnen und Genossen,
es ist ja bisweilen ganz sinnvoll, sich einer (voreiligen) Meinung über politische Aussagen/Entwicklungen zu enthalten. Aber im Falle des AK-Artikels zum Gorbatschow-Plan zur Beseitigung der Atomwaffen (AK 268, S.27) ist das understatement des Verfassers einfach fehl am Platze.

Der Vorschlag Gorbatschows ist eben nicht nur ,,ein schöner Plan'', sondern wird vielmehr belegt durch einen konkreten praktischen Schritt der UdSSR: Den einseitig erklärten Atomwaffentest-Stop!

Die Kommentierung dieses Abrüstungsplanes mit der Bemerkung zu schließen, die SU werde sich dann doch ,,in der Praxis (...) an den kommenden Runden des Wettrüstens weiter beteiligen'', wirkt geradezu unpolitisch:

Soll denn die UdSSR angesichts des einseitigen Abrüstungs-Unwillens der USA ihren Plan alleine und einseitig'' verwirklichen?
Alfred

Betrifft: Offener Brief an die KPD (AK 267)

Keine Anarchisten

In eurem Brief habt ihr u.a. die FAU, einige anarchistische Genossinnen/Genossen erwähnt, die an Wahlen interessiert seien.

Bei dieser erwähnten Organisation handelt es sich aber nicht um Anarchisten, diese lehnen grundsätzlich Wahlen ab, was Euch eigentlich bekannt sein müßte!!!

Die FAU-A-HD ist auch nicht identisch mit der gesamten FAU, die die Zeitschrift DIREKTE AKTION herausgibt.

Hoffe, Ihr werdet dieses im nächsten AK veröffentlichen.
Vielen Dank.
Rolf

Weitersagen

Liebe KBler und Arbeiterkämpfer,
neulich habe ich den AK kennengelernt und muß sagen, daß das meine angenehmste politische Überraschung war. Daß es in dieser trüben Republik auch kommunistische Stimmen jenseits der Alternative von DKP-Opportunismus, ML-Anachronismen oder dem linken Zynismus der ,,Marxistischen Gruppe'' gibt, hätte ich kaum für möglich gehalten.
(...)
Im AK 268 wurde in einem Leserbrief die ,,Tendenz zu immer längeren grundsätzlichen Artikeln'' beklagt. Stattdessen wird mehr Zusammenstellung von Fakten gewünscht. — Ich lege großen Wert auf Theorie. Für Marxisten ist es heute dringend notwendig, entschieden den ,,postmodernen'' Irrationalismus und Antiintellektualismus zu bekämpfen, wenn man an dem Anspruch von Marx, Engels und Lenin, Politik wissenschaftlich zu begründen, festhalten will. Mit dem Zusammenstellen von Fakten ist das nicht getan; solcher Empirismus schlägt leicht in Konzeptionslosigkeit um. Andererseits bleiben Grundsatzartikel allein natürlich auch zur Unverbindlichkeit verurteilt (da könnte man ja gleich zum sozialistischen Büro gehen). Wie müßte also theoretische Praxis aussehen, die der Marxschen Methode gemäß vom Abstrakten zum Konkreten gelangt? Ich will ein Beispiel geben anhand eines Artikels im AK 268, nämlich der Buchbesprechung über ,,Ganzheitliche Medizin''. Was dort gesagt wird, ist durchweg richtig, bedürfte aber der Ergänzung. Es genügt nicht, auf den Umstand hinzuweisen, daß ,,Ganzheits''-Ideologien vorwiegend
lich der Buchbesprechung über ,,Ganzheitliche Medizin''. Was dort gesagt wird, ist durchweg richtig, bedürfte aber der Ergänzung. Es genügt nicht, auf den Umstand hinzuweisen, daß ,,Ganzheits''-Ideologien vorwiegend
von Nazis und Reaktionären vertreten wurden und werden. (Hitlers Vorliebe für Schäferhunde soll ja auch kein Argument gegen selbige sein) Man muß — was in dem genannten Artikel wohl anklingt und im Rahmen einer Rezension freilich auch nicht ausführlicher zu machen war — die gesellschaftlichen Ursachen und Funktionen derartiger irrationalistischer Ideologien klar herausstellen und dies in allen konkreten Auseinandersetzungen mit grünen Konzeptionen geltend machen. Mit Brechreiz habe ich Manon Maren-Grisebachs ,,Philosophie der Grünen'' gelesen (ich verstehe ein wenig von Philosophie, da ich dieses Fach studiere) und mir vorgenommen, eine ausführliche Kritik zu schreiben, in der ich das, was ich hier reichlich abstrakt ankündige, präzisieren werde. Wenn Ihr Interesse habt, lasse ich Euch das Resultat gerne zukommen. Entscheidend ist dabei folgendes: die Grünen sind subjektiv gewillt,* bürgerliche Spielregeln abzustreifen und insofern die einzige parteipolitische Kraft, die Ansätze grundlegender Veränderungen möglich macht. Um aber den bürgerlichen Charakter der ,,alternativen'' Ideologien nachzuweisen, genügt nicht die Assoziation mit offen reaktionären Strömungen oder das von manchen besonders ,,arbeiterbewegten'' Leuten vorgebrachte Orakel, die Distanz der Grünen zum Proletariat sei schuld an ihren falschen Ansichten.. Nur der stringente Nachweis, wie und warum gewisse bei den Grünen kursierende Theoreme der Struktur bürgerlicher Produktionsverhältnisse, die die Grünen subjektiv überwinden wollen, objektiv verhaftet sind, kann eine sichere Grundlage hergeben, von der aus zielstrebig auf die Grünen Einfluß genommen werden kann.

In der Hoffnung, in diesen und anderen Fragen mit Euch zu fruchtbarer Zusammenarbeit zu gelangen, grüßt solidarisch
Henning

P.S.: Sehr gut war der Artikel über den XXVII. Parteitag der KPdSU...

Ein langes Leben für den Arbeiterkampf

Liebe Genossinnen und Genossen des ,,KB''!
Ich schreibe Euch, um einen Teil beizutragen, daß es weiterhin den ,,Arbeiterkampf'' und natürlich auch die Organisation ,,Kommunistischer Bund'' gibt.
(...)
Da die Redaktion des ,,Arbeiterkampfes'' die Aufmachung der Zeitschrift ändern möchte, um sie für den Leser attraktiver zu gestalten, habe ich mir Gedanken gemacht und sie zu Papier gebracht. Mein Vorschlag liegt anbei und ich hoffe, er hilft Euch vielleicht weiter.

Zum Inhalt Eurer Zeitschrift möchte ich auch ein paar Vorschläge unterbreiten, verbunden mit ein wenig Kritik.

Positiv ist meiner Meinung nach, die umfangreichen Themen, die ihr ansprecht, verbunden mit ausführlichen Artikeln und dazugehöriger Quellenangabe.

Nur schade finde ich es, daß Ihr keine Rubrik in Eurer Zeitschrift habt, in der Ihr regelmäßig aus der Geschichte der Arbeiterklasse berichtet (z.B.: deutsche Arbeiterklasse, Spartakusbund oder ,,Russische Revolution von 1905 und 1917'').

Was ich auch vermisse in Eurer Zeitschrift, ist eine Rubrik über die Ziele des ,,Kommunistischen Bundes'', oder daß Ihr mehr Eure Standpunkte zu aktuellen Themen herausstellt.

Vielleicht solltet Ihr auch mehr die Leser, welche wohl alle mit Eurer Organisation stark sympathisieren, an internen Diskussionen teilhaben lassen. Damit bindet Ihr sie auch mehr an den Kommunistischen Bund, was vielleicht auch Mitgliederzuwachs bedeutet.

Mein entworfener ,,Zeitungskopf'', der nur als Vorschlag gedacht ist, könnte zusätzlich als Mitgliedszeichen (Anstecknadel) Eurer Organisation dienen. Es sind aber alles nur Vorschläge und ich hoffe, Ihr findet sie nicht zu kühn.

Ansonsten wünsche ich Euch in Eurem Kampf für Eure Ziele (welche auch meine sind) viel Erfolg und ein langes Leben für Euer Zentralorgan ,,Arbeiterkampf'' mit einer steigenden Auflage!
Mit solidarischen Grüßen
Euer Sympathisant Andreas

Undogmatische Sichtweise

Undogmatische Sichtweise

Liebe Genossen/innen,
Zunächst muß ich sagen, daß ich den ,,Arbeiterkampf'' um 1980 kennengelernt habe. Als Schüler kaufte ich ihn mir in der Kneipe, las ihn heimlich und kam mir dabei unheimlich revolutionär vor. Dadurch bekam ich als politischer Neuling viel Ein- und Durchblick in die linke Szene.

Später wurde der ,,Arbeiterkampf'' in unserer Stadt nicht mehr verkauft — die Leute zogen weg oder arbeiteten für die Grünen.

Ich hatte mich politisch mittlerweile organisiert — zunächst in einer antifaschistischen Gruppe, dann in der VVN/BdA und in der DKP. Dort lernte ich viele sich mehr oder weniger links nennende Zeitungen kennen — aber keine bot mir die Informationsfülle und die undogmatische Sichtweise wie der ,,Arbeiterkampf''.

Nun konnte ich durch meinen Umzug den ,,Arbeiterkampf'' wieder regelmäßig lesen — er ist immer noch, wie ich feststellen konnte, eine Zeitung, die Informationen aus der gesamten linken Szene gibt, auch der Antifa-Teil ist spitze.

Mit eurer Stammheim-Dokumentation habt ihr ein Tabu in großen Teilen der Linken durchbrochen, die endlich ihr Verhältnis zum bewaffneten Flügel des BRD-Widerstandes klären sollen; dies gilt vor allem für meine Partei.

Als Kritikpunkt muß ich die unnötige Länge mancher Artikel erwähnen — da hätte manches auf einer halben Seite Platz, was ihr auf zwei Seiten ausbreitet (z.B. Artikel ,,Contras der Solidarität'', AK 268).

Für mich wird in Zukunft der ,,Arbeiterkampf'' neben der ,,Deutschen Volkszeitung/die tat'' meine linke Hauptlektüre sein.

Ich wünsche Euch weiterhin viele Leser/innen und einen langen Atem in einer Zeit, wo manche ihr ,,Rot'' gegen ein ,,Grün'' vertauschen.

Mit sozialistischen Grüßen
Peter



Am 12. und 13. April findet in Köln (in der Gesamtschule Rodenkirchen) ein Diskussionskongreß zum Thema: „Frieden mit der Nato?" statt. Wir haben im AK bereits die Thesen, Teile des Aufrufs und den damaligen Stand des Programms publiziert.

Die Initiative zu diesem Kongreß war im vergangenen Jahr vom ‚Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen' (BUF) ausgegangen. Getragen wird der Kongreß von verschiedenen Gruppen und Organisationen aus dem „unabhängigen" und linken Spektrum, von Grünen (der Vorstand und die Bundes-AG Frieden rufen dazu auf) bis hin zur Friedensliste. Auch in der Friedensbewegung engagierte linke Sozialdemokraten werden sich mit Referenten und an der Diskussion beteiligen. Seit 1983 hat es verschiedene Vorstöße gegeben, die Frage der NATO und die NATO-Mitgliedschaft der BRD auch zu einem zentralen Thema zu machen. Auf diesem Kongreß wird dies erstmalig mit einem so unterschiedlichen Spektrum geschehen. Allerdings handelt es sich dabei tatsächlich erst einmal um einen „Diskussionskongreß", von dem kaum unmittelbare Ergebnisse zu erwarten sind, auch wenn die NATO-Debatte innerhalb der Grünen-Diskussion zwangsläufig an Bedeutung zugenommen hat, nachdem die SPD klipp und klar verkündet hat, daß sie in Bonn Regierungsbündnisse von einer positiven Stellung zur NATO abhängig machen wird und sich schon innerhalb der Grünen die ersten Pro-NATO-Stimmen zu hören sind.

warten sind, auch wenn die NATO-Debatte innerhalb der Grünen-Diskussion zwangsläufig an Bedeutung zugenommen hat, nachdem die SPD klipp und klar verkündet ha', daß sie in Bonn Regierungsbündnisse von einer positiven Stellung zur NATO abhängig machen wird und sich schon innerhalb der Grünen die ersten Pro-NATO-Stimmen zu hören sind.

Der Kongreß beginnt am Sonnabend, dem 12.4., um 9.30 Uhr mit Referaten zur Geschichte der NATO und einem Aufriß zu den unterschiedlichen Positionen zur NATO in der Friedensbewegung. Am Nachmittag folgen ein Dutzend Arbeitsgruppen zur Politik und Geschichten und Bewertung der NATO-Politik und zu kontroversen und gemeinsamen Positionen dazu.

Am Abend folgt eine Veranstaltung zu europäischen Anti-NATO-Bewegungen mit Vertretern aus Dänemark und Spanien und einem Referat zu Irland.

Am zweiten Tag sollen in einem Plenum die Ergebnisse und Kontroversen aus den Arbeitsgruppen zusammengetragen werden. Den Abschluß bildet am Sonntag eine Podiumsdiskussion, auf der Vertreter der Positionen „Raus aus der NATO" bis hin zu NATO-Reformvorstellungen diskutieren sollen.

Kongreß-Reader

In Vorbereitung auf den Kongreß wurde ein Reader zusammengestellt. Er enthält auf 85 Seiten Positionspapiere zu den verschiedenen Fragen der NATO-Diskussion. (Kosten: DM 4,-) **Reader, Programm und Kongreßmaterial sind erhältlich beim Kongreßbüro in Köln.**

Büro-Adresse:
Melchiorstr. 3
(Bürgerzentrum Alte Feuerwache)
5000 KÖLN 1
Tel: 0221/736648

Wir wollen uns bemühen, in der kommenden Ausgabe dieser Zeitung zentrale Kongreßdiskussionen und Ergebnisse umfangreicher darzustellen.

Arbeiterkampf

Inhalt

Südafrika: Der Tod ist alltäglich ....S. 26
Lateinamerika
"Die Demokratie ist noch sehr zerbrechlich" Interview mit dem Tupamaroführer Raul Sendice (Uruguay) ....S. 27
Realer Sozialismus
XXVII. Parteitag der KPdSU Teil 2: Die Außenpolitik ....S. 20